



ISS Lagebild

Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresende 2025 – Ausblick 2026



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:
Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Vertreten durch: GenLt Mag. Erich Csikovits

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903548-22-0
Dezember 2025
1. Auflage / 400 Stk.

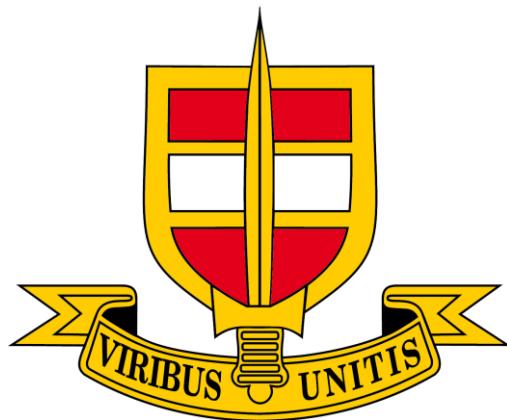
Druck:
ReproZ W25-xxxx
Stiftgasse 2a
1070 Wien

ISS Lagebild 3/25

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresende 2025 – Ausblick 2026



Vorwort

Mit dem „Lagebild 3/25“ legt das ISS seine abschließende Publikation für das Jahr 2025 vor. Der Band vereint Beiträge, die – teils analytisch rückblickend, teils mit dem Blick nach vorn – aktuelle Fragestellungen aufgreifen und damit im Sinne eines umfassend verstandenen Strategiebegriffes eine große thematische Breite abbilden. Da Wissen nie isoliert entsteht, sondern im produktiven Nebeneinander unterschiedlicher Perspektiven wächst, ist dieser Sammelband Ausdruck eines solchen intellektuellen Austauschs. Das Konzept der Publikationsreihe „Lagebild“ besteht letztlich darin, verschiedene Aspekte strategischer Forschung zusammenzuführen, Komplexität sichtbar zu machen und zugleich neue Zugänge zu eröffnen.

Dass sich die Welt gegenwärtig in einer Phase tiefgreifender Umbrüche befindet, steht außer Zweifel und bedarf kaum eines besonderen Hinweises. Politische, wirtschaftliche, technologische und sicherheitspolitische Entwicklungen greifen ineinander und verändern bestehende Ordnungen in einem Tempo, das Wissenschaft und Politik gleichermaßen herausfordert. Der Sammelband nimmt diese Dynamik auf und widmet sich einem breiten Spektrum internationaler Themen, die nur in ihrer wechselseitigen Verflechtung verständlich werden. Die Beiträge reichen dabei von grundlegenden geopolitischen Verschiebungen über Fragen politischen Vertrauens in autoritären Systemen bis hin zu den transformativen Auswirkungen neuer Technologien wie Quantencomputern. Sie beleuchten die Neuorientierung der Vereinigten Staaten ebenso wie Veränderungen in Forschung und Lehre, analysieren sicherheitspolitische Entwicklungen in Lateinamerika und widmen sich dem geopolitischen Raum der Arktis. Zudem werden zentrale europäische Herausforderungen thematisiert – von der strategischen Ausrichtung der EU über die Förderung der Munitions- und Waffenproduktion bis hin zu den Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im vierten Kriegsjahr.

Eine sicherheitspolitische Perspektive zieht sich dabei als verbindendes Element durch viele der Beiträge: die Krise innerhalb des NATO-Bündnisses, hybride Bedrohungen sowie strukturelle Fragen globaler Machtkonkurrenz. Gleichzeitig richten mehrere Autorinnen und Autoren den Blick auf Zukunftstechnologien und deren potenziell disruptive Wirkung auf politische und gesellschaftliche Strukturen.

Gemeinsam verdeutlichen die Beiträge, wie komplex, verflochten und dynamisch die gegenwärtigen internationalen Entwicklungen sind. Ziel ist es nicht, einfache Antworten zu liefern, sondern fundierte Analysen und Denkanstöße bereitzustellen, die zur kritischen Auseinandersetzung einladen. Damit versteht sich das „Lagebild 3/25“ als Beitrag zu einer informierten Debatte, die in Zeiten globaler Spannungen und zunehmender Unsicherheit von besonderer Bedeutung ist.

Mein Dank gilt allen Autorinnen und Autoren, deren Expertise und Engagement diesen Band ermöglicht haben. Die formulierten Einschätzungen, Thesen und Ableitungen sind ausschließlich als deren eigene Beurteilungen zu verstehen und spiegeln nicht zwangsläufig die offiziellen Positionen des Ressorts wider. Möge die Lektüre Impulse geben, Perspektiven erweitern und die Diskussion über die Zukunft der internationalen Ordnung bereichern. Die geneigte Leserschaft sei um wohlwollende Aufnahme gebeten.

Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Akteure & Mächte

Jahresende 2025 – Ausblick 2026

- 04 Geopolitische Umbrüche**
Auf dem Weg zum Frieden?
Gunther Hauser
- 17 Politisches Vertrauen in China**
Mit Blick auf die Resilienz Chinas angesichts der globalen Machtverschiebung
Barbara Farkas
- 25 Vereinigte Staaten von Amerika**
Zur Neuausrichtung des Imperiums
Andreas Wenzel
- 41 US-EU Beziehung im Wandel**
Mögliche Folgen der Trump-Regierung für transatlantische Forschung ...
Alexander Brandl und Daniel Watzenig
- 57 Lateinamerika**
Kernthemen der USA: Drogenbekämpfung, Sicherheit und Migration
Alexander Panzhofer
- 70 Klimawandel trifft Machtwandel**
Die Arktis als Schauplatz globaler Interessen
Kilian Hitzl
- 83 Bekämpfung von Desinformation**
Eine Systemfrage der EU?
Rastislav Báchora
- 95 Beschaffung und Förderung der Munitionsproduktion in der EU**
Franz Holzer
- 117 Die Ukraine im 4. Kriegsjahr**
Gustav C. Gressel
- 129 NATO**
Hohles Militärbündnis im Krisenmodus
Otto Naderer
- 135 Quantencomputer**
Science-Fiction, Hype oder Disruption?
Norbert Frischaufer
- 144 Hybride Bedrohungen**
Daniel Hikes-Wurm und Milena Sagawa-Krasny



Geopolitische Umbrüche

Auf dem Weg zum Frieden?

von Gunther Hauser

Russlands Krieg gegen die Ukraine dauert nun das vierte Jahr an, die russischen Streitkräfte konnten bisher jedoch keines ihrer Kriegsziele auf den Schlachtfeldern erreichen. Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden gibt es jedoch mit dem unter US-Präsident Donald J. Trump im Herbst 2025 ausgearbeiteten 28-Punkte-Plan für einen umfassenden Friedensprozess.

Der Krieg zwischen der Hamas und Israel konnte inzwischen ebenso auf Druck des US-Präsidenten unter diplomatischer Mitwirkung von Ägypten, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei mit einem 20-Punkte-Plan beendet werden, die Lösung wichtiger Fragen für einen dauerhaften Frieden bleibt noch ergebnisoffen.

Inzwischen rückten China und Russland wirtschaftlich und militärisch enger zusammen, China versucht zudem, Indien als Partner zu gewinnen. Zudem spielt China seine große Trumpfkarte aus: die „Seltenen Erden“. Europa ist deshalb aufgefordert, von China unabhängiger zu werden und seine Resilienz zu stärken.

Einleitung

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die im Herbst 2025 von US-Präsident Donald J. Trump durch den 28-Punkte-Plan eingeleitete Waffenstillstands- und Friedensinitiative und das Erzielen einer Waffenruhe im Krieg der vom Iran und der Türkei unterstützten Hamas gegen Israel auf der Grundlage des von Donald J. Trump ausgearbeiteten 20-Punkte-Plans sowie die Zollpolitik der USA unter Präsident Trump gegenüber China, Indien und den Staaten Europas und die Sicherung von strategischen Rohstoffen wie *Seltenen Erden* für die westlichen und östlichen Konsumgesellschaften prägten die geopolitische und geoökonomische Weltlage in der zweiten Jahreshälfte 2025. Aus russischer Sicht standen die Zeichen bereits seit einigen Jahren auf Krieg mit der NATO. Nicht nur Nachrichtendienste und das Militär sollen Russland auf einen Krieg mit der NATO bzw. EU vorbereiten, ebenso wurde und wird weiterhin versucht, die russische Öffentlichkeit auf einen „Krieg gegen den Westen“ bzw. NATO- und EU-Europa einzustellen. Vermehrt richteten sich Kriegsdrohungen und militärische Einschüchterungsversuche aus der Russischen Föderation gegen NATO- bzw. EU-Europa – auch in Form von Drohungen mit Langstreckenwaffen gegen Österreich, und äußerst sichtbar mit vermehrten massiven Luftraumverletzungen gegenüber Staaten der NATO bzw. EU. Spätestens seit dem Jahr 2024 rechnen europäische Nachrichtendienste mit einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen NATO- bzw. EU-Staaten mit der Russischen Föderation – demnach innerhalb von fünf bis acht Jahren. Folglich rechnen Staaten wie Deutschland, Finnland, Schweden, Polen sowie Estland, Lettland und Litauen mit direkten militärischen Auseinandersetzungen in naher Zukunft. Frühestens im Jahr 2029 könnte, so Martin Jäger, Leiter des Bundesnachrichtendienstes der Bundesrepublik Deutschland, ein derartiger russischer Angriff gegen NATO- bzw. EU-Europa stattfinden. Das soll nun der 28-Punkte-Plan, der am 20. November 2025 veröffentlicht wurde, verhindern. Parallel dazu ist die russische Regierung bestrebt, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Europa und in Nordafrika zu halten: In Moldawien gewann trotz massiver russischer Einflussgestaltung auf den Wahlkampf am 28. September 2025 die pro-EU-Partei von Präsidentin Maia Sandu die Parlamentswahlen und konnte sich sogar die Mehrheit im Parlament sichern. In Serbien gerät der Machtapparat der seit 2012 regierenden Putin-nahen Serbischen Fortschrittspartei (SNS) durch die seit Jahren anhaltenden massiven Proteste der jungen Generation ins Wanken. In Syrien verlor Russland nach dem Regimewechsel bzw. der Flucht des Machthabers Bashar al-Assad in Damaskus Ende 2024 seinen traditionellen Bündnispartner. Ebenso steht in Mali nach dem Vorrücken islamistischer Kräfte auf die Hauptstadt Bamako die von Russland unterstützte Militärregierung unter massivem Druck. Zudem gestaltete sich das transatlantische Verhältnis zwischen den USA und den europäischen Verbündeten als zunehmend kompliziert, besonders nachdem US-Präsident Donald J. Trump offen seine Absicht kundgemacht hatte, Territorien von NATO-Verbündeten wie Dänemark (Grönland) und Kanada zu annexieren. Da Trump außerdem seine Positionen gegenüber der Ukraine oft diametral geändert hatte, bestand aus europäischer Sicht Zweifel, auf welcher Seite sich die USA im Krieg Russlands gegen die Ukraine tatsächlich positionieren. Darunter leidet auch die transatlantische nachrichtendienstliche

Zusammenarbeit (Psalopoulos 2025, 1). Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bezeichnete die gegenwärtige Zeit als Zeit der „Raubtiere“, in der gegen Regelverstöße in den internationalen Beziehungen immer weniger vorgegangen wird. Folglich verkommt das internationale Recht bzw. Völkerrecht vor allem auf Ebene der atomaren Großmächte zunehmend zur „leeren Formel“. Als „Sieger“ gilt nur derjenige, der auf dem Schlachtfeld „die Oberhand hat“ (Hödlmoser 2025, 1). In der gegenwärtigen Weltlage spielen folglich „militärische Stärke und Energieverfügbarkeit die entscheidende Rolle, während Soft Power weitaus geringere Bedeutung hat.“ (Heinisch 2025, 8). Im Nahen Osten könnte der 20-Punkte-Plan mit Wirksamkeit 10. Oktober 2025 eine längerfristige, wenn nicht sogar dauerhafte Friedensperiode einleiten. Zunächst gestaltete sich die Umsetzung seitens islamistischer Gruppen in Gaza noch brüchig, Israel führte nach dem Inkrafttreten noch militärische Schläge durch. Die Hamas verübte dagegen Tötungen gegen angeblich mit Israel kollaborierende Palästinenser. Im Westjordanland griffen zudem radikale Siedler – befeuert durch nationalistisch-religiöse Politiker – palästinensische Bauern an und stahlen zum Teil die Ernte. Israelische Sicherheitskräfte griffen hier äußerst selten durch. Die Lage bleibt auch in diesem durch Israel okkupierten Teil Palästinas weiterhin sehr instabil. Syrien wird für Stabilisierungsmaßnahmen im Nahen Osten dringend benötigt, das drückte sich auch im Rahmen des Staatsbesuches des seit Ende 2024 amtierenden syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa, der kurz zuvor von der US-Terrorliste gestrichen worden war, aus. Während im Oktober 2025 auf der Grundlage dieses 20-Punkte-Plans eine Einigung über einen Waffenstillstandsprozess zwischen der Hamas und Israel seitens zahlreicher arabischer bzw. muslimischer und europäischer Staaten erzielt werden konnte, lehnte zunächst die russische Staatsführung den Vorschlag von Donald J. Trump ab, die derzeitige Frontlinie im Krieg Putins gegen die Ukraine als Ausgangspunkt für Verhandlungen mit der Russischen Föderation zu betrachten. Dieser Vorschlag wurde auch vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij und den EU-Staats- und Regierungschefs unterstützt. Russlands Außenminister Sergej Lawrow meinte dazu im Oktober: „Wenn man einfach so aufhört, bedeutet das, die Ursachen des Konflikts zu vergessen.“ (ARD-Text, 21. Oktober 2025, 20:14 Uhr). Statt auf mögliche Friedensgespräche zu setzen, verstärkte Russland seine Angriffe auf die Ukraine, so in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 2025 mit 28 Raketen und mehr als 400 Drohnenangriffen. Angriffe treffen hauptsächlich größere Städte und die Hauptstadt Kiew. Auch nach der Veröffentlichung des 28-Punkte-Plans führte Russland Raketenangriffe auf ukrainische Großstädte durch – zahlreiche Menschen verloren dadurch ihr Leben. US-Präsident Trump zeigte sich bereits im Juli 2025 zunehmend enttäuscht von Russlands Präsident Putin (vgl. Troianovski und Sonne 2025, 4).

Zudem kam es vor allem im September, Oktober und November zu Überflügen von Drohnen u. a. über westeuropäische Flughäfen und Militärstützpunkte. Diese Drohnen sollen nach Aussagen westeuropäischer Regierungen aus Russland stammen. Unter US-Vermittlung und -Druck erfolgte am 8. August 2025 die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Armenien und Aserbaidschan. Zudem hatten Thailand und Kambodscha Ende Oktober – ebenso auf

Druck von US-Präsident Trump – ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das die Kämpfe entlang der gemeinsamen Grenze beenden soll, bei denen insgesamt 30 Menschen getötet und 300.000 Menschen in wenigen Tagen vertrieben worden waren. Auch hier gestaltet sich die Umsetzung noch ziemlich herausfordernd (Reed, Narin 2025, 4). In Venezuela planen die USA vermutlich einen Regimewechsel, der offiziell als Kampf gegen Drogenkartelle tituliert wird. Es fanden bereits zahlreiche Angriffe auf angeblich mit Drogen beladene Boote vor Venezuela statt. Verteidigungsminister Pete Hegseth entsandte den weltweit größten Flugzeugträger – die *USS Gerald R. Ford* – vor die Küste Venezuelas. Die USA sind äußerst interessiert, im globalen Wettlauf um Rohstoffe auf die Ölressourcen Venezuelas zugreifen zu können. Weiters informierte Präsident Trump Ende Oktober, dass die USA aufgrund von Atomwaffentests anderer Länder erstmals seit 1992 wieder „unverzüglich“ Atombombentests aufnehmen würden. Diese Ankündigung von US-Präsident Trump erfolgte, nachdem Russlands Präsident Putin am 29. Oktober gesagt hatte, Moskau habe die mit einem Nuklearantrieb versehene Unterwasserdrohne *Poseidon* getestet, die mit einem atomaren Sprengkopf bestückt werden kann. Es gebe demnach keine Möglichkeit, die *Poseidon* abzufangen, diese sei schneller als jedes bisher gebaute U-Boot und könne jeden Kontinent der Welt erreichen, so Putin. Zuvor, am 26. Oktober, hatte Putin den Abschluss der Tests mit atomar angetriebenen Marschflugkörpern vom Typ *Burevestnik* verkündet (Salzburger Nachrichten 2025b, 6). Ausgehend von diesen Entwicklungen werden in den einzelnen Kapiteln deren Auswirkungen auf die globale Lage erörtert.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Bedeutung von Drohnen

Das russische Militär setzt gegen die Ukraine seit August 2025 – Russland führt ebenso massive Angriffe mit Drohnen durch – öfters auch die *9M729*-Rakete gegen die Ukraine ein. Die Entwicklung dieses Marschflugkörpers war auch der Grund, warum im Jahr 2019 die USA aus dem INF (*Intermediate Range Nuclear Forces*)-Vertrag über die vollständige Beseitigung der landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern mit Russland ausgetreten waren (Hauser 2019a, 130). Die Anzahl der von Russland gegen die Ukraine gleichzeitig eingesetzten Drohnen und Raketen nimmt nun ständig zu. Bereits in der ersten Julihälfte 2025 hatten zweimal mehr als 500 Drohnen und Raketen Ziele in der Ukraine angeflogen. Mit großem Abstand hatte Russland diese beiden Höchstmarken in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 2025 übertroffen: In dieser Nacht steuerte Russland 728 Drohnen und 13 Raketen gegen Ziele in der Ukraine mit dem Ziel, die ukrainische Flugabwehr zu überwältigen. Nun halten Beobachter mittlerweile auch künftige Angriffe mit 1000 oder auch mehr Drohnen für wahrscheinlich (Pabst 2025, 1). Während US-Präsident Donald J. Trump vor seiner zweiten Amtszeit öffentlichkeitswirksam damit prahlte, den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine innerhalb von 24 Stunden zu beenden, ließ er nun seine Frustration gegenüber Putin öffentlich werden. Trotz sechs Telefongesprächen zwischen Trump und Putin seit Februar 2025 und zwei direkten Gesprächsrunden zwi-

schen Russland und der Ukraine in Istanbul hatte Russland die Lage weiter eskaliert. Trump meinte am 8. Juli 2025: „We get a lot of bullshit thrown at us by Putin, if you want to know the truth. He's very nice to us all the time, but it turns out to be meaningless“ (Troianovski und Sonne 2025, 4). So schlussfolgerte Trump, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine schwieriger zu beenden wäre, als er selbst gedacht habe (Ibid). Die US-Waffenhilfe an die Ukraine gestaltete sich als ebenso widersprüchlich: Joseph R. Biden hatte in den letzten Monaten seiner Amtszeit als Präsident der USA Angriffe mit weitreichenden Waffen gegen militärische Ziele in der Russischen Föderation erlaubt, so bestätigte das Weiße Haus Ende November 2024 den Einsatz von *ATACMS* in der Region Kursk. Seit der zweiten Amtszeit von Präsident Donald J. Trump muss die Ukraine im Pentagon um Genehmigung ersuchen, um die von den USA zuvor gelieferten *ATACMS* gegen Ziele in Russland einzusetzen. Zumindest einmal war dies bis August abgelehnt worden. Zudem überlegte Trump, derartige Waffenlieferungen an die Ukraine einzustellen, jedoch hatte sich im Sommer Trump dazu geäußert, es sei „sehr schwer, wenn nicht unmöglich, einen Krieg zu gewinnen, ohne das Land des Invasors anzugreifen.“ Trump sagte sogar zu, in den darauffolgenden Wochen mehr als 3000 Marschflugkörper zu liefern, die eine größere Reichweite besitzen (*ERAM* – Abstandswaffen mit bis zu 500 Kilometern Reichweite) (Glas 2025, 2). Laut Gerhard Mangott, Politikwissenschaftler an der Universität Innsbruck, gab die Trump-Administration Anfang Juli 2025 noch zu verstehen, „keine Patriot-Abfangraketen mehr; keine Luft-Boden-Raketen und keine Boden-Boden-Raketen mehr zu liefern. Und nun scheint wieder alles anders zu sein.“ (Schwischei 2025, 6). So kündigte Trump an, wieder Waffen in die Ukraine zu liefern. Bezahlt sollten die Lieferungen, die in einer ersten Tranche aus US-Patriot- sowie Mittelstreckenraketen bestanden, nicht aus dem US-Budget, sondern aus Budgetmitteln der NATO werden: „We're sending weapons to NATO, and NATO is paying for those weapons, a hundred percent“, führte Trump am 10. Juli 2025 aus (Waldenberg 2025, 1). Diese „Pausen“, die sich während dieser Waffenlieferungen entwickelten, „sind eine Ermutigung für Wladimir Putin, weiter mit militärischen Mitteln diesen Krieg zu gewinnen. Je schlechter die Ukraine ausgerüstet ist, umso leichter ist es für Russland, seine Ziele zu erreichen. Pausen in den Waffenlieferungen nehmen den Druck von Putin weg, sich auf Verhandlungen einzulassen“, resümierte Gerhard Mangott (Schwischei 2025, 1). Zudem führte Mangott weiter aus: „Waffenlieferungen sind daher erforderlich, damit die Ukraine wenigstens die Verteidigungslinie halten kann. Und dass dann die russische Seite irgendwann davon überzeugt ist, dass es militärisch kein Vorwärts mehr gibt oder der Aufwand dafür unverhältnismäßig groß ist.“ Zudem schlussfolgerte Mangott: „Diejenigen, die sagen, wir sollen mit Putin verhandeln, aber gleichzeitig keine Waffen mehr an die Ukraine liefern, betreiben das Geschäft der russischen Kriegspartei – ob absichtlich oder unabsichtlich. Weder ist die Ukraine offensivfähig, noch konnte die Russische Föderation große Durchbrüche an der Front erzielen.“ Es sah nun so aus, so Mangott, „als ob beide Seiten den Sieg auf dem Schlachtfeld suchen.“ (Ibid)

Mitte Juni 2025 hatte Russlands Präsident Putin angekündigt, eine spezielle Drohnentruppe zu bilden, „die als selbstständige Waffengattung in den russischen Streitkräften ausgebaut werden soll. Russland signalisiert damit die große

Bedeutung von unbenannten Systemen als Eckpfeiler in der modernen Kriegsführung.“ (Gubler 2025, 29). Die Ukraine hatte bereits im Juni 2024 ihre eigenen sogenannten „unbemannten Systemstreitkräfte“ gegründet, mit dem Ziel, ihre mit Drohnen auf dem Gefechtsfeld unterstützten Operationen effizienter und effektiver zu koordinieren: „Seitdem haben die USF praktisch jeden Tag Drohnenangriffe gegen Ziele auf russischem Territorium geflogen und gleichzeitig auf eigener taktischer Stufe Drohnen in alle Kampfeinheiten integriert.“ (Ibid) Sowohl die Ukraine als auch Russland erkennen mit diesen Schritten die zunehmende militärische Bedeutung von unbemannten Systemen an. Nun verfügen beide Streitkräfte über Drohnen für Aufklärung/Überwachung, für Zielerfassung und elektronische Kampfführung sowie für Kampfeinsätze gegen militärische wie auch gegen zivile Ziele. (Ibid) Noch im August 2025 kündigte demnach der ukrainische Präsident Selenskij, die Massenproduktion von Marschflugkörpern des Typs *Flamingo* mit einer Reichweite von bis zu 3000 Kilometern an. Deren Produktion erweist sich als deutlich günstiger als westliche Modelle. Zudem kann hier jeweils ein schwerer Sprengkopf angebracht werden, mit dem sogenannte „gehärtete Ziele“ wie Drohnenfabriken, Hauptquartiere oder Bunker, in denen auch Munition gelagert wird, getroffen werden können.

Zur Beendigung des Krieges unterstützen die USA eine Verhandlungslösung, die zu einem dauerhaften und nachhaltigen Frieden führen sollte, sowie die Souveränität der Ukraine. So äußerte sich US-Präsident Trump in einem Brief an den ukrainischen Präsidenten Selenskij zum Unabhängigkeitstag der Ukraine wie folgt: „An diesem wichtigen Tag sollten Sie wissen, dass die Vereinigten Staaten ihren Kampf respektieren, Ihre Opfer würdigen und an Ihre Zukunft als unabhängige Nation glauben. Es ist Zeit, das sinnlose Töten zu beenden.“ (Glas 2025,2). „Ich will eine Waffenruhe“, betonte in der Folge Donald J. Trump vor dem bilateralen Gipfel auf Präsidentenebene mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 15. August 2025 in Alaska: „Ich weiß nicht, ob es heute klappt, aber ich wäre nicht glücklich, wenn es heute nicht klappt“, führte Trump vor dem Gipfel aus (Salzburger Nachrichten 2025a, 7). Über die Rolle der EU äußerte sich Trump wie folgt: „Europa sagt mir nicht, was ich zu tun habe, aber sie werden natürlich auch in den Prozess miteingebunden.“ (Ibid) Zudem werde demnach Trump auch keine Vereinbarungen über die Ukraine ohne Einbeziehung der Ukraine treffen. Vor seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij und europäischen Staats- und Regierungschefs in Washington D.C. drei Tage nach dem Gipfeltreffen mit Putin hatte Trump jedoch eine Rückgabe der von Russland annektierten Krim sowie eine Aufnahme der Ukraine in die NATO ausgeschlossen: „Manche Dinge ändern sich nie“, schrieb Trump und verwies auf die von US-Präsident Barack H. Obama de facto akzeptierte Annexion der Krim: „KEIN NATO-BEITRITT DER UKRAINE“. Auf dem Gipfeltreffen mit Trump in Alaska hatte Putin zuvor klargestellt: keine Rückgabe der Krim an die Ukraine sowie keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine! Zudem meinte Trump: „Der ukrainische Präsident Selenskij kann den Krieg mit Russland fast sofort beenden, wenn er will, oder er kann weiterkämpfen“, schrieb Trump weiter, der den Plan verfolge, Putin und Selenskij direkt an einen Verhandlungstisch zu bringen. In der Vergangenheit hatte Trump Selenskij eine Mit-

schuld – und zum Teil sogar die alleinige Verantwortung – an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine gegeben. Der Alaska-Gipfel vom 15. August 2025 endete schließlich ohne Durchbruch oder „Deal“ zwischen Trump und Putin (ORF 2025, 1). Aus diesem Grund schlussfolgerte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, dass „Putin keinen Frieden will“, die Lage für die Ukraine und Europa weiterhin „äußerst ernst“ sei, und stellte klar: „Wenn wir heute vor Russland Schwäche zeigen, legen wir damit die Basis für künftige Konflikte.“ Zudem müssen beim nächsten Ukraine-Gipfel auch die Europäer beteiligt werden. Selenskij betonte, dass es eine Waffenruhe brauche, bevor Friedensgespräche beginnen, zudem verbiete die ukrainische Verfassung die Abtretung und den Tausch von Gebieten. Wladimir Putin will eine „langfristige Lösung“ zu seinen Gunsten. Zudem würde eine Anerkennung von russisch okkupierten bzw. annexierten Gebieten bedeuten, dass Putin Territorien kampflos bekommt, die seine Streitkräfte nicht erst seit 2022, sondern auch seit 2014 nicht erobern konnten. Am 23. September führte US-Präsident Trump während seiner Rede vor der UN-Generalsversammlung aus, die Ukraine könne mit Hilfe westlicher Verbündeter gewinnen. Russland bezeichnete Trump als einen „Papiertiger“, der wirtschaftlich in Not sei: „Ich denke, dass die Ukraine mit der Unterstützung der Europäischen Union in der Lage ist, zu kämpfen und die gesamte Ukraine in ihrer ursprünglichen Form zurückzugewinnen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025b, 1). Im Oktober 2025 war noch ein Gipfeltreffen zwischen Trump und Putin in Budapest geplant, jedoch teilte das Weiße Haus mit, dass es „in naher Zukunft“ kein persönliches Treffen zwischen den beiden Präsidenten zum Thema Ukraine geben werde. Trump betonte, er wolle kein „vergebliches Treffen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025c, 1). Russland hat bis heute weder eine Luft- und Seeüberlegenheit über die Ukraine erhalten noch wesentliche Siege über die ukrainischen Streitkräfte am Landweg erreicht. Zudem halten die ukrainischen Streitkräfte weiterhin die Hauptstadt Kiew und konnten sich bei der Rückeroberung der Regionen Charkiw und Kherson militärisch durchsetzen – trotz limitierter Bewaffnung. Die russischen Streitkräfte versuchen nur äußerst mühsam, Meter für Meter vorzurücken. Der Zermürbungskrieg ging im Herbst 2025 vorerst weiter, ebenso die Ermittlungen in schweren Korruptionsfällen, in denen wie zum Beispiel im Fall des ukrainischen Energiekonzerns *Energoatom* millionenschwere Schmiergeldzahlungen erfolgt sind (Harding 2025,1). Sowohl die Energieministerin als auch der Justizminister der Ukraine mussten zurücktreten. Inzwischen wurde mit dem 28-Punkte-Plan eine Aussicht auf Waffenstillstand und dauerhaften Frieden erreicht: Die Ukraine behält ihre Souveränität, US-Sicherheitsgarantien sollen auch gewährleisten, dass Russland nicht wieder einen Krieg von Neuem gegen die Ukraine beginnt. Die Krim und der Donbas, aus dem die ukrainischen Truppen abziehen sollen (die Ukraine kontrolliert noch ca. 14,5 Prozent des Donbas), sollen *de facto* als russisch anerkannt werden, umgekehrt zieht Moskau seine Truppen aus allen ukrainischen Gebieten ab, die laut 28-Punkte-Plan ukrainisch bleiben. Es sollen weiters demilitarisierte Zonen eingerichtet werden, gegenseitige Angriffe sollen auf Dauer verhindert werden. Zudem soll ab Inkrafttreten eines Abkommens innerhalb von 100 Tagen in der Ukraine neu gewählt werden. Die ukrainische Armee sollte demnach künftig auf

600.000 Soldatinnen und Soldaten begrenzt werden. Der Ukraine soll die Aufnahme in die EU ermöglicht werden, jedoch nicht in die NATO. Seitens der NATO sollen auch keine Truppen in der Ukraine stationiert werden. Umfassende wirtschaftliche Kooperationen mit den USA und der EU sollen den Aufbau der Ukraine ermöglichen, auch mit eingefrorenen russischen Geldern im Ausmaß von 100 Milliarden US-Dollar, die von den USA für den Aufbau der Ukraine genutzt werden sollen. Im November 2025 begannen auch die Detailsondierungen zwischen den USA und der Ukraine in Genf sowie mit der europäischen „Koalition der Willigen“. Viele Fragen über die Zukunft der Ukraine bleiben weiterhin offen. Zu widersprüchlich sind die Positionen untereinander.

China–Russland: Ausbau wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen

Die beiden Konkurrenten sehen sich in einer „strategischen Partnerschaft“, jedoch nicht in einem Bündnis oder gar Militärbündnis, unter Beibehaltung ihrer „strategischen Autonomie“: Beide Regierungen sind sich einig, alles zu unternehmen, um die „US-Hegemonie“ einzudämmen. China will jedoch den größtmöglichen Nutzen aus der bestehenden Weltordnung ziehen, Russland will diese zerstören. So schlussfolgerte Russlands Präsident Putin beim Gipfel der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) in Tianjin: „Das eurozentrische und euroatlantische Modell habe sich überlebt.“ (Süddeutsche Zeitung 2025: 1) Putin und Chinas Staatschef Xi Jinping unterzeichneten Anfang September mehr als 20 Kooperationsabkommen, vor allem in den Bereichen Energie, Luftfahrt, Künstliche Intelligenz und Landwirtschaft. Russland erklärte sich dabei bereit, mehr Gas an die Volksrepublik China zu liefern. Der Vorsitzende der Gazprom, Alexej Miller, führte aus, es sei ein Memorandum über den Bau der Pipeline „Kraft Sibiriens 2“ unterschrieben worden. Diese Pipeline werde über die Mongolei nach China führen. Der Gaspreis, so Miller, sollte niedriger sein als für europäische Länder. Miller begründete dies mit niedrigeren Transportkosten. Durch die bereits existierende Pipeline *Kraft Sibiriens 1* sollten anstatt der bisherigen 38 Milliarden Kubikmeter Erdgas künftig jährlich 44 Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen, die neue Pipeline ist wiederum auf eine Kapazität von 50 Milliarden Kubikmeter pro Jahr ausgelegt, das entspricht einem Volumen der beiden Pipelines *Nordstream 1* und *2*. Miller sprach vom „größten und kapitalintensivsten Gasprojekt weltweit“. Der Beginn des Baus von *Kraft Sibiriens 2* bleibt noch offen. Jahrzehntelang hatten Russland und China ohne Erfolg über das Pipelineprojekt verhandelt. Moskau sucht dringend Alternativen zum europäischen Markt und lockt China mit hohen Preisnachlässen. Für China ist dieses Vorhaben wichtig, jedoch nicht überlebenswichtig (Deutsche Welle 2025, 1). Aus 800 Seiten Vertrags- und Korrespondenzmaterial, das von der Hackergruppe *Black Moon* geleakt wurde, geht zudem hervor, dass russische Militärexperten die Volksbefreiungsarmee Chinas auf die Invasion Taiwans vorbereiten. Demzufolge soll sich schon im Jahr 2023 die russische Regierung bereit erklärt haben, die Streitkräfte der Volksrepublik mit „einem kompletten Waffen- und Ausrüstungssatz für ein Luftlandebataillon sowie weiterer Spezialausrüstung zu beliefern. Darüber hinaus wird Russland eine umfassende Ausbildung des Personals im Umgang mit dieser Aus-

rüstung anbieten sowie Knowhow zur Waffenproduktion an China weitergeben.“ (May 2025, 1). Russland verfügt über praktische Erfahrung und Fähigkeiten im Luftkampf, die der Volksrepublik fehlen. Chinas Staatschef Xi Jinping hatte zudem angekündigt, Taiwan bis zum Jahr 2027 einnehmen zu wollen – ein Angriff auf Taiwan über Wasser und Land erscheint riskant, deshalb ist Xi bestrebt, die Volksbefreiungsarmee von russischen Luftraumspezialisten ausbilden zu lassen. Bei einer derartigen militärischen Auseinandersetzung könnten nach Aussagen des *Royal United Services Institute* (RUSI) in London russische Öl-, Gas- und andere Rohstoffvorräte sowie die Rüstungsindustrie zu einer strategischen Unterstützung für die Volksrepublik werden (Ibid) China könnte demnach auch andere Inseln der Region angreifen – so auf den Philippinen, auch könnte China einen russischen Angriff auf die NATO bzw. EU als Ablenkungsmanöver für den Überfall auf Taiwan nutzen. Werden die USA Taiwan im Fall eines chinesischen Angriffs verteidigen? US-Präsident Donald J. Trump meinte diesbezüglich: „Ich kommentiere das nie. Ich will mich nie in diese Position bringen.“ So lassen sich die USA offen, ob diese in einem derartigen Fall eingreifen werden (Ibid) Im russischen Krieg gegen die Ukraine versucht Peking,

- eine Fokussierung von US-amerikanischen Kapazitäten auf China zu verhindern; und
- die chinesischen Hegemonieambitionen in Asien abzusichern und auszubauen.

Zudem beliefert China die Russische Föderation nach amerikanischen und europäischen Darstellungen mit Mikrochips und stellt Technologie für die Produktion von Raketen und Marschflugkörpern zur Verfügung, jedoch dementierte Chinas Außenminister Wang Yi derartige Fakten und entgegnete: China unterstütze Russland in diesem Krieg weder militärisch noch wirtschaftlich: „Wenn wir das täten, wäre der Krieg längst vorbei.“ (Fischer 2025, 66). So gab Chinas Außenminister Wang Yi bei seinem Treffen mit der Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Kaja Kallas, Anfang Juli 2025 mit aller Deutlichkeit zu verstehen: China könne eine Niederlage Russlands in seinem Krieg gegen die Ukraine „nicht zulassen“: „Denn in einem solchen Fall würden die USA ihre ganze Aufmerksamkeit auf China richten.“ (Fischer 2025, 66).

Indien und China rücken näher zusammen

Im Jahr 2024 nahmen Indiens Ministerpräsident Narendra Modi und Chinas Staatschef Xi Jinping in Kazan ihre Gespräche wieder auf, mit dem Ziel, ihre Beziehungen nach dem Grenzkonflikt von 2020 wieder zu verbessern. Am 31. August 2025 war Narendra Modi erstmals seit sieben Jahren wieder in die Volksrepublik China gereist. Dieses Treffen mit Xi Jinping fand am Rande des Gipfels der *Shanghai Cooperation Organization* (SCO) in Tianjin statt. Xi Jinping will, dass der *chinesische Drache* und der *indische Elefant* wieder „miteinander tanzen“ (ZDF Heute Journal, 31. August 2025, ca. 21.53Uhr). Modi kündigte bei diesem Besuch die Wiederaufnahme der seit dem Grenzkonflikt von 2020 ausgesetzten Direktflugverbindungen zwischen beiden Staaten an, er bekräftigte je-

doch ein „multipolares Asien“ in Ablehnung einer chinesischen Dominanz. Derartige Treffen zwischen Modi und Xi sollten keinesfalls überschätzt werden. Dieses Treffen war vor allem das Ergebnis der von US-Präsident Trump verhängten Zölle (im Fall von Indien wurden diese verdoppelt – aufgrund des Imports von russischem Erdöl) und Sekundärsanktionen gegen diese beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde. Im Fall Chinas einigte sich Ende Oktober Donald J. Trump noch mit Xi Jinping, Zölle auf Waren aus der Volksrepublik von 57 auf 47 Prozent zu reduzieren. Im Gegenzug soll China wieder Sojabohnen aus den USA importieren und die Ausfuhr von Seltenern Erden aufrechterhalten. Weiters soll sich China auch verpflichtet haben, stärker gegen den illegalen Handel mit dem Schmerzmittel Fentanyl vorzugehen. Chinas Regierung hatte bestätigt, die Einschränkungen für Seltene Erden zunächst für ein Jahr auszusetzen (Salzburger Nachrichten 2025b, 6). So schienen Ende August Indien und China vorerst näher zusammenzurücken, statt aus amerikanischer Sicht ein Gegengewicht zu China zu bilden (Busse 2025, 1). Jedoch betonen Indien wie China ihre jeweilige „strategische Autonomie“. Sowohl Modi als auch Xi stellen klar, dass beide Länder sich nun als „Partner“ und nicht mehr als „Rivalen“ sehen werden. Aus Sicht von Xi sollte Indien China auch nicht als Bedrohung sehen – trotz der Konflikte entlang der gemeinsamen Grenze am Himalaya und der militärischen Unterstützung aus China für Pakistan (Leahy, Schipani, Kay 2025, 4).

Resümee und Ausblick

Russlands Krieg gegen die Ukraine setzte sich nicht nur, trotz Friedensbemühungen von US-Präsident Donald J. Trump, fort, sondern er wurde seitens der russischen Regierung im Herbst 2025 noch brutaler gegen die ukrainische Zivilbevölkerung ausgetragen. China zeigte sich nicht bereit, Friedensbemühungen zur Beendigung dieses von seinem engen Partner Russland ausgelösten Krieges gegen die Ukraine zu unterstützen, sondern erklärt sogar offen, die Kommunistische Partei Chinas könne eine Niederlage Russlands gegen die Ukraine nicht zulassen. Während Donald J. Trump zwar im Nahen Osten mit einem 20-Punkte-Plan, der am 17. November 2025 auch vom UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2803 bestätigt wurde, reüssieren konnte, zeichnete sich ebenso im November mit dem 28-Punkte-Plan eine Hoffnung auf Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ab. Für die europäischen Staaten erweist es sich, unabhängig vom Verhandlungsergebnis mit Russland, jedoch als weiterhin notwendig, in ihre eigene Resilienz – gesellschaftlich, wirtschaftlich und militärisch – verstärkt zu „investieren“, das bedeutet auch in eine gemeinsame Verteidigung: Demnach ist „die Verteidigung und Unterstützung der Ukraine ebenso als ein Beitrag zur Sicherheit Europas zu sehen“, erläuterte Österreichs Bundeskanzler Christian Stocker (Ö1-Morgenjournal, 24. Oktober 2025, ca. 07.08 Uhr). Österreich wird somit weder von der russischen noch von der chinesischen Seite mehr als neutrales Land wahrgenommen. Dmitri Medwedew, ehemaliger Präsident der Russischen Föderation, drohte sogar Österreich Ende August 2025, „dass die Einheiten des österreichischen Bundesheers in die Lang-

strecken-Einsatzpläne der russischen Streitkräfte einbezogen werden“, falls Österreich erwäge, Teil der NATO zu werden (Egger 2025, 10). Wird es eine militärische Auseinandersetzung zwischen der Russischen Föderation mit der NATO und somit auch mit der EU geben? Der Inspekteur des Heeres in Deutschland, Generalleutnant Alfons Mais, meinte, eine direkte militärische Auseinandersetzung der NATO mit Russland wäre möglich, die Bundeswehr müsse sich auf einen derartigen Fall vorbereiten – notfalls auch ohne Vorwarnung. Eine derartige militärische Auseinandersetzung könne demnach „zur Unzeit beginnen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025a, 1). Der Fall „Nexperia“ (Halbleiter, Seltene Erden) verdeutlichte, dass die EU im großen Handelskrieg zwischen China und den USA einerseits drohe, zerrieben zu werden. Andererseits baut China auch in Europa seine Marktanteile aus, so kürzlich im Bereich E-Fahrzeuge in Ungarn und in Österreich, wo chinesische Staatskonzerne unter Umgehung von Strafzöllen begonnen haben, E-Fahrzeugmodelle für den europäischen Markt im großen Stil herzustellen. China und die USA berufen sich bei ihren Maßnahmen in Hinblick auf Lieferungen von Halbleitern und Seltenerden jeweils auf ihre nationalen Sicherheitsinteressen. China hatte bereits im Oktober 2025 wieder die Exportrestriktionen für Seltene Erden verschärft. Demnach hängt die Produktion in Europa nur „noch mehr als bislang schon vom guten Willen Xis ab.“ (Decker, Löhr, Theile 2025, 15). Die EU muss energiepolitisch nun mehr diversifizieren, um die Abhängigkeit von einem einzigen Land – nämlich der Volksrepublik China – von Seltenerden zu reduzieren. Zudem muss die EU mehr auf effizientes Recycling von bereits genutzten *Seltenen Erden* und auf die Erforschung von Ersatzmaterialien setzen. So können inzwischen Windkraftanlagen ohne Magnete betrieben werden. Die einzige Sprache, die die von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron bezeichneten „Raubtiere“ unter den Staatschefs verstehen, ist die der Stärke und der Abschreckung. So braucht es zur Selbstverteidigung umfassende Abschreckung auf dem neuesten technischen Stand: „Wenn man für Frieden ist, was ich bin, muss man abwehrbereit sein“, schlussfolgerte der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer (Döringer 2025, 7). Dazu führte Reinhard Heinisch von der Universität Salzburg weiter aus: „Um sich selbstständig verteidigen zu können, müsste die EU in militärische Hochtechnologie, Informationsbeschaffung, KI, Satelliten, Drohnen, Raketen systeme der neuesten Generation, große Munitionsvorräte, Tarnkappen-Kampfflugzeuge und möglicherweise in eine U-Boot-gestützte atomare Abschreckung investieren“ (Heinisch 2025, 8). Vor allem die Abwehr von Drohnen wurde „sträflich vernachlässigt“, so Nico Lange von der Münchener Sicherheitskonferenz (ORF Zeit im Bild 2, 11. September 2025, ca. 22.10 Uhr bis 22.20 Uhr).

Europa muss resilenter werden – gesellschaftlich, wirtschaftlich und militärisch. Dazu erweist es sich auch in Österreich als notwendig, das Konzept der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) ernster als bisher umzusetzen.

Quellen

- BUSSE, Nikolaus (2025): Es ist nicht Europas Schuld, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September 2025, S. 1.
- DECKER, Hanna, LÖHR, Julia, THEILE, Gustav (2025): Die EU wird zerrieben, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2025, S. 15.
- DEUTSCHE WELLE (2025): Putin und Xi lächeln westliche Isolation Russlands weg, Deutsche Welle, 2. September 2025, <https://www.dw.com/de/putin-und-xi-l%C3%A4cheln-westliche-isolation-russlands-weg/a-73848778> [03.09.2025].
- DORINGER, Gudrun (2025): Müssen unsere Kinder in einen Krieg? Interview mit dem ehemaligen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Joschka Fischer, Salzburger Nachrichten, 26. Juli 2025, S. 7.
- EGGER, Bernhard (2025): Österreichs Neutralität im Rahmen der EU-Sicherheitspolitik, Vortrag von Botschafter i.R. Dr. Emil Brix am 15.09.2025, Unser Auftrag, Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien, Nr. 311, Oktober 2025, S. 10-12.
- FISCHER, Klaus (2025): Für Sie gelesen: China und Russland als strategische Partner, Chemiereport.at / Austrian Life Sciences, Österreichisches Magazin für Wirtschaft, Technik und Forschung, Ausgabe 2025.5, S. 66.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025a): Angriffe auf russische Energieanlagen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2025, S. 1.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025b): Selenskij lobt Trumps „große Kehrtwende“ in der Ukrainapolitik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. September 2025, S. 1.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025c): Orbán rechnet weiter mit Trump-Putin-Treffen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Oktober 2025, S. 1.
- GLAS, Othmar (2025): Die Ukraine gibt nicht auf, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2025, S. 2.
- GUBLER, Hans Peter (2025): Die russische Armee erhält eine Drohnentruppe, ASMZ, herausgegeben von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, 8/2025, S. 29-31.
- HARDING, Luke (2025): Ukraine's energy sector faces wide-scale investigation over 'kick-back' allegations, The Guardian, 10. November 2025, <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/10/ukraine-anti-corruption-agency-investigates-energy-sector> [11.11.2025].
- HAUSER, Gunther (2019): Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure, 9. überarbeitete Auflage, Stand: 15. Februar 2019, Amtliche Publikation der Republik Österreich / Bundesminister für Landesverteidigung, Wien.
- HEINISCH, Reinhard (2025): Macht zählt. Aber Europa zahlt, Gastkommentar, Salzburger Nachrichten, 8. August 2025, S. 8.
- HÖDLMOSEN, Thomas (2025): Die Politik der großen Knüppel ist zurück, Salzburger Nachrichten, 26. Juli 2025, S. 1.
- LEAHY, Joe, SCHIPANI, Andres, KAY, Chris (2025): Xi and Modi renew ties to offset US trade war, Financial Times, 1. September 2025, S. 4.
- MAY, Laura (2025): Kampfbrüder Putin und Xi – Russland macht China fit für Taiwan-Invasion, Frankfurter Rundschau, 27. September 2025, 08:10 Uhr, <https://www.fr.de/politik/invasion-kampfbrueder-putin-und-xi-russland-macht-china-fit-fuer-taiwan-zr-93957630.html> [29.10.2025].

ORF (2025), Vor Selenskij-Treffen: Trump schließt NATO-Beitritt Kiews aus, 18. August 2025, 7:46 Uhr, <https://orf.at/stories/3402810> [18.08.2025].

ORF-Pressestunde mit Frau Bundesministerin Klaudia Tanner, 19. Oktober 2025, 11.05 Uhr bis 11.55 Uhr.

ORF Zeit im Bild 2, 11. September 2025, ca. 22.10 Uhr bis 22.20 Uhr.

PABST, Volker (2025): Über 700 Drohnen und Raketen in einer Nacht, Neue Zürcher Zeitung, 10. Juli 2025, S. 1.

PSAROPOULOS, John T. (2025): Europe lacks coordination as Russia prepares for war with NATO: Experts, Al Jazeera, 27. Oktober 2025, <https://www.aljazeera.com/news/2025/10/27/europe-lacks-coordination-as-russia-prepares-for-war-with-nato-experts> [29.10.2025].

REED, John, NARIN, Sun (2025): Thailand and Cambodia agree pact to end fighting, Financial Times, 29. Juli 2025, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN (2025a): Wo bleibt da die Ukraine?, Salzburger Nachrichten, 16.08.2025, S. 7.

SALZBURGER NACHRICHTEN (2025b): Die USA starten Atomtests – und senken die Zölle für China, Salzburger Nachrichten, 31. Oktober 2025, S. 6

SCHWISCHEI, Gerhard (2025): Hat Selenskij den Krieg schon verloren?, Interview mit Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott von der Universität Innsbruck, Salzburger Nachrichten, 11. Juli 2025, S. 6.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (2025): Gipfel in Tianjin. Putin und Xi fordern bei Gipfel in China neue Weltordnung, Süddeutsche Zeitung, 1. September 2025, 15:44 Uhr, <https://www.sueddeutsche.de/politik/gipfel-in-tianjin-putin-und-xi-fordern-bei-gipfel-in-china-neue-weltordnung-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250901-930-980799> [29.11.2025].

TROIANOVSKI, Anton, SONNE, Paul (2025): Putin defies U.S. hopes, pressing on in Ukraine, The New York Times International Edition, 11. Juli 2025, S. 1 und 4.

WALDENBERG, Samantha (2025): Trump says he struck deal to send US weapons to Ukraine through NATO, CNN, Fri July 11, 2025, <https://edition.cnn.com/2025/07/10/politics/us-weapons-ukraine-nato-deal-trump> [14.07.2025].

Politisches Vertrauen in China

Mit Blick auf die Resilienz Chinas ange-
sichts der globalen Machtverschiebungen

von Barbara Farkas

Das Verständnis der internen Legitimationsmechanismen Chinas als das eines nichtdemokratischen Staates ist in Zeiten globaler geopolitischer Umbrüche, der zunehmenden Wirkmacht alternativer Ordnungskonzepte und steigender wirtschaftlicher Polarisierung von großer Relevanz. Denn Chinas Einfluss als Systemakteur mit Transformationspotenzial nimmt stetig zu.

Dennoch wird das politische Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung Chinas als Konzept kaum im geopolitischen Diskurs des Westens debattiert.

Insbesondere für Chinas Resilienz gegenüber disruptiven Ereignissen stellt das politische Vertrauen ein entscheidendes Element dar.

Zwischen der internen politischen Kultur und der externen Machtprojektion bzw. zwischen der innenpolitischen Stabilität und der internationalen Positionierung bestehen komplexe Wechselwirkungen.

Der spezifische Charakter des politischen Vertrauens in China steht in einem kohärenten Zusammenhang mit den dynamischen (geo-) politischen und strategischen Entwicklungen sowohl im indopazifischen Raum als auch auf der globalen Ebene.

Konzeptioneller Rahmen

In Zeiten globaler Krisen und zunehmender Polarisierung rückt die Thematik des politischen Vertrauens in den Fokus der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte, da es als entscheidender Indikator für die Legitimität eines politischen Systems gilt. Das Ausmaß des politischen Vertrauens innerhalb einer Gesellschaft ist nicht nur Gradmesser für die Zufriedenheit der Bevölkerung, sondern beeinflusst maßgeblich die politische Partizipation, die Akzeptanz von Entscheidungen und die Resilienz gegenüber disruptiven Ereignissen. Chinas Ansatz und Handeln prägen die internationalen Entwicklungen maßgeblich.

Die jüngsten globalen Ereignisse legten die generelle Fragilität des politischen Vertrauens offen und warfen neue Fragen bezüglich der Widerstandsfähigkeit und Wiederherstellbarkeit auf. Definiert wird politisches Vertrauen als die Überzeugung der Bürger, dass politische Akteure und Institutionen bereit und in der Lage sind, im besten Interesse der Gesellschaft zu handeln (vgl. Levi/Stoker 2000).

Die Tatsache, dass in China ein (relativ ausgeprägtes) politisches Vertrauen in die Parteiführung existiert, wird im geopolitischen Diskurs des Westens (vgl. Farkas 2024) kaum als Konzept debattiert. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie politisches Vertrauen in asymmetrischen Machtverhältnissen bzw. bei fehlenden demokratischen Wahlen überhaupt entstehen und wirken kann. Im Folgenden wird daher analysiert, inwiefern die wahrgenommene Responsivität politischer Akteure und Institutionen auf die Anliegen der Bevölkerung Einfluss auf die Entwicklung von politischem Vertrauen in China ausübt. Das Thema steht in engem Zusammenhang mit der spezifischen politischen Kultur Chinas (vgl. Farkas 2023) sowie mit der Herrschaftslegitimität und dem Autoritarismus.

In China manifestiert sich politisches Vertrauen in einer besonderen Form, die sich von westlichen Demokratien unterscheidet. Dieses Vertrauen ist weniger ein bindendes Erwartungsverhältnis, das auf normativen Rechten und Wahlmöglichkeiten basiert, sondern vielmehr eine fragile Hoffnung in die übergeordnete Autorität der zentralen Parteiführung. Denn politisches Vertrauen bezieht sich in China auf die zentrale Parteiführung und nicht – wie in westlichen Systemen – auf die Regierung als eine eigenständige, von der Legislative kontrollierte Instanz. Im Gegensatz zu Demokratien beruht politisches Vertrauen in China nicht primär auf demokratischen Institutionen oder individuellen Rechten, sondern auf der Wahrnehmung der Kommunistischen Partei Chinas als Garant für kollektive Stabilität, Fortschritt und die Fortführung einer zivilisatorischen Entwicklung (vgl. Li 2025).

Das politische Vertrauen wird in China **zweidimensional konzipiert**. Einerseits als Vertrauen in das politische Engagement bzw. den Willen der Parteiführung, im Interesse der Bevölkerung zu handeln. Und andererseits als Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit bzw. in das Vermögen der Parteiführung, Politik kohärent und effizient zu implementieren und dabei insbesondere lokale Akteure zur Umsetzung zu bewegen. Diese Unterscheidung ist für das Verständnis der unterschiedlichen Vertrauensmuster entscheidend. Umfragen des letzten Jahrzehnts zeigen, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung volles Vertrauen (in

Engagement und Fähigkeit) und ein weiteres Drittel teilweises Vertrauen (in erster Linie in das Engagement, jedoch Misstrauen in die Fähigkeit) hegt. Die restliche Bevölkerung zeigt Skeptizismus und zu ca. 15 % völliges Misstrauen (vgl. Li 2025). Das Vertrauen in das Handeln der Regierungspartei im Interesse der Bevölkerung ist daher von ihrem Können zu unterscheiden, lokale Akteure zur konsistenten Verwirklichung ihrer Politik zu veranlassen. Dies zeigt, dass die Bevölkerung Chinas zwischen der wohlwollenden Absicht der Zentralregierung und den teils als inkompetent oder korrupt wahrgenommenen lokalen Behörden unterscheidet (vgl. Tsai 2007; Li 2025).

Das Vertrauen in China ist grundlegend transaktionell und nicht normativ. Dies bedeutet, dass die Legitimität der Kommunistischen Partei Chinas auf einem impliziten Gesellschaftsvertrag beruht. Dabei gewährt die Bevölkerung der Partei Legitimität und Vertrauen im Gegenzug für die kontinuierliche Bereitstellung von Stabilität und Wohlstand. Die tiefere Implikation dieser transaktionellen Legitimitätsbasis ist, dass jede erhebliche, wahrgenommene Lücke in der Leistungsfähigkeit der Partei – sei es in der Wirtschaft, bei der Krisenbewältigung oder der Korruptionsbekämpfung – die gesamte Legitimationsgrundlage schwächt. Dies führt, wenn die Parteiführung ihre Versprechen nicht einhalten kann, zu einer Anfälligkeit für interne Herausforderungen.

Legitimationsquellen und Strategien der Parteiführung zur Vertrauenssicherung

Um dieses Vertrauen zu bilden und zu bewahren, wendet die Kommunistische Partei Chinas eine **dreiteilige Strategie** an. Von höchster Relevanz ist die **Leistungslegitimierung** durch die Verkündung von Politiken, die im Interesse der Bevölkerung sind. Dies betrifft insbesondere die Wirtschaftsentwicklung und die Erhöhung des Lebensstandards (vgl. He/Warren 2011; Uslaner 2018, 79; Bo 2021, 242). Die Bevölkerung ist zu 84 % grundsätzlich mit der Wirtschaftslage und zu mehr als 50 % mit der eigenen finanziellen Lage zufrieden (vgl. Dong u. a. 2025).

Dieses große Ausmaß an Zufriedenheit spiegelt sich im starken institutionellen Vertrauen wider, das aus verschiedenen Quellen stammt, insbesondere den traditionellen Werten, der politischen Kontrolle und der institutionellen Leistung. Insbesondere die positive Bewertung der institutionellen Leistung durch die Bevölkerung ist der wichtigste Wirkfaktor für das Vertrauen in administrative und rechtliche Institutionen (vgl. Yang/Tang 2010). Dieses Vertrauen in staatliche Fähigkeiten ist jedoch fragil und kann bei nachlassender Leistung, beispielsweise im Zuge einer Pandemie- oder Korruptionsbekämpfung, zu Legitimationsverlust führen (vgl. He/Warren 2011; Uslaner 2018, 79).

Als zweite Strategie **inszeniert die Partei Vertrauen**, häufig durch Antikorruptionskampagnen. Denn die positive Bewertung von Antikorruptionsmaßnahmen erhöht das Vertrauen in das Handeln und die Fähigkeiten des Staates. Die Wahrnehmung von Korruption auf der lokalen Ebene kann das Vertrauen in die Fähigkeit der Parteispitze reduzieren, jedoch weniger das Vertrauen in ihr poli-

tisches Engagement. Auch die Online-Verbreitung von Informationen zu Korruptionsfällen kann das Vertrauen in die staatlichen Kapazitäten erheblich beeinflussen.

In diesem Kontext ist die Machtkonzentration auf Xi Jinping eine zweischneidige Strategie. Denn während eine Antikorruptionskampagne das Vertrauen in die Parteiführung stärkt, ist sie zugleich das wichtigste Instrument zur Macht-konsolidierung des Staatspräsidenten. Dies schafft kurzfristig eine klare, vertrauenswürdige Autorität. Langfristig jedoch macht dies das gesamte System anfällig für einen einzelnen Ausfallpunkt (single point of failure, SPOF). Dies beschreibt eine Systemschwachstelle, deren Ausfall mangels Redundanz das gesamte System zum Erliegen bringt. Denn die Stabilität des Vertrauens hängt massiv von Xi Jinping ab, was immer wieder die Frage nach der Stabilität einer Ära nach Xi Jinping aufwirft (vgl. He/Warren 2011; Uslaner 2018, 79).

Als dritte Strategie wird Vertrauen durch **paternalistischen kulturellen Einfluss** und ideologische Indoktrination verankert. Obwohl der chinesischen Bevölkerung ein garantiertes politisches Recht zum Vertrauensentzug durch demokratische Wahlen fehlt, kann sie durch Proteste eine glaubwürdige Drohung des Vertrauensentzugs vermitteln. Autoritäre Regierungen können durchaus (funktional) responsiv gegenüber der Bevölkerung agieren, insbesondere auf lokaler Ebene (vgl. Tsai 2007; Li 2025).

Die Rolle von Kultur und Zivilisationalismus

Die **kollektivistische Natur der chinesischen Gesellschaft** spielt bei der Gestaltung des politischen Vertrauens eine zentrale Rolle. China wird als deutlich kollektivistischer als andere ostasiatische Länder beschrieben, basierend auf seiner Gesellschaftsstruktur und der Priorität der Harmonie innerhalb der Gruppe. Das Wohlergehen des Kollektivs steht im Vordergrund und das Individuum hat sich diesem unterzuordnen. Dieses soziale Muster begünstigt die Vermeidung von Konfrontationen und Konflikten und kann dazu beitragen, dass die Bevölkerung trotz fehlender demokratischer Wahlen Vertrauen in eine übergeordnete Autorität setzt, da die Stabilität und Harmonie des Systems dem kollektiven Wohl dienen (vgl. Oyserman/Coon/Kemmelmeier 2002; Han/Zhang 2018; Shi 2015; Womack 1991).

Der **Zivilisationalismus** Chinas verstärkt und legitimiert dieses politische Vertrauen zusätzlich. China betrachtet sich explizit als Zivilisationsstaat, der über das Konzept des Nationalstaates hinausgeht und eine tief verwurzelte historische und kulturelle Zivilisation repräsentiert. Der Zivilisationalismus dient als Erklärungsmodell für internationale Beziehungen und als Legitimierungsrahmen für politische Herrschaft, indem er die Partei als Bewahrerin einer einzigartigen, über Jahrtausende gewachsenen Zivilisation darstellt (vgl. Farkas 2026; Han/Zhang 2018, 225). 70 % der chinesischen Bevölkerung sind vom einzigartigen Charakter Chinas überzeugt (vgl. Smeltz 2025).

Die Verknüpfung von Kollektivismus und Zivilisationalismus schafft eine einzigartige Grundlage für politisches Vertrauen in China. Die kollektivistische Prägung fördert die Unterordnung des Individuums unter das Gruppenwohl und die Vorrangstellung der Harmonie. Dies unterstützt die Akzeptanz einer zentralen, autoritären Führung, die Stabilität und kollektives Wohlergehen verspricht. Der Zivilisationalismus liefert die historische und kulturelle Legitimationsgrundlage für diese Führung. Dies stärkt das Vertrauen in die Parteispitze, da sie nicht nur als effiziente Verwaltungseinheit, sondern als Hüterin einer zivilisatorischen Identität wahrgenommen wird.

Der Zivilisationalismus dient nicht nur der internen Legitimation, sondern auch als ideologischer Puffer und Narrativ für die Außenpolitik. Indem die Parteiführung China als eine einzigartige, über Jahrtausende gewachsene Zivilisation darstellt, kann sie über westliche Forderungen nach demokratischen Reformen als kulturelle Einmischung und neokoloniale Bestrebungen hinweggehen. Dies legitimiert nicht nur das eigene System, sondern bietet durch den Verweis auf das historische Schicksal der Zivilisation zudem einen ideologischen Rahmen für eine global durchsetzungsfähige Politik.

Das politische Vertrauen in China im Kontext globaler und regionaler Entwicklungen

Für das politische Vertrauen Chinas spielen unter anderem zwei Elemente eine große Rolle: erstens der **Zusammenhang von externer Bedrohung und interner Legitimität** sowie zweitens die Fragilität der Leistungslegitimierung im strategischen Wettbewerb.

Das unsichere geopolitische Umfeld, insbesondere die wachsenden geopolitischen Spannungen in der Region, das Streben nach regionaler Eigenständigkeit und die zentrale strategische Bedeutung der Region für die USA, führte zu einem kontinuierlichen Anstieg der Verteidigungsausgaben und zu einer erhöhten Nachfrage nach modernen militärischen Fähigkeiten. Auf die Länder des indopazifischen Raumes entfallen ca. 22 % der weltweiten Verteidigungsausgaben. Chinas Anteil am regionalen Rüstungsbudget beträgt 46 %, gefolgt von Indien, Japan und Südkorea. Rund 65 % der militärischen Ausrüstung in Asien stammt aus dem Ausland. Es zeichnet sich jedoch vor allem in Japan, Singapur, Südkorea, Taiwan und Indien eine Verlagerung von Importen zu einer eigenständigen heimischen Innovation und Produktion ab. Ziel ist die Reduktion der Abhängigkeit von ausländischer Technologie und Ausrüstung, mit künftigem Potenzial für Rüstungsexporte. Zudem entstehen Verteidigungsindustrien mit kleinerer, aber wachsender Kapazität in Australien, Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam (vgl. Edmondson 2025).

Beispielhaft ist Chinas stete Vertiefung der wirtschaftlichen und militärischen Kooperation mit **Indonesien**. Indonesien ist die größte Volkswirtschaft Südostasiens, kontrolliert wichtige maritime Schlüsselzonen und stellt – insbesondere unter der außenpolitisch-proaktiven Administration von Prabowo Subianto und nicht zuletzt als Vollmitglied der BRICS-Staaten seit Jänner 2025 – einen

Schlüsselakteur des Globalen Südens bzw. für das Streben nach einer multipolaren Weltordnung dar. Für das regionale Machtgleichgewicht ist Indonesien zentral. Im August 2025 führte Indonesien eine Änderung der Organisationsstruktur der Spezialeinheiten seiner Streitkräfte durch. Seine bilaterale Beziehung mit China geht über chinesische Waffenexporte hinaus, ermöglicht China die weitere Integration in die asiatische Sicherheitsarchitektur und erschwert den USA die Konsolidierung ihrer regionalen Partnerschaften. China ist der wichtigste Handelspartner und Investor in Indonesien. Einem globalen Trend folgend und offensichtlicher als sein deutlicher an den USA orientierter Amtsvorgänger Joko Widodo betrachtet Präsident Prabowo zentralisierte Autorität als essenziell für die nationale Entwicklung und geopolitische Widerstandsfähigkeit. In partieller Übereinstimmung mit chinesischen Werten stellt er Souveränität, Sicherheit und strategische Autonomie in Fortführung der traditionellen Blockfreiheit Indonesiens teils über westliche Ideale, wie etwa Pluralismus und offene Märkte (vgl. Sasmita 2025).

Die externen militärischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten nutzt China intern zur Stärkung des politischen Vertrauens. Die Darstellung der äußeren Bedrohungen als Herausforderung für Chinas kollektive und zivilisatorische Identität stärkt die nationale Kohärenz und dient der Rechtfertigung einer zentralisierten politischen Führung. In diesem Kontext wird das politische Vertrauen nicht nur durch Leistung generiert, sondern auch durch die symbolische Rolle als Beschützerin des nationalen Wohls gegenüber äußeren Gegenspielern.

Der **geopolitische und geoökonomische Wettbewerb** erhöht den Druck auf die Leistungsfähigkeit der chinesischen Regierung als primäre und transaktionsbasierte Legitimationsquelle. Trotz weltpolitischer, handelsbedingter und wirtschaftlicher Unsicherheiten zählt der chinesische Markt in letzter Zeit zu jenen mit den höchsten Erträgen. Die weitere Wirtschaftsentwicklung hängt in erster Linie von den Auswirkungen der US-Zollpolitik, der Innovationskraft Chinas und der Veränderung des chinesischen Konsumverhaltens ab (vgl. Lee 2025).

Resümee

Angesichts der globalen geopolitischen Umbrüche, der zunehmenden Wirkmacht alternativer Ordnungskonzepte, der transatlantischen Unsicherheiten und der wachsenden ökonomischen Polarisierung ist das Verständnis der internen Legitimationsmechanismen Chinas als das eines nichtdemokratischen Staates von großer Relevanz. Denn Chinas Einfluss als Systemakteur mit Transformationspotenzial nimmt stetig zu; sein Ansatz und Handeln prägen die internationalen Entwicklungen maßgeblich.

Das Ausmaß des politischen Vertrauens innerhalb einer Gesellschaft ist nicht nur Gradmesser für die Zufriedenheit der Bevölkerung, sondern beeinflusst die politische Partizipation, die Akzeptanz von Entscheidungen und die Resilienz gegenüber disruptiven Ereignissen stark. Zwischen der internen politischen Kultur und der externen Machtprojektion bzw. zwischen der innenpolitischen Stabilität und der internationalen Positionierung bestehen komplexe Wechselwirkungen. Der spezifische Charakter des politischen Vertrauens in China steht in

einem kohärenten Zusammenhang mit den dynamischen (geo-) politischen und strategischen Entwicklungen sowohl im indopazifischen Raum als auch auf der globalen Ebene.

Das politische Vertrauen in China ist ein komplexes, von westlichen Demokratien abweichendes Phänomen. Es handelt sich um ein transaktionales Verhältnis, das auf der Wahrnehmung der Leistung und Fähigkeit der Kommunistischen Partei beruht und nicht auf einem normativen Erwartungshorizont. Diese Legitimität wird durch eine dreiteilige Strategie aus Leistungsfähigkeit, inszenierter Vertrauensbildung und kultureller Verankerung gesichert. Die wesentlichen Einflussfaktoren auf das politische Vertrauen stellen die künftige Entwicklung des chinesischen Wirtschaftswachstums, die globalen und regionalen Machtdynamiken sowie die militärische Stabilität dar.

Quellen

- Bo, Peng (2021): China and Global Governance. A new leader?, Palgrave Macmillan, Cham 2021.
- Dong, Sam u.a. (2025): Chinese Public Broadly Confident in China's Economy, The Chicago Council on Global Affairs, 03.09.2025, [online] https://globalaffairs.org/research/public-opinion-survey/chinese-public-broadly-confident-chinas-economy?utm_source=substack&utm_medium=email [05.09.2025].
- Edmondson, Jane (2025): Gestiegene Nachfrage nach Verteidigung im Pazifikraum, 29.08.2025, [online] <https://e-fundresearch.com/newscenter/226-hanetf/artikel/56193-gestiegene-nachfrage-nach-verteidigung-im-pazifikraum> [27.09.2025].
- Farkas, Barbara (2023): Chinas politische und strategische Kultur. Die Bedeutung der politischen und strategischen Kultur für die Grand Strategy Chinas, Strategische Kulturen Ostasiens 1, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2023, [online] <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3702> [09.11.2025].
- Farkas, Barbara (2024): Chinas Perspektive auf den globalen Systemkonflikt, in: BMLV: Systemkonflikt – die chinesische Herausforderung, Armis et Litteris, Schriftenreihe der Theresianischen Militärakademie, Band 43, Wiener Neustadt 2024, 37-55, [online] https://www.milak.at/fileadmin/milak/Forschung/Publikationen/Systemkonflikt_-_die_chinesische_Herausforderung__Zusammenstellung_f%C3%BCr_online.pdf [09.11.2025].
- Farkas, Barbara (2026): Der Zivilisationalismus Chinas und Indiens im geopolitischen Kontext. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) – erscheint im Frühjahr 2026.
- Han, Zhen und Weiwen Zhang (2018): Contemporary Value Systems in China, China Social Sciences Press, Beijing und Springer, Singapur 2018.
- He, Baogang und Mark E. Warren (2011): Authoritarian Deliberation. The Deliberative Turn in Chinese Political Development. In: Perspectives on Politics 2/2011, 9. Jg., S. 269-289.
- Lee, Andrew (2025): Vier Faktoren, die chinesische Aktien bestimmen könnten, 20.05.2025, [online] <https://www.capitalgroup.com/intermediaries/at/de/insights/articles/four-factors-that-could-drive-chinese-equity-markets.html> [24.09.2025].
- Levi, Margaret und Laura Stoker (2000): Political Trust and Trustworthiness. In: Annual Review of Political Science 3/2000, S. 475-507.
- Li, Lianjiang (2025): Political Trust in China, University of Michigan Press, Ann Arbor 2025.

- Oyserman, Daphna, Heather M. Coon und Markus Kemmelmeier (2002): Rethinking Individualism and Collectivism. Evaluation of Theoretical Assumptions and Meta-Analyses. In: Psychological Bulletin 1/2002, 128. Jg., S. 3-72.
- Sasmita, Ronny P. (2025): Prabowo, Xi and Putin: Indonesia's quiet pivot towards a China-led future?, in: Think China, 23.09.2025, [online] Prabowo, Xi and Putin: Indonesia's quiet pivot towards a China-led future? [01.10.2025].
- Shi, Tianjian (2015): The Cultural Logic of Politics in Mainland China and Taiwan, Cambridge University Press, New York 2015.
- Smeltz, Dina u.a. (2025): Chinese Public Divided on Whether Beijing Should Seek Shared Leadership or Global Dominance, The Chicago Council on Global Affairs, 03.09.2025, [online] https://globalaffairs.org/research/public-opinion-survey/chinese-public-divided-whether-beijing-should-seek-shared-leadership?utm_source=substack&utm_medium=email [03.09.2025].
- Steinhardt, H. Christoph, Xue Gong und Yan Delhey (2025): Chasing a phantom. A re-evaluation of China's "trust crisis". In: Chinese Sociological Review, Nr. 3/2025, 57. Jg., S. 297-327.
- Tao, Ran, Dali L. Yang, Ming Li und Xi Lu (2013): How does political trust affect social trust? An analysis of survey data from rural China using an instrumental variables approach. In: International Political Science Review, Nr. 2/2013, 35. Jg., S. 237-253.
- Tsai, Lily L. (2007): Accountability without Democracy. Solidary Groups and Public Goods Provision in Rural China, Cambridge University Press, Cambridge 2007.
- Uslaner, Eric M. (Hrsg.) (2018): The Oxford Handbook of social and political trust, Oxford University Press, New York 2018.
- Womack, Brantly (Hrsg.) (1991): Contemporary Chinese Politics in Historical Perspective, Cambridge University Press, New York 1991.
- Yang, Qing und Wenfang Tang (2010): Exploring the sources of institutional trust in China. Culture, mobilization, or performance?. In: Asian Politics & Policy, Nr. 2/2010, S. 415-436.

USA

Zur Neuausrichtung des Imperiums

von Andreas Wenzel

Ein Jahr nach der Wahl von Donald J. Trump zum 47. Präsidenten steht fest: Die amtierende Führung beschleunigt Entwicklungen, welche die USA und die „alte Weltordnung“ nachhaltig verändern. Bezuglich der Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik wurde die neue *National Security Strategy* vorgestellt. Die Trump-Administration setzt ihren Fokus auf *Homeland Security* und auf die Durchsetzung ihrer Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre – dem amerikanischen Kontinent und der Karibik. Europa soll zu einer rechtkonservativen Wertegesellschaft „umerzogen“ werden, bleibt jedoch strategisch und kulturell wichtig für die Vereinigten Staaten.

Innenpolitisch steht der US-Präsident v.a. aufgrund der sozioökonomischen Folgen seiner Zoll-Politik, des harten Kurses zur Bekämpfung der illegalen Migration sowie wegen der Akte J. Epstein unter zunehmendem Druck. Die Zustimmungswerte befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt und selbst die einst solide „MAGA“-Basis zeigt erste Risse. Hinsichtlich der Durchsetzung des hegemonialen Machtanspruchs der USA setzt die Administration auf die *Toolbox* des „technokratischen Staatskapitalismus“ (vgl. Mueller 2024, S. 8–10). Dieser ist auf Korporatismus, d. h. auf die Einbindung von privilegierten Großunternehmen, ausgerichtet. Allen voran steht der „autoritäre Hightech-Komplex“ (Bria 2025). Die „technokratischen Eliten“ nutzen Systemschwächen des etablierten demokratischen Systems, um ihre Partizipation bei der staatlichen Gewaltausübung bedingungslos einzufordern. Unter dem Deckmantel des technologischen Fortschritts werden irreversible Abhängigkeiten etabliert – ein System der „privatisierten Souveränität“ entsteht. Diese „private“ Machtergreifung wurde mit dem Ausbau des Einflusses auf den Staatsapparat unter der Trump-Administration verstärkt. Begleitet war und ist der Prozess durch die Verzahnung v.a. mit dem militärisch-industriellen Komplex, „Big Tech“ und dem digital-finanziellen Komplex, sowie durch die Adaptierung der digitalen Medien- und Informationslandschaft. Der gezielte Einsatz von Logarithmen schafft die Voraussetzungen, um das Verhalten der Gesellschaft subtil, aber sukzessive zu influenzieren (*Nudging*). Das neue Gold besteht aus den digitalen Daten, deren Besitz die Gestaltungsmacht von Akteuren maßgeblich bestimmt.

Die „Privatisierung der staatlichen Souveränität“ in den USA stellt insbesondere für die Demokratien in Europa – im digitalen Informations- und Transformationszeitalter – die essenzielle Herausforderung dar.

Innenpolitische Entwicklungen

US-Präsident Donald J. Trump steht nach dem ersten Jahr seiner Amtszeit auf dem Höhepunkt seiner Macht. Dennoch sieht er sich mit zunehmender Kritik auch aus dem eigenen Lager¹ konfrontiert. Die anstehenden Zwischenwahlen im November 2026 werden, den Worten des Politologen Francis Fukuyama folgend, „der ultimative Härtetest für Trumps Macht“² sein.

Aktuell ist die Trump-Administration mit fallenden Zustimmungswerten konfrontiert. Die Unzufriedenheit betrug Anfang Dezember bereits 55 %. Andererseits ist die zu Beginn der Amtszeit des 47. US-Präsidenten hoch liegende Zustimmung von 52 % auf einen Wert von 41 % gefallen (vgl. Igielnik 2025). Mögliche Ursachen für den Vertrauensverlust sollen v.a. die konstant steigenden Lebenserhaltungskosten, insbesondere bei Mieten, Lebensmitteln und Energie, aufgrund seiner Zoll-Politik sein. Anfang Dezember betrug der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen 3 %. Das große Wahlversprechen „Affordability“, welches zu einer Entlastung der unteren Einkommen, der Arbeiter und der Mittelschicht führen sollte, wurde nicht erfüllt. (vgl. Riecke 2025)

Ein Faktum, das den Demokraten bei den Anfang November stattgefundenen Gouverneurswahlen in New Jersey und Virginia sowie bei der Bürgermeisterwahl in New York entscheidend zum Sieg verhalf.³ Verstärkend wirkten der harte Kurs zur Bekämpfung der illegalen Migration, der Fall J. Epstein, sowie der längste *Shutdown* der US-Geschichte. Nicht zuletzt steht der US-Präsident bezüglich seiner Verflechtungen von politischer Macht und privatem Geschäft, sprich mutmaßlicher Korruption und Vetternwirtschaft, unter Kritik. Denn im ersten Jahr seiner 47. US-Präsidentschaft soll das Trump-Familienimperium (Immobilien, *Branding*, Krypto-Geschäfte) einen geschätzten Gesamtumsatz von rund 3,7 Mrd. USD erzielt haben (vgl. Galileo 2025). Unter anderem soll Trump in den vergangenen Monaten auch Unternehmensanleihen von Chipherstellern (Broadcom, Qualcomm), Technologieunternehmen (Meta) sowie von Wall-Street-Banken (Goldman Sachs, Morgan Stanley) gekauft haben. Wie aus Dokumenten von der US-Behörde für Regierungsethik hervorgeht, überstieg der maximale Gesamtwert dieser Anleihekäufe 337 Mio. USD. (vgl. Reuters 2025)

Um die Zustimmungswerte zu heben, kündigte der US-Präsident auf seiner Plattform *Truth Social* u. a. die Auszahlung von Zolleinnahmen (mindestens 2.000 USD pro Kopf; ausgenommen Reiche) als „Dividende fürs Volk“ an.⁴

¹ Unter anderem kündigte Marjorie Taylor Greene ihren Rückzug aus dem Kongress an. Die republikanische Abgeordnete gilt als Ikone der „MAGA“-Bewegung, doch die mangelnden Fortschritte im Fall des Sexualstraftäters Jeffrey Epstein führten zum offen ausgetragenen Konflikt mit Donald Trump. Offiziell wird Taylor Greene am 5. Jänner 2026 von ihrem Amt als Repräsentantin für Georgia zurücktreten. Vgl. Weißmann 2025.

² Politologe Francis Fukuyama im Interview bei Armin Wolf am 2. Dezember in der „ZiB 2“. Vgl. Ebenführer 2025.

³ Im Zuge dieser Wahlen fand in Kalifornien auch eine Abstimmung für eine Wahlkreisreform („Proposition 50“) statt, die mit klarer Mehrheit zugunsten der Demokraten ausging. Trumps Herausforderer und Gouverneur von Kalifornien, Gavin Newsom, erhofft sich dadurch fünf zusätzliche Sitze der Demokraten im Repräsentantenhaus nach den Zwischenwahlen 2026.

⁴ Online verfügbar unter <https://truthtsocial.com/@realDonaldTrump/posts/115519726463094783>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.

Der Effekt dieser Maßnahme soll Medieninformationen zufolge eher gering ausfallen. Zudem sind die US-Amerikaner besorgt über die Bildung einer „KI-Blase“ an der Börse, welche ihre Aktien für die Altersversorgung gefährden könnte. Donald J. Trump unterstreicht jedoch den großen Fortschritt des Landes, indem er von „Rekordaktienpreisen“ spricht und angibt: „Rekordinvestitionen in den USA, überall sprießen Anlagen und Fabriken aus dem Boden“ (dpa 2025). Wesentliche innenpolitische Themen werden nachfolgend, aus lokalen und internationalen Medienplattformen, zusammengefasst angeführt:

Maßnahmen gegen unerwünschte Migration

Gemäß CNN-Berichterstattung vom 24. November, beabsichtigt die Administration, den Flüchtlingsstatus in den USA lebender Menschen zu überprüfen. Ziel ist dabei, „dass Flüchtlinge keine Gefahr für die nationale oder die öffentliche Sicherheit darstellen“. Die Überprüfung fokussiert auf jene Schutzsuchende, die im Zeitraum von 2021 bis 2025 in die USA kamen. In diesen Jahren hätten rund 235.000 Menschen, unter einem von Joseph Biden eingeführten US-Aufnahmeprogramm, Schutz in den Vereinigten Staaten gesucht. Das entschlossene Vorgehen der Trump-Administration gegen illegale Migration richtet sich nicht nur gegen Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus, sondern auch gegen politisch Verfolgte, wie aus Venezuela oder Haiti. Trump beabsichtigt, die jährliche Höchstgrenze für die Aufnahme von Schutzsuchenden drastisch zu senken – und dabei „weiße Südafrikaner“ zu bevorzugen. Künftig sollen nur noch bis zu 7.500 Flüchtlinge pro Jahr aufgenommen werden. Im vergangenen Haushaltsjahr waren dies 125.000, v.a. aus Afrika, Lateinamerika und der Karibik. Nach den Schüssen auf zwei Nationalgardisten in Washington D.C. am 26. November, unterzeichnete Trump ein Dekret, welches eine „gründliche und umfassende Überprüfung aller *Greencards*⁵, aller Ausländer, aus allen problematischen Ländern“ anordnet. Es handle sich dabei um insgesamt 19 Staaten, darunter Afghanistan, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Jemen, Burundi, Kuba und Venezuela.

Längster „Shutdown“ der Geschichte

Am 13. November beendete Donald J. Trump mit seiner Unterschrift den 34 Tage andauernden und somit längsten Teilstillstand (*Shutdown*) der Regierungsgeschäfte in der US-Geschichte. Seit dem 1. Oktober bestand eine Blockade im Kongress. Einerseits forderten die Demokraten, dass jedes Gesetz zur Finanzierung der Regierung auch die Verlängerung auslaufender Gesundheitssubventionen (*Medicaid*) für etwa 20 Millionen einkommensschwache Amerikaner beinhalten müsse. Andererseits bestanden die Republikaner darauf, zuerst ein Haushaltsgesetz zu verabschieden und erst danach weitere Themen zu verhandeln. Durch den Haushaltsstreit waren rund 750.000 Bundesbedienstete im unbezahlten Zwangspause, während Tausende weitere ohne Bezahlung arbeiten mussten. Zudem fiel die Lebensmittelhilfe aus und tausende Flüge mussten gestrichen werden. Der nun beschlossene Übergangshaushalt gilt nur bis

⁵ Eine *Greencard* erlaubt es ausländischen Staatsangehörigen, sich dauerhaft in den USA aufzuhalten und zu arbeiten.

Ende Jänner 2026. Wenn bis dahin kein regulärer Haushalt verabschiedet ist, könnte ab Februar erneut ein *Shutdown* drohen. (vgl. dpa et al. 2025)

Höchstgericht prüft Rechtmäßigkeit von Trumps Zoll-Politik

Gemäß US-Verfassung liegt die Zuständigkeit für Steuer- und Zollrecht beim Kongress. Die US-Administration sieht jedoch die Zuständigkeit beim Präsidenten und verweist auf ein Notstandsgesetz aus dem Jahre 1977. Im Zuge einer Anhörung Anfang November ließ der *Supreme Court* Zweifel an der Rechtmäßigkeit des *International Economic Emergency Powers Act* bei den breit angelegten Einfuhrzöllen auf Waren aus über 100 Staaten erkennen. Medieninformationen zu folge könnte die Verkündung des Urteils mehrere Monate in Anspruch nehmen. Dieser Fall gilt als der bedeutendste Prozess bezüglich Wirtschafts- und Außenpolitik in dieser Amtsperiode, denn bei einer Niederlage müsste die US-Administration ihre Zoll-Politik adaptieren oder sogar zurücknehmen. Andererseits befürchtet die demokratische Opposition jedoch auch, dass ein Urteil zugunsten Trumps weitreichende Folgen für die Legitimierung der Machtverschiebung vom Kongress zum Präsidenten haben könnte. (vgl. SRF 2025)

Entwicklungen im Fall Jeffrey Epstein

Am 20. November teilte US-Präsident Trump auf *Truth Social*⁶ mit, dass er das Gesetz zur Freigabe der Epstein-Akten unterzeichnet habe. Zwei Tage zuvor verabschiedeten die Abgeordneten im Repräsentantenhaus den *Epstein Files Transparency Act* mit einer überragenden Mehrheit von 427 Stimmen und nur einer einzigen Ablehnung. Dieses Gesetz verlangt die Veröffentlichung aller nicht klassifizierten Ermittlungsakten, die im Besitz des US-Justizministeriums sind, spätestens 30 Tage nach Inkrafttreten. Dennoch können Informationen, die z. B. personenbezogene Daten von Opfern beinhalten oder eine Gefährdung für die nationale Sicherheit darstellen, geschwärzt oder zurückgehalten werden. Über 75 % der US-Amerikaner befürworten laut Umfragen deren Offenlegung. (vgl. Jacobi 2025)

Privatisierung der Souveränität

Der US-amerikanische, „autoritäre Hightech-Komplex“ (Bria 2025) benötigt die politische Macht zur Umsetzung seines Ziels, selbst als ein geostrategischer Akteur agieren zu können. Daher unterstützt z. B. Tech-Milliardär Peter Thiel, Politiker wie Donald J. Trump und J. D. Vance. Über den politischen Hebel können Geschäfte geschlossen und auch Gesetzesinitiativen oder präsidiale Dekrete zugunsten der Tech-Eliten beeinflusst werden. Nach Angaben der Organisation *Issue One* sollen die größten acht Tech-Unternehmen im ersten Halbjahr 2025

⁶ <https://truthsocial.com/@realDonaldTrump/posts/115579394833948106>, zuletzt abgerufen am 05.12.2025.

etwa 36 Mio. USD für *Lobbying* ausgegeben haben (vgl. Friedl 2025). Denn Regulierungen und Demokratie *per se* lehnen diese ab. Die Grenze zwischen Privat- und Regierungsgeschäften erodiert zusehends.

Bereits am 15. Jänner 2025 hatte US-Präsident Trump mittels einer Präsidialverfügung die Bundesbehörden verpflichtet, regulatorische Hürden bezüglich der Entwicklung von KI abzubauen. Mit der Unterzeichnung des *AI Action Plans* Ende Juli 2025 setzte der US-Präsident noch ein stärkeres Zeichen im Rennen um die technologische Vorherrschaft und unterstrich seine Unterstützung der Tech-Eliten, wie folgt:

„Today, a new frontier of scientific discovery lies before us, defined by transformative technologies such as artificial intelligence... Breakthroughs in these fields have the potential to reshape the global balance of power, spark entirely new industries, and revolutionize the way we live and work. As our global competitors race to exploit these technologies, it is a national security imperative for the United States to achieve and maintain unquestioned and unchallenged global technological dominance. To secure our future, we must harness the full power of American innovation.“ (The White House 2025b, S. 1)

Der amerikanische KI-Aktionsplan umfasst an die 100 politische Maßnahmen und basiert auf drei Säulen: Innovationsbeschleunigung, Aufbau einer KI-Infrastruktur und Führung in internationaler KI-Diplomatie und KI-Sicherheit.

Ende Juli 2025 unterzeichnete das US-„Kriegsministerium“ mit Peter Thiels Unternehmen *Palantir Technologies* einen Vertrag über 10 Mrd. USD – und damit den größten Auftrag den die US-Streitkräfte je vergeben haben. Durch die Ausrolung der Software von Palantir zum Standardbetriebssystem, soll nach offiziellen Angaben eine Verschlankung der Bürokratie im Pentagon gelingen. Die Anwendungsbereiche umfassen u. a. das Personalmanagement, die Informationsverarbeitung auf dem Gefechtsfeld, sowie die Logistik der Rüstungslieferketten. (vgl. Bria 2025) Über Palantirs KI-basierte Plattform können unzählige Daten, verschiedenster Systeme zusammengeführt und anwenderfreundlich aufbereitet werden. Neben den US-Streitkräften unterstützt Palantir auch im Kampf gegen Geldwäsche, Sozialbetrug oder beim Aufspüren von illegalen Migranten. Auch diesbezüglich erhielt Thiels Unternehmen bereits einen 30 Mio. USD schweren Auftrag von der Regierung. (vgl. Zöttl 2025) Schrittweise werden zudem Experten von Unternehmen wie Meta, OpenAI und Palantir in der US-Administration, einschließlich den US-Streitkräften, verwendet (vgl. VOL.AT 2025).

Die US-amerikanischen „Big Tech“-Unternehmen wie Nvidia, Microsoft, Apple, Alphabet und Amazon beherrschen derzeit rund 85 % des Weltmarktes für Digitaldienstleistungen und beabsichtigen ihre Dominanz weiter auszubauen (vgl. Rathai und Regniet 2025). Sie profitieren v.a. von dem wachsenden Interesse an „Künstlicher Intelligenz“ (KI) und darauf aufbauenden Anwendungen.

Neuausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik

Die „Trump-Doktrin“ – eine Strategie der Kontrolle

Die Anfang Dezember 2025 veröffentlichte *National Security Strategy* (NSS) der Trump-Administration verändert grundlegende Prioritäten der US-Sicherheitspolitik. Erste Einschätzungen bringen die große Bedeutung des Richtungswechsels folgendermaßen zum Ausdruck: „This is going to be a major shift for the U.S. and its allies on multiple continents [...] The old, trusted U.S. promises are being questioned.“ (vgl. McLeary und Lippman 2025) Bereits in Donald J. Trumps Präambel ist die grundlegende neue Ausrichtung der Sicherheitsstrategie klar erkennbar: „America is strong and respected again – and because of that, we are making peace all over the world. In everything we do, we are putting America First.“ (The White House 2025a, S. 1)⁷ Die USA verfolgen mit der neuen Sicherheitsstrategie nachfolgende Kerninteressen (sinngemäß und auszugsweise):

- In der unmittelbaren „**Westlichen Hemisphäre**“ beabsichtigt die US-Administration, ein stabiles, gut regiertes Umfeld zu fördern. Der Massenmigration und Narco-Terroristen möchte die Regierung entgegenwirken. Des Weiteren werden regionale Vorherrschaft sowie Wettbewerbsvorteil bezüglich Ressourcen und kritischer Versorgungsrouten gegenüber feindlich gesinnter, ausländischer Einmischung eingefordert; insgesamt beabsichtigt Trump eine Neuauflage der „Monroe-Doktrin“ einzuführen,
- freie und offene Handels- und Seewege im **Indo-Pazifik**, Offthalten von Seewegen für Versorgungsketten und Zugang zu kritischen Rohstoffen,
- Verbündete in **Europa** sollen unterstützt werden bezüglich der Bewahrung von Freiheit und Sicherheit, zudem sollen das Selbstvertrauen der europäischen Zivilisation und die westliche Identität gestärkt werden,
- weiters möchte man gegnerische Mächte daran hindern, im **Mittleren Osten**, insbesondere bei dessen Öl- und Gaslieferungen, eine dominante Position zu erreichen usw.,
- die US-Administration beabsichtigt zudem, dass **US-Technologie und US-Standards** – insbesondere in *AI*, *Biotech* und *Quantencomputing* – die Welt vorwärts bringen. (vgl. The White House 2025a, S. 5)

„Macht durch Stärke“ bleibt eines der wesentlichen Grundprinzipien. Das militärische US-Engagement gegenüber China und Russland wird zurückgefahren und der geopolitische Fokus auf *Homeland Security* und die *Western Hemisphere*, d. h. auf die regionalen Vorhöfe, gelegt. Dies würde Änderungen speziell beim „Gegenküstenkonzept“ betreffen, welches militärische US-Kräfte in Europa

⁷ Ebenda nennt US-Präsident Trump zudem den Erfolg seiner Administration, in einem Zeitraum von nur acht Monaten, acht „raging conflicts“ befriedet zu haben: zwischen Kambodscha und Thailand, Kosovo und Serbien, DRC und Ruanda, Pakistan und Indien, Israel und Iran, Ägypten und Äthiopien, Armenien und Aserbaidschan, sowie die Beendigung des Krieges in Gaza mit der Rückkehr aller lebenden Geiseln zu ihren Familien.

und entlang der Inselketten im Pazifik gegenüber Russland und China vorsicht (Stichwort: *Containment Policy*). Bewaffnete Konflikte, mit großen Akteuren, will man bestmöglich vermeiden, dennoch an der „Abschreckung“ nach außen festhalten. Dies soll über ein weltweit führendes, technologisch fortschrittlichstes Militär, welches die Interessen überall durchsetzen kann, erfolgen. Die Erreichung der wirtschaftlichen Sicherheit⁸, im Idealfall über politische Einflussnahme, steht jedoch im Vordergrund. Die Eingriffe gegen europäische Regulierungsmaßnahmen gegenüber US-Technologiekonzernen wären hier als Beispiel anzuführen. Insgesamt überwiegen Maßnahmen zum Schutz wirtschaftlicher Interessen, welche von Diplomatie bis hin zum Einsatz von Militärmacht im unmittelbaren Umfeld reichen können. Die strategische Neuausrichtung der USA bringt ein klares Bekenntnis zu einer multipolaren Weltordnung zum Ausdruck.

Als direkte Umsetzung der strategischen Vorgaben sollen derzeit im „US-Kriegsministerium“ die diesbezüglichen neuen Leitlinien der *National Defense Strategy* (NDS) erarbeitet werden (vgl. McLeary und Lippman 2025). Diese wird bereits, obwohl noch nicht endgültig verschriftlicht, in wesentlichen Teilbereichen umgesetzt. Demnach wären der umstrittene⁹ Einsatz der Nationalgarde im Landesinneren und der Militäreinsatz in der Karibik anzuführen. Medienberichten zufolge hat das Pentagon die Nationalgarde beauftragt, „schnelle Eingreiftruppen“ in der landesweiten Gesamtstärke von 20.000 Soldaten bis Jahresbeginn 2026 aufzustellen. Pro Bundesstaat würde dies etwa 500 Nationalgardisten entsprechen, welche militärisch ausgerüstet u. a. zur Bekämpfung ziviler Unruhen bereitstehen würden. (vgl. Kurier und Agenturen 2025a)

Bezüglich der europäischen und pazifischen Partner wird ein stärkeres militärisches „Eigenengagement“ erwartet und multilaterale Treffen werden vermieden. So veranschaulichte jüngst das Fernbleiben von US-Außenminister Marco Rubio vom NATO-Gipfel Anfang Dezember in Brüssel, die Priorisierung von nationalen Interessen gegenüber den europäischen Partnern. Die USA stehen gewissermaßen über der westlichen Militärallianz und nicht auf „Augenhöhe“.

Bezüglich des amerikanischen Ukraine-Friedensplanes bringt die US-Administration dort ihre Position nachfolgend klar zum Ausdruck:

„Ein Dialog zwischen Russland und der NATO wird unter Vermittlung der Vereinigten Staaten geführt, um alle Sicherheitsfragen zu klären und Bedingungen für eine Deeskalation zu schaffen, um die globale Sicherheit zu gewährleisten und die Chancen für Zusammenarbeit und zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu erhöhen.“ (Kurier und Agenturen 2025b)

⁸ Zur wirtschaftlichen Sicherheit zählt auch Trumps Ziel, aus den USA das „Krypto-Zentrum der Welt“ zu machen. Bereits Anfang März 2025 nannte er fünf führende Krypto-Währungen (Bitcoin, Ether, Ripple, Solana und Cardano) für den Aufbau einer neuen strategischen Reserve für die USA. Mit dem *Clarity Act* und dem *Genius Act* wird der Krypto-Markt in den USA rechtlich verankert. Vgl. Baecke 2025.

⁹ In den vergangenen Wochen hatten Bundesrichter u. a. eine Entsendung nach Portland (Oregon) und Chicago (Illinois) für rechtswidrig erklärt. Die Demokraten werfen Trump durch den Einsatz der Nationalgarde politische Einschüchterung und somit einen zunehmend autoritären Kurs vor. Ein US-Berufungsgericht gab jedoch dem Antrag der Trump-Administration (aufgrund „hoher Kriminalität“ usw.) statt, womit auch der laufende Einsatz der Nationalgardisten in Washington D.C. „vorerst“ rechtskonform sei. Das entscheidende Urteil des *Supreme Court* steht derzeit noch aus. Vgl. APA 2025b.

Die NATO-Partner werden folglich als hinderlich für einen möglichen Erfolg für ein Ende des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gesehen. Zudem werden hochrangige US-Beteiligungen an multilateralen Foren, wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), zurückgefahren. So wurde beim kürzlich stattgefundenen OSZE-Ministerrat in Wien, die US-Delegation von Brendan Hanrahan, einem Beamten des *State Department*, und nicht vom zuständigen US-Außenminister Marco Rubio geleitet. Womit der aus 57 Teilnehmerstaaten bestehenden OSZE, als Kommunikationsplattform für diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges, eine klare Absage erteilt wurde. (vgl. ORF und Agenturen 2025d)

Einforderung der regionalen Vormachtstellung: Fokus Venezuela

Die USA befinden sich nach offiziellen Angaben im „bewaffneten Konflikt“ mit Drogenkartellen aus Venezuela. Nach Informationen der *New York Times* handelt es sich dabei um Drogenkartelle, welche die US-Administration als „unrechtmäßige Kämpfer“ und somit *de facto* als „terroristische Organisationen“ einstuft. Beim ersten der Angriffe Anfang September erklärte Trump sinngemäß, dass „sich der Schlag gegen das venezolanische Drogenkartell *Tren de Aragua* gerichtet habe, welches die US-Bevölkerung mit seiner Schmuggelware vergiftet“. Die USA hatten dieses Drogenkartell im Februar 2025 als ausländische Terrororganisation eingestuft. Indem Trump das Vorgehen gegen Drogenkartelle formal als „bewaffneten Konflikt“ einstuft, unterstreicht er seinen Anspruch auf „außerordentliche Kriegsbefugnisse“. Unterstützung erhält der US-Präsident von den Republikanern im Senat. Diese haben ein Mitspracherecht des Kongresses bei der Entscheidung über einen möglichen Angriff auf Venezuela verhindert. Die entsprechende Resolution wurde bereits am 6. November mit 51 zu 49 Stimmen blockiert. (vgl. Savage und Schmitt 2025).

Trump beschuldigt insbesondere Venezuelas sozialistischen Staatspräsidenten Nicolás Maduro, in den Drogenschmuggel in die USA verwickelt zu sein, und fordert dessen sofortigen Rücktritt. Die venezolanische Regierung bezeichnet das US-Vorgehen als „kolonialistische Drohung“, welche nicht mit internationalem Recht in Einklang stehe. Das Maduro-Regime pflegt enge Beziehungen zu Staaten wie Nicaragua, Kuba, China, dem Iran und Russland.

Mit der Verlegung der modernsten Flugzeugträgergruppe um die *USS Gerald R. Ford* Mitte November vor die Küste Lateinamerikas, kündigte US-„Kriegsminister“ Pete Hegseth den Beginn der Operation „Southern Spear“ an. „Diese Mission verteidige das Heimatland und schütze die USA vor Drogen“, schrieb Hegseth, auf der Medienplattform X.



Secretary of War Pete Hegseth    

@SecWar

President Trump ordered action — and the Department of War is delivering.

Today, I'm announcing Operation SOUTHERN SPEAR.

Led by Joint Task Force Southern Spear and [@SOUTHCOM](#), this mission defends our Homeland, removes narco-terrorists from our Hemisphere, and secures our Homeland from the drugs that are killing our people. The Western Hemisphere is America's neighborhood – and we will protect it.

[Post übersetzen](#)

11:16 nachm. · 13. Nov. 2025 · 5,6 Mio. Mal angezeigt

5.507 13.160 45.312 2.265

Referenzlink: <https://x.com/SecWar/status/1989094923497316430> [14.11.2025]

Der Einsatzraum der Militäroperation, welche aus einer *Joint Taskforce* besteht und vom *U.S. Southern Command* geführt wird, erstreckt sich über das Karibische Meer und Gewässer, die an Mittel- und Südamerika grenzen. Zusätzlich zu den etwa 15.000 Soldaten umfassenden Streitkräften hat der US-Präsident verdeckte Einsätze der *Central Intelligence Agency* (CIA) in Venezuela freigegeben. Unterstützung erhält die US-Administration seitens der Dominikanischen Republik durch die Errichtung von Sperrzonen für Logistik und Einsatzführung. Auf der unmittelbar vor Venezuela liegenden Karibikinsel Tobago wird ein US-Radarsystem errichtet. Ein Verfügungsraum für Kampfflugzeuge befindet sich auf Puerto Rico. US-Präsident Trump erhöhte am 29. November den Druck auf Maduro, indem er über *Truth Social* schrieb: „An alle Fluggesellschaften, Piloten, Drogen-dealer und Menschenschmuggler: Bitte betrachtet den Luftraum über und um Venezuela als vollständig geschlossen“ (APA et al. 2025).

Medienberichten zufolge wurden in den vergangenen Wochen, durch das US-Militär in der Karibik, über 21 mutmaßlich mit Drogen beladene Boote zerstört und dabei mindestens 82 Menschen getötet (vgl. Scribner 2025). Nach Informationen der *Washington Post* soll US-„Kriegsminister“ Pete Hegseth beim allerersten Angriff am 2. September den mündlichen Befehl erteilt haben, „*Kill them all*“ (Horton und Nakashima 2025). Hegseth wird nun vorgeworfen, die Tötung von Schiffbrüchigen befohlen und somit gegen internationale Rechtsnormen verstößen zu haben. (vgl. Weisflog 2025)

Venezuela besitzt große Mengen an fossiler Energie (ÖL, Gas) und Bodenschätze wie Gold, Uran, Diamanten oder Kobalt. Allein die Erdölreserven von etwa 300 Mrd. Barrel entsprechen etwa 18 % der globalen Gesamtmenge (vgl. AVENERGY SUISSE 2024, S. 41).

Gemäß den Informationen aus den Medien, dürfte die US-Regierung beabsichtigen, Nicolás Maduro zu stürzen und mit der Friedensnobelpreisträgerin María

Corina Machado, deren Bewegung die Präsidentschaftswahlen 2024 gewonnen hätte, zu ersetzen. Damit würde den USA auch ein langfristiger, umfangreicher Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen des Landes erleichtert und somit würden die Voraussetzungen zur Verdrängung der geostrategischen Rivalen geschaffen werden. Eine Neuauflage der „Monroe-Doktrin“ also, welche sich langfristig gegen internationalen Kolonialismus „in the Americas“ richtet. Nach Einschätzungen von Machado könnte ein Regimewechsel in Venezuela den USA in den nächsten 15 Jahren Geschäftsmöglichkeiten im Wert von 1,7 Bio. USD ermöglichen (vgl. Busch 2025). Aus derzeitiger Sicht wird eine militärische Machtdemonstration über Luftangriffe, unterstützt durch die CIA, immer wahrscheinlicher, um einerseits die Drohkulisse gegenüber dem venezolanischen Regime aufrechtzuerhalten und andererseits der außenpolitischen Handlungsmaxime „Macht durch Stärke“ Ausdruck zu verleihen – aber nur, wenn eine „diplomatische Lösung“ zur langfristigen Zusicherung des Schweröls scheitert.

Hauptvermittlerrolle beim Friedensprozess im Ukrainekrieg

Am 30. November fand in Miami (Florida) eine neue Verhandlungsrunde des „amerikanischen“ Ukraine-Friedensplans statt. Die amerikanische Delegation wurde, wie in Genf eine Woche zuvor, von US-Außenminister Marco Rubio angeführt. Des Weiteren nahmen Steve Witkoff und Jared Kushner, an den Gesprächen mit der ukrainischen Delegation, angeführt vom Leiter des Sicherheitsrats Rustem Umerow, teil. Medienberichten zufolge soll die aktuelle Version des Friedensvorschlages 19 Punkte statt 28 Punkte umfassen. Strittige Inhalte, sollen demnach entschärft worden sein. (vgl. AFP et al. 2025) Dennoch konnten bei der darauffolgenden Gesprächsrunde am 2. Dezember in Moskau keine Fortschritte erzielt werden (vgl. ORF und Agenturen 2025c).

Der ursprüngliche Vorschlag soll von Witkoff und Kushner mit dem russischen Investmentbanker Kirill Dmitrijew entworfen worden sein. Dabei dürften neben dem Ziel, den Krieg zu beenden, auch Möglichkeiten zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den USA – zum Nachteil Europas – besprochen worden sein. Dies betrifft z. B. den möglichen Zugriff der USA auf die in Europa eingefrorenen rd. 210 Mrd. EUR der russischen Zentralbank. Womit russisch-amerikanische Projekte sowie ein von den USA geleiteter Wiederaufbau der Ukraine finanziert werden könnten. Außerdem sollen auch eine Zusammenarbeit bei der Erschließung der Mineralienvorkommen in der Arktis, sowie eine mögliche Kooperation bei Raumfahrtprogrammen thematisiert worden sein. (vgl. Hinshaw et al. 2025)

Neuausrichtung der USA und die Zukunft der Rüstungskontrolle

Die geostrategische Neuordnung der globalen (staatlichen und nichtstaatlichen) Machtakteure, konterkariert mögliche Erfolge im Bereich der Regulierung bzw. insbesondere der strategischen, bereits erodierten, Rüstungskontrolle. Der letzte verbliebe Atomwaffen-Kontrollvertrag („New Start“) zwischen den USA und Russland ist bereits suspendiert und läuft formal am 5. Februar 2026 aus.

Vor diesem Hintergrund, ist man mit der Frage konfrontiert, wie zeitgemäß etablierte Kontrollregime überhaupt noch sind bzw. in welcher Ausgestaltung sie zukünftig eine Bedeutung für die globale oder zumindest regionale Sicherheitsarchitektur ausüben könnten? Auch wenn die derzeitige Weltlage von Umbrüchen geprägt ist, bleibt festzuhalten, dass die Grundmechanismen einer stabilen Sicherheitsordnung zeitlos und mehrschichtig anwendbar bleiben. Denn auch zukünftig werden z. B. im Abbau der Bedrohungsperzeptionen, etwa in Form von adaptierten „Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen“ (VSBM), die Voraussetzungen für die Herstellung von Stabilität bzw. „friedliche Koexistenz“ liegen. (vgl. Richter 2021) Mittel- bis langfristig bleibt jedoch eine Mitwirkung Chinas bei sämtlichen Überlegungen zur internationalen Sicherheit und Stabilität essenziell (vgl. Meier und Staack 2022).

In der aktuellen konfrontativen Phase des v.a. von Technologie getriebenen Wettbewerbes beschränkt sich internationale Sicherheitspolitik fast ausschließlich auf das Konzept der „Abschreckung“: Ein fragiler Zustand, denn die Akteure befinden sich im permanenten „Misstrauen“, was sich v. a. durch Wettrüsten und in vielfachen militärischen Machtdemonstrationen zeigt (vgl. ORF und Agenturen 2025b). Die Gefahr einer Eskalation „aus Versehen“ ist daher gegeben (vgl. Possoch und Kalus 2025). Es bedarf zumindest eines Mindestmaßes an Kooperation¹⁰, wie der permanenten Errichtung von Kommunikationskanälen, um Missverständnisse (v.a. bei militärischen Zwischenfällen) zu vermeiden. Die Anfang November dieses Jahres erreichte Vereinbarung zwischen China und den USA über die Wiederaufnahme der „militärischen Kommunikation“ ist ein erster, aber wichtiger Schritt in diese Richtung (vgl. ORF und Agenturen 2025a). Konkrete Maßnahmen zwischen den größten Atommächten (USA, Russland und China) würden die essenzielle Basis für eine strategische, „kooperative“ Rüstungskontrolle auf „Augenhöhe“ schaffen. Donald J. Trump ist die Bedeutung eines „trilateralen Gleichgewichts“ bewusst. Im Zuge einer Rede vor Unternehmensberatern in Miami Anfang November sagte er: „Wir arbeiten vielleicht an einem Plan zur Denuklearisierung, wir drei. Wir werden sehen, ob das funktioniert.“ (vgl. APA 2025a)

Im besten Falle würden politisch-verbindliche Vereinbarungen geschlossen und mit reziproker Verifikation unterlegt werden. Neben der nuklearen und konventionellen Dimension müssten neue Vereinbarungen auch bisher nicht ausreichend geregelte bzw. speziell „ungeregelte“ umfassen, weil gerade bei diesen das Misstrauen am stärksten ausgeprägt ist. Dazu zählen z. B. die Dimension (erdnaher) Weltraum, KI, Robotik und Automatisierung, sowie der digitale Informationsraum. Für jegliche Fortschritte bedarf es jedoch des „Willens“ aller beteiligter Akteure, einschließlich des gewinnorientierten militärisch-industriellen Komplexes und des „autoritären Hightech-Komplexes“ – aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

¹⁰ Erst Ende Oktober 2025 kam es zu einem persönlichen Zusammentreffen von Donald Trump und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Südkorea. Dabei haben sich beide für ein „stabiles bilaterales Verhältnis“ ausgesprochen und die Fortsetzung regelmäßiger Gespräche vereinbart. Das letzte persönliche Treffen erfolgte im Jahre 2019.

Resümee und Ausblick

Innenpolitisch ist eine Zunahme des Erfolgsdrucks auf die Trump-Administration insbesondere hinsichtlich der anstehenden „Zwischenwahlen“ im November 2026 zu beobachten. Die republikanische Dominanz im Kongress begünstigt weitreichende Möglichkeiten, die rechtskonservative *Agenda 47* auch weiterhin durchzusetzen (vgl. Wenzel 2024). Zusätzlich wird Donald Trumps Position durch eine konservative Mehrheit im *Supreme Court* gestärkt. Denn von den insgesamt neun auf Lebenszeit bestellten Höchstrichtern, vertreten sechs konservative Werte. Darunter befinden sich drei von Trump ernannte Richter.

Bei den im nächsten Jahr stattfindenden *Midterm General Elections* werden alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus und etwa ein Drittel (33 oder 34) der 100 Sitze im Senat neu gewählt. Derzeit besitzen die Republikaner mit 219 und 53 Sitzen die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses. Und „noch“ besitzt Trump die Möglichkeiten des „Durchregierens“, um den rechtskonservativen Masterplan *Project 2025* bestmöglich umzusetzen (vgl. Wenzel 2025a). Seit seiner Amtseinführung unterzeichnete Trump 217 *Executive Orders*¹¹, darunter befinden sich zahlreiche, die auf die Machtverschiebung im Staatsapparat zugunsten der Exekutive zielen. Gleichzeitig wird der Einfluss der Justiz und der Verwaltung geschwächt. Dem unter Federführung von Russell Vought (*Director of the Office of Management and Budget*) und der konservativen Denkfabrik *Heritage Foundation* ausgearbeiteten Plan folgend, wurden über präsidiale Dekrete, v. a. im FBI, dem Justizministerium und dem Militär, Loyalisten in Spitzenpositionen gehoben. Dennoch schwindet seine Unterstützung auch bei der eigenen „MAGA“-Basis.

Donald J. Trump versucht für die verbleibende Amtszeit, größten Nutzen für sein Familien-Imperium zu schlagen. Medienberichten zufolge werden als mögliche Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2028 der, von Tech-Milliardär Peter Thiel unterstützte, amtierende US-Vizepräsident JD Vance sowie US-Außenminister Marco Rubio genannt. Die derzeit geschwächten Demokraten setzen darauf, bei den *Midterms 2026* die Mehrheit im *House of Representatives* zurückzugewinnen, um den konservativen Staatsumbau zumindest verlangsamen und der Machtkonzentration beim Präsidentenamt entgegenwirken zu können. Zudem wird die demokratische Opposition verstärkt mutmaßliche Rechtsverstöße seitens der US-Administration versuchen aufzuzeigen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik konzentriert sich das Imperium „langfristig“ auf das amerikanische Kernland. Bilaterale Diplomatie wird multilateralen Foren vorgezogen – Kursänderung nicht wahrscheinlich. Bezuglich der europäischen und pazifischen Partner wird ein stärkeres militärisches „Eigenengagement“ erwartet. Besonders Europas Migrationspolitik wird als „Gefahr für die westliche Militärallianz“ gesehen, denn in wenigen Jahrzehnten, würden einige Staaten nicht mehr „europäisch“ sein. Medienberichten zufolge sollen die europäischen Partner bis zum Jahre 2027 den Großteil der konventionellen Verteidigungskapazitäten der NATO übernehmen – von der Aufklärung bis zu „Raketen“ (vgl. Slattery und Pamuk 2025). Die NATO-Verbündeten rechnen mit

¹¹ Online verfügbar unter <https://www.federalregister.gov/presidential-documents/executive-orders/donald-trump/2025>, zuletzt geprüft am 30.11.2025.

einer Reduktion der insgesamt etwa 80.000 in Europa stationierten US-Soldaten in den nächsten Jahren. Um dennoch die Kontrolle auf die Partner an den „Gegenküsten“ ausüben zu können, werden die USA in einem breiten Ansatz versuchen, deren „Abhängigkeiten“ einzufordern. Dies erfolgt teilweise bereits v. a. über die Forcierung von US-Rüstungsgeschäften¹² sowie über die *Toolbox* des digital-industriellen Komplexes.

Derzeit verschwimmt die Grenze zwischen privatökonomischen „Deals“ und Regierungsgeschäften. Die Demokratie, als kooperatives System für gesellschaftliche Lösungen erodiert durch die zunehmende Macht der „Ego-Oligarchie“, welche Rücksichtslosigkeit als Erfolgsfaktor betrachtet (vgl. Wenzel 2025b). Durch Deregulierung wird Ungleichheit gefördert und die langsam wirkende *Toolbox* der Demokratie (*Checks* und *Balances*) ausgehöhlt. Folglich werden Werte, wie Rechenschaftspflicht im Sinne des Gemeinwohles, irrelevant. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den USA sind die Demokratien in Europa gefordert, v. a. ihre „digitale Souveränität“ größtmöglich einzufordern.

Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.

Mahatma Gandhi (1869–1948)

Quellen

AFP; Reuters; AP (2025): Ukrainian and US officials meet in Florida to discuss proposals to end Russia's war. In: The Guardian, 30.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/30/ukrainian-and-us-officials-talks-florida-russia-war>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.

APA (2025a): Trump: Möglicher Plan zur atomaren Abrüstung mit China und Russland. In: DER STANDARD, 05.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000295183/trump-m246glicher-plan-zur-atomaren-abr252stung-mit-china-und-russland>, zuletzt geprüft am 30.11.2025.

APA; dpa; AFP; Reuters (2025): Trump erklärt Luftraum über Venezuela für geschlossen. In: Die Presse, 29.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.die-presse.com/20358889/trump-erklaert-luftraum-ueber-venezuela-fuer-geschlossen>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.

APA, red (2025b): US-Berufungsgericht erlaubt vorerst Nationalgardisten in Washington. In: DER STANDARD, 05.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000299380/us-berufungsgericht-erlaubt-vorerst-nationalgardisten-in-washington?ref=rss>, zuletzt geprüft am 05.12.2025.

AVENERGY SUISSE (2024): Jahresbericht 2023. Online verfügbar unter https://av-energy.ch/images/pdf/Jahresberichte/Jahresbericht_2023_de.pdf, zuletzt geprüft am 03.12.2025.

Baecke, Frank (2025): Krypto-Reserve: Trump-Ankündigung treibt Kurse von Bitcoin, Ether, Solana, Cardano und Ripple. In: Handelsblatt, 25.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/vergleich/krypto-reserve-usa/>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.

¹² Beispielhaft ist hier der Verkauf von Kampfjets des Typs F-35 an Verbündete anzuführen. Vgl. Ramsauer 2025.

- Bria, Francesca (2025): United States of Palantir. In: Le Monde Diplomatique, 13.11.2025. Online verfügbar unter <https://monde-diplomatique.de/artikel/l6113232>, zuletzt geprüft am 14.11.2025.
- Busch, Alexander (2025): Warum Venezuelas Wirtschaft für Trump entscheidend sein könnte. In: Neue Zürcher Zeitung, 02.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/wirtschaft/strategische-rohstoffe-und-oel-trump-setzt-venezuela-militaerisch-unter-druck-doch-er-verfolgt-auch-wirtschaftliche-ziele-ld.1913264>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.
- dpa (2025): US-Wirtschaft: Trump will Bürgern 2.000 Dollar „Dividende“ zahlen. In: Handelsblatt, 09.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/us-wirtschaft-trump-will-buergern-2000-dollar-dividende-zahlen/100172870.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- dpa; AP; rtr; AFP; dp (2025): Regierungsstillstand: Trump unterschreibt Übergangshaushalt – Rekord-Shutdown endet nach 43 Tagen. In: WELT, 13.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/ausland/article691533330407e2fecf73cae03/regierungsstillstand-trump-unterschreibt-uebergangshaushalt-rekord-shutdown-endet-nach-43-tagen.html>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.
- Ebenföhrer, Astrid (2025): Hofft, dass es keine Einigung gibt: Politologe Fukuyama über Ukraine, Putin und „König“ Trump. In: DER STANDARD, 03.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000299006/hofft-dass-es-keine-einigung-gibt-politologe-fukuyama-ueber-ukraine-putin-und-koenig-trump>, zuletzt geprüft am 05.12.2025.
- Friedl, Walter (2025): Trumps „wunderschönes Baby“: Die KI darf jetzt alles - nur nicht woke sein. In: kurier.at, 25.07.2025. Online verfügbar unter <https://kurier.at/politik/ausland/trump-usa-ki-meta-silicon-valley/403061057>, zuletzt geprüft am 15.11.2025.
- Galileo (2025): Das Regime: Wie sich Donald Trump bereichert. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=uszIhgdI0vw>, zuletzt aktualisiert am 24.11.2025, zuletzt geprüft am 02.12.2025.
- Hinshaw, Drew; Faucon, Benoit; Ballhaus, Rebecca; Grove, Thomas; Parkinson, Joe (2025): Make Money Not War: Trump’s Real Plan for Peace in Ukraine. In: The Wall Street Journal, 28.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.wsj.com/world/russia/russia-u-s-peace-business-ties-4db9b290>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.
- Horton, Alex; Nakashima, Ellen (2025): Hegseth order on first Caribbean boat strike, officials say: Kill them all. In: The Washington Post, 28.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.washingtonpost.com/national-security/2025/11/28/hegseth-kill-them-all-survivors-boat-strike/>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.
- Igielnik, Ruth (2025): President Trump Approval Rating: Latest Polls. In: The New York Times, 29.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/politics/donald-trump-approval-rating-polls.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.
- Jacobi, Isabelle (2025): Epstein-Akten sollen veröffentlicht werden: Schulterschluss im US-Kongress. In: Neue Zürcher Zeitung, 18.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/die-epstein-akten-fuehren-zum-schulterschluss-der-zerstrittenen-parteien-in-washington-ld.1912510>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- Kurier, red; Agenturen (2025a): Pentagon will „schnelle Eingreiftruppen“ für Unruhen im Inland. In: kurier.at, 31.10.2025. Online verfügbar unter <https://kurier.at/politik/ausland/pentagon-usa-nationalgarde-eingreiftruppe-inland-trump/403098459>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- Kurier, red; Agenturen (2025b): USA verwundern mit Absage: Rubio fehlt beim NATO-Treffen in Brüssel. In: kurier.at, 02.12.2025. Online verfügbar unter <https://kurier.at/politik/ausland/usa-halten-rubios-teilnahme-an-nato-aussenministertreffen-fuer-unnoetig/403108490>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.

- McLeary, Paul; Lippman, Daniel (2025): Pentagon plan prioritizes homeland over China threat. In: Politico, 05.09.2025. Online verfügbar unter <https://www.politico.com/news/2025/09/05/pentagon-national-defense-strategy-china-homeland-western-hemisphere-00546310?aid=538457&cid=5149136&crid=165973073>, zuletzt geprüft am 15.11.2025.
- Meier, Oliver; Staack, Michael (2022): Ist Rüstungskontrolle mit China möglich? In: IPG Journal, 03.11.2022. Online verfügbar unter <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/ohne-geht-nicht-6291>, zuletzt geprüft am 14.11.2025.
- Mueller, Antony P. (2024): Technokratischer Totalitarismus (Neuedition): Anmerkungen zur Herrschaft der Feinde von Freiheit, Frieden und Wohlstand: Independently published.
- ORF, red; Agenturen (2025a): USA und China: Militärische Kommunikation wiederaufnehmen. In: ORF.at, 02.11.2025. Online verfügbar unter <https://orf.at/stories/3410306/>, zuletzt geprüft am 30.11.2025.
- ORF, red; Agenturen (2025b): Putin: Russland erwägt nach Trump-Aussagen Atomtests. In: ORF.at, 05.11.2025. Online verfügbar unter <https://orf.at/stories/3410638/>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- ORF, red; Agenturen (2025c): Gespräche USA – Moskau: Keine Fortschritte für Frieden in Ukraine. In: ORF.at, 03.12.2025. Online verfügbar unter <https://orf.at/stories/3413259/>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.
- ORF, red; Agenturen (2025d): Friedenssicherung: OSZE zu Ukraine-Mission bereit. In: ORF.at, 04.12.2025. Online verfügbar unter <https://orf.at/stories/3413491/>, zuletzt geprüft am 05.12.2025.
- Possoch, Dominic; Kalus, Dominik (2025): Atomares Wettrüsten: USA, Russland und China außer Kontrolle - droht die nukleare Eskalation? In: BR24, 08.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/atomares-wettruesten-usa-russland-und-china-ausser-kontrolle-droht-die-nukleare-eskalation,V1geGKA>, zuletzt geprüft am 11.11.2025.
- Ramsauer, Petra (2025): Kampfjet-Diplomatie: Wie die USA mit ihrem F-35-Netz ihre Verbündeten kontrollieren. In: Neue Zürcher Zeitung, 23.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/kampfjet-diplomatie-wie-die-usa-mit-ihrem-f-35-netz-ihre-verbuendeten-kontrollieren-ld.1912758>, zuletzt geprüft am 24.11.2025.
- Rathai, Elena; Regniet, Thomas (2025): Nvidia, Apple, Microsoft und Co.: Die wertvollsten Unternehmen im Ranking 2025. In: Wirtschaftswoche, 10.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.wiwo.de/unternehmen/mittelstand/nvidia-apple-microsoft-und-co-die-wertvollsten-unternehmen-im-ranking-2025/29870272.html>, zuletzt geprüft am 02.12.2025.
- Reuters (2025): USA: Trump kauft Firmenanleihen für Millionen von Dollar. In: Handelsblatt, 16.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/usa-trump-kauft-firmenanleihen-fuer-millionen-von-dollar/100175049.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- Richter, Wolfgang (2021): A Framework for Arms Control. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik. Online verfügbar unter <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1087>.
- Riecke, Torsten (2025): Politik: Die Linke entdeckt die Inflation beim Kampf um die Macht. In: Handelsblatt, 29.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/politik-die-linke-entdeckt-die-inflation-beim-kampf-um-die-macht/100176608.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2025.
- Savage, Charlie; Schmitt, Eric (2025): Trump 'Determined' the U.S. Is Now in a War With Drug Cartels, Congress Is Told. In: The New York Times, 02.10.2025. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2025/10/02/us/politics/trump-drug-cartels-war.html>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.

- Scribner, Herb (2025): Here are all of Hegseth's boat strikes near Venezuela that we know about. In: Axios, 01.12.2025. Online verfügbar unter <https://wwwaxios.com/2025/12/01/hegseth-trump-military-boat-strikes-drug-venezuela>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.
- Slattery, Gram; Pamuk, Humeyra (2025): Exclusive: US sets 2027 deadline for Europe-led NATO defense, officials say. In: Reuters Media, 06.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/us-sets-2027-deadline-europe-led-nato-defense-officials-say-2025-12-05/>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.
- SRF, red (2025): Oberster Gerichtshof - Sind Donald Trumps Zölle illegal? In: Schweizer Radio und Fernsehen, 06.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.srf.ch/news/international/oberster-gerichtshof-sind-donald-trumps-zoelle-illegal>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.
- The White House (2025a): National Security Strategy of the United States of America. November 2025. Hg. v. President Donald J. Trump. Washington. Online verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2025.
- The White House (2025b): Winning the Race - AMERICA'S AI ACTION PLAN. July 2025. Online verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/07/Americas-AI-Action-Plan.pdf>, zuletzt aktualisiert am 06.12.2025.
- VOLAT, red (2025): US-Armee startet KI-Korps mit Managern von Meta und OpenAI. In: VOLAT - Vorarlberg Online, 17.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.vol.at/ki-topmanager-werden-offiziere-in-der-us-armee/9483104>, zuletzt geprüft am 02.12.2025.
- Weisflog, Christian (2025): Kriegsverbrechen in der Karibik? – Pete Hegseth steht unter Verdacht. In: Neue Zürcher Zeitung, 03.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/kriegsverbrechen-in-der-karibik-pete-hegseth-steht-unter-verdacht-ld.1914632>, zuletzt geprüft am 03.12.2025.
- Weißenmann, Floo (2025): Schluss mit Durchregieren: Republikaner begehren auf gegen Präsident Trump. In: Tiroler Tageszeitung Online, 24.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.tt.com/artikel/30922303/schluss-mit-durchregieren-republikaner-begehren-auf-gegen-praesident-trump>, zuletzt geprüft am 28.11.2025.
- Wenzel, Andreas (2024): Weltmacht USA. Fakten und Folgerungen zu den Wahlen 2024 In: Republik Österreich/BMLV (Hg.): Akteure und Mächte. Jahresende 2024 – Ausblick 2025. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 3/24), S. 23–32. Online verfügbar unter <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3846>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.
- Wenzel, Andreas (2025a): USA. Wohin steuert die Weltmacht? In: Republik Österreich/BMLV (Hg.): Akteure und Mächte. Jahresmitte 2025. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 2/25), S. 83–94. Online verfügbar unter <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3923>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.
- Wenzel, Andreas (2025b): Narzissmus & politische Macht. Fehlentwicklung oder Bedingung? In: Republik Österreich/BMLV (Hg.): Akteure und Mächte. Jahresmitte 2025. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 2/25), S. 33–52. Online verfügbar unter <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3923>, zuletzt geprüft am 01.12.2025.
- Zöttl, Ines (2025): Palantir-Chef Alex Karp: Dieser Philosoph macht Amerika tödlicher. In: DER SPIEGEL, 29.07.2025. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/palantir-chef-alex-karp-der-philosoph-der-amerika-toedlicher-macht-a-f8491341-d16f-4576-af58-1bd7e5bd02aa>, zuletzt geprüft am 15.11.2025.

US-EU Beziehung im Wandel

Mögliche Folgen der Trump-Regierung für
transatlantische Forschung, Ausbildung,
akademische Zusammenarbeit und sicher-
heitspolitische Strategien

von Alexander Brandl und Daniel Watzenig

Die zweite Amtszeit von US-Präsident Donald Trump markiert eine neue Phase in den transatlantischen Beziehungen und verschiebt entscheidende Parameter in Forschung, Ausbildung und sicherheitspolitischer Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Die Ende 2024 angekündigten und mit 2025 implementierten Reformen der US-Immigrations-, Forschungs- und Technologiepolitik haben unmittelbare Auswirkungen auf europäische Wissenschaftsinstitutionen, Studierende und Forschungseinrichtungen, insbesondere in sicherheitskritischen und technologieintensiven Bereichen wie Robotik, autonome Mobilität, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Testumgebungen und digitale Infrastruktur.

Die neue US-Regierung unter Präsident Trump scheint das Ziel zu verfolgen, das etablierte System der US-Universitäten nachhaltig zu verändern und dazu zu zwingen, Forschung und Entwicklung ausschließlich auf von der Regierung gewünschten und vorgegebenen Themengebieten fortzusetzen und durchzuführen.

Für eine Politik der Zentralisierung von Macht und von „America First“ scheint dies durchaus sinnvoll und die inzwischen bereits umgesetzten Maßnahmen zeigen erste Resultate und Erfolge. Die Universitäten wurden überrascht von der Schnelligkeit und der Härte und Konsequenz der Einführung dieser Maßnahmen, welche alle darauf zielen, die Universitäten finanziell unter Druck zu setzen und politisch zu isolieren.

Die Mittel, welche die US-Regierung dazu einsetzt, sind die gezielte Reduktion der Anzahl einheimischer und internationaler Studenten an den Universitäten und die Einschränkung oder ausschließlich bedingte Zuerkennung von Forschungsmitteln an die Universitäten. Diese Bedingungen bedeuten Forschung und Entwicklung lediglich in gewünschten und gebilligten Themengebieten und die Unterlassung von liberal-progressiven und gesellschaftskritischen Initiativen.

Für die Wissenschaft allgemein und für die industriell-technologische und militärische Entwicklung einer strategischen Großmacht im Speziellen könnte diese Politik jedoch durchaus auch Gefahren bergen. In der Vergangenheit war es oft die freie Forschung, welche vielleicht unerwartete Ergebnisse aber am Ende Fortschritt erbracht hat, ob industriell-technologisch oder gesellschaftlich. Für Europa könnte dies bedeuten, dass es weiter ein eigenes und robustes Wissenschafts- und Forschungsprogramm unterstützen und sich auf mehr Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein gegenüber den USA einrichten muss. Besonders bei den sicherheitskritischen, technologieintensiven und militärischen Sachgebieten wird Europa hier eine stärkere und unabhängige Linie verfolgen müssen.

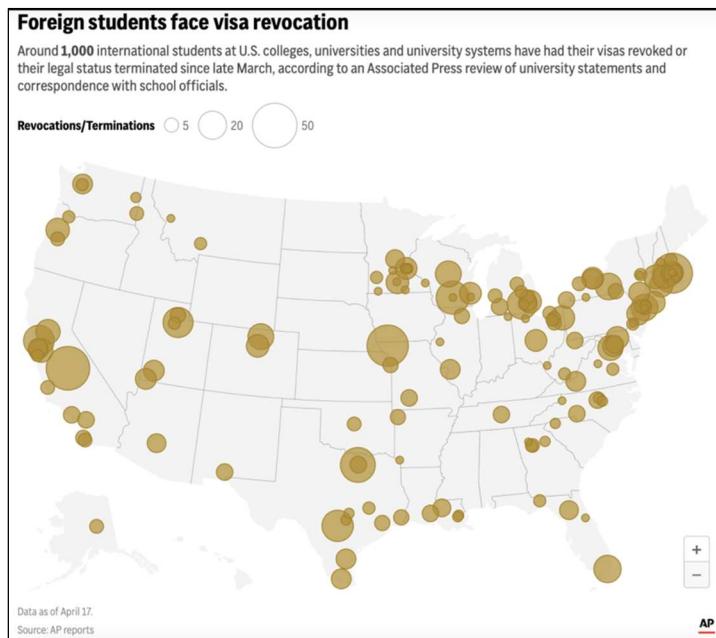
Einleitung – eine veränderte Wissensordnung

Die USA verfolgen in dieser zweiten Amtsperiode ihres Präsidenten Trump eine stärker national gesteuerte Strategie, die darauf abzielt, technologische Führungsansprüche zu sichern und gleichzeitig Risiken durch internationalen Wissenstransfer zu begrenzen. Die zweite Amtszeit Trumps markiert einen Zeitpunkt, an dem die globale Landschaft der Forschung und Technologieentwicklung eine neue strategische Ausrichtung erfährt. Technologie ist nicht länger primär ein wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Faktor – sie hat sich zu einem der wichtigsten geopolitischen Machtinstrumenten entwickelt.

Diese Neuausrichtung betrifft nicht nur China oder andere geopolitische Rivalen – auch Verbündete wie die Europäische Union (EU) sind davon betroffen. Der Kern der neuen US-Politik besteht darin, Wettbewerbsvorteile in Zukunftstechnologien zu sichern, technologische Abhängigkeiten und Forschungskooperationen stärker zu kontrollieren und Wissensflüsse in sicherheitsrelevanten Bereichen strategisch zu begrenzen.

Für Europa stellt diese Entwicklung eine der größten strukturellen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte dar. Während die EU über starke Innovationsökosysteme verfügt, ist die Abhängigkeit von US-amerikanischen Plattformen, Cloud-Diensten, Halbleitern, KI-Software und Forschungsinfrastruktur unverändert groß. Die neue Trump-Regierung verschärft diese Asymmetrien, da US-Universitäten und US-Behörden restriktiver gegenüber ausländischen Studierenden und Forschenden agieren. Die folgende Abbildung illustriert die abgelehnten Visa-Anträge bzw. widerrufenen (bereits genehmigten) Visa im Zeit-

raum März-April 2025. Mit Stand November 2025 wurden – mit unterschiedlichsten Begründungen – etwa 8000 Visa widerrufen („revoked“) und ungefähr 5000 Visa gekündigt („terminated“).



Ausländische Studierende mit Visabeendigung und Visumswiderruf
(Quellen: Douglas-Gabriel, Danielle et al. (2025), Ma Annie (2025), AP News)

Der Fokus dieser Maßnahmen liegt auf „Sensitive Technology Domains“ (STD), in denen ausländische Studierende und Forscherinnen, darunter auch EU-Staatsangehörige, systematisch zusätzlichen Prüf- und Kontrollmechanismen unterliegen. Ergänzt wird dies durch Exportkontrollen für Forschungswissen, die Neuinterpretation von Dual-Use-Technologien und die Renationalisierung wesentlicher Forschungsprogramme. Für Europa entstehen dadurch neue Abhängigkeiten, Verluste an Sichtbarkeit in US-Elitelaboren, Störungen im akademischen Talentfluss und wachsende strategische Lücken in sicherheitskritischen Innovationsfeldern. Gleichzeitig wächst der Druck auf europäische Universitäten, autonome Forschungsinfrastrukturen zu entwickeln, eigene Standards zu setzen und politische Initiativen in Richtung technologischer Souveränität voranzutreiben. Die Analyse zeigt: Während die USA Forschung zunehmend als geopolitisches Machtinstrument begreifen, steht Europa vor der Notwendigkeit, eine strategisch eigenständige Position zu entwickeln. Dies betrifft sowohl die verteidigungsrelevante Forschung als auch akademische Austauschprogramme, universitäre Kooperationen und die Ausbildung der nächsten Generation von Experten für Robotik, KI und autonome Systeme in allen fünf Dimensionen (Land, Wasser, Luft, Weltraum, Datenraum).

Der vorliegende Artikel liefert eine aktuelle Bewertung der Auswirkungen im europäischen sowie im amerikanischen universitären Umfeld, beschreibt konkrete Szenarien für betroffene Studierende aus Österreich, analysiert sicherheitspolitische Konsequenzen und definiert prioritäre Handlungsoptionen für europäische Entscheidungsträger. Abschließend werden sicherheitspolitische Kernaussagen formuliert, die Österreichs und Europas Position im globalen Machtgefüge der Technologiepolitik stärken können.

Änderungen und Auswirkungen für amerikanische Universitäten

Obwohl die akademische Gemeinschaft bereits im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2024 gewisse Befürchtungen hegte, waren wohl die Maßnahmen und insbesondere deren Geschwindigkeit und Härte, welche die neue US-amerikanische Regierung unter ihrem Präsidenten Trump setzte, eine Überraschung. Diese übertrafen hinsichtlich politisch-strategischer Richtlinien und Anordnungen jegliche Erwartungen und setzen die Universitäten und die strategisch rhetorisch sogenannte „gebildete Elite“ in starke finanzielle Schwierigkeiten und politische Bedrängnis.

Die Linie der Trump Regierung erscheint klar: die Universitäten und deren Freiheit der Forschung und des politischen Diskurses werden durch die Kürzung budgetärer Zuwendungen dazu gezwungen, eine Richtung einzuschlagen, welche den politischen Zielen der Regierung näherstehen. Während dies an der Oberfläche nicht notwendigerweise von der Vorgangsweise anderer internationaler staatlicher Akteure oder vergangener US-Regierungen abweicht, sind es wiederum die Konsequenz, die Geschwindigkeit und die unmittelbare und offene Bedrohung potenziell gegensätzlicher Gepflogenheiten oder Umsetzungen, welche für Universitäten von deren bisherigen Erfahrungen abweichen. Die Erwartung der Regierung, dass ihre Direktiven in einem strikten „top-down“ Verfahren zur Implementierung kommen, bringt die Universitätsführung auch intern in Bedrängnis, da die Fakultäten und Professoren bisher immer in einem direkt-demokratischen System an der universitären Entscheidungsfindung Teil hatten.

Insgesamt finden sich die US-amerikanischen Universitäten im Augenblick in einem existentiellen Konflikt, dessen Lösungen zum einen eine signifikante politische und wissenschaftliche Neuorientierung und zum anderen strukturelle und philosophische Änderungen verlangen. Ob und wie verdeckter Widerstand und verzögerter Gehorsam, wie mancherorts vorgeschlagen, Erfolg versprechen, werden erst die nächsten Jahre zeigen können. In vielen Bereichen scheint die Trump Regierung jedoch ihre Ziele zu erreichen oder diesen zumindest nahe zu kommen.

Alle möglichen Ergebnisse dieser Dynamik sind wohl aus heutiger Sicht noch nicht vollständig abzuschätzen. Dennoch sind die ersten Auswirkungen bereits ersichtlich. Diese zeigen sich in budgetären Neuausrichtungen der Universitäten, in sinkenden Studentenzahlen, sowohl heimischen als auch internationalen, und der Schließung von Studienrichtungen und Beendigung verschiedener progressiver Universitätsinitiativen.

Obwohl die Zahl der in den USA Studierenden bis in die letzten Jahre stetig angestiegen war und damit wesentlich zur Erweiterung von Universitätsprogrammen und -forschungsrichtungen beitrug, stand bereits aus bevölkerungsstatistischen Überlegungen ein Einbruch der Studentenzahlen zu erwarten. Die Vereinigten Staaten erreichen in den nächsten paar Jahren die geburtenschwachen Jahrgänge, was für die Universitäten zumindest in den letzten fünf Jahren bereits ein „Enrollment Cliff“ erwarten ließ.

Als neue Herausforderung kommt nun dazu, dass insbesondere junge Männer nun vermehrt kein Interesse an einer universitären Bildung mehr zeigen (Richard Fry (2023)). Historisch war der große Anteil der Studierenden männlichen Geschlechts, erst in der jüngeren Vergangenheit gelang es den Frauen auf diesem Gebiet aufzuholen und Gleichheit zu erreichen. Nun ist jedoch der umgekehrte Trend zu verfolgen: Der Anteil an studierenden Frauen übertrifft die 50%-Marke immer weiter. Ein Grund dafür mag die Erkenntnis junger Männer sein, dass mehr traditionelle, gewerbeorientierte Arbeitsplätze verfügbar sind und auch ein ausreichendes und geregeltes Einkommen versprechen. Dies ist sicherlich eine Informations- und Werberichtung der derzeitigen US-Regierung. Dazu kommt, dass Arbeitsplätze für Studienabgänger mit einem Bachelor-Abschluss im Augenblick sehr schwierig zu finden sind. Ein anderer Grund ist jedoch auch, dass die US-Regierung gezielt eine universitäre Ausbildung unattraktiv erscheinen lassen will (Tamira Musgrave (2025)). Eine liberale, progressive Bildung wird als „weich“ und „unmännlich“ dargestellt. Auch diese Einflussnahme, ob durch Reden des Präsidenten selbst oder über „Influencer“ in den sozialen Medien, scheint erfolgversprechend für die Regierung, welche versucht, die Universitäten unter Druck zu setzen.

Ein signifikanter Anteil der Studierenden an US-amerikanischen Universitäten kommt aus dem Ausland. Für diese Studenten wird an vielen öffentlichen Universitäten oft die maximale Studiengebühr verrechnet, oder sie erhalten Unterstützung durch eine vertragliche Verpflichtung als Universitätsassistenten oder als Personal in Forschungsaufträgen (sogenannte Auftragsforschung) und erfüllen so eine wichtige und ertragreiche Funktion für die Universität. Die jüngsten Maßnahmen der US-Regierung zur Reduzierung der Anzahl an Studenten-Visa, das Verbot der Einreise von Studenten aus bestimmten Ländern und die Ausweisung von manchen Studenten haben das Interesse und die Motivation internationaler Ansünder abkühlen lassen (Melinda Yao (2025)). Wo diese, vor allem erfahrene Studenten einen wichtigen Beitrag zum Betrieb der Universität geleistet haben, fehlen nun Kapazitäten, insbesondere in den Naturwissenschaften, den technischen Studienrichtungen und im Ingenieurswesen.

Darlehen für Studienzwecke

Die hohen Kosten des Studierens in den Vereinigten Staaten verlangen, dass viele Studierende für Studiengebühren und Lebenskosten Darlehen aufnehmen. In der Vergangenheit waren diese Darlehen oft staatlich unterstützt und erlaubten eine zinsengünstige und auf mehrere Jahre ausgesetzte Rückzahlung, bis zum Abschluss des Studiums. Zudem haben vergangene US-Regierungen des Öfteren Studienschulden getilgt. Die derzeitige Regierung unter Präsident Trump führt diese Programme nun nicht mehr weiter, so dass Studierende Kredite auf dem Kreditmarkt finden müssen. Während dies für Banken und Kreditgeber eine sehr positive Entwicklung bedeutet, birgt es sehr hohe finanzielle Risiken für viele Studierende. Für Studenten aus finanziell weniger gesicherten Verhältnissen kann es nun auch vorkommen, dass sie solche Darlehen nicht erhalten. Als Resultat steht zu erwarten, dass zum einen insgesamt weniger Studenten an den Universitäten inskribieren werden und zum anderen, dass junge Menschen

aus finanziell schwächeren Verhältnissen ungleich weniger Zugang zu einer universitären Bildung haben werden.

Wissenschaft und Forschungsbudget in den USA

Das System der Universitäten in den USA hängt zu einem hauptsächlichen Teil von zwei Budgetposten ab: den Studiengebühren der Studierenden und von Forschungsaufträgen von US-Ministerien und Agenturen. Obwohl die öffentlichen Universitäten bundesstaatliche Zuwendungen erhalten, so decken diese nur einen sehr geringen Prozentsatz des Jahresbudgets ab. Nominell ist die Bundesstaatenförderung für Gehaltszahlungen an den universitären Lehrkörper für dessen Lehrtätigkeit vorgesehen, jedoch nicht für andere Aufgaben der Administration und der Professoren. Private Universitäten erhalten solche Zuwendungen nicht, so dass selbst die Ausbildung der Studierenden über andere Finanzmittel bedeckt werden muss. In beiden Fällen sind die unmittelbaren öffentlichen Mittel bei Weitem unzureichend für den fortgesetzten Betrieb der Universität.

Die Studiengebühr an US-amerikanischen Universitäten ist signifikant höher als in den meisten anderen Ländern der Erde, inklusive der europäischen und asiatischen Universitäten. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch private Universitäten, wobei Letztere auch im inneramerikanischen Vergleich noch einmal um einen signifikanten Faktor höhere Gebühren verrechnen. Diese Einnahmen aus den Studiengebühren multipliziert mit der Anzahl der Studierenden stellen einen signifikanten Anteil des universitären Jahresbudgets dar. Bei steigenden Kosten an Personal und Administration stehen der Universitätsführung also Erhöhungen der Studiengebühren und die Motivation und Rekrutierung neuer und zusätzlicher Studenten zur Bedeckung der Ausgaben zur Verfügung. Um ein Universitätsstudium, zumindest im Prinzip, für weite Teile der Bevölkerung erschwinglich zu gestalten, entscheiden die Bundesstaatenregierungen jedoch oft, Studiengebühren durch die öffentlichen Universitäten nicht frei gestalten zu lassen, sondern diese bei prozentuellen Erhöhungen entsprechend zu limitieren. Die Anzahl der Studierenden hängt vielmals vom individuellen Interesse, den zukünftigen Berufsaussichten und dem nationalen und internationalen Image der Universität ab. Dabei konkurrieren die Universitäten um dieselben *High School* Abgänger und internationalen Studienbewerber.

Forschungstätigkeiten der Professoren werden zu einem großen Anteil durch US-gesamtstaatliche Wissenschaftsprogramme unterstützt. In einem System des Wettbewerbs im Rahmen einer weiträumig orientierten Forschungsstrategie vergeben die US-Regierung oder deren Agenturen Forschungsaufträge an Professoren und deren Teams und somit an Universitäten. Einnahmen aus diesen Projekten unterstützen Studenten durch Abgleich eines Teils oder der gesamten Studiengebühr und durch Bezahlung von Stipendien, finanzieren den Erhalt und den Weiterbetrieb von Forschungslaboratorien, entlasten das Gehaltsbudget der Universitäten durch die Auslagerung von Anteilen des Professorengehalts an die Projekte und fördern den Betrieb der Universitäten durch Zahlungen für „*Indirect Costs*“, die Universitätsoverheads.

Es sind also US-gesamtstaatliche Finanzierungen, welche den Wissenschafts- und Forschungsbetrieb und andere Initiativen der Universitäten in den Vereinigten Staaten erst möglich machen. Es ist eben hier, wo die US-amerikanische Regierung unter Präsident Trump eine starke Möglichkeit zur Einflussnahme und Kontrolle erkannt hat. Wie die vergangen neun Monate zeigen, wurden ihre Ansätze mit großem Erfolg auch umgesetzt.

Forschungsprojekte und -aufträge

Gleichzeitig hat die derzeitige US-Regierung massive Änderungen im Forschungspotfolio vorgenommen. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hat Präsident Trump alle öffentlichen Agenturen angewiesen, Forschungsprogramme bis zu einer Re-Evaluierung ausnahmslos einzustellen. Viele dieser Agenturen wurden dann aufgelöst oder umstrukturiert. Nur Programme, welche im unmittelbaren Forschungs- und Entwicklungsinteresse der Regierung liegen, wurden in Folge wieder aufgenommen. Von diesen Streichungen unmittelbar betroffen waren jene Programme, welche sich mit liberal-progressiven Themen, mit sozialkritischen und Geschlechterthematiken oder mit Umwelt- und Klimawandelthemen beschäftigen. Dabei blieben jedoch auch andere Programme, wie etwa Arbeitssicherheit und Arbeitnehmerschutz, der Schutz der Öffentlichkeit und der Umwelt und andere sicherheitsrelevante Themen auf der Strecke. In aller Wahrscheinlichkeit haben diese Schritte zur Einschränkung der Wissenschaft und Forschung in solchen „unerwünschten“ oder „unwichtigen“ Wissenschaftsbereichen aber auch Auswirkungen auf Forschung und Entwicklung im Allgemeinen. Bisher gibt es keinen Hinweis darauf, dass die Forschungsagenturen der US-Regierung einen einfachen und pragmatischen Weg finden, die Finanzierung der Kunst, der Sozialwissenschaften oder bestimmter Naturwissenschaften und Gesundheitsthemen (z.B.: für Impfstoffe) einzustellen und gleichzeitig jene für die Technologie, Industrie und Rüstung weiterhin erforderlichen Forschungsrichtungen erfolgreich weiterzuführen.

Da nun die Erlangung und Umsetzung von Forschungsprojekten aus US-Regierungsprogrammen beinahe unerlässlich ist für den Betrieb einer Universität, haben diese Maßnahmen natürlich den unmittelbaren Zweck, Druck auf die Universitäten auszuüben, ungewollte Initiativen zu unterlassen. Kam es an manchen Universitäten auf Grund des Desinteresses der bundesstaatlichen Regierung in der Vergangenheit vereinzelt bereits zur Schließung bestimmter Studienprogramme, so ist dies nun um ein Vielfaches vermehrt zu erwarten (Schulman-Hall (2025)).

Tatsächlich scheint der Zugriff der derzeitigen US-Regierung auf das Universitätssystem lange und ausgezeichnet vorbereitet. Zusätzlich zu den bereits vorgestellten Maßnahmen kommt ein weiterer Schritt, welcher es Universitäten wahrscheinlich unmöglich machen würde, in ihrer heutigen Form weiter zu bestehen. Präsident Trump hat vorgeschlagen, die von der US-Regierung in der Vergangenheit verhandelten und zugebilligten „Indirect Costs“ für Universitäten von >50% auf 15% zu reduzieren (Eric Ford (2025)). Obwohl diese Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde, scheint es für die Universitäten klar, dass sie

nur bei Duldung von Auflagen und Vorgaben der US-Regierung eine Aussicht auf Neuverhandlung dieser Overheads haben werden. Solche Auflagen werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Einschränkung von Initiativen, insbesondere zu sozialkritischen und geschlechter-relevanten Themen, verlangen.

War dies in der Vergangenheit auch schon bei Forschung und Entwicklung auf den Sektoren der nationalen Sicherheit und der Rüstung der Fall, so steht zu erwarten, dass neue Auflagen bei Forschungsaufträgen die Unterstützung oder Mitarbeit internationaler Studenten zunehmend untersagen wird. Dies wird eine weitere Reduzierung der Anzahl internationaler Studenten zur Folge haben. Eine Politik von „America First“ verfolgt in diesem Fall wohl eine vermehrte Mitwirkung einheimischer Studenten an diesen Projekten. Wenn man jedoch den Befürchtungen der wichtigsten US Wissenschaftsorganisationen und -vereinigungen Glauben schenken darf, dann ist die Anzahl US-amerikanischer Studenten für diesen Zweck zu gering, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Mögliche langfristige Folgen für die USA

Die zweite Amtszeit von Trump hat ernsthafte Herausforderungen für US-Universitäten, Studierende und internationale Forschende zur Folge, sowohl finanziell (Kürzungen, Steuerpolitik) als auch politisch (Kontrolle, Ideologie, Visa). Gleichzeitig entsteht das Risiko, dass die USA als globaler Forschungsstandort an Attraktivität verlieren. Für Studierende oder Gastforscher, die einen Aufenthalt in den USA planen, ist insbesondere die Unsicherheit bezüglich Visa und Finanzierung zu einem zentralen Risiko geworden. Der eingeschlagene Kurs kann zu langfristigen Folgen für die USA führen:

- Wettbewerbsfähigkeit der US-Wissenschaft: wenn viele internationale Talente wegbleiben, verliert die USA möglicherweise an Innovationskraft.
- Umschichtung globaler wissenschaftlicher Netze: Forschende könnten verstärkt Kooperationen mit Universitäten in anderen Ländern eingehen, was die Rolle der USA in der internationalen Forschung schwächen könnte.
- Veränderte Studierendenlandschaft: Universitäten, die traditionell stark von internationalen Studierenden abhängig sind, könnten strukturell unter Druck geraten; manche könnten sich neu ausrichten müssen (z. B. andere Finanzierungsmodelle).
- Politische Polarisierung an Hochschulen: die akademische Freiheit könnte langfristig leiden, wenn Forschung stark ideologisch kontrolliert wird.

Natürlich sind nicht alle Maßnahmen garantiert und es bleiben vorerst noch viele Unsicherheiten:

- Nicht alle Maßnahmen sind garantiert: Vieles hängt von der Gesetzgebung (Kongress), Gerichtsentscheidungen und politischem Druck ab.

- Einige Effekte könnten legal angefochten werden (bzw. werden dies bereits).
- Die Reaktionen von Universitäten variieren stark: Widerstand, Einlenken oder Kompromisslösungen, um Fördermittel zu sichern.

Die US-Regierung verfolgt also einen multi-dimensionalen Ansatz, die US-amerikanischen Universitäten sowohl in Forschung und Entwicklung als aber auch in ihrem politischen und gesellschaftlichen Ausblick auf die Linie der Regierung zu zwingen. Mit einer Strategie zur Förderung der Bildungs- und Ausbildungsmündigkeit junger US-Amerikaner, und hier besonders junger Männer, und des Erschwerens der Einreise und des Aufenthalts internationaler Studierender wird die heutige hohe Anzahl an Inskribierenden an den Universitäten zukünftig nicht zu halten sein. Sinkende Studentenzahlen, sowohl bei den heimischen als auch bei den internationalen Studierenden, resultieren unmittelbar in verringerten Einnahmen für die Universitäten. Bei einer gleichzeitigen Einschränkung von Forschungsaufträgen und einer Reduktion der zugebilligten Overheads stehen die US-amerikanischen Universitäten im Augenblick unter starkem finanziellem und politischem Druck. Es ist zu erwarten, dass in der nächsten Zukunft nur Forschungsaufträge mit engem Fokus auf von der US-Regierung akzeptierten Themen zur Umsetzung kommen werden, und dass nur jene Universitäten ausreichend Finanzierung erwarten dürfen, welche in ihren Ausrichtungen und Initiativen von der Regierung nicht weiter gewünschte Themen unterlassen oder sogar untersagen. Für ein historisch liberal-progressives System mit einem etablierten Verständnis für Selbstbestimmung und -regierung bedeutet dies eine fundamentale Veränderung. Der Widerstand der Professorenschaft ist verständlich, hat jedoch in den vergangenen paar Monaten keinen Erfolg gezeigt und im Gegenteil die Universitäten nur weiter in Bedrängnis gesetzt. Aus heutiger Sicht ist es nicht klar, wie die Universitäten diesen Schwierigkeiten in den nächsten Jahren begegnen werden. Es wäre nicht überraschend, wenn das System der "Tenure Tracks" (etwa gleichzusetzen mit einem Beamtenstatus) neu überdacht und ausgerichtet würde, wenn bestimmte Studienrichtungen verkleinert oder eingespart und liberal-progressive Initiativen verloren gehen würden.

Global für die Vereinigten Staaten und im internationalen Gefüge ist aber auch zu erwarten, dass die USA ihre Vorreiterrolle auf den Gebieten von Forschung und Entwicklung und im strategisch-militärischen Fortschritt verlieren könnten. Ungewollt wird dabei ihren strategischen Gegnern Russland und China eine Möglichkeit gegeben, aufzuholen oder eine neue Vormachtstellung zu übernehmen. Oder vielleicht sind diese zukünftig nicht mehr strategische Gegner? Wo verbleibt Europa in diesen Überlegungen? Am Ende scheint Europa nicht umhin zu kommen, mehr Selbständigkeit und Selbstbewusstsein gegenüber den USA zu entwickeln und zu zeigen und ein robustes Wissenschafts- und Forschungspotential zu unterstützen, will es im internationalen Umfeld nicht weiter an Bedeutung verlieren. Der derzeitige US-amerikanische Weg, Wissenschaft als Mittel der Entwicklung anstatt der Forschung zu sehen, mag vielleicht innenpolitisch erfolgversprechend sein und Widerstände gegen die eigene Politik verringern, es ist aber nicht klar, ob eine solche Vorgehensweise ausreichend ist für eine nachhaltige Entwicklung im internationalen Umfeld. Gelenkte Forschung

und Entwicklung könnte durchaus dem Problem von „ich weiß nicht, was ich nicht weiß“ zum Opfer fallen, und die private Industrie und Technik hat in den USA bisher nicht sehr viel Motivation zur eigenständigen, nicht von außen finanziert Forschung und Entwicklung gezeigt. Und auch gesellschaftlich ist dadurch für die USA ebenfalls ein Stillstand zu erwarten, aber vielleicht ist das gewollt.

Ein geopolitischer und wissenschaftlicher Wendepunkt

Die erneute Wahl Donald Trumps zum Präsidenten bedeutet eine signifikante Neuausrichtung der US-amerikanischen Forschungs- und Technologiepolitik. Während Trumps erste Amtszeit (2017–2021) bereits erste Schritte zur Entkopplung globaler technologiepolitischer Abhängigkeiten einleitete, stellt seine zweite Amtszeit eine systematische und umfassende Strategie dar. Die USA betrachten Wissenschaft und Technologie explizit als elementare Bestandteile nationaler Sicherheit. Dies verändert den Charakter internationaler Zusammenarbeit fundamental. Insbesondere Technologiefelder wie z.B.

- Robotik und autonome Systeme
- KI-gestützte Entscheidungssysteme
- verteidigungsnahe Softwareentwicklung
- Halbleiter- und Quantentechnologien
- Cybersicherheit

stehen im Zentrum neuer Restriktionen und Kontrollen. Die transatlantische Zusammenarbeit war über Jahrzehnte geprägt von offener Mobilität, gemeinsamen Forschungsinfrastrukturen und großen EU-US-Megaprojekten. Diese Offenheit steht nun zunehmend zur Disposition. Europa sieht sich daher mit zwei parallelen Entwicklungen konfrontiert:

1. Restriktionen und Barrieren in den USA, die Talentmobilität, Zugang zu Laboren und gemeinsame Forschung erschweren.
2. Einem beschleunigten globalen Technologie-Wettbewerb, der eigenständige europäische Kapazitäten zwingend erforderlich macht.

Welche konkreten Änderungen gibt es seit dem 01.01.2025?

Seit 1.1.2025 gelten eine Reihe neuer Regularien, die unmittelbar Auswirkungen auf europäische Studierende und Forschende haben. Die Maßnahmen sind Teil der neuen Strategie der Trump-Administration. Dazu zählen beispielhaft:

- Strategic Domain Visa Screening: definiert klar abgegrenzte Hochrisiko-Technologien („Sensitive Technology Domains“). Studierende und Forscher dieser Bereiche unterliegen erweiterten Background Checks, algorithmischen Risikoanalysen, Herkunfts- und Kompatibilitätsprüfungen, verpflichtenden Sicherheitsinterviews und entsprechend verlängerten Visa-Bearbeitungszeiten.

- Research Risk Assessments: US-Universitäten müssen vor der Aufnahme eines internationalen Studierenden den potenziellen Sicherheits- und Einflussrisiken bewerten (institutionelle Herkunft, Forschungsinteressen, Dual-Use-Relevanz, Zugang zu sicherheitsrelevanten Labors).
- US Export Control: Daten, Modellparameter, Algorithmen, bestimmte KI-Methoden und Software für autonome Systeme gelten als exportkontrollierte Güter. Der Zugang ist eingeschränkt, d.h. Forschungsergebnisse dürfen nicht mehr automatisch geteilt werden, gemeinsame Publikationen werden teils blockiert oder bestimmte Labore sind nur US-Staatsbürgern zugänglich¹³.
- Reduktion internationaler Forschungsprogramme: viele Joint Labs, die US-Universitäten früher mit europäischen Partnern betrieben haben, wurden eingefroren oder auf rein nationale Teams umgestellt.

Auswirkungen auf europäische Studierende und universitäre Ausbildung

Für europäische Studierende verändern sich die Rahmenbedingungen eines Studiums oder einer Promotion in den USA substanziell, wobei insbesondere sicherheitsrelevante Fächer von neuen Hürden und Unsicherheiten betroffen sind. Die klassische Vorstellung eines weitgehend offenen Zugangs zu den Spitzenuniversitäten MIT, Stanford und vergleichbaren Einrichtungen weicht einer Situation, in der sicherheitspolitische Erwägungen den individuellen Bildungsweg maßgeblich prägen.

Ein illustratives Szenario ist der österreichische Studierende, der einen PhD in Robotik oder autonomen Systemen an einer US-Eliteuniversität anstrebt und nun mit deutlich längeren Visaverfahren, zusätzlichen Sicherheitsinterviews, Offenlegungspflichten zu Forschungsplänen sowie einer realen Möglichkeit des Ausschlusses aus sicherheitskritischen Laboren konfrontiert ist (aufgrund von Dual-Use-Anwendungen).

Auch für Bachelor- und Masterstudierende verschärft sich die Lage, wenngleich in weniger dramatischer Form: strengere Nachweise finanzieller Mittel, der Wegfall bestimmter Stipendien, die Reduktion von Teaching-Assistant-Stellen für Ausländer und verpflichtende Compliance-Kurse zu AI-Sicherheit und Exportkontrolle werden zur neuen Normalität. Der Zugang zu weniger sensiblen Disziplinen, etwa in den Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften, bleibt offen, ist aber von einem insgesamt restiktiveren, stärker sicherheitsorientierten Umfeld umgeben.

Für europäische Universitäten hat dies mehrere Konsequenzen: Gemeinsame Studiengänge, Dual-Degree-Formate und integrierte PhD-Programme mit US-Partnern verlieren an Planbarkeit und müssen häufig so angepasst werden, dass besonders restiktive Labore und Datenräume umgangen werden.

¹³ Der AI Action Plan der USA fokussiert sehr stark auf die Ausweitung der KI-Vormachtstellung der USA in Software und Hardware (The White House (2025): „Winning the Race“, der AI Act der Europäischen Kommission setzt hingegen auf eine Regulierung der Anwendung von KI („Legal Framework“), The European Commission (2024)).

Die Attraktivität Europas als Studien- und Forschungsstandort könnte sich dadurch mittelfristig verbessern, sofern europäische Hochschulen gezielt reagieren und alternative Spitzengänge in sensiblen Bereichen anbieten. Mehrere österreichische Hochschulen haben bereits reagiert und bieten Erweiterungsstudienengänge oder neu überarbeitete Curricula an.

Folgen für europäische Forschung und institutionelle Kooperationen

Auf der institutionellen Ebene verändern die neuen US-Rahmenbedingungen die Logik transatlantischer Kooperation tiefgreifend, insbesondere in jenen Feldern, in denen Forschungsergebnisse direkt in militärische oder sicherheitsrelevante Anwendungen übergehen können. Gemeinsame Projekte zu Robotik, KI oder verteidigungsnaher Simulation werden zunehmend an Exportkontrollen und Sicherheitsauflagen geknüpft, die europäischen Partnern wenig Gestaltungsspielraum lassen. Europäische Einrichtungen müssen in Anträgen und Kooperationsverträgen umfangreiche Zusicherungen zur Datensicherheit, Zugriffskontrolle und Nutzung von Ergebnissen geben. Gleichzeitig steigt der Aufwand für Compliance-Management, Dokumentation und Audit-Fähigkeit.

Besonders problematisch ist, dass zunehmend nicht nur materielle Komponenten, sondern auch immaterielle Güter wie Software, Simulationsmodelle, KI-Pipelines und Trainingsdaten unter Exportkontrolle fallen und damit nicht mehr im Rahmen offener wissenschaftlicher Zusammenarbeit frei austauschbar sind. Projekte, in denen Code, Daten und Modelle zentral geteilt wurden, müssen neu strukturiert oder gänzlich aufgegeben werden, sofern die beteiligten Partner nicht bereit oder in der Lage sind, die neuen US-Auflagen vollständig zu erfüllen.

Robotik, autonome Mobilität und Künstliche Intelligenz stehen im Zentrum der neuen US-Technologiepolitik, weil sie als klassische Dual-Use-Domänen sowohl wirtschaftliche als auch militärische Wirkungspotenziale bündeln. Fortschritte in diesen Bereichen hängen wiederum stark von spezialisierter KI-Hardware ab, die durch Exportkontrollen und Lieferkettenpolitik gezielt als machtpolitischer Hebel genutzt werden können. Auf der Software-Schiene bestimmen die Qualität/Erklärbarkeit von KI-Modellen, Wahrnehmungs- und Entscheidungsalgorithmen, Autonomie-Stacks sowie echtzeitfähige und realitätsnahe Simulationen maßgeblich, wie robust und verlässlich robotische Systeme in komplexen, unstrukturierten Umgebungen agieren. In militärisch relevanten Szenarien umfasst dies die Erstellung von Echtzeit-Lagebildern, bedrohungsadaptive Routenplanung, kooperative Missionskoordination in Schwärmen sowie eine sichere Interaktion mit Menschen und kritischer Infrastruktur.

Handlungsspielräume und mögliche Maßnahmen für Europa

Kernaussage: *Europa kann und muss auf Trump 2.0 strategisch reagieren.*

Die Antwort Europas auf die neue US-Politik muss mehrdimensional sein. Sie kann nicht nur aus technischen Gegeninvestitionen bestehen, sondern braucht ein kohärentes Paket aus Forschungs-, Bildungs-, Industrie-, Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Maßnahmen müssen auf mehreren Ebenen getroffen werden:

- *Wissenschaftliche Maßnahmen:* Dies beinhaltet z.B. den verstärkten Aufbau europäischer Exzellenznetzwerke oder EU-Programme zur Talentbindung.
- *Technologische Maßnahmen:* weitere Stärkung der europäischer Halbleiterwertschöpfung (basierend auf dem europäischen Chips Act).
- *Politische Maßnahmen:* Harmonisierung verteidigungsrelevanter Forschung, Europäischer Sicherheitsforschungsfonds oder strategische Kooperationen mit Japan, Kanada und Australien als Ausgleich.

Am Ende verdichtet sich die neue sicherheitspolitische Lage in wenigen, aber weitreichenden Aussagen: Die US-Politik in ihrer zweiten Trump-Amtszeit signalisiert, dass offene, weitgehend entpolitisierte Wissensräume in strategischen Technologiefeldern der Vergangenheit angehören.

Europa muss seine technologische Abhängigkeit reduzieren, um außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähig zu bleiben. Der transatlantische Austausch bleibt wichtig, wird aber enger kontrolliert und stärker von US-Interessen geprägt, sodass Europa die Rolle eines aktiven Gestalters und nicht eines passiven Regelnehmers einnehmen muss. Forschung, Technologie und Sicherheit sind so eng verflochten, dass sie nur noch gemeinsam gedacht und gestaltet werden können.

Gleichzeitig darf die Antwort nicht in einem unkoordinierten Wettlauf nationaler Programme enden, die sich gegenseitig Konkurrenz machen und begrenzte Ressourcen fragmentieren. Der Aufbau europäischer Spitzenforschung und industrieller Kapazitäten verlangt eine klare Aufgabenteilung: Nicht jeder Mitgliedstaat muss in allen Bereichen globale Exzellenz anstreben, wohl aber sollten zentrale Kompetenzschwerpunkte verlässlich identifiziert, unterstützt und vernetzt werden. Das gilt für Halbleiterstandorte ebenso wie für KI-Hubs, Robotik-Zentren oder Testfelder für autonome Mobilität. Ein solcher Ansatz erhöht die Chance, dass Europa in ausgewählten Feldern nicht nur aufholen, sondern tatsächlich Maßstäbe setzen kann.

Für die europäischen Universitäten bedeutet dies, dass sie sich stärker strategisch positionieren und ihre Profile schärfen müssen. Fakultäten, die in sicherheitsrelevanten Technologiefeldern bereits über kritische Masse verfügen, sollten gezielt zu Knotenpunkten in europäischen Exzellenznetzwerken ausgebaut werden. Dazu gehören langfristige Grundfinanzierung, der Ausbau von Tenure-Track-Systemen, wettbewerbsfähige Gehälter für SpitzenforscherInnen so-

wie administrative Unterstützung für den Aufbau großer, internationaler Verbundprojekte. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen können komplementäre Rollen übernehmen, etwa in der Breitenqualifizierung, in der anwendungsnahen Forschung oder in der Governance- und Ethikforschung, die technologische Entwicklungen begleitet und reflektiert.

Schlussfolgerungen und Résumé

Die zweite Amtszeit von Präsident Donald Trump hat eine nachhaltige und tiefgreifende Neuausrichtung der globalen Wissens- und Technologieordnung bewirkt, die Forschung, Ausbildung und Sicherheitspolitik untrennbar miteinander verknüpft. Die neue US-Politik macht auch deutlich, wie sehr Visa- und Aufenthaltsregime zu strategischen Instrumenten geworden sind.

Die USA verfolgen eine gezielt sicherheitsorientierte Technologiepolitik, die internationale Kooperationen in Schlüsseltechnologiefeldern stark einschränkt und Wissenstransfer sowie Talente als nationale Sicherheitsressourcen betrachtet.

Für Europa ergibt sich daraus die zwingende Notwendigkeit, seine technologische Abhängigkeit von den USA zu reduzieren und eine eigenständige strategische Autonomie in digitalen und physischen Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Robotik, Halbleitertechnik und Cloud-Infrastrukturen zu entwickeln. Die bisher offene transatlantische Partnerschaft verliert an Verbindlichkeit, was eine Umorientierung auf verstärkte intraeuropäische und Allianzpartner-Kooperationen nach sich zieht.

In der universitären Ausbildung führen die neuen US-Regulierungen zu deutlich erschweren Zugangsbedingungen für europäische Studierende, besonders in sicherheitsrelevanten Forschungsdisziplinen. Visa-Verfahren sind verlängert, Sicherheitsprüfungen verschärft, und der Zugang zu wichtigen Laboren und Programmen wird restriktiver gehandhabt. Europa ist deshalb gefordert, attraktive und eigenständige Bildungs- und Forschungsangebote zu schaffen, die Studierende und Talente auch jenseits der USA fördern und binden.

Kooperative Forschungsprojekte mit den USA unterliegen neuen Sicherheitsgarantien und Exportkontrollen, die den freien Austausch von Daten, Software und Forschungsergebnissen einschränken. Europa muss neue, diversifizierte Partnerschaften aufbauen und zugleich seine eigenen Innovationsökosysteme stärken.

Sicherheitspolitisch verändert sich das Verständnis von Forschung und Technologie zu einem integralen Bestandteil strategischer Autonomie. Die Kontrolle über kritische Technologien und Forschungsinfrastrukturen wird zu einem entscheidenden Machtfaktor. Europa muss daher konsequent in den Aufbau eigener Technologien, Lieferketten und resilenter Infrastrukturen investieren, um die Abhängigkeit von ausländischen Akteuren zu mindern und im internationalen Wettbewerb handlungsfähig zu bleiben.

Abschließend steht Europa vor einer strategischen Entscheidung: entweder setzt es verstärkt auf die eigenständige Entwicklung und Integration von Schlüsseltechnologien, um seine Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, oder es akzeptiert eine zunehmend abhängige Position gegenüber globalen Technologiemächten mit den damit verbundenen Risiken für Forschung, Ausbildung und geopolitische Souveränität. Die Umsetzung dieser strategischen Weichenstellung erfordert umfassende, koordinierte Anstrengungen in Forschung, Bildung, Industriepolitik, Sicherheit und Außenpolitik.

Zusammenfassende sicherheitspolitische Aussagen und Denkanstöße

- Technologie entwickelt sich zum zentralen geopolitischen Kerninstrument.
- Dual-Use-Technologien stehen zunehmend im Zentrum sicherheitspolitischer Interessen.
- Europa muss seine technologische Souveränität konsequent ausbauen.
- Die Mobilität und Bindung von Talenten wird zu einem strategischen Sicherheitsaspekt.
- Robotik und KI prägen die Sicherheitsarchitekturen der Zukunft.
- Eigene europäische Standards sowie unabhängige technologische Infrastrukturen sind unverzichtbar.

Ausblick

Europa muss seine Rolle in einer zunehmend fragmentierten globalen Technologiesphäre neu definieren. Die amerikanischen Maßnahmen ab 2025 stellen keine kurzfristige Abweichung dar, sondern markieren eine strukturelle Verschiebung der globalen Wissenschaftslandschaft. Die Zukunft der europäischen Souveränität hängt nun stärker denn je davon ab, ob es gelingt:

- technologische Unabhängigkeit aufzubauen
- eigene Exzellenzzentren zu etablieren
- Talente zu halten und auszubilden
- sicherheitskritische Technologien selbst zu entwickeln

Quellen

- Brand, Alexander; Robel, Stefan (2023): Die Außen und Weltpolitik der USA. In: Michael Staack (Hg.): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch. 6. Auflage. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 137–177.
- Contorno, Steve (2024): Trump claims not to know who is behind Project 2025. A CNN review found at least 140 people who worked for him are involved. In: CNN, 11.07.2024. Online verfügbar unter <https://edition.cnn.com/2024/07/11/politics/trump-allies-project-2025/index.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Douglas-Gabriel, Danielle et al. (2025): Homeland Security revokes Harvard's ability to enroll international students, Washington Post, https://www.washingtonpost.com/education/2025/05/22/trump-harvard-international-students-enrollment-revoked/?utm_source=chatgpt.com [22.05.2025], zuletzt geprüft am 28.11.2025.
- Ma, Annie (2025): More than 1,000 international students have had visas or legal status revoked, APNews, <https://apnews.com/article/f1-visa-international-college-student-trump-9d4d900d328a0c205503c1178e70f1d5>, [18.04.2025], zuletzt geprüft am 28.11.2025.
- European Commission (2024): AI Act, https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai?utm_source=chatgpt.com, zuletzt geprüft am 28.11.2025.
- The White House (2025): America's AI Action Plan, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/07/Americas-AI-Action-Plan.pdf>, zuletzt geprüft am 28.11.2025.
- Fry, Richard (2023): Fewer Young Men Are in College, Especially at 4-year Schools, Pew Research Center, <https://www.pewresearch.org/short-reads/2023/12/18/fewer-young-men-are-in-college-especially-at-4-year-schools>, [18.12.2023], zuletzt geprüft am 30.11.2025.
- Musgrave, Tamira (2025): Why Young Men Are Abandoning College in Droves, American Faith, <https://americanfaith.com/young-men-ditching-college>, [22.04.2025], zuletzt geprüft am 30.11.2025.
- Yao, Melinda (2025): New International Student Enrollment Fell Sharply This Year Amid the Trump Administration's Immigration Crackdown, NBC News, New international student enrollment fell sharply in U.S. amid Trump immigration crackdown, [17.11.2025], zuletzt geprüft am 30.11.2025.
- Schulman-Hall, Juliet (2025): College Majors Are Disappearing As Academia Tightens Its Belt, MassLive.com, College majors are disappearing as academia tightens its belt - masslive.com, [14.09.2025], zuletzt geprüft am 30.11.2025.
- Ford, Eric W, Huerta, Timothy R (2025): The Financial Impact of NIH's Indirect Cost Cap on Higher Education Research, Health Affairs Scholar 3(6), <https://doi.org/10.1093/haschl/qxf094>.

Lateinamerika

Kernthemen der USA:
Drogenbekämpfung, Sicherheit und Migration

von Alexander Panzhof

Lateinamerika hat in den letzten Jahrzehnten tiefgreifende politische Veränderungen erlebt, die sich grundsätzlich in zwei Arten aufteilen lassen: Ein demokratischer Umbau, der auf gesellschaftliche, wirtschaftliche und institutionelle Dynamiken zurückgeht, sowie ein erzwungener Umbau, der durch externe oder interne Zwangsmassnahmen – etwa Militärinterventionen, autoritäre Eingriffe oder internationale Einflüsse – initiiert wird. Dieser Prozess prägt die politische Landschaft der Region bis heute und wird insbesondere am Beispiel Venezuelas in naher Zukunft zu neuen Erkenntnissen der US-Politik gegenüber Lateinamerika führen.

Einleitung

Das Verhältnis zwischen den USA und Lateinamerika ist geprägt von einer Mischung aus sicherheitspolitischen Prioritäten, wirtschaftlichem Druck, migrationsbezogener Innenpolitik und geopolitischer Konkurrenz. Während einige Regierungen zeitweise als politische Verbündete auftraten, zeigt sich unter der „Trump-Administration“ ein Trend zu stärkerer Konfrontation und selektiver Kooperation. Die regionale Wahrnehmung ist entsprechend ambivalent.

Die zentralen in der Öffentlichkeit wahrgenommenen politischen Schwerpunkte des US-Präsidenten gegenüber Lateinamerika liegen in der Bekämpfung des Drogenhandels und der irregulären Migration, die durch strenge Grenzkontrollen, verstärkte Rückführungen und die Bekämpfung von Drogenkartellen sowie einer verstärkten Geheimdienst- und Militärkooperation zur Wirkung kommen. Gegenüber autoritär eingestuften Regierungen wie in Venezuela verfolgen die USA einen politisch harten Kurs, welcher von Sanktionen und diplomatischer Isolation bis hin zur Unterstützung der Opposition geprägt ist.

Das positive Verhältnis der USA zu Argentinien hat derzeit eine hohe Bedeutung für beide Seiten, da sich das Land dringend benötigter wirtschaftlicher Unterstützung seitens der US-Regierung sicher sein und Trump dadurch seinen Einfluss in Lateinamerika stärken kann. Auch für das neu gewählte bolivianische Staatsoberhaupt Rodrigo Paz Pereira eröffnet sich mit der Rückkehr zu US-amerikanischer Kooperation die Möglichkeit, Bolivien wirtschaftlich und geopolitisch neu zu positionieren. Für die USA bietet sich die Gelegenheit, Einfluss in den Andenstaaten zurückzugewinnen und regionale Allianzen neu zu ordnen.

Vorwahlen in Argentinien und Wahlen in Bolivien stärken den Einfluss der USA in Lateinamerika

In **Argentinien** bestand Javier Milei einen Stimmungstest und erlangte einen deutlichen Sieg bei der Parlamentsteilwahl. Trotz der anhaltend schweren Wirtschaftskrise und eines Korruptionsskandals hat Argentiniens ultraliberaler Präsident Javier Milei bei der Parlamentsteilwahl am 26. Oktober einen unerwartet klaren politischen Erfolg erzielt. Die Abstimmung wurde weithin als entscheidender Stimmungstest für die von Milei durchgesetzten radikalen Sparprogramme angesehen.

Die Regierungspartei La Libertad Avanza (LLA) erreichte rund 40,8 Prozent der Stimmen und sicherte sich im Unterhaus 64 der 127 zu vergebenden Sitze. Im Vergleich dazu gewann die Opposition nur 31 Mandate. Auch im Senat erzielte die LLA Erfolge und konnte von den 24 zur Wahl stehenden Sitzen die Hälfte besetzen. Die peronistische Oppositionspartei Fuerza Patria kam nach Auszählung von über 90 Prozent der Stimmen auf 31,7 Prozent. Dank des Wahlergebnisses verfügt Milei zusammen mit seinen Verbündeten nun über die notwendige Sperrminorität im argentinischen Nationalkongress. Dadurch werden Vatos der Opposition de facto unbedeutend – ein strategisch bedeutender Machtfaktor für die kommenden Reformvorhaben. Das argentinische Staatsoberhaupt wertete

das Ergebnis als klare Unterstützung für seine wirtschaftspolitische Linie. Er bezeichnete den Wahltag als „historisch“ und kündigte an, an seinem drastischen Reform- und Sparkurs festzuhalten.

Im August fanden in **Bolivien** Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt, die mit dem überraschenden Sieg von Rodrigo Paz Pereira eine tiefgreifende politische Wende einleiteten. Nach rund zwei Jahrzehnten, in denen sozialistische Politiker die Geschicke des Landes maßgeblich bestimmten, markiert diese Wahl einen Einschnitt von historischer Bedeutung. Viele Bürgerinnen und Bürger verbinden mit diesem Umbruch große Hoffnungen auf Stabilität, wirtschaftliche Erholung und institutionelle Erneuerung. Boliviens wirtschaftliche Lage hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Die ehemals wichtigen Gasexporte sind dramatisch eingebrochen und dennoch hielt die scheidende Regierung an ihrem bisherigen Wirtschaftsmodell fest, was das Land zunehmend in Schwierigkeiten brachte.

Die Inflation erreichte mittlerweile den höchsten Stand seit über dreißig Jahren, was für viele Bolivianerinnen und Bolivianer zu einem spürbaren Verlust an wirtschaftlicher Sicherheit und Lebensqualität führte. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit führte die Angst der Bevölkerung vor einem ökonomischen Desaster zu dieser Wahlentscheidung. Unmittelbar nach der Wahl erfolgte ein wichtiger außenpolitischer Schritt: Mit dem Amtsantritt des neu gewählten Präsidenten gaben Bolivien und die Vereinigten Staaten die Wiederherstellung hochrangiger diplomatischer Beziehungen bekannt. Die bilateralen Beziehungen hatten bei nahe zwei Jahrzehnten unter dem beiderseitigen Ausweisen der Botschafter gelitten. Die kommenden Monate werden zeigen, ob der politische Neuanfang den Erwartungen gerecht wird. Viel hängt davon ab, ob es der neuen Regierung gelingt, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken, die Wirtschaft zu stabilisieren und internationale Partnerschaften konstruktiv zu nutzen. Bolivien steht an einem Wendepunkt – zwischen Aufbruch und Unsicherheit.

Kolumbien fürchtet die „Luftwaffe“ der Drogenbanden

In **Kolumbien** setzen bewaffnete Gruppen zunehmend handelsübliche Drohnen für Aufklärung und Angriffe ein und entwickeln damit de facto eine eigene „Luftwaffe“. Die Nationale Befreiungsarmee (ELN) und andere kriminelle Organisationen kombinieren Drohnentechnik inzwischen mit klassischen Sprengfallen und Hinterhalten. So wurde Ende August 2025 zunächst ein Drohnenangriff vermutet, als 13 Polizisten bei der Zerstörung eines Hubschraubers starben. Ermittlungen ergaben später, dass zuvor platzierte Sprengsätze den Vorfall auslösten. Kurz darauf traf eine Drohne mit improvisierten Sprengsätzen ein Marineschiff und tötete einen Soldaten. Bereits Anfang August hatte ein ähnlicher Angriff drei Infanteristen das Leben gekostet.

Diese Vorfälle markieren eine neue Stufe der Gewalt, da Guerillagruppierungen immer öfter Drohnen in Gefechts situationen mit den regulären Streitkräften einbinden. Die Ausbreitung dieser „drohnenunterstützten“ Angriffe fällt in eine Phase, in der Präsident Gustavo Petros Friedensinitiative *Paz Total* (totaler Fried-

den) eigentlich Deeskalation schaffen sollte. Die Friedenspolitik des kolumbianischen Präsidenten reduzierte unter anderem den militärischen Druck gegenüber den Guerillas, was diese wiederum für ihre technische Aufrüstung nutzten. Seit April 2024 wurden über 320 Drohnenangriffe verübt, denen 225 Menschen zum Opfer fielen, darunter 17 Tote.

Diplomatische Annäherung zwischen den USA und Venezuela

US-Außenminister Marco Rubio hat im Juli 2025 die Freilassung von zehn US-Bürgern in **Venezuela** verkündet. Parallel dazu gab El Salvadors Präsident Nayib Bukele bekannt, dass sein Land alle venezolanischen Staatsangehörigen abschieben werde, die dort wegen mutmaßlicher Zugehörigkeit zur kriminellen Organisation *Tren de Aragua* inhaftiert waren.

Die venezolanischen Behörden haben nicht nur politische Gefangene freigelassen, sondern auch alle US-Bürger, die in Venezuela als „Geiseln“ festgehalten worden waren. Der Austausch markierte vorerst eine seltene diplomatische Annäherung und könnte Auswirkungen auf die künftigen Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten haben. Drei der aus venezolanischer Haft freigelassenen US-Bürger berichteten über schwere Misshandlungen, indem sie über lange Zeit psychisch gefoltert und geschlagen worden seien. Venezuelas Regierung erhob hingegen gegen El Salvador schwere Vorwürfe. Demnach sollen Venezolaner, die aus den USA nach El Salvador abgeschoben und dort inhaftiert wurden, Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sein. Mitte Juli wurden mehr als 250 Häftlinge in die Nähe von Caracas überstellt. Sie wurden seit März – nach ihrer Abschiebung aus den Vereinigten Staaten – in dem berüchtigten salvadorianischen *Centro de Confinamiento del Terrorismo* angehalten.

Der Konflikt zwischen den USA und dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro weitet sich seit Mitte August aus

Die Vereinigten Staaten erhöhten das Kopfgeld für Informationen, die zur Festnahme von **Nicolás Maduro** führen, auf 50 Millionen US-Dollar. Dies ist das höchste Kopfgeld, das je von einer US-Regierung ausgesetzt wurde. Dieser Schritt folgte auf die Anschuldigungen des US-Justizministeriums, dass Maduro das *Cartel de los Soles* (Kartell der Sonnen) geführt habe, ein Drogenkartell, das über zwei Jahrzehnte hinweg massive Mengen von Drogen in die USA geschmuggelt haben soll. In einer Reaktion auf die Erhöhung des Kopfgeldes und die militärischen Aktivitäten der USA kündigte Nicolás Maduro die Mobilisierung von 4,5 Millionen venezolanischen Milizionären an. Diese Milizen, die unter dem Kommando der venezolanischen Armee stehen und von Maduros Vorgänger Hugo Chávez ins Leben gerufen worden waren, sollen in der gesamten Region eingesetzt werden. Laut Maduro handelt es sich um vorbereitete, aktivierte und bewaffnete Milizen, die dafür sorgen sollen, das Land gegen jede Art von Aggression zu verteidigen.

Nachdem die USA mehrere Kriegsschiffe vor die Küste Venezuelas verlegt haben, verschärft sich die Lage weiter. Diese Macht demonstration sorgt für scharfe

Kritik in Caracas. Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro bezeichnete die verstärkte US-Militärpräsenz als größte Bedrohung Venezuelas seit 100 Jahren. Laut Maduro richten sich derzeit acht US-Kriegsschiffe mit rund 1.200 Raketen sowie ein Atom-U-Boot direkt gegen sein Land. Für den Fall eines militärischen Angriffs drohte Maduro mit massivem Widerstand. Venezuela würde „sofort zum bewaffneten Kampf zur Verteidigung des Territoriums übergehen“. Zudem kündigte er an, im Ernstfall „verfassungsgemäß eine Republik in Waffen“ auszurufen. Erst Ende August hatte US-Präsident Donald Trump drei mit Raketenabwehrsystemen ausgestattete Aegis-Kriegsschiffe vor die Küste Venezuelas entsandt, um gegen Drogenkartelle vorzugehen. Zusätzlich plane die US-Regierung die Entsendung von 4.000 Marinesoldaten in die Region.

Die Entsendung der US-Kriegsschiffe in die Karibik hat am gesamten Halbkontinent massive Kritik ausgelöst. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega wirft dem US-Präsidenten vor, mit dem Marineeinsatz einen politischen Umsturz in der Region vorzubereiten. Auch Venezuela sieht sich durch die militärische Präsenz der USA unmittelbar bedroht. Ortega erklärte, Ziel der US-Operation sei es, lateinamerikanische Regierungen einzuschüchtern und politische Umstürze zu forcieren. Den von Washington ausgerufenen Anti-Drogen-Einsatz bezeichnete er als reine Inszenierung. Nach Angaben der US-Streitkräfte wurde erst vor Kurzem ein mutmaßliches venezolanisches Boot, das Drogen transportiert haben soll, zerstört – ein Vorfall, der die Spannungen weiter verschärfte. Anfang September zerstörten die US-Streitkräfte ein weiteres, aus Venezuela stammendes Boot. Dabei seien elf Mitglieder einer Gruppe von angeblichen „Drogenterroristen“ getötet worden. Der Angriff habe sich demnach gegen Mitglieder der kriminellen Organisation *Tren de Aragua* gerichtet und fand in internationalen Gewässern statt, während die Gruppe scheinbar Drogen in Richtung USA schmuggelte. Zudem behauptete der US-Präsident auf seiner Plattform *Truth Social*, *Tren de Aragua* operiere unter der Kontrolle des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro. Die Vereinigten Staaten hatten die Organisation zuvor bereits als Terrorgruppe eingestuft.

Während sich aufgrund der unvermindert weitergehenden US-Angriffe viel Aufmerksamkeit auf die politischen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela konzentriert hat, schlagen Sicherheitsexperten mittlerweile Alarm. Die Konzentration der US-Marine auf Schmuggelrouten in der Karibik könnte demnach unerwartete und gravierende Auswirkungen auf andere Länder haben. Staaten wie Ecuador, Peru und Kolumbien, die bereits intensiv darum bemüht sind, den Drogentransit über den Pazifikkorridor einzudämmen, könnten durch die Verlagerung der Kriegsschiffe zusätzlich unter Druck geraten. Ungeachtet der Expertenmeinungen hält die US-Regierung an ihrem militärischen Vorgehen gegen Drogenkartelle fest. Zudem sollen venezolanische Migranten künftig keinen temporären Schutzstatus mehr erhalten. US-Außenminister Marco Rubio kündigte an, dass die USA ihre Angriffe auf mutmaßliche Drogentransporte aus Venezuela fortsetzen werden, da jeder, der mit Kokain oder Fentanyl auf dem Weg in die USA sei, eine unmittelbare Bedrohung darstelle.

Unterstützung für den US-Angriff kam hingegen aus der venezolanischen Opposition. María Corina Machado verteidigte das militärische Eingreifen und

dankte der US-Regierung, dass sie Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro wie das Oberhaupt eines narco-terroristischen Regimes behandle. Machado, die 2024 nicht zur Präsidentschaftswahl zugelassen worden war und seitdem aus dem venezolanischen Untergrund agiert, gilt weiterhin als eine der populärsten Oppositionsfiguren des Landes. US-Außenminister Marco Rubio kündigte indessen an, zehn F-35-Kampfjets nach Puerto Rico zu verlegen, welches als Außengebiet der Vereinigten Staaten zählt. Dieser Schritt steht zwar im Zusammenhang mit den angespannten Beziehungen zwischen den USA und Venezuela, doch bereits Anfang des Jahres hatte die puerto-ricanische Gouverneurin Jennifer González-Colón aufgrund von Drohungen aus Venezuela um Unterstützung aus Washington ersucht. Venezuelas linksnationalistischer Präsident Nicolás Maduro hatte zuvor mit einer möglichen Besetzung des Inselstaates gedroht, welcher mehrere Hundert Kilometer vor der venezolanischen Küste liegt.

Unmittelbar nach der Verlegung der US-Jets wurden zwei venezolanische F-16-Kampfflugzeuge nahe der *USS Jason Dunham* gesichtet. Das Pentagon wertete den Überflug als äußerst provokativen Schritt und warnte Caracas vor einer weiteren Eskalation. Venezuela hat als Reaktion auf mehrere tödliche US-Angriffe auf mutmaßliche Drogenhändlerboote zudem großangelegte Militärübungen in der Karibik gestartet. Das dreitägige Manöver mit dem Namen „Caribe Soberano“ umfasste den Einsatz von Luftverteidigungssystemen, bewaffneten Drohnen und Maßnahmen der elektronischen Kampfführung. Nach Angaben des venezolanischen Verteidigungsministeriums beteiligten sich zwölf Schiffe, 22 Flugzeuge und 20 kleine Boote, um auf die bedrohliche und provokante Stimme der Vereinigten Staaten zu reagieren. Mit den Militärübungen zeigt Caracas nun demonstrativ militärische Präsenz – und unterstreicht, dass es die US-Operationen als gravierende Verletzung seiner Souveränität sieht. Als Antwort auf die venezolanischen Militärübung fand der nächste US-Angriff auf mutmaßliche venezolanische Drogenboote statt und kostete drei Menschen das Leben.

Inmitten der angespannten Lage kam es laut der venezolanischen Regierung zu einem vereitelten Anschlag auf die US-Botschaft in Caracas. Staatspräsident Nicolás Maduro erklärte dazu, dass der Angriff als Provokation dienen und eine gewaltsame Eskalation gegen Venezuela auslösen sollte. Das US-Militär hat währenddessen zum fünften Mal ein Boot vor der Küste Venezuelas angegriffen, welches nach Angaben der US-Regierung in mutmaßliche Drogengeschäfte verwickelt gewesen sein soll. Dabei wurden sechs Menschen getötet. Maduro hatte im Vorfeld erklärt, im Falle eines militärischen Angriffs der USA den Ausnahmezustand auszurufen, um die nationale Souveränität zu schützen. Zudem könnte der Angriff die bestehenden Zweifel an der völkerrechtlichen Legitimität der US-Operationen erneut befeuern.

Die US-Regierung hat des Weiteren die *Central Intelligence Agency* (CIA) im Geheimen autorisiert, verdeckte Operationen in Venezuela durchzuführen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die bereits laufende politische und wirtschaftliche Druckkampagne gegen Präsident Nicolás Maduro auszuweiten. Die Genehmigung erfolgte in einer Phase zunehmender Spannungen zwischen Washington und Caracas. Weitere Optionen könnten auch mögliche Angriffe innerhalb Venezuelas sein. Das Vorgehen erinnert an die Ende 1975 begonnene und bis in die 1980er-Jahre

hineinreichende „Operation Condor“, die als ein geheimer Schlachtplan gegen den Marxismus in der Welt galt: Außer den USA, die an der Operation beteiligt waren, um damit den Kampf gegen den Kommunismus zu unterstützen, hatten damals Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay, Bolivien, Brasilien, Peru und Ecuador an der Geheimdienstoperation teilgenommen. Am 25. Oktober 1974 erklärte der damalige Direktor der CIA, William Colby, dass die Vereinigten Staaten das Recht hätten, in jeder Region der Welt zu agieren, ohne die lokalen Gesetze zu berücksichtigen. Dies betreffe auch Ermittlungen und Operationen wie die Einmischung in innere Angelegenheiten. In den letzten Wochen sind bei vermehrten Einsätzen gegen mutmaßliche Drogentransporte bislang 27 Personen ums Leben gekommen.

Angesichts der Ausweitung der US-Militäraktionen in der Region warnen mehrere südamerikanische Staaten vor gravierenden Folgen für den gesamten Kontinent. Brasilien und Kolumbien äußerten deutliche Kritik an Washingtons Vorgehen und sehen die Stabilität Südamerikas gefährdet.

Der brasilianische Regierungsberater Celso Amorim warnte vor den möglichen Konsequenzen einer ausländischen Intervention. Brasiliens Regierung befürchtet, dass militärische Operationen in Venezuela die politischen Spannungen auf dem gesamten Halbkontinent verschärfen könnten. Auch Kolumbiens Präsident Gustavo Petro kritisierte die US-Aktionen scharf. Petro warf den USA mehrfach Mord vor und erklärte, das Vorgehen der Streitkräfte verstöße gegen das internationale Recht und sei zudem wirkungslos. Die Spannungen verschärften sich weiter, nachdem die US-Regierung kurz zuvor Sanktionen gegen Petro verhängt hatte. Washington wirft ihm unzureichendes Handeln gegen Drogenkartelle vor. Die Maßnahmen führten dazu, dass Vermögenswerte des kolumbianischen Präsidenten in den Vereinigten Staaten blockiert oder beschlagnahmt wurden.

Ende Oktober legte das US-Kriegsschiff *USS Gravely*, ein moderner Lenkwaffenzerstörer, in *Port of Spain* – der Hauptstadt des Karibikstaates Trinidad und Tobago – an. Der Schritt wird als weiteres Signal dafür gewertet, dass die Trump-Regierung ihren militärischen Druck auf das benachbarte Venezuela und dessen Präsidenten Nicolás Maduro erhöht. Die Verlegung der *USS Gravely* erfolgte nur kurze Zeit nach dem Bekanntwerden, dass sich auch der Flugzeugträger *USS Gerald R. Ford* Venezuela näherte. Durch die Präsenz des mächtigen Trägerverbands verstärkt Washington seine militärische Position in der Region erheblich. Venezuelas Präsident Maduro reagierte mit scharfer Kritik. Er warf der US-Regierung vor, mit der Entsendung des Flugzeugträgers den Versuch zu unternehmen, einen „neuen ewigen Krieg“ gegen Venezuela zu entfachen. Die Truppenbewegungen seien aus seiner Sicht Teil einer langfristigen Strategie, den Druck auf seine Regierung weiter zu erhöhen.

Mit der verstärkten US-Präsenz in der Karibik und der Eskalation der gegenseitigen Anschuldigungen wächst die Sorge, dass sich der Konflikt zwischen beiden Ländern weiter zuspitzen könnte. Venezuela hat eine umfassende Mobilisierung angekündigt, nachdem die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in der Karibik durch Kriegsschiffe und Truppeneinsätze deutlich verstärkt hatten.

Venezuelas Verteidigungsminister Vladimir Padrino López erklärte, dass innerhalb von drei Tagen großangelegte Übungen aller Teilstreitkräfte stattfinden sollen – darunter Heer, Luftwaffe, Marine und Reservetruppen. Die Maßnahmen seien eine direkte Reaktion auf die „imperialistische Bedrohung“ durch die militärische Aufrüstung der USA in der Region. Ziel der Übungen sei es, die Einsatzbereitschaft zu erhöhen und Stärke gegenüber Washington zu demonstrieren.

Besonders hervorgehoben wurde die Beteiligung der bolivarischen Miliz, einer aus Zivilisten bestehenden Reserveorganisation, die vom verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez gegründet worden war. Die Miliz trägt den Namen Simón Bolívars, des historischen Unabhängigkeitsführers, der zahlreiche lateinamerikanische Länder von der spanischen Kolonialherrschaft befreite. Sie gilt als politisch eng mit der Regierung Maduro verbunden und spielt bei innerstaatlichen Verteidigungsstrategien eine zunehmend wichtige Rolle.

Mit der angekündigten Mobilisierung setzt Caracas ein deutliches Signal, dass es auf die verstärkte US-Präsenz in der Karibik nicht tatenlos reagieren will. Die angespannten Beziehungen zwischen beiden Staaten drohen sich damit weiter zu verschärfen, während die internationale Gemeinschaft die zunehmende Militarisierung in der Region mit Sorge beobachtet.

Mitte November traf die Flugzeugträgerkampfgruppe um die *USS Gerald R. Ford* nördlich der Karibik ein, um die von der Trump-Regierung ausgeweitete Kampagne gegen lateinamerikanische Drogenkartelle zu unterstützen. An Bord der *USS Gerald R. Ford* befinden sich über 60 einsatzbereite Kampfflugzeuge, die zur Bekämpfung transnationaler krimineller Organisationen, wie z. B. lateinamerikanischen Drogenkartelle, eingesetzt werden können. Die Kampfgruppe besteht unter anderem aus drei Zerstörern und verstärkt die acht Überwasserschiffe der *US Navy*, die bereits in der Region operieren. Zusätzlich umfasst die US-Präsenz ein U-Boot, Aufklärungsflugzeuge, mehrere F-35-Jets sowie bewaffnete *Reaper*-Drohnen. Seit Beginn der „Antidrogen-Kampagne“ im September sind bei 19 Angriffen auf mutmaßliche Drogenboote in der Karibik und im östlichen Pazifik 76 Menschen getötet worden.

Trump stellte die Behauptung auf, dass jedes zerstörte Drogenboot 50.000 Menschenleben rette, weil dadurch weniger illegale Drogen in die Vereinigten Staaten gelangten. US-„Kriegsminister“ Pete Hegseth meinte dazu, dass „das Pentagon zwei Dekaden damit verbracht hätte, andere Heimatländer zu verteidigen, und aktuell dazu übergegangen sei, die eigenen Leute zu verteidigen.“ Zudem stellte Hegseth die These auf, dass „Drogenterroristen“ mehr US-Bürger getötet hätten als das Terrornetzwerk *al-Qaida*.

Zudem betonte US-Präsident Donald Trump, dass er aus seiner Sicht berechtigt sei, militärische Angriffe gegen mutmaßliche Drogenhändler im Ausland durchzuführen, ohne dass zuvor eine offizielle Kriegserklärung des Kongresses notwendig wäre. Trump stützt sich damit auf seine weit ausgelegte Interpretation der exekutiven Befugnisse des Präsidenten im Bereich der nationalen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Einsatz des US-Militärs stößt vermehrt auf internationale Kritik

Die umstrittenen Angriffe der USA auf mutmaßliche Drogenboote in der Karibik sorgen weiter für Aufregung. Kolumbiens Präsident Gustavo Petro stoppte Mitte November den Austausch von Geheimdienstinformationen mit den USA. Der kolumbianische Staatschef reagierte damit auf US-Angriffe in der Karibik, bei denen auch ein kolumbianischer Fischer sein Leben verlor. Der Mann sei laut Petro in einer „außergerichtlichen Hinrichtung“ getötet worden. Der Informationsstopp betrifft primär den Geheimdienst der Streitkräfte, aber auch andere Kontakte mit US-Sicherheitsbehörden sollen demnach ausgesetzt werden. Auch Großbritannien und die Niederlande teilen bereits bestimmte Informationen nicht mehr. Ebenso äußerte der französische Außenminister Jean-Noël Barrot seine Bedenken angesichts der amerikanischen Manöver. Die Zurückhaltung von Informationen könnten die USA in ihren militärischen Entscheidungen erheblich einschränken, denn das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Niederlande verfügen über **strategisch bedeutsame Territorien in der Karibik**, von denen aus Überwachung, Aufklärung und Logistik unterstützt werden könnten. So unterhält das Vereinigte Königreich mehrere britische Überseegebiete in der Region, Frankreich die Inseln Martinique und Guadeloupe sowie Französisch-Guayana und die Niederlande die geografisch besonders nahe an Venezuela gelegenen ABC-Inseln Aruba, Bonaire und Curaçao. Auch die Vereinten Nationen riefen bereits die US-Regierung zur Zurückhaltung auf.

Die Bevölkerung Ecuadors hat sich hingegen in einem Referendum deutlich gegen die Wiedereinrichtung ausländischer Militärstützpunkte im Land ausgesprochen. Die Wähler lehnten einen entsprechenden Vorschlag der Regierung ab und verhinderten damit eine geplante Rückkehr der US-Streitkräfte zu einem früher genutzten Stützpunkt in Manta an der Pazifikküste, von dem aus in der Vergangenheit Anti-Drogen-Operationen gestartet worden waren.

Der Entscheid stellt einen schweren politischen Rückschlag für Präsident Daniel Noboa dar, der als enger Verbündeter Donald Trumps gilt.

Inmitten der brisanten Lage zwischen den USA und Venezuela hat US-Präsident Donald Trump die Möglichkeit militärischer Angriffe gegen Mexiko im Rahmen seines Vorgehens gegen den internationalen Drogenhandel nicht ausgeschlossen. Demnach äußerte Trump seine mögliche Zustimmung zu einer militärischen Intervention gegenüber seinem südlichen Nachbarn, sollte damit der Drogenfluss in die USA gestoppt werden. Gleichzeitig betonte er seine Gesprächsbereitschaft gegenüber Venezuela.

Trumps Aussagen dürften sowohl in Mexiko als auch in anderen lateinamerikanischen Staaten auf erhebliche Besorgnis stoßen, da sie die Möglichkeit einer militärischen Eskalation erneut in den Raum stellen. Aufgrund der deutlich ausgeweiteten US-Militärpräsenz in der Karibik und einer Warnung der US-Luftfahrtbehörde (FAA) haben Ende November sechs internationale Fluggesellschaften ihre Flüge nach Venezuela gestrichen. Iberia (Spanien), TAP (Portugal), Latam (Chile), Avianca (Kolumbien), GOL (Brasilien) sowie Caribbean Airlines aus Trinidad und Tobago gingen der Sicherheitswarnung nach und mieden den

venezolanischen Luftraum. Venezuela hat unterdessen die internationalen Fluggesellschaften aufgefordert, innerhalb von 48 Stunden ihre Flüge in das Land wieder aufzunehmen, da sie andernfalls riskierten, die Flugfreigabe vollständig zu verlieren. Die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) warnte die venezolanische Luftfahrtbehörde, dass der Entzug der Betriebsgenehmigungen für Fluggesellschaften zu einer weiteren Isolation des Landes führen würde.

Resümee & Ausblick – Politische Umgestaltung Lateinamerikas nach dem Geschmack der USA?

Die Verlegung der *Gerald R. Ford Carrier Strike Group* vom Mittelmeer in die Karibik signalisiert, dass die militärischen Operationen des amerikanischen „Imperialismus“ einen globalen Charakter haben. Die USA sind entschlossen, ihre Vorherrschaft auf mehreren Schauplätzen gleichzeitig auszuspielen. Mit der Ankunft der Träger-Kampfgruppe stoßen rund 4.000 Matrosen und Marines zu den etwa 10.000 US-Soldaten, die bereits in der Karibik stationiert sind, hinzu. Die wachsende militärische Präsenz dürfte die Dynamik in der Region weiter verändern und könnte den politischen Druck auf mehrere lateinamerikanische Regierungen erhöhen.

Kolumbiens Staatspräsident Gustavo Petro warf den USA vor, dass die Politik gegenüber Venezuela wesentlich durch Interessen an venezolanischen Erdölsourcen geprägt sei. Petro zufolge stehe eine Demokratisierung Venezuelas nicht im Fokus der US-Strategie, ebenso wenig wie eine kohärente Bekämpfung des internationalen Drogenhandels. Er betont, dass Venezuela weder zu den bedeutenden Drogenproduzenten der Region zähle, noch dass das Land einen zentralen Transitkorridor im globalen Kokainhandel darstelle. Vor diesem Hintergrund verhängte das US-Finanzministerium im Oktober Sanktionen gegen Petro und warf ihm eine Beteiligung am globalen illegalen Drogenhandel vor, was dieser dementierte. Die Sanktionen folgten zeitlich unmittelbar auf die Ankündigung Präsident Trumps, sämtliche US-Zahlungen und Subventionen an Kolumbien einzustellen. Als Begründung führte Trump an, Kolumbien habe zu wenig unternommen, um die Drogenproduktion einzudämmen. Das kolumbianische Staatsoberhaupt verteidigte hingegen die Drogenbekämpfungsstrategie seiner Regierung und verwies auf historische Höchstwerte bei der Beschlagnahme von Kokain. Während die Ausweitung der Anbauflächen für Kokapflanzen stagnierte, überstiegen die Mengen der sichergestellten Drogen deutlich jene der Vorjahre. Petro interpretiert diese Entwicklungen als Indikator für die Effektivität der staatlichen Maßnahmen, während Washington die strategische Ausrichtung dieser Politik in Frage stellt.

Medienberichten zufolge sollen die USA eine neue Phase ihrer Operationen gegen Venezuela vorbereiten. Damit wolle Präsident Donald Trump den Druck auf den linksnationalistischen Präsidenten Nicolas Maduro erhöhen. Trump erklärte zudem, er werde den Kongress vor Beginn jeglicher Operationen an Land informieren. Gleichzeitig äußerte Trump die Erwartung, dass ein entsprechender Einsatzplan im Kongress auf keinen nennenswerten Widerstand stoßen werde. Konkrete rechtliche Grundlagen oder zusätzliche Autorisierungen

nannte er jedoch nicht. Die Aussagen dürften die anhaltende Debatte über die verfassungsmäßige Gewaltenteilung im Bereich militärischer Auslandseinsätze weiter anheizen. Mehrere Kongressmitglieder beider Parteien hatten bereits zuvor Zweifel an der Rechtmäßigkeit solcher Operationen ohne ausdrückliches Mandat geäußert. Trumps jüngste Äußerungen könnten daher den politischen Konflikt um die Rolle des Kongresses bei militärischen Entscheidungen erneut verschärfen.

Die jüngsten Entwicklungen deuten auf eine Fortsetzung des Konflikts hin, der zunehmend militärische Dimensionen annimmt. Die erhöhte Militärpräsenz der USA und die massive Mobilisierung der venezolanischen Milizen könnten zu weiteren Konfrontationen führen, wenn keine Deeskalation erreicht wird. Das übergeordnete politische Ziel der USA könnte darin bestehen, Präsident Maduro zu entmachten und einen politischen Wechsel in Caracas zu erzwingen.

Die Beziehung zwischen den USA und Venezuela befindet sich derzeit auf einem neuen Höhepunkt der Konfrontation. Die Situation hat sich von politischen Spannungen zu einem militärisch-geostrategischen Konflikt ausgeweitet. Während Washington das Vorgehen als Teil der Anti-Drogen- und Sicherheitspolitik rechtfertigt, sieht Caracas darin eine Bedrohung nationaler Souveränität und einen Versuch, Druck auf die Regierung auszuüben. Die kommenden Wochen und Monate sind auf jeden Fall entscheidend, denn sollten die USA weitere Operationen ankündigen oder den Militäreinsatz intensivieren – z. B. mit Einmischung auf venezolanischem Boden –, könnte der Konflikt eskalieren. Aussagen, wie die des US-„Kriegsministers“ Pete Hegseth, dass Drogenterroristen mehr Amerikaner getötet hätten als *al-Qaida* (und diese auch genauso behandelt würden), könnten zu weiteren Eskalationen führen. Umgekehrt könnte diplomatischer Druck oder internationale Vermittlung einen Rückweg aus der Konfrontation eröffnen.

Quellen

- Akkoyun, Nail (04.09.2025) USA entsenden Kriegsschiffe: Nicaragua schlägt Alarm – und wirft Trump Umsturzversuch vor (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Barnes E., Julian Pager, Tyler (15.10.2025) Trump Administration Authorizes Covert C.I.A. Action in Venezuela - The New York Times (nytimes.com) (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Bertrand, Natasha / Cancryn, Adam / Schmitz, Avery (24.10.2025) <https://edition.cnn.com/2025/10/23/politics/trump-drug-traffickers-congress-venezuela> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- bpb.de (20.08.2025) Ergebnisse der Wahlen in Bolivien | Deine tägliche Dosis Politik | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- bpb.de (25.11.2025) Die Operation Condor | Deine tägliche Dosis Politik | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Buschschlüter, Vanessa (24.10.2025) <https://www.bbc.com/news/articles/cg4nl3dxkd9o> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Calloni, Stella (2010); 1. Kapitel Die Jahre des schmutzigen Krieges. In: Operación Cóndor – Lateinamerika im Griff der Todesschwadronen, Zambon Verlag Frankfurt am Main 2010, Seite 23.
- Camacho-Martinez, Alfonso (21.10.2025) Colombia Is Struggling to Keep Up With A Criminal Air Force (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Cañizares, Ana María (04.09.2025) US warships' Caribbean mission will divert drugs to the Pacific, experts warn | CNN (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Castanheira, Tomas (30.10.2025) Trump entfesselt Mordmaschinerie gegen Lateinamerika - World SocialistWeb Site (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Cnn.com (11.11.2025) Venezuela kündigt „massive Mobilisierung“ militärischer Kräfte an, während Amerikas größtes Kriegsschiff in die Region einläuft | CNN (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Cotovio, Vasco / Rios, Michael / Soares, Isa (26.11.2025) <https://edition.cnn.com/2025/11/26/americas/colombia-petro-venezuela-oil-us-latam-intl> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Gibb, Anselem (27.10.2025) US warship docks in Trinidad as Trump administration eyes Venezuela | AP News (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- ipg-journal.de (21.10.2025) Lateinamerika: Kapitalismus für alle: Rodrigo Paz gewinnt die Wahl in Bolivien | IPG Journal (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Keane, Daniel (18.09.2025) Venezuela begins military drills after lethal US strikes on 'drug trafficking' boats | The Independent (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Luis, Martínez (11.11.2025) Flugzeugträger-Einsatzgruppe schließt sich Kampagne gegen Drogenkartelle an - ABC News (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Maher, Kit (14.10.2025) Six killed after US strikes another boat off coast of Venezuela | CNN Politics (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- N-tv.de (07.10.2025) <https://www.n-tv.de/26078344> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).
- Orf.at (05.09.2025) Konflikt mit Venezuela: USA senden Kampfjets nach Puerto Rico - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (09.11.2025) Wieder diplomatische Beziehungen USA – Bolivien - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (12.11.2025) Karibik: US-Angriffe belasten Geheimdienstkontakte - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (17.08.2025) Bolivien vor Zeitenwende: Präsidentschaftswahl läutet neue Ära ein - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (18.07.2025) Rubio: Zehn in Venezuela inhaftierte US-Bürger frei - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (19.08.2025) US-Kopfgeld verdoppelt: Maduro mobilisiert 4,5 Millionen Milizionäre - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (21.08.2025) USA entsenden drei Kriegsschiffe vor die Küste Venezuelas - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (23.11.2025) US-Warnung: Sechs Airlines streichen Flüge nach Venezuela - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (25.10.2025) Flugzeugträger entsandt: USA schüren Kriegsängste in der Karibik - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Orf.at (27.10.2025) Sieg bei Parlamentsteilwahl: Milei besteht Stimmungstest - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Taz.de (03.09.2025) US-Kriegsschiffe vor Venezuela: Elf Tote bei US-Angriff auf „Boot mit Drogen“ | taz.de (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Taz.de (17.11.2025) US-Antidrogenkrieg in Lateinamerika: Ecuador stimmt gegen ausländische Militärstützpunkte | taz.de (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

theconversation.com (10.09.2025) US strikes on Venezuelan ‘drug boats’ have killed 14 people. What is Trump trying to do? (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

t-online.de (24.11.2025) Venezuela-Konflikt: Europäer stoppen Geheimdiensttausch mit USA (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Turkewitz, Julie (19.07.2025) A Kite Surfer, Navy SEAL and Makeup Artist: Freed in a U.S.-Venezuela Swap - The New York Times (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Wilson, Tabby (22.07.2025) Migrants deported from US tortured in El Salvador, Venezuela says (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Zeit.de (04.09.2025) Angriff auf Boot aus Venezuela: USA drohen Venezuela mit weiteren Angriffen | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Zeit.de (05.09.2025) US-Angriff auf Boot: Venezolanische Militärjets fliegen über US-Marineschiff | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Zeit.de (12.11.2025) US-Angriffe in der Karibik: Frankreich nennt US-Luftschlüsse in der Karibik völkerrechtswidrig | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Zeit.de (18.11.2025) Rauschgifthandel: Trump schließt Angriffe gegen Mexiko nicht aus | DIE ZEIT (zuletzt eingesehen am: 25.11.2025).

Klimawandel trifft Machtwandel

Die Arktis als Schauplatz globaler Interessen

von Kilian Hitzl

Die raschen klimasicherheitspolitischen Veränderungen der Arktis stellen die internationale Politik vor neue Herausforderungen: Klimawandel, Ressourceninteressen, neue Handelsrouten und sicherheitspolitische Ambitionen überlagern sich in nie dagewesener Weise. China erweitert zügig seinen Einfluss in der Arktis, Russland festigt seine strategische Kontrolle und die USA ringen um Einfluss in einem sich wandelnden Sicherheitsumfeld. Dieser Artikel macht sichtbar, warum die Arktis zu einer Schlüsselarena globaler Stabilität avanciert und die „eiserne Peripherie“ an globaler geopolitischer Bedeutung zunimmt.

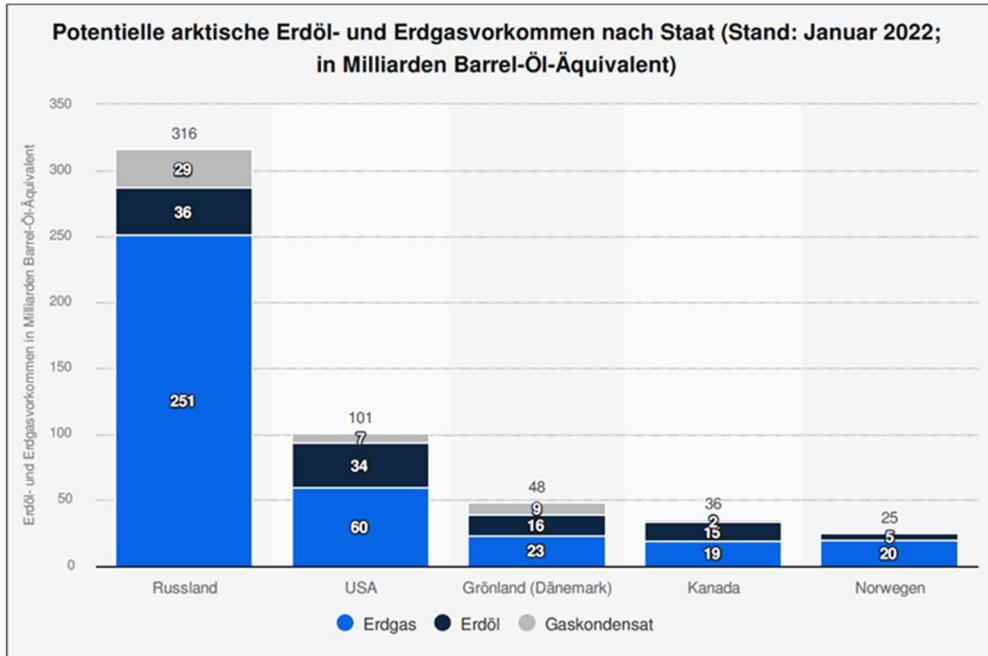
Allgemeine Darstellung

Die Arktis ist eine der Schlüsselregionen im Hinblick auf den globalen Klimawandel und die daraus resultierenden sicherheitspolitischen Abwandlungen (vgl. Obydenkova 2024). Tiefgreifende Umweltveränderungen in der Arktis transformieren nicht nur die physische Landschaft, sondern prägen auch die geopolitischen Strukturen der Region neu, wodurch ein komplexes Zusammenspiel neuer Risiken und Chancen entsteht (vgl. Mihailova et al. 2024). Die sich verändernden durchschnittlichen Oberflächentemperaturen in der Arktis schreiten aufgrund des Klimawandels in dieser Region deutlich schneller voran als in anderen Erdteilen. Die Arktis erwärmt sich drei- bis viermal schneller als der globale Durchschnitt (vgl. Knutsen und Pedersen 2024). Im Vergleich zu den Daten, die zu Beginn der Satellitenaufnahmen vor rund 50 Jahren in der Arktis aufgenommen wurden, ist mittlerweile jährlich im September nur mehr die Hälfte des Arktischen Ozeans mit Meereis bedeckt (vgl. Notz und Stroeve 2018). Im Zeitraum von 2011 bis 2020 hat das arktische Meereis seine geringste Ausdehnung seit mindestens 1850 erreicht (vgl. Docquier und Koenigk 2021).

Die jährliche maximale Eisbedeckung erreichte im März 2025 mit 5,53 Mio. Quadratmeilen den niedrigsten Wert seit Beginn der Messungen. Diese sich rasch verändernde Gesamtsituation ist nicht nur ein eindeutiger Indikator für den Klimawandel, sondern auch ein Faktor, der wesentlichen Einfluss auf das zukünftige globale Klimasystem ausübt (vgl. Diebold und Rudebusch 2023). Das rasante Abschmelzen des Meereises in der Arktis hat natürlich eine direkte Auswirkung auf die Geschwindigkeit des Klimawandels; je größer die eisfreie Fläche ist, desto weniger Sonnenstrahlung kann in den Weltraum zurückreflektiert werden. Dieser reduzierte Albedo-Effekt ist ein weiterer Temperaturtreiber (vgl. Stroeve und Notz 2018). Der IPCC geht in sämtlichen Emissionsszenarien davon aus, dass die Arktis bis etwa 2050 im September eisfrei sein wird. Berechnungen von Docquier und Koenigk deuten jedoch darauf hin, dass dieses Szenario bereits um das Jahr 2035 eintreten könnte, falls die Emissionen weiterhin zunehmen (vgl. Pedersen 2023). Diese Entwicklungen nehmen natürlich auch direkten Einfluss auf die regionale Sicherheitslage vor Ort und tangieren sämtliche militärische Operationen, sei es zu Land, zu Wasser oder in der Luft.

Das fortschreitende Abschmelzen des arktischen Meereises leitet eine neue Phase der geopolitischen und ökonomischen Öffnung des Arktischen Ozeans ein, in der maritime Verkehrsrouten, Rohstoffgewinnung, Fischerei und Ökotourismus zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese strukturellen Veränderungen haben zu einer bemerkenswerten Intensivierung des Engagements nicht-arktischer Staaten und transnationaler Akteure geführt (vgl. Mihailova et al. 2024). Aus wirtschaftlicher Sicht eröffnen sich durch die klimatischen Verschiebungen völlig neue Dimensionen, die letzten Endes auch dazu führen werden, dass zukünftig in der Arktis im großen Umfang Rohstoffe abgebaut werden können. Die Bandbreite an Ressourcen ist breit gefächert. Bis zu 90 Milliarden Barrel Erdöl sowie bis zu 25 Prozent der unerschlossenen Kohlenwasserstoff-

vorräte weltweit sollen gemäß einer Studie des US Geological Survey in der Arktis verfügbar sein. Weiters werden Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Blei, Silber, Zink und seltene Erden in Mrd. t Erz vermutet (vgl. Kefferpütz und Bochkarev 2009), Tendenz mit zunehmenden Forschungserkenntnissen weiter steigend. Darüber hinaus verändern die verbesserten Zugriffsmöglichkeiten auf die riesigen Hydrokarbonreserven in der arktischen Region die geostrategische Dynamik in der Region (vgl. Wagner 2009).



Die in o.a. Grafik dargestellten Verteilungen und Mengenangaben machen eines deutlich: Die vermuteten Vorkommen sind enorm und die Verteilung ist alles andere als gleichmäßig. Mit einem potenziellen Erdgasvorkommen auf russischer Seite von rund 251 Milliarden Barrel-Öl-Äquivalent, übertrifft der Anteil bei Weitem alle anderen Anrainerstaaten (Semenova 2022).

Ein überwiegender Teil der noch unentdeckten Rohstoffe befindet sich allerdings in Hochseegebieten, die völkerrechtlich gesehen ein Teil des freien Meeres sind. Da diese Rohstoffe im Gebiet des Kontinentalschelfs der Hohen See vorkommen dürften, ist die präzise Festlegung nationaler Grenzen in diesem Bereich zukünftig von entscheidender Bedeutung (vgl. Wurm 2010).

In der Arktis befinden sich bedeutende Fischbestände, wodurch Fragen der Fischereirechte zunehmend auch an Relevanz gewinnen. Obwohl die Region zu den fischreichsten Meeresgebieten der Erde zählt, ist die Nutzung dieser Ressourcen bislang nur unzureichend reguliert. Durch die veränderten klimatischen Gegebenheiten werden sich neue Fischarten in der Arktis ausbreiten. Gegenteilig wird es sich durch die Erwärmung in anderen Weltmeeren verhalten. Ebenso werden aber auch aktuelle arktische Fische, wie beispielsweise der Kabeljau, aufgrund der veränderten Eisbedeckung, der Temperatur und des Salzgehalts zukünftig in ihrem Lebensraum eingeschränkt und damit weniger werden (vgl. Knutzen und Pedersen 2024).

Amerikas Blick gen Norden: Die Arktis als strategisches Spielfeld

Die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten in der Arktis war über viele Jahre nur begrenzt vorhanden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges lagen die Schwergewichte der USA in vielen anderen Erdteilen, nicht aber der Arktis. Erst durch die Veröffentlichung der Richtlinie für Arktispolitik im Jahr 2009 änderten sich schrittweise die Prioritäten. Im Jahr 2022 wurde schließlich die Nationale Strategie für die Arktisregion veröffentlicht und damit endgültig eine sicherheitspolitische Kurswende seitens der USA vollzogen (vgl. Pedersen 2023).

Das strategische Interesse der USA an der Arktis ist maßgeblich durch den zunehmenden geopolitischen Wettbewerb um den Zugang zu natürlichen Ressourcen motiviert, insbesondere innerhalb des multilateralen Rahmens des Arktischen Rates. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen geopolitischen Konfrontationen und des fortdauernden Krieges in der Ukraine ist die bislang als konstruktiv geltende Kooperation zwischen westlichen Staaten und Russland in zentralen institutionellen Strukturen, wie dem Arktischen Rat, sowie in einer Vielzahl politischer Handlungsfelder weitgehend eingefroren (vgl. Mihailova et al. 2024). Im Zentrum dieser Dynamik steht die Russische Föderation, die umfassende territoriale Ansprüche auf den arktischen Meeresboden geltend macht, darunter auch auf das Ochotskische Meer, welches vollständig vom russischen Staatsgebiet umschlossen ist. Durch diesen Anspruch seitens Russlands sichert es sich damit exklusive Nutzungsrechte an den dort vermuteten Energieressourcen, wodurch konkurrierende Staaten, einschließlich die USA, faktisch vom Zugang ausgeschlossen sind (vgl. Mackowiak 2017).

Als Reaktion darauf verfolgen die USA das Ziel, verbliebene unerschlossene Ressourcen in der Arktis zu sichern und damit die energiepolitische Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika zu stärken und in weiterer Folge auf dem internationalen Energiemarkt auszubauen. Diese Zugänge sind für die Amerikaner enorm wichtig, einerseits um unabhängiger von Energieimporten zu werden, andererseits um die energiepolitische Autonomie zu stärken und um zur makroökonomischen Stabilität der USA beizutragen. Um technologische Disparitäten in der Arktis zu verringern und die Kontrolle über jene Öl- und Gasvorkommen zu sichern, die gemäß den Bestimmungen des UNCLOS III rechtmäßig in den nationalen Hoheitsgewässern der USA liegen, dürfte das amerikanische Engagement in der Region zudem mit einem verstärkten Ausbau der Eisbrecherflotte einhergehen (vgl. Mackowiak 2017). In diesem Zusammenhang ist auch die aktuelle allgemeine Informationsthematik anzusprechen, die auf amerikanischer Seite beträchtliche Defizite bei der Aufklärung in der Arktis aufweist und über den 72. Breitengrad hinaus nur sehr rudimentär ausgeprägt ist (vgl. Paul 2023).

Neben den bedeutenden Öl- und Erdgasreserven stellt die zunehmende Militarisierung der Arktis, speziell von Russland ausgehend, einen weiteren zentralen Beweggrund für das wiederaufgekommene Engagement der Vereinten Staaten in der Region dar. Trotz der stabilisierenden Rolle des arktischen Rates und dessen potenziellen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten in der Region, wird die

russische Remilitarisierung vormals aufgegebener Stützpunkte vonseiten der Vereinten Staaten als sicherheitspolitisch gefährlich eingestuft. Vor dem Hintergrund jüngster Hinweise auf eine Intensivierung russischer Militäraktivitäten sowie angesichts eines entsprechenden Mandats des US-Kongresses zur Aufstockung der Militärausgaben in der Arktis erscheint eine Verstärkung der US-amerikanischen Militärpräsenz in der Region aus sicherheitsstrategischer Perspektive folgerichtig. Durch die fortschreitende Militarisierung, territoriale Expansions-tendenzen und die Ausbeutung arktischer Rohstoffvorkommen bleibt die strategische Rolle der Vereinigten Staaten in der Arktis bislang ambivalent, dürfte sich jedoch unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Dynamiken in der Region weiter konkretisieren.

Ziel ist es, dem derzeit vorherrschenden Ungleichgewicht entgegenzuwirken und damit proaktiv, wenn auch sehr spät, langfristig zur Stabilität und Sicherheit im arktischen Raum beizutragen. Diese Entwicklung zeigt sich auch konkret in der Budgetverteilung innerhalb des amerikanischen Verteidigungsministeriums, wo mittlerweile intensiv Kapital für die Instandhaltung, Sanierung und den Aufbau von Anlagen der USA im arktischen Raum bereitgestellt wird. Ein Beispiel hierfür ist die geplante Modernisierung der Radarsysteme. Das *North Warning System*, ein integraler Bestandteil der seit 1957 bestehenden nordamerikanischen Luft- und Weltraumüberwachung NORAD, die unter anderem der Raketenfrühwarnung dient, weist angesichts der Entwicklung von Hyperschallmarschflugkörpern erhebliche technologische Defizite auf (vgl. Paul 2023).

Weiters werden unbedeutend gewordene Militärstützpunkte wiederbelebt und gewinnen für die arktische Verteidigung neue Geltung (vgl. Mackowiak 2017). Ein gutes Beispiel dafür ist die „Pituffik Space Base“, die sich in Grönland befindet und von den Vereinten Staaten seit den frühen 1950er Jahren betrieben wird. Der Stützpunkt ist von hoher strategischer Bedeutung, da er sich auf halbem Weg zwischen New York City und Moskau befindet und zu den wenigen globalen Einrichtungen zählt, die für eine enge Zusammenarbeit mit der NASA konzipiert wurden. Die Basis dient gleichzeitig als elementarer Bestandteil des Frühwarnsystems zur Detektion ballistischer Raketen über dem arktischen Luftraum. Europaweit bekannt ist auch der nicht unumstrittene Besuch von Vizepräsident JD Vance im März 2025 und die immer wiederkehrenden Anspielungen seitens der Vereinten Staaten, die Insel für sich in Anspruch nehmen zu wollen (vgl. Bender and Nudelman 2015).

Trotz der Tatsache, dass die primäre Ursache der gegenwärtigen Herausforderungen in der Arktis im globalen Klimawandel liegt, sind die Vereinigten Staaten zunehmend gezwungen, auf die daraus resultierenden Verschiebungen des sicherheitspolitischen Gleichgewichts im Hohen Norden zu reagieren. Die Intensivierung russischer Aktivitäten in der Region stellt nicht nur eine strategische Bedrohung dar, sondern tangiert auch fundamentale normative Grundlagen der US-amerikanischen Ordnung, einschließlich ihrer Werte, Institutionen und Lebensweisen. Vor dem Hintergrund der wachsenden internationalen Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen könnte ein Ausbleiben angemessener politischer und sicherheitsstrategischer Reaktionen den Verlust der bisherigen US-Domi-

nanz in der Arktis zur Folge haben. Eine tiefgreifende Revision der amerikanischen Sicherheitsinteressen und strategischen Zielsetzungen in der Region erscheint daher erforderlich, um die komplexen Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, geopolitischer Konkurrenz und nationaler Interessenswahrung adäquat zu gestalten (vgl. Mackowiak 2017).

Durch den russischen Angriffskrieg ist die Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland mittlerweile nahezu vollkommen eingestellt worden. Lediglich in operativ zwingend notwendigen Bereichen, wie etwa zwischen der US-Küstenwache und dem russischen Grenzschutz an der Beringstraße sowie in der Umsetzung völkerrechtlich verbindlicher Abkommen, wie dem Übereinkommen über Such- und Rettungsmaßnahmen in Luft- und Seefahrt, findet noch ein Austausch statt (vgl. Paul 2023).

Eisfront im Aufbruch: Wie Russland die Arktis militarisiert

Trotz bisheriger Zurückhaltung, einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheitspolitik zu erkennen, hat die Maritime Doktrin der Russischen Föderation von 2022 den Klimawandel als eine der zentralen Bedrohungen für maritime Aktivitäten identifiziert. Besonders hervorgehoben wird dabei die Zunahme von Naturkatastrophen als Risikofaktor. Nach Aussage von Präsident Wladimir Putin manifestieren sich die klimabedingten Gefahren in drei Hauptbereichen: dem Auftauen des Permafrosts, der fortschreitenden Wüstenbildung und der steigenden Häufigkeit extremer Naturereignisse. Damit unterscheidet sich die aktuelle strategische Haltung deutlich von jener in der Maritimen Strategie von 2015, in welcher der Klimawandel nur am Rande Erwähnung fand und primär als Forschungsgegenstand betrachtet wurde. Dennoch sollte man diese Aussagen seitens des russischen Präsidenten nicht allzu ernst nehmen. Gerade in Russland zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen internationalem Lippenbekenntnis und nationaler Realität (vgl. Knutsen und Pedersen 2024).

Fakt ist, dass Russland durch die sich verändernden klimatischen Bedingungen über weite Teile profitieren wird. Der künftig erleichterte Zugang zu bislang unerschlossenen Rohstoffreserven sowie die Ausweitung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen in vormals zu kalten Regionen sind zentrale Faktoren, die diese Entwicklung begünstigen. Die Arktis besitzt eine herausragende Bedeutung für die russische Energiewirtschaft, da dort etwa 95 Prozent der nationalen Erdgas- und rund 70 Prozent der Erdölförderung konzentriert sind. Geologische Untersuchungen haben an rund 200 Standorten potenzielle Vorkommen von Erdöl und Erdgas nachgewiesen. Insgesamt wird angenommen, dass sich etwa 80 Prozent der noch unerschlossenen fossilen Energiequellen Russlands auf nationalem Territorium befinden, was die strategische Relevanz der Region weiter unterstreicht (vgl. Pedersen 2023). Diese potenziellen Zugewinne tragen maßgeblich dazu bei, dass das Interesse Russlands an ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen bislang als begrenzt einzuschätzen ist.

Die sich wandelnden klimatischen Rahmenbedingungen können jedoch auch sicherheitspolitische Risiken für Russland mit sich bringen. Das arktische Meereis

bildet für die Küsten nicht nur einen ökologischen, sondern auch einen sicherheitspolitischen Schutzfaktor. Der durch den Klimawandel verursachte Rückgang der Eisbedeckung weckt allerdings erhebliche strategische Bedenken, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Russlands nuklear bewaffnete U-Boot-Flotte auf der Kola-Halbinsel stationiert ist. Die unmittelbar an der norwegischen Grenze stationierte Nordflotte stellt die stärkste der fünf Flotten der Russischen Föderation dar. Sie verfügt über den größten Anteil der russischen strategischen Atom-U-Boote mit ballistischen Raketen, die auch im arktischen Raum unter der Eisdecke operieren. Der Schutz dieser Einheiten erfolgt durch Überwasserschiffe – darunter Russlands einziger Flugzeugträger – sowie durch atomgetriebene Angriffs-U-Boote und Marinefliegerkräfte (vgl. Bye 2018).

Neben sicherheitspolitischen Aspekten besitzt das arktische Eis auch ökonomische Relevanz: Nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (Art. 234) können arktische Küstenstaaten den Schiffsverkehr in eisbedeckten Gewässern regulieren. Russland beruft sich seit Jahren auf diese Regelung, um die Kontrolle über die Nordostpassage auszuüben, indem es Gebühren erhebt, Lotsenpflicht vorschreibt und eine vorherige Anmeldung verlangt. Mit fortschreitender Eisfreiheit droht jedoch der Verlust dieser rechtlichen Grundlage, wodurch Russlands Einfluss auf die arktischen Seewege de jure deutlich abnehmen könnte (Lynch A. et al. 2022).



Bender Jeremy and Nudelman Mike, (2015), "This map shows Russia's dominant militarization of the Arctic", Business Insider

In den letzten beiden Jahrzehnten hat Russland sukzessive die Wiederinbetriebnahme ehemaliger Stützpunkte forciert sowie neue Waffensysteme entwickelt. Obwohl der offizielle Zweck dieser Infrastruktur im Bereich der Such- und Rettungsmissionen (SAR) liegt, verweisen Analysen auf ihr Potenzial zur Doppelnutzung. Mit der wachsenden wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der Arktis steht Russland vor der Aufgabe, ein zunehmend weitläufiges Gebiet zu

verwalten, was seine sicherheitspolitische Aufmerksamkeit sowohl auf die nördlichen als auch auf die östlichen Regionen lenkt (vgl. FOCUS 2024).

Die Russische Föderation verfügt entlang ihrer gesamten nördlichen Küstenlinie über eine Reihe von Tiefseehäfen, von denen einige bereits seit mehreren Jahrzehnten in Betrieb sind. Zu den bedeutendsten zählen Murmansk, Pewek, Tiksi, Igarka, Dudinka, Dikson, Witino, Archangelsk und Nowy. Murmansk stellt dabei den größten und strategisch wichtigsten Hafen dar, da er als Verbindungs punkt zwischen den europäischen und asiatischen Seehandelsrouten fungiert. Darüber hinaus ist er ganzjährig eisfrei und wird derzeit hinsichtlich seiner Öl exportkapazitäten erheblich ausgebaut. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung kommt den Häfen auch eine zunehmende militärische Funktion zu, da sie verstärkt Liegeplätze für große Kriegsschiffe und andere Marineeinheiten bereitstellen (vgl. Mackowiak 2017).

Die im Jahr 2021 verabschiedete Militärdoktrin der Russischen Föderation beruht auf dem Konzept der „aktiven Verteidigung“, das den begrenzten und gezielten Einsatz von Gewaltmitteln – einschließlich hybrider Instrumente – zur Abschreckung potenzieller Gegner über einen längeren Zeitraum vorsieht. Die Arktis zählt dabei zu den fünf strategischen Schwerpunktregionen der Doktrin. Im Unterschied zu früheren Versionen deutet die Fassung von 2021 auf eine Absenkung der Schwelle für den Einsatz von Kernwaffen hin. Dies ist insbesondere im arktischen Kontext relevant, da auf der Kola-Halbinsel mehrere strategische Waffensysteme stationiert sind. Als die zentralen externen Bedrohungen werden die Ausweitung feindlich gesinnter Bündnisse, Truppenaufstockungen in Grenznähe sowie die Missachtung russischer Sicherheitsinteressen betrachtet (vgl. Pedersen 2023). Die Maritime Doktrin von 2022 ergänzt diese strategische Ausrichtung durch ambitionierte Zielsetzungen für die Arktisregion. Sie betont die Notwendigkeit, die militärische Einsatzbereitschaft der Nordflotte zu stärken, moderne Waffensysteme zu beschaffen und die Überwachung ausländischer Militäraktivitäten in der Arktis zu intensivieren (vgl. Boulègue 2022). Dies äußert sich unter anderem in einer Zunahme von Militärübungen, Waffen tests und Operationen in der sogenannten Grauzone, etwa dem Durchtrennen von Seekabeln. Zudem hebt die Doktrin die Bedeutung einer zivil-militärischen Integration hervor, etwa durch die Doppelnutzung ziviler Schiffe und die Bewaffnung von Eisbrechern (vgl. Vázquez 2023).

Der Drache im Eis: Chinas Griff nach der Arktis

In der Betrachtung der sich verändernden geopolitischen Lage in der Arktis ist wohl die Rolle Chinas am spannendsten und gleichzeitig aber auch am ambivalentesten. Chinas wachsende Macht und seine zunehmenden geopolitischen und geoökonomischen Ambitionen geben Anlass zu ernster Besorgnis in der trans atlantischen Gemeinschaft und gelten als eine der größten Sicherheitsbedrohungen (vgl. Marsili 2022). Trotz einer Entfernung von etwa 1.400 Kilometern oder 13 Breitengraden zum Polarkreis proklamierte China im Jahr 2018 seinen Status als „arktisnaher Staat“ und formulierte die strategische Zielsetzung, bis 2030 zur „polaren Großmacht“ aufzusteigen. Der Plan wurde im 14. Fünfjahresplan

(2021–2025), der die Leitlinien der chinesischen Wirtschafts- und Außenpolitik bestimmt, institutionell verankert. Darin betont die chinesische Regierung ihre Absicht, sich an der „praktischen Zusammenarbeit in der Arktis“ zu beteiligen und den Aufbau einer „Seidenstraße auf dem Eis“ zu forcieren. Chinas arktische Politik ist Ausdruck eines umfassenderen geopolitischen Projekts, das auf die Sicherung von Ressourcen, den Zugang zu neuen maritimen Routen und die Etablierung einer von Xi Jinping propagierten, sinozentrisch geprägten internationalen Ordnung abzielt (Gadzala 2024).

Die Volksrepublik China konstruiert ihre Identität als „arktisnaher Staat“ und legitimiert damit eine aktive Rolle in der arktischen Governance-Struktur. Die Verleihung des Beobachterstatus im Arktischen Rat im Jahr 2013 – nach langwierigen diplomatischen Verhandlungen – ist im Kontext der globalen Machtprojektion und strategischen Interessen der Volksrepublik China zu betrachten. Trotz einer zunehmenden Kooperation zwischen Moskau und Peking im arktischen Raum stellte insbesondere Russland – vor allem das militärische Establishment – eine zentrale Quelle des Widerstands gegen Chinas Aufnahme dar. Diese Ambivalenz verdeutlicht die konkurrierenden Interessen und das Misstrauen innerhalb der sino-russischen Beziehungen in der Arktis (vgl. Pedersen 2023).

Dennoch führen die veränderten geopolitischen Machtverhältnisse im internationalen Kontext weiter dazu, dass sowohl China als auch Russland sich zu einer verstärkten sicherheits- und energiepolitischen Kooperation veranlasst sehen. Aufgrund seines Status als Beobachterstaat im Arktischen Rat besitzt China keine formale Entscheidungs- oder Hoheitsbefugnis in der Region und ist daher auf bilaterale und multilaterale Partnerschaften angewiesen. China stärkt seine wirtschaftliche Präsenz in der Arktis durch gezielte Großinvestitionen in russische Infrastruktur- und Rohstoffprojekte. Seit 2016 flossen über eine Tochter der *China Poly Group* rund 300 Millionen US-Dollar in ein Kohleterminal in Murmansk, ergänzt durch eine Vereinbarung zum Bau eines Tiefseehafens in Archangelsk. Chinesische Finanzierer übernahmen zudem bis zu 60 % der Kapitalausstattung des LNG-Projekts auf der Jamal-Halbinsel. Im Januar 2024 unterzeichnete die *China Communications Construction Company* ein Abkommen über die Erschließung von Rohstoffvorkommen in der Republik Komi; das Projekt beinhaltet außerdem den Bau einer neuen Eisenbahnlinie sowie eines Tiefwasserhafens und dient der Aufwertung des Nördlichen Seewegs als strategischer Handelsroute. Parallel planen China und weitere ausländische Partner ein 10.500 Kilometer langes Glasfaser-Seekabel über den Polarkreis, das die Kommunikations- und Navigationssicherheit verbessern soll. Trotz fehlender souveräner Rechte baut China damit seinen wirtschaftlichen Einfluss in der Arktis kontinuierlich aus – ein Prozess, der durch die Kooperation mit Russland Xis Ziel einer „polaren Großmacht“ beschleunigen könnte (vgl. Gadzala 2024).

Seit 2003 realisiert China verschiedene wissenschaftliche Projekte und betreibt eigene Forschungsstationen in arktischen Gebieten Norwegens, Islands, Schwedens und Finnlands. Diese Expeditionen konzentrieren sich insbesondere auf ozeanografische Erhebungen und akustische Modellierungen, die methodisch an

maritime Forschungsaktivitäten im Südchinesischen Meer anschließen. Das daraus resultierende Wissen über die physikalischen Eigenschaften der arktischen Gewässer hat nicht nur wissenschaftliche, sondern auch strategische Relevanz, da es zur Verbesserung der maritimen Aufklärung und Operationsfähigkeit der chinesischen Streitkräfte beiträgt. Zudem ist im Bereich satellitenbasierter Navigationssysteme zu erkennen, dass sowohl China als auch Russland ihre technologischen Kapazitäten zunehmend koordinieren. Dies deutet zugleich auf eine vertiefte sicherheitsrelevante Zusammenarbeit hin, die auch den Austausch nachrichtendienstlicher Daten umfasst (vgl. Gadzala 2024; Merkle 2023).

Die Erschließung der Nordwest- und Nordostpassage infolge des fortschreitenden arktischen Eisrückgangs eröffnet das Potenzial für deutlich effizientere Schifffahrtsrouten zwischen Europa und Asien. Eine solche Verkürzung der Seewege würde nicht nur die Transportzeiten substanziell reduzieren, sondern zugleich einen geringeren Energiebedarf im internationalen Güterverkehr implizieren. Aktuelle Routen zwischen Europa und China umfassen Distanzen von etwa 20.000 bis 25.000 Kilometern; über die Nordwestpassage könnte diese Strecke auf circa 17.000 Kilometer reduziert werden (vgl. Wurm 2010). Wie in der Grafik ersichtlich, wäre dies eine Einsparung von rund 15 Tagen.



Gadzala Tirziu Aleksandra (2024): Chinas großer Plan für die Arktis

Der anhaltende Rückgang des arktischen Meereises vergrößert die jährlich befahrbaren Zeitfenster der nördlichen Schifffahrtsrouten. Unter der Annahme, dass steigende Transportvolumina zu niedrigeren Kosten pro Transporteinheit führen, könnten die umfangreichen Investitionen in Infrastruktur, Logistik und regionale Wirtschaftstätigkeiten langfristig eine höhere Rentabilität erreichen. China verknüpft die Entwicklung dieser Polarrouten mit dem Ziel, seine maritimen Handelswege zu diversifizieren und im Falle einer Blockade der Straße von Malakka oder des Suezkanals auf alternative globale Transportkorridore zurückgreifen zu können (vgl. Merkle 2023).

Resümee und Ausblick

Russlands und Chinas zunehmend konfrontative Politik in der Arktis gibt Anlass zu erheblicher Besorgnis. Bereits jetzt deutet sich an, dass der fortschreitende Klimawandel zu asymmetrischen Verteilungen arktischer Ressourcen führen wird, wodurch die Vereinigten Staaten im Wettbewerb um Energieressourcen strukturelle Nachteile erfahren könnten. Zugleich birgt die Situation das Risiko, dass Russland eine hegemoniale Position in der Region einnimmt, was eine Intensivierung militärischer Spannungen, einschließlich territorialer Konflikte und weiterer Stationierung militärischer Infrastruktur, begünstigen könnte. Diese Dynamiken stellen eine substanzielle Herausforderung für die nationale Sicherheit der USA sowie der übrigen westlichen Arktisanrainer dar.

Obwohl sowohl das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS III) als auch der Arktische Rat zentrale Mechanismen für eine kooperative *Governance* in der Arktis bereitstellen, treten angesichts der expansiven Politik Russlands und des wachsenden chinesischen Einflusses zunehmend die strukturellen und politischen Grenzen dieser Institutionen zutage. Während westliche Akteure überwiegend auf multilaterale Kooperation setzen, instrumentalisieren Russland und China die fortschreitende Erschließbarkeit der Arktis zunehmend zur Machtdemonstration. Dies zwingt die westlichen Staaten zu einer konsistenten strategischen Gegenposition. Obwohl die USA die Relevanz der aktuellen arktischen Dynamiken erkannt haben, ist unklar, ob und wie der entstandene strategische Abstand zu ihren Konkurrenten noch aufgeholt werden kann.

Die Entwicklungen in der Arktis erhöhen Europas Abhängigkeit von Russland, China und den USA weiter. Die europäischen Nordstaaten – darunter Norwegen, Island, Finnland und Dänemark – spielen innerhalb der regionalen Machtstruktur bislang nur eine überschaubare Rolle und es fehlt an einer koordinierten arktischen Gesamtstrategie. Zudem ist die Europäische Union aufgrund ihres fehlenden Vollmitgliedsstatus im Arktischen Rat institutionell in ihrer Einflussfähigkeit eingeschränkt, da zentrale Entscheidungen weiterhin primär von den arktischen Anrainerstaaten getroffen werden. Parallel dazu verfolgt China gezielt die Strategie, über Partnerschaften mit europäischen Akteuren wie Island und Finnland diese für seine Interessen zu gewinnen und dadurch im Arktischen Rat eine vorteilhafte Position zu sichern. Insgesamt zeigt sich, dass Europas Einfluss in der Region derzeit begrenzt ist und die wachsende Präsenz Chinas sowie die expansive Politik Russlands die strategische Handlungsfähigkeit Europas zusätzlich einschränken.

Die zukünftige Entwicklung der Arktis wird vor dem Hintergrund komplexer klimatischer und sicherheitspolitischer Dynamiken voraussichtlich weiter an Spannungen zunehmen. Es ist anzunehmen, dass Russland und China ihre Kooperation trotz gegenseitiger Skepsis, bedingt durch übergeordnete globale Interessen, weiter fortsetzen werden. Für die USA und die westlichen Staaten besteht die zentrale Herausforderung darin, strategische Defizite auszugleichen und durch verstärkte Kooperationen ihre Position im arktischen Raum aktiv zu behaupten. Nur so kann ein ausgewogenes geopolitisches Gleichgewicht in der Region langfristig sichergestellt werden.

Quellen

- Bender Jeremy and Nudelman Mike, (2015), “This map shows Russia’s dominant militarization of the Arctic”, Business Insider, <http://www.businessinsider.com/chart-of-russiasmilitarization-of-arctic-2015-8>, (10.11.2025).
- Boulègue M., (2022), The Arctic Component of Russia’s New Maritime Doctrine, <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/no-17-arctic-component-russias-new-maritime-doctrine>, (10.11.2025).
- Bye Hilde-Gunn, (2018), National Interests and Security Policies in the Arctic Region Among Arctic States, <https://digitalcommons.du.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2444&context=etd>, (12.11.2025).
- Diebold Francis X. and Rudebusch Glenn D., (10.07.2023), Climate Models Underestimate the Sensitivity of Arctic Sea Ice to Carbon Emissions, https://glennrudebusch.com/wp-content/uploads/Climate-Models-Underestimate_Bivariate_Energy-Economics_2023.pdf (10.10.2025).
- Docquier, D. and Koenigk, T., (2021), Observation-based selection of climate models projects Arctic ice-free summers around 2035, *Communications Earth & Environment*, 2(2021), ss. <https://doi.org/10.1038/s43247-021-00214-7> (17.10.2025).
- FOCUS, (2024), The Norwegian Intelligence Service’s assessment of current security challenges, <https://www.etterretningstjenesten.no/publikasjoner/focus>, (11.11.2025).
- Gadzala Tirziu Aleksandra, (2024), Chinas großer Plan für die Arktis, <https://www.derpragmaticus.com/r/arktis-china>, (13.11.2025).
- Kefferpütz Roderick und Bochkarev Danila (2009), Wettlauf um die Arktis. Empfehlungen an die EU, Heinrich Böll Stiftung, EU-Regionalbüro Brüssel 2009, http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/wettlauf_um_die_arktis2009.pdf (21.10.2025).
- Knutsen Bjørn Olav and Pedersen Marius Nyquist (2024), How to Understand Climate Change as a Threat Multiplier in the Arctic, <https://arcticreview.no/index.php/arctic/article/view/6500/10604> (20.10.2025).
- Lynch A., Norchi, C. and Li X., (2022), The interaction of ice and law in Arctic marine accessibility, *Proceedings of the National Academy of Sciences*, <https://doi.org/10.1073/pnas.2202720119>, (10.11.2025).
- Mackowiak Matthew Bernard, (2017), Arctic Flashpoint: The Russo-American Rivalry, https://ecommons.udayton.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1110&context=uhp_theses, (24.10.2025).
- Marsili Marco, (2022), Arctic Security: A Global Challenge, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/09735984221120299>, (13.11.2025).
- Merkle David, (2023), Der selbsternannte Fast-Arktisstaat, Chinas Politik in der nördlichen Polarregion, <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/der-selbsternannte-fast-arktisstaat>, (14.11.2025).
- Mihailova Maria-Emanuela, Etzold Tobias, Spoon William and Chan Albert, (2024), Climate Change, Arctic Security and Future Operations (CLIMARCSEC): a Multinational Capabilities Development Campaign (MCDC) project, <https://orcid.org/0000-0003-4398-8891>, (23.10.2025).
- Notz, D. and J Stroeve (2018), “The Trajectory Towards a Seasonally Ice-Free Arctic Ocean,” *Current Climate Change Reports*, 4, 407–416 (15.10.25).

- Obydenkova Anastassia, (2024), Arctic environmental governance: challenges of sustainable development, <https://doi.org/10.1007/s10584-024-03762-x>, (15.10.2025).
- Paul Michael, (2023), Die arktische Sicherheitspolitik der USA, Amerikanische Arktisstrategien, russische Hybris und chinesische Ambitionen, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-arktische-sicherheitspolitik-der-usa>, (24.10.2025).
- Pedersen Marius Nyquist, (2023) A Warming Arctic in a Cold War – consequences of climate change for Norwegian security in the Arctic, <https://www.ffi.no/en/publications-archive/a-warming-arctic-in-a-cold-war-consequences-of-climate-change-for-norwegian-security-in-the-arctic>, (24.10.2025).
- Semenova, T., (2022), International Journal of Environmental Research and Public Health, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1310248/umfrage/>, (22.10.2025).
- Stroeve, J. and D. Notz (2018), “Changing State of Arctic Sea Ice Across All Seasons,” Environmental Research Letters, 13, 103001 (15.10.25).
- Thiede Jörn, Bauch Henning und Spielhagen Robert, (2014), Der Arktische Ozean –ein Frühwarnsystem für globale Umweltveränderungen, <https://oceanrep.geomar.de/id/eprint/26709/1/Thiede%20et.al.pdf>, (21.10.2025).
- Vázquez G., (2023), Russian Maritime Doctrine: Implications for NATO & the Future of Great Power Competition in the Arctic, <https://www.thearcticinstitute.org/2022-russian-maritime-doctrine-implications-nato-future-great-power-competition-arctic/>, (10.11.2025).
- Wagner Jürgen, (2009), Die Versichertheitlichung des Klimawandels-Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert, <https://www.imi-online.de/download/JW-Klima-juni-08.pdf>, (23.10.2025).
- Wurm Bernadette, (2010), Die EU-Arktispolitik im internationalen Kontext. Eine Analyse der europäischen und kanadischen Positionen, <https://cdm21069.contentdm.oclc.org/digital/collection/ppl1/id/343821> (20.10.2025).

Bekämpfung von Desinformation

Eine Systemfrage der EU?

von Rastislav Báchora

Durch den anhaltenden russischen Angriffskrieg in der Ukraine bleibt die Bedrohungslage im hybriden Bereich weiterhin auf einem hohen Niveau. Daher rückt in der EU die Bekämpfung von staatlich gelenkter Informationsmanipulation in den Vordergrund nationaler und supranationaler Vorkehrungen. Es handelt sich dabei vor allem um Maßnahmen gegen russische Desinformation, um die Meinungsbildung und damit die demokratische Entscheidungsfindung in der EU zu schützen. Die Notwendigkeit für die Implementierung von Mechanismen zum Schutz fundamentaler demokratischer Prozesse vor fremder Beeinflussung wurde von der EU-Kommission am 12. November 2025 mit der Verabschiedung des sog. *European Democracy Shield* bestätigt, wodurch 2026 konkrete Umsetzungsschritte zu erwarten sind.

Neben staatlichen Desinformationskampagnen im Kontext geopolitischer Spannungen wird auch von nichtstaatlichen Akteuren – darunter extremistischen Gruppierungen, aber auch kommerziellen Eigennutznießern – Informationsmanipulation mit erheblichem gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Gefährdungspotential betrieben. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Text Desinformation als systemische Bedrohung für die umfassende Sicherheit definiert und aktuelle Trends in der EU werden mit Ableitungen für künftige sicherheitspolitische Entwicklungen skizziert.

Desinformation als systemische Bedrohung

Die zielgerichtete Anwendung von Desinformation ist keine zeitgenössische Erscheinung, lediglich die Mittel zu deren Einsatz sowie das Spektrum der operierenden Akteure haben sich aufgrund der technologischen Möglichkeiten im digitalen Zeitalter grundlegend verändert. Hinsichtlich der Verbreitung und Wirkung von Desinformation im Cyberraum erreichen bewusst gestreute Falschmeldungen unter Zuhilfenahme von Künstlicher Intelligenz (KI) eine völlig neue Dimension der Bedrohungen (Bundesamt für Sicherheit in der Informatstechnik, o. J., a). Dass sich die zielgerichtete Verbreitung von Desinformation als eine wirksame Methode zum Schüren von Verunsicherung in der (Ziel)Bevölkerung zum Zwecke der politischen Auseinandersetzung auch in der Vergangenheit bewährt hat, belegen bereits historische Dokumente aus der Antike. Dadurch wird der Charakter von Desinformation eines prinzipiell akteur- und zeitunabhängigen „Instrumentariums“ unterstrichen und bestätigt somit die über das aktuelle internationale Konfliktgeschehen hinausgehende Relevanz, sich mit entsprechenden Risiken für das eigene politische System zu beschäftigen. Ein Blick in die Geschichtsbücher unterstreicht die These, wonach es sich bei Desinformation um eine „zeitlose Methode“ handelt, die vor allem in Krisenzeiten eine besondere Effektivität zu entfalten scheint.

Desinformation – „Effektivität“ in Krisenzeiten

Im Jahr 335 v. Chr. organisierte Demosthenes in Theben einen Aufstand gegen seinen Rivalen Alexander den Großen, in dem er zielgerichtet Falschmeldungen über dessen Tod verbreitete. Nachdem Alexander davon erfahren hatte, wurde der Aufstand niedergeschlagen und Theben fast vollständig zerstört (Lamm, 2022). Dieses historische Beispiel verdeutlicht, dass das Verbreiten von Desinformation nicht nur enorme gesellschaftspolitische Zieleffekte in der Bevölkerung bewirken kann, sondern auch Kenntnisse im Sinne der Frühwarnung erforderlich sind, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Erste systematische Anstrengungen, um gegen Falschmeldungen vorzugehen, lassen sich auf Gordon W. Allport, Psychologieprofessor an der Harvard University, im Jahr 1942 zurückführen. Unter Zuhilfenahme von Journalisten, Psychologen, Geistlichen, Gewerkschaftlern, Geschäftsleuten und Polizisten wurde der Grundstein für die „systemische Erforschung über Falschmeldungen“ gelegt. Dies führte dazu, dass noch während des Zweiten Weltkrieges in den USA in rund vierzig Großstädten sogenannte „Gerüchte-Kliniken“ entstanden (Kellerhoff, 2020).

Früherkennung ist gerade im digitalen Zeitalter erforderlich, da diesbezüglich die Verbreitungsmöglichkeiten mittels Technologie eine zusätzliche Dimension darstellen, die es in der politischen und administrativen Gegensteuerung zu berücksichtigen gilt (Gesellschaft für Informatik, 2025). Aufgrund des Zugangs einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zu Online-Informationen sind Gefahren, die von zielgerichteter Manipulation ausgehen, deutlich gestiegen. Die EU-Kommission hat bereits vor der im Jahr 2022 erfolgten russischen Invasion

in die Ukraine auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen von Desinformation hingewiesen und unterschiedliche Mechanismen entwickelt. Dabei wurde richtig erkannt, dass Bedrohungen sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen (Borrell, 2020). So meinte der damalige Hohe Vertreter für Außenpolitik und Vizekommissionspräsident, Josep Borrell, dass der Kampf gegen Desinformation keinen „*Aufschub duldet*“ und hob die damalige Coronakrise hervor:

„Insbesondere während der COVID-19-„Infodemie“ hat sich gezeigt, wie weit verbreitet und wie schädlich ausländische Einmischung und Desinformation für unsere Sicherheit, unsere Demokratie und unsere Gesellschaften sein können. Die Bekämpfung von Desinformation duldet keinen Aufschub (Borrell, 2020).“

Der Bezug zur COVID-19-Pandemie verdeutlicht, dass gerade in Krisenzeiten demokratische Gesellschaften den vielfältigen Herausforderungen durch Desinformationen auf besondere Weise ausgesetzt sind (Kellerhoff, 2020). Angesichts der Tragweite und Wirkungsentfaltung von Desinformation wurden nicht nur abstrakte Bedrohungen, sondern auch konkrete Gefahren für das Funktionieren demokratischer Systeme identifiziert, die in der EU und somit auch in Österreich zunehmend eine größere sicherheitspolitische Relevanz erlangen. Bevor auf die konkrete Maßnahmengestaltung eingegangen wird, ist jedoch zunächst eine begriffliche Präzisierung erforderlich.

Begriffliche Eingrenzung von Desinformation

Das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unterscheidet zwischen Fehl- und Falschinformationen. Während Fehlinformationen auf „*mangelnde Recherche, falsche Interpretation von Fakten oder durch Missverständnisse*“ zurückzuführen sind, liegt bei der Falschinformation eine bewusste „*Täuschungsabsicht*“ vor (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, o. J., b). Somit sind „*falsche oder irreführende Informationen*“ dann als Desinformation zu werten, wenn diese „*gezielt verbreitet werden, um Menschen bewusst zu täuschen und zu manipulieren*“ (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, o. J., b). Das österreichische Bundeskanzleramt spricht auch von „*gezielter Verbreitung von Unwahrheit*“ und gibt folgendermaßen vor, was institutionell unter Desinformation zu verstehen ist:

„Desinformation steht für die gezielte Verbreitung von Unwahrheiten mit der Absicht, einzelne Menschen oder Gruppen zu täuschen oder zu beeinflussen (Bundeskanzleramt, o. J.).“

Diese begriffliche Ein- bzw. Abgrenzung würde das beschriebene Phänomen unbestimmt und weit fassen, sodass die Anwendung von Desinformation nicht nur staatliche Aktivitäten, sondern auch nichtstaatliche Akteure als mögliche Täter impliziert. Zudem lässt eine weite Definition von Desinformation neben ideologischen und religiösen (extremistischen) Motiven auch kommerzielle Interessen im Sinne der finanziellen Eigennutzmaximierung von bewussten Falschmeldungen mit Täuschungsabsicht zu. Dies bedeutet, dass auch private Unternehmen sowohl Erzeuger als auch Opfer von Desinformationen sein können. Dabei gibt es einen fließenden Übergang zum Betrug, wie z. B. die Warnungen der

Wirtschaftskammer vor manipulativen E-Mails belegen (WKO, 2025). Absichten von privatwirtschaftlichen Akteuren, die öffentliche Wahrnehmung aufgrund eigener finanzieller Interessen zu manipulieren, wurden schon im 19. Jahrhundert registriert und gerade im digitalen Zeitalter nimmt „kommerzielle Desinformation“ weiter an Bedeutung zu. Bereits 2019 wurden die globalen Kosten von Falschinformation auf 78 Mrd. US-Dollar jährlich beziffert und diese dürften aufgrund von KI-gesteuerter Desinformation künftig erheblich steigen (World Economic Forum, 2025).

Aus der Sicht der umfassenden Sicherheit kann die gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Relevanz von Desinformation – unter Einschluss einer Vielzahl von staatlichen sowie extremistischen und kommerziellen nichtstaatlichen Akteuren – nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dennoch wird gegenwärtig das Thema primär unter dem Aspekt der geopolitischen Rivalität von Großmächten im Allgemeinen und als Bedrohung für die EU ausgehend von Russland (im Zuge des Krieges in der Ukraine) im Besonderen behandelt (Jozwiak, 2025). Dieser staatenzentrierte Ansatz steht sowohl im Mittelpunkt der „phänomenologischen Abgrenzung“ des Bundeskanzleramtes als auch der Maßnahmensetzung der EU mit Betonung auf den damit notwendigen Schutz der Demokratie. Obwohl auch in Österreich versucht wird, das Meinungsbild zu beeinflussen, sei die diesbezügliche Bedrohungslage nicht in jenem Maße wie in NATO-Staaten ausgeprägt (Leichtfried, 2025).

Desinformation als Bedrohung für Demokratie

Das österreichische Bundeskanzleramt präzisiert das Verständnis von Desinformation insofern, als konkret das Vertrauen in jene staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen untergraben werden soll, die einen zentralen gesellschafts- und demokratiepolitischen Auftrag zu erfüllen haben. Vor diesem Hintergrund kann Desinformation im staatlich-administrativen Verständnis verstanden werden als die: „(...) bewusste Streuung von falschen oder irreführenden Informationen in Form gezielter Kampagnen“ und dadurch würde „das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Medien, Wissenschaft und staatliche Institutionen“ schließlich auch „untergraben“ (Bundeskanzleramt, o. J.).“

Konkreter wird dies im Zusammenhang mit freien Wahlen und somit mit dem verfassungsmäßig geschützten Volkswillen gestellt, wodurch ein Kernelement des systemischen Funktionierens einer Demokratie durch Falschinformation bedroht wird.

„Gezielte Desinformation – beispielsweise vor Wahlen oder in Zusammenhang mit Kriegen und Konflikten – schürt Ängste und verstärkt Vorurteile und Unsicherheiten in Teilen der Bevölkerung. Sie kann auch dazu benutzt werden, Wahlen und politische Entscheidungsprozesse erheblich zu beeinflussen (Bundeskanzleramt, o. J.).“

Wie bereits oben erwähnt, spielen bei der Verbreitung von Desinformationen Technologien und Kommunikationsmittel des digitalen Zeitalters eine entscheidende Rolle und dies wird insbesondere hinsichtlich der Bedeutung für die Breitenwirksamkeit unterstrichen:

„Desinformation und Verschwörungstheorien sind kein neues Phänomen, verbreiten sich heutzutage jedoch über Social Media und Onlineplattformen sehr rasch und über Ländergrenzen hinweg. Künstliche Intelligenz kann zu einer noch schnelleren Verbreitung und Breitenwirksamkeit solcher Kampagnen beitragen (Bundeskanzleramt, o. J.).“

Daraus folgt, dass Desinformation eine fundamentale Bedrohung für ein demokratisches System darstellt und daher umfassende Maßnahmen erforderlich sind, um negativen gesellschaftspolitischen Konsequenzen vorzubeugen. Desinformation kann des Weiteren als eine Bedrohung im „Nexusbereich“ der inneren und äußeren Sicherheit deklariert werden, da geopolitische Dynamiken und äußere Faktoren auf zentrale Elemente des innerstaatlichen Funktionierens eines Staates einwirken. Diesem Umstand wurde auch im Verfassungsschutzbericht 2024 der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) Rechnung getragen.

Desinformation und Relevanz für Österreich

Grundsätzlich wird im staatlich-administrativen Kontext systemischen Risiken ausgehend von Desinformation mehr Raum eingeräumt, als dies im öffentlichen Diskurs wahrgenommen wird. Im Mai 2025 wurde der Verfassungsschutzbericht veröffentlicht, in dem das sicherheitspolitische Lagebild der verfassungsschutzrelevanten Phänomene Österreichs des Jahres 2024 abgebildet ist. Darin findet Desinformation in unterschiedlichen Kontexten und Wortverbindungen insgesamt 45-mal eine Erwähnung. Die DSN bestätigt die Relevanz der von Desinformation ausgehenden Bedrohungen für Österreich und präzisiert, dass diese einerseits im geopolitischen Kontext mit Russland in Verbindung stehen und andererseits auch Aktivitäten extremistischer Akteure umfassen. Der DSN-Direktor, Omar Hajjawi-Prichner, äußert sich im Vorwort des Verfassungsschutzberichtes wie folgt dazu:

„Ein besorgniserregender Trend war die Zunahme orchestrierter Desinformationskampagnen, die nicht nur darauf abzielen, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben, sondern auch gesellschaftliche Polarisierung zu verstärken. Diese strategisch gesteuerten Manipulationsversuche gehen zunehmend von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus und erfordern eine verstärkte Resilienz auf nationaler und europäischer Ebene (Bundesministerium für Inneres, 2025, S. 8f).“

Im Verfassungsschutzbericht selbst wird im eigenen Unterkapitel Desinformation explizit Russland als Akteur erwähnt und dabei auch die europäische Dimension im Zusammenhang mit „*hybrider Kriegsführung*“ hervorgehoben. Im Fokus stehen dabei die Gefahren für demokratische Prozesse. Da im Jahr 2024 in Österreich Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen stattfanden, wurde entsprechend darauf eingegangen:

„Entsprechend der internationalen Tendenzen und Entwicklungen hat auch Österreich das Thema „Desinformation“ als hybride Gefahr im Wahljahr 2024 beobachtet. (...) Die österreichische Bevölkerung wählte 2024 auf fünf Ebenen: Arbeiterkammer, Gemeinde (Salzburg, Innsbruck), Land (Vorarlberg, Steiermark), Bund (Nationalratswahl) und Europäische Union (Europäisches Parlament) [Anführungszeichen sowie ergänzende Informationen in Klammer im Originaltext, Anm. d. Verf.] (Bundesministerium für Inneres, 2025, S.112).“

Dass Russland in EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, mit Desinformationen versucht hat, Einfluss auf das Meinungsbild der Bevölkerung im Vorfeld der Wahlen zu nehmen, wurde bestätigt.

„Während weltweit die Wahlbeeinflussung durch Drittstaaten, allen voran Russland, mittels Cyberattacken auf Wahlregister und Hochrechnungskomputer zunimmt, konnten in Österreich insbesondere im Rahmen der EU-Wahl pro-russische Desinformationskampagnen beobachtet werden (Bundesministerium für Inneres, 2025, S. 112).“

Entsprechende Aktivitäten sind nicht losgelöst von unterschiedlichen Milieus und Szenen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden:

„Die hiesigen verfassungsschutzrelevanten Szenen, allen voran das heterodox-extremistische Milieu sowie die Alternativmedien, fungierten als Katalysatoren russischer Desinformationskampagnen, indem sie deren Narrative aufgriffen und weiterverbreiteten. Neben der illegitimen Wahlbeeinflussung durch drittstaatliche Akteurinnen und Akteure ist also auch deren Einfluss und Auswirkung auf die lokalen extremistischen Szenen ein wichtiges Thema für den Verfassungsschutz in Österreich (Bundesministerium für Inneres, 2025, S. 112).“

Die Dimension der Beeinflussung durch Desinformation in den anderen EU-Staaten wurde ebenfalls erwähnt und ein namentlich nicht genanntes Land angesprochen, das 2024 von massiven russischen Einflussversuchen betroffen war. Dabei wurden: „*mehr als 30.000 russische Fake-Bot-Accounts auf X (ehemals Twitter) identifiziert, die für russische Desinformationszwecke genutzt wurden*“ (Bundesministerium für Inneres, 2025, S. 112). Dass die Gefahren durch Desinformation in der EU ernstgenommen werden, bezeugen unterschiedliche Dokumente und Vorfälle, die in der zweiten Hälfte 2025 präsentiert wurden.

Bekämpfung von Desinformation auf EU-Ebene

Maßnahmen im Kontext des Krieges in der Ukraine

Im Kampf gegen Desinformation liegt der Fokus der EU eindeutig auf russischen Kampagnen, denn Russland setzt „*Informationsmanipulation*“ „*strategisch*“ ein. Die wesentlichen Ziele russischer Desinformation gemäß Julia Smirnova sind:

- Unterstützung zur Erreichung eigener Kriegsziele in der Ukraine,
- langfristige Destabilisierung westlicher Gesellschaften,
- Stärkung der Demokratieskepsis,
- Unterstützung prorussischer Kräfte (Smirnova, 2025).

Koordinierte Maßnahmen gegen Desinformation in der EU wurden erstmals 2015 mit der *East StratCom Task Force* implementiert und hängen bereits mit dem Konflikt in der Ukraine im Zuge der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und der bewaffneten Auseinandersetzung im Donbass im Jahr 2014 zusammen (European External Action Service, 2021). Beim Europäischen Rat 2018 wurde die Etablierung des *Rapid Alert Systems* (RAS) als Maßnahme gegen *Foreign Information Manipulation and Interference* (FIMI) als eine Säule des Aktionsplans gegen Desinformation beschlossen (European External Action Service, 2024). Im Jahr der russischen „*Vollinvasion*“ in der Ukraine wurde im Juni 2022 der *Code of Practice on Disinformation* veröffentlicht. Insgesamt haben 34 Vertreter aus dem

Bereich der Online-Plattformen, Technologieunternehmen sowie Zivilgesellschaft einen Maßnahmenkatalog gegen Desinformation unterzeichnet, der sich auf Lehren aus der COVID-19-Pandemie sowie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stützt (European Commission, 2022). Dies führte schließlich im Februar 2025 zur Vorstellung des *Verhaltenskodes zur Bekämpfung von Desinformation/Code of Conduct on Disinformation*. Dieser Verhaltenskodex wurde am 13. Februar 2025 von der EU-Kommission und dem *Europäischen Gremium für digitale Dienste* – dies ist ein unabhängiges Beratungsgremium, das sich aus Vertretern der Mitgliedsländer zusammensetzt (Europäische Kommission, 2025a) – „gebilligt“. Ein Nachteil ist, dass das Einhalten des Codex auf Freiwilligkeit im Rahmen des *Digital Services Act* (DSA) (European Commission, 2025a) beruht.

Der Zusammenhang zwischen dem Krieg in der Ukraine und dem Verbreiten von gezielten russischen Falschmeldungen in EU-Staaten oder EU-Beitrittskandidaten wurde auch vom *Regional EU Disinformation Resilience-related Network of Journalists* in Zusammenarbeit mit dem Projektteam der *Disinformation Awareness and Resilience* (DARE) bestätigt. Zu Beginn des Berichtszeitraums (Anfang der zweiten Jahreshälfte 2025) richteten sich die erkannten Desinformationskampagnen Russlands gegen die Unterstützer der Ukraine. Konkret wurden Bemühungen identifiziert, die Beziehungen zwischen Ukraine und Polen zu verschlechtern, aber auch Maßnahmen zur Unterminierung des Integrationsprozesses von der Republik Moldau wurden identifiziert (European External Action Service, 2025). Dass die Gefahren durch Desinformation in der EU ernstgenommen werden, bezeugen unterschiedliche Dokumente und Vorhaben, die in der zweiten Hälfte 2025 angenommen wurden und dabei steht der Schutz der Demokratie im Zentrum der Maßnahmen.

European Democracy Shield

Durch die anhaltenden Risiken ausgehend von russischen Falschinformationen stiegen die Herausforderungen für die Demokratien in der EU und weitere Maßnahmen wurden notwendig. Daher wurde am 12. November 2025 von der EU-Kommission das Konzept *European Democracy Shield* als weiterer zentraler Maßnahmenkatalog zum Schutz der Demokratie vorgestellt. Das zentrale selbsternannte Ziel des *European Democracy Shields* lautet:

„(...) boost our collective capacity to counter information manipulation and disinformation and strengthen our resilience through a whole-of-society approach (European Commission, 2025b).“

Zudem soll es ein neues *Europäisches Zentrum für Demokratische Resilienz/European Centre for Democratic Resilience* geben, um die kollektiven Anstrengungen zur Bekämpfung von Risiken für die Demokratie zu stärken. Insgesamt sind unterschiedliche Schwerpunkte mit detaillierten Maßnahmenpunkten vorgesehen:

(1) Schutz der Meinungsfreiheit und des Informationsraums

Dieses Ziel beinhaltet eine Reihe von konkreten Umsetzungsmaßnahmen und bezweckt unter anderem eine stärkere Kooperation mit Online-Plattformen. Konkrete Schritte sind:

- Kooperationen mit Online-Plattformen zur „*Stärkung der Maßnahmen gegen Desinformation*“ im Rahmen des oben bereits erwähnten Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation vom Februar 2025. Dabei soll ein „*Störungs- und Krisenprotokoll für das Gesetz über digitale Dienste*“ erarbeitet werden (Europäische Kommission, 2025b).
- Etablierung eines *European Network of Fact-Checkers* sowie der *Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien* (EDMO). Ziel ist unter anderem, russische Desinformation in assoziierten Staaten zu identifizieren (European Region Research and Innovation Network, 2025b). Die Medienbeobachtungsstelle EDMO soll gemäß Kommission eine „*unabhängige Überwachungs- und Analysekapazitäten zur Lagefassung bei Wahlen oder in Krisensituationen entwickeln*“ (Europäische Kommission, 2025b).
- Konzipierung eines Leitfadens („*Blueprint*“) zur Bekämpfung von FIMI und Desinformation, und zwar soll dies gemeinsam mit den Mitgliedstaaten erfolgen (European Commission, 2025b).

(2) Stärkung der Institutionen, freien Wahlen und freien Medien

Die Stärkung von demokratischen Institutionen sowie freien Wahlen und Medien ist an drei konkrete Umsetzungsschritte gebunden: Förderung der „*wirtschaftlichen Resilienz des Mediensektors*“, Ausbau der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rahmen des „*Europäischen Kooperationsnetzwerks für Wahlen*“ sowie „*Ge-währleistung der Sicherheit*“ von Journalisten und Politikern (European Commission, 2025b). Von der EU-Kommission sind dazu folgende konkrete Maßnahmen vorgesehen:

- „*Programm zur Stärkung der Medienresilienz*“ und Überprüfung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie).
- Leitlinien für den Einsatz von KI bei Wahlen sowie ein aktualisiertes „*Wahl-Toolkit*“ des DAS.
- Aktualisierte Empfehlung zur Sicherheit von Medienschaffenden sowie „*Leitfäden zur Sicherheit politischer Akteure*“ (European Commission, 2025b).

(3) Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und des Engagements der Bürgerinnen und Bürger

Unter diesem Punkt werden vor allem „lokale Vorhaben“ auf nationalstaatlicher Ebene subsumiert:

- „*Förderung von Medien- und Digitalkompetenz*“, und zwar aller Altersgruppen.
- „*Partizipative und konsultative Instrumente*“, inklusive Vorkehrungen zur Förderung „*evidenzbasierter Entscheidungsfindung*“.
- „*Lokales Engagement*“ mit Schwerpunkt auf Jugendliche (European Commission, 2025b).

Zusätzlich zu den bereits beschriebenen Vorhaben beinhaltete das Konzept des „*Europäischen Demokratischids*“ auch eine „*externe Dimension*“. Damit will die

EU-Kommission Maßnahmen gegen FIMI-Aktivitäten in EU-Kandidatenländern sowie in weiteren potenziellen Kandidatenstaaten umsetzen. Zur Anwendung kommen sollen dabei unterschiedliche aktuelle und künftige Förderprogramme, die im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Jahre 2028–2034 vorgesehen sind (European Commission, 2025b). Somit wird die Absicht der EU unterstrichen, die Maßnahmen der Bekämpfung von Desinformation systemisch in Programme zu integrieren und dies auch auf entsprechende finanzielle Grundlagen zu stellen.

EU-Strategie für die Zivilgesellschaft

Zum Ausbau des Schutzes der Demokratie wurde von der Kommission am 12. November 2025 – zusätzlich zum *European Democracy Shield* – auch die „EU-Strategie für die Zivilgesellschaft“ verabschiedet und kann *de facto* als ein komplementärer Maßnahmenkatalog zu den genannten Vorhaben im Kampf gegen Desinformation angesehen werden. Laut EU-Kommission werden drei Hauptziele verfolgt:

- „**Förderung des Engagements**“: Im Jahr 2026 solle eine neue Plattform für Zivilgesellschaft zur Förderung des Dialoges über Werte entstehen.
- „**Unterstützung und Schutz**“: Ein „Online-Wissenszentrum“ soll „Zugang zu bestehenden Projekten und Instrumenten, einschließlich verfügbarer Schutzmaßnahmen“ leichter ermöglichen.
- „**Nachhaltige, transparente Finanzierung**“: Um die Zivilgesellschaft zu stärken, wurde die Finanzierung über den MFR (2028–2034) in Aussicht gestellt. Alleine für das Programm *AgoraEU* sind 9 Mrd. EURO anberaumt worden. Generell sollen sich auch „*private Geldgeber*“ an der Finanzierung beteiligen (Europäische Kommission, 2025b).

Mit der Strategie zur Unterstützung der Zivilgesellschaft bekundet die EU-Kommission die Absicht, gesellschaftliche Strukturen im Kontext des Konfliktes „Demokratie vs. Autokratie“ zu stärken und dadurch die Resilienz gegenüber fremden Einflüssen zu erhöhen. Wie bereits erwähnt, ergänzen sich das „Demokratie-Schutzschild“ und die „Zivilgesellschaftsstrategie“. Allerdings gab es auch massive Kritik an der EU-Kommission vor allem wegen des *European Democracy Shield*. So bezeichnete der EU-Parlamentarier der NEOS, Helmut Brandstädter, das Konzept angesichts der geopolitischen Lage als unzureichend:

„The Commission’s communication is uninspiring and lacks determination. While it would be acceptable in peacetime, in the current geopolitical situation it is dangerously insufficient (Brandstädter, 2025).“

Andere Kritiker meinten wiederum, dass das Konzept vor allem US-Unternehmen hinsichtlich der Desinformation zu weit entgegengekommen ist. Befürchtungen, dass vor allem Washington einige der darin enthaltenen Maßnahmen als Einschränkung der Meinungsfreiheit interpretieren könnte, hätten das „Demokratieschutzpaket“ beeinflusst (Datta; Braun 2025). Angesichts unterschiedlicher negativer Bewertungen ist das Konzept selbst unumstritten.

Ableitungen und Fazit

In der zweiten Jahreshälfte 2025 hat die EU-Kommission konkrete Schritte gegen Desinformation gesetzt und sowohl das Konzept *European Democracy Shield*, als auch die Strategie hinsichtlich der Förderung der Zivilgesellschaft haben dabei einen Bezug zum internationalen Konfliktgeschehen, insbesondere zum Krieg in der Ukraine. Konsequenterweise muss auch die sicherheitspolitische Bewertung der künftigen Entwicklungen hinsichtlich der Bedrohungslage im Bereich der hybriden Aktivitäten im Allgemeinen und der Desinformationskampagnen im Besonderen auf der Basis von umfangreichen Analysen des Kriegsgeschehens in der Ukraine und der damit verbunden übergeordneten geopolitischen Interessenslagen sowie der generellen Konfliktdynamik auf der Ebene internationaler Beziehungen erfolgen. Dennoch muss der sicherheitspolitische Fokus auf die Situation in der Ukraine und die Absichten Moskaus gerichtet bleiben.

Trotz der zu Jahresende 2025 erfolgten Intensivierung der Friedensbemühungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine wird dieser über das Jahr 2025 hinaus fortgeführt und daher bleibt auch Desinformation als Bedrohung für die EU und ihrer Mitgliedsstaaten weiterhin von höchster Relevanz. Einige Experten gehen davon aus, dass Russland künftig als Urheber für Desinformation in EU-Staaten sogar noch stärker in Erscheinung treten könnte, da das dafür vorgesehene staatliche Budget im russischen Haushalt für das Jahr 2026 deutlich gesteigert werden soll. Gemäß Aussagen von Gisale Dornblüth im Deutschen Bundestag im November 2025 soll die Russische Föderation 2026 beabsichtigen, insgesamt 1,5 Mrd. Euro für Desinformation über „Propagandamedien“ auszugeben, was eine deutliche Erhöhung der bisherigen Finanzmittel bedeuten würde (Dornblüth, 2025). Im Mittelpunkt der Kampagnen werden vor allem weiterhin das Infragestellen der Unterstützung für die Ukraine sowie Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Sanktionen gegen Russland erwartet (Dornblüth, 2025). Dies würde wiederum bedeuten, dass erst eine Einstellung der Kriegshandlungen eine Neubewertung der Bedrohungslage zulassen würde. Jedenfalls dürften vertraglich abgesicherte Rahmenbedingungen für einen fairen Frieden in der Ukraine, eingebettet in eine stabile europäische Nachkriegsordnung, zu einer „planbaren Entspannung“ führen.

Neben staatlich gesteuerter Desinformation sind Gefahren für die gesellschaftspolitische und sozioökonomische Stabilität von Demokratien, ausgehend von nichtstaatlichen Akteuren mit ideologischen, religiösen oder kommerziellen Interessen, ebenfalls nicht zu unterschätzen. Auch in diesem Zusammenhang kann das Konfliktgeschehen auf der Ebene der internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen, wie z. B. der Krieg in Gaza und damit der Anstieg extremistischer Aktivitäten belegen. Bewusste Informationsmanipulation zu kommerziellen Zwecken hingegen könnte durch geoökonomische Spannungen eine zusätzliche sicherheitspolitische Konnotation erfahren.

Da die „methodische Anwendung“ von gezielter Informationsmanipulation generell das Vertrauen in staatliche Institutionen, aber auch in die Wissenschaft und Medien unterminiert, muss den damit verbundenen Herausforderungen mit

gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansätzen begegnet werden. Aufgrund der Tatsache, dass Desinformation zentrale Steuerungsinstrumente von Demokratien angreift, ist diese als systemische Bedrohung im „Nexusbereich“ der inneren und äußeren Sicherheit zu werten. Vor diesem Hintergrund scheint die Implementierung von Schutzmechanismen gegenüber bewussten Informationsmanipulationen, wie diese von der EU-Kommission im November 2025 präsentiert wurden, eine signifikante Systemrelevanz zu haben.

Quellen

- Borrell, Josep (2020): Der unumgängliche Kampf gegen Desinformation und Manipulation, 27.12.2020, https://www.eeas.europa.eu/eeas/der-unumg%C3%A4ngliche-kampf-gegen-desinformation-und-manipulation_de (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Brandstädter, Helmut (2025), zitiert in Politico (2025): Commission accused of setting ‘dangerous precedent’ in foreign interference plan, 12.11.2025, <https://www.politico.eu/article/european-commission-eu-digital-rules-democracy-shield-foreign-interference-plan/> (zuletzt eingesehen am 1.12.2025).
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (o. J., a): KI und gegenwärtige Cyberbedrohungen, ohne Datum und Jahr, https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Unternehmen-und-Organisationen/Cyber-Sicherheitslage/Analysen-und-Prognosen/Threat-Intelligence/Blogeinträge/KI_gegenwärtige-Cyberbedrohungen.html (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (o. J., b): Desinformation im InternetEine Bedrohung für Freiheit und Demokratie, ohne Datum und Jahr, https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/Informationen-und-Empfehlungen/Onlinekommunikation/Soziale-Netzwerke/Sichere-Verwendung/Desinformation/desinformation_node.html (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Bundeskanzleramt (o. J.): Was ist Desinformation, ohne Datum und Jahr, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/kampf-gegen-desinformation/kampf-gegen-desinformation-artikelseite.html> (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Bundesministerium für Inneres (2025): Verfassungsschutzbericht 2024 – Bundesministerium für Inneres, Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst, Bundesrepublik Österreich, Wien 2025.
- Datta, Anupriya; Braun, Elisa (2025): Commission risks blunting 'Democracy Shield' amid US sensitivities and big tech backlash, 11.11.2025, <https://www.euractiv.com/news/commission-risks-blunting-democracy-shield-amid-us-sensitivities-and-big-tech-backlash/> (zuletzt eingesehen am 1.12.2025).
- Dornblüth, Gisela (2025): Deutscher Bundestag, Experten diskutieren über Gefahren durch Desinformation, 12.11.2025, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1126566> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- European Commission (2022): Disinformation: Commission welcomes the new stronger and more comprehensive Code of Practice on disinformation, 22.6.2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_3664 (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- European Commission (2025a): The Code of Conduct on Disinformation, 13.2.2025, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/dsa-board> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- European Commission (2025b): European Democracy Shield, 12.11.2025, https://commission.europa.eu/document/download/d8a11054-90eb-4124-b668-6886f8c39bed_en?filename=JUST_template_comingsoon_standard_2.pdf (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).

- European External Action Service (2021): Questions and Answers about the East StratCom Task Force, 27.10.2021, https://www.eeas.europa.eu/eeas/questions-and-answers-about-east-stratcom-task-force_en (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- European External Action Service (2024): Rapid Alert System, ohne genaues Datum, June 2024, https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/Rapid%20Alert%20System_2024.pdf (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- European External Action Service /Delegation to Ukraine (2025): Results of pro-Russian information manipulation and disinformation monitoring targeting Ukraine-EU relations during June – August, 24.10.2025, https://www.eeas.europa.eu/delegations/ukraine/results-pro-russian-information-manipulation-and-disinformation-monitoring-targeting-ukraine-eu_en?s=232 (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Europäische Kommission (2025a): Europäisches Gremium für digitale Dienste, letztes Update am 20.11.2025, <https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/dsa-board> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Europäische Kommission (2025b): Ein Europäischer Schutzschild für die Demokratie und die EU-Strategie für die Zivilgesellschaft ebnen den Weg für stärkere und resilentere Demokratien, 12.11.2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2660 (zuletzt eingesehen am 2.12.2025).
- European Regional Research and Innovation Network (2025): European Network of Factcheckers, ohne genaues Datum, 2025, <https://errin.eu/calls/european-network-factcheckers> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Gesellschaft für Informatik (2025): Zwischen Wahrheit und Täuschung: Wie Technologie im Kampf gegen Desinformation hilft, 10.1.2025, <https://gi.de/themen/beitrag/zwischen-wahrheit-und-taeuschung> (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Jozwiak, Rikard (2025): EU 'Democracy Shield' Aims To Counter Russian Disinformation, 11.11.2025, <https://www.rferl.org/a/eu-democracy-shield-combat-foreign-interference-disinformation/33586338.html> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Kellerhoff, Sven Felix (2020): Fake-News in Krisenzeiten, 18.5.2020, <https://www.kas.de/de/web/geschichtsbewusst/essay/-/content/fake-news-in-krisenzeiten> (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Lamm, Lisa (2022): Fake News in der Antike: Schon die Alten Griechen nutzten Falschinformationen, 8.11.2025, <https://nationalgeographic.de/geschichte-und-kultur/2022/09/fake-news-in-der-antike-schon-die-alten-griechen-nutzten-falschinformationen/> (zuletzt eingesehen am 28.11.2025).
- Leichtfried, Jörg (2025) im Interview in den Vorarlberger Nachrichten: „Radikalisierung beginnt inzwischen mit zehn“, 28.11.2025, <https://www.vol.at/leichtfried-die-radikalisierung-im-kinderzimmer-beginnt-inzwischen-mit-zehn/9837431> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- Smirnova, Julia (2025): Schild, Schwert – und Social Media, 19.9.2025, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/propaganda-und-desinformation-2025/570925/schild-schwert-und-social-media/> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- WKO (2020): Fake-Mail zur „Verpflichtenden Aktualisierung Ihrer Unternehmensdaten“ im Namen der WKO, 21.11.2025, <https://www.wko.at/warnungen/fake-mail-verpflichtenden-aktualisierung-unternehmensdaten> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).
- World Economic Forum (2025): What's the real cost of disinformation for corporations?, 14.7.2025, <https://www.weforum.org/stories/2025/07/financial-impact-of-disinformation-on-corporations/> (zuletzt eingesehen am 30.11.2025).

Gemeinsame Beschaffung und Förderung der Muniti- onsproduktion in der EU

Vom Angriff Russlands auf die Ukraine bis heute

von Franz Holzer

Am 24. Februar 2022 weitete Russland seine Aggression gegen die Ukraine zur Vollinvasion aus. Spätestens zu diesem Zeitpunkt erkannte man die Ernsthaftigkeit der Lage nicht nur für die Ukraine, sondern auch für das restliche Europa und damit einen „Nachholbedarf“ bei den europäischen Armeen und der gesamten Waffenindustrie hinsichtlich Zustand, Umfang/Anzahl der Waffen, Munition und Ausrüstung sowie der Produktionsfähigkeit und -geschwindigkeit bzw. der Zusammenarbeitsfähigkeit.

Es gab deswegen – beginnend mit der Erklärung von Versailles – eine Reihe von Erklärungen, Mitteilungen, Programmen, Verordnungen, Strategien, Initiativen usw., welche u. a. zum Ziel hatten, die *European Defence Technological and Industrial Base (EDTIB)* sowie die Zusammenarbeit der Staaten zu verbessern.

Auch wenn seit dem 24. Februar 2022 sehr viel in dieser Hinsicht passiert ist, hat Europa noch großen Aufholbedarf, weil viele Initiativen und Anstrengungen erst mittel- bis langfristig greifen. Hier wird es weiterhin wichtig sein, dass die EU-Staaten politisch (möglichst) geeint bleiben, die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen, nationale Interessen – so weit wie möglich – hintanstellen und schnell entscheiden und handeln.

Einleitung

Ab Beginn der Vollinvasion von Russland am 24. Februar 2022 gab es eine Reihe von Erklärungen, Mitteilungen, Programmen, Strategien, Verordnungen, Instrumenten usw. auf europäischer Ebene, von denen in weiterer Folge auf die wichtigsten eingegangen werden soll.

Angemerkt wird, dass es natürlich vor diesem Angriffsbeginn aufgrund der „Sonderoperation“ bereits diverse Überlegungen und Reaktionen in der EU gab. So einigten sich die Europäische Union (EU) bzw. die 27 EU-Mitgliedsstaaten, welche dieses Vorgehen als völkerrechtswidrigen Angriff werteten, bereits zwei Tage vor der Invasion – in Reaktion auf die russische Unabhängigkeitsanerkennung der Separatistengebiete Donezk und Luhansk – auf ein erstes Sanktionspaket gegen Russland. Bis November 2025 folgten 18 weitere (das zwanzigste Paket ist in Arbeit).

Erklärung von Versailles

Zwei Wochen nach Kriegsbeginn fand am 10. und 11. März 2022 eine informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Versailles statt, bei welcher eine gemeinsame Erklärung erzielt wurde (vgl. Rat der Europäischen Union 2022).

In dieser verurteilte der Rat die „grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine“, sah einen Verstoß gegen das Völkerrecht und die Grundsätze der Charta der VN und eine Gefährdung der Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt. Russlands „Angriffskrieg“ wurde sogar als „tektonische Verschiebung in der Geschichte Europas“ bezeichnet.

Insgesamt wurden **Vorschläge** in drei zentralen Dimensionen herausgearbeitet:

- Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten:

Die Zusammenarbeit mit der NATO unter gewissen Voraussetzungen ist wichtig; die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten kommt durch die Beistandsklausel des Art 42 Abs. 7 EUV zum Ausdruck; mehr und besser in Verteidigungsfähigkeiten und innovative Technologien investieren; dies alles unter Beachtung des besonderen Charakters der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten (Neutralität); Erhöhung der Verteidigungsausgaben; Anreize für gemeinsame Beschaffung und Projekte; Synergien bei Verteidigungsforschung und -innovation; Stärkung der Verteidigungsindustrie, Cybersicherheit und Weltraumindustrie; Ausbau der Militärischen Mobilität;

- Verringerung der Energieabhängigkeit:

Neubewertung der Sicherheit der Energieversorgung (bzw. Ziel Klimaneutralität 2050); Beendigung der Gas-, Öl- und Kohleabhängigkeit von Russland (Nutzung LNG und Biogas; Weiterentwicklung Wasserstoffmarkt; erneuerbare Energien; Notfallplan EU, Verbund Strom-/Gasnetze

verbessern usw.); Befüllung der Gasspeicher; Verbesserung der Konnektivität mit der EU-Nachbarschaft usw.

- Aufbau einer robusteren wirtschaftlichen Basis

Wirtschaftliche Basis soll resilenter und wettbewerbsfähiger werden; Verringerung von Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Halbleitern, Gesundheit (Arzneimittel), Digitalem (KI, Cloud Computing, 5G, Schlüsseltechnologien, rechtliche Basis), Nahrungsmitteln (weniger Importe, pflanzliche Proteine); Industrieinitiativen, Ausbau der Forschungs- und Innovationskapazitäten; Ausbau der Handelsabkommen; Förderung eines Umfelds für private Investitionen.

In der Erklärung wurde die Europäische Kommission/EK (in Abstimmung mit der Europäischen Verteidigungsagentur/*European Defence Agency*, EDA) des Weiteren mit einer Analyse über die Defizite bei den Verteidigungsinvestitionen sowie um Vorschläge für Initiativen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) bis Mitte Mai 2022 beauftragt, welche sie am 18. Mai 2022 in Form der *Joint Communication on the Defence Investment Gaps Analysis and Way Forward* lieferte.

Joint Communication on the Defence Investment Gaps Analysis and Way Forward

In dieser Mitteilung werden die Folgen der jahrelangen Unterfinanzierung der Verteidigung sowie bestehende Lücken im Hinblick auf Finanzen, Industrie und Fähigkeiten im Verteidigungssektor der Union hervorgehoben. Es wird auf Lücken und Defizite in gemeinsamen militärischen Beständen und Produktionskapazitäten der Industrie hingewiesen sowie darauf, dass gemeinsame Beschaffung und Zusammenarbeit nur begrenzt stattfinden.

Bestimmte Lagerbestände sollen wieder aufgefüllt, veraltete ehemalige Militärausrüstung soll ersetzt werden.

Zusätzlich wird ein kurzfristiges Instrument vorgeschlagen, das Anreize für Mitgliedstaaten schafft, gemeinsame Beschaffungen auf freiwilliger Basis durchzuführen, um auf kooperative Weise die dringendsten und kritischsten Lücken – vor allem jene, die durch die Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine entstanden sind – zu schließen. Dies wurde durch **EDIRPA** umgesetzt.

Des Weiteren wurde eine Task Force für die gemeinsame Beschaffung im Verteidigungsbereich, bestehend aus der Europäischen Kommission, dem EEAS und der EDA, geschaffen (*Defence Joint Procurement Task Force*).

EDIRPA

Das EDIRPA ist eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 (aufgrund des Vorschlags der EK vom 19. Juli 2022) über die Einrichtung eines kurzfristigen Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung für den Zeitraum vom 27. Oktober 2023 bis zum 31. Dezember 2025. (vgl. Rat und Parlament der Europäischen Union 2023)

Bei diesem Instrument beschaffen drei oder mehr Mitgliedstaaten der EU gemeinsam Verteidigungsgüter (inklusive sanitätsdienstlicher Einsatzausrüstung) und erhalten dabei eine finanzielle Unterstützung für die damit zusammenhängenden Verwaltungskosten. Das Instrument steht auch „assoziierten Ländern“ offen, das sind Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation, die zugleich Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums sind (das sind Norwegen, Island, Lichtenstein, nicht aber die Schweiz).

Mit dem Instrument werden folgende zwei **Ziele** verfolgt:

- Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der technologischen und industriellen Basis der europäischen Verteidigung (einschließlich KMU und *Midcap*-Unternehmen) für eine resilientere und sicherere Union. Hier soll insbesondere die Anpassung der Industrie an den Strukturwandel, auch durch den Auf- und Ausbau ihrer Produktionskapazitäten und die Öffnung der Lieferketten in der gesamten Union, für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in kooperativer Weise beschleunigt werden. Damit soll die EDTIB in der Lage sein, die von den Mitgliedstaaten benötigten Verteidigungsgüter zu liefern.
- Die Förderung der Zusammenarbeit zwischen teilnehmenden Mitgliedstaaten bei Vorgängen zur Beschaffung von Verteidigungsgütern, um zur Solidarität beizutragen, Verdrängungseffekte zu verhindern, die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben zu erhöhen und gegen eine übermäßige Fragmentierung vorzugehen. Ziel ist letztlich eine stärkere Standardisierung der Verteidigungssysteme und bessere Interoperabilität der Fähigkeiten der Mitgliedstaaten, ohne die Wettbewerbsfähigkeit und die Vielfalt der Güter, die den Mitgliedstaaten und in der Lieferkette zur Verfügung stehen, zu beeinträchtigen.
- Die **Finanzausstattung** für die Durchführung des Instruments beträgt im Geltungszeitraum ca. 310 Mio. EUR und wird für technische und administrative Hilfe bei der Durchführung des Instruments eingesetzt, darunter für die Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Prüfung und Evaluierung, einschließlich für betriebliche IT-Systeme – das heißt keine Förderung für die Bezahlung der Verteidigungsgüter selbst. Die Finanzhilfen werden in Form von nicht mit Kosten verknüpften Finanzierungen (*Financing not linked to costs*) gewährt und sind mit 15 % des geschätzten Werts des gemeinsamen Beschaffungsauftrags je Konsortium begrenzt (bis 20 %, wenn Empfänger der Produkte Ukraine oder Moldau sind bzw. Vergabe an KMUs und *Midcaps*).

Es gibt diverse **Zuschlagskriterien**, welche sich im Arbeitsprogramm widerspiegeln und die über einen allfälligen Zuschlag bzw. die Förderhöhe entscheiden. Dies betrifft z.B. die Anzahl der teilnehmenden Staaten; den geschätzten Wert der gemeinsamen Beschaffung; den Beitrag der Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Anpassung, Modernisierung oder Weiterentwicklung der EDTIB, den Beitrag zur Wiederauffüllung der Lagerbestände, Auf- oder Ausbau von Produktionskapazitäten, die Beteiligung von KMU und *Midcap*-Unternehmen, die Einrichtung neuer grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Auftragnehmern und Unterauftragnehmern in Lieferketten der gesamten Union.

An der gemeinsamen Beschaffung beteiligte Auftragnehmer und Unterauftragnehmer sollen ihren Sitz und ihre Leitungs- und Verwaltungsstrukturen in der Union oder in einem assoziierten Land haben. Sie dürfen nicht der Kontrolle durch ein nicht assoziiertes Drittland oder einen Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlandes unterliegen. Ansonsten müssen sie sich einer speziellen Überprüfung¹⁴ und erforderlichenfalls Risikominderungsmaßnahmen unterziehen.

Wird ein in der Union oder in einem assoziierten Land niedergelassener Rechtsträger von einem nicht assoziierten Drittland oder einem Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlandes kontrolliert, darf es nur dann an der gemeinsamen Beschaffung teilnehmen, wenn es bestimmte Garantien vorlegt (durch Aufnahmestaat überprüft; Zusicherung, dass Teilnahme den Sicherheits- und Verteidigungsinteressen der Union und der Mitgliedstaaten gemäß Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik nicht zuwiderläuft; keine Ausübung der Kontrolle über den Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer in einer Weise, dass dessen Fähigkeit, den Auftrag zu erfüllen und Ergebnisse zu erbringen, gehemmt oder einschränkt wird; kein Zugang eines nicht assoziierten Drittlandes oder eines Rechtsträgers eines nicht assoziierten Drittlandes zu Verschlusssachen; Angestellten oder sonstigen an der gemeinsamen Beschaffung beteiligten Personen müssen über eine von einem Mitgliedstaat ausgestellte Sicherheitsüberprüfungsbescheinigung verfügen).

Umgesetzt wird dies durch ein mehrjähriges **Arbeitsprogramm** der Europäischen Kommission, in dem alle MS vertreten sind und mitentscheiden. In diesem findet man u. a. den finanziellen Mindestumfang der gemeinsamen Beschaffungsmaßnahme, den aus dem Beitrag der Union für jede der betreffenden Finanzierungsprioritäten bereitgestellten Gesamtbetrag; eine Beschreibung der Maßnahmen, in deren Rahmen zusammengearbeitet wird, den geschätzten Wert der gemeinsamen Beschaffung, Etappenziele und an diese gekoppelte auszuzahlende Finanzierungsbeträge.

Das Arbeitsprogramm wurde am 15. März 2024 beschlossen und es folgte daraufhin die Ausschreibung in drei Bereichen (*Ammunition ((e.g. small arms, artillery ammunition, mortars, rockets)); Air and missile defence; Platforms and replacement of legacy*

¹⁴ gem. Verordnung (EU) 2019/452.

systems). Mit dem Ende der Bewerbungsfrist gaben EU-Staaten inkl. Norwegen 12 Bewerbungen bis 25. Juli 2024 ab.

Mit 14. November 2024 wurden folgende **fünf Projekte** von der EK ausgewählt, jedes im Umfang von 60 Mio. EUR, somit 300 Mio. EUR Gesamtumfang (vgl. Europäische Kommission 2024):

- ***Procurement of air and missile defence systems:***

„Mistral“ very short-range air defence systems von neun Mitgliedsstaaten (Frankreich, Belgien, Zypern, Estland, Spanien, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Dänemark),

Projekt „JAMIE“ (Joint Air Missile Defence Initiative in Europe) - IRIS-T SLM medium-range air defence systems von sechs Staaten (Deutschland, Slowenien, Bulgarien, Österreich, Estland, Lettland).

- ***Procurement of modern armoured vehicles:***

Common Armoured Vehicle System (CAVS), für gehärteten Truppentransport von vier Staaten (Finnland, Lettland, Schweden, Deutschland).

- ***Procurement of ammunition:***

Unterschiedliche Arten von 155mm Artilleriemunition im Projekt „CPoA 155mm“ mit sechs Staaten (Niederlande, Italien, Polen, Litauen, Dänemark, Kroatien),

Projekt „HE 155mm“ mit vier Staaten (Deutschland, Dänemark, Niederlande, Estland).

Three-Track-Approach/dreigleisiger Ansatz

Aufgrund der Gespräche beim *Special European Council* am 9. und 10. Februar 2023 sowie eines danach eingereichten *Non-papers* beschloss der Rat der EU auf Vorschlag des *High Representative* (HR) Borrell am 20. März 2023 die Note „***Speeding up the delivery and joint procurement of ammunition for Ukraine***“¹⁵, in welcher ein dreigleisiger Ansatz festgelegt wurde. Das Hauptziel war die Lieferung einer Million Stück Artilleriemunition an die UKR innerhalb eines Jahres (bis März 2024). Dieser Ansatz umfasst **drei Handlungsstränge/Tracks**:

Track 1

Die MS sollen Boden-Boden- und Artilleriemunition aus bestehenden Beständen an die Ukraine liefern. Hierfür sollen die MS durch die Europäische Friedensfazilität/EFF (*European Peace Facility*/EPF) im Rahmen der CD 2022/338 (letal) für die erfolgten Lieferungen zu einem bestimmten Prozentsatz entschädigt werden („Reimbursement“).

Nicht einmal einen Monat später, am 13. April 2023, verabschiedete der Rat den GASP-Beschluss (CFSP) 2023/810, mit dem (in Abänderung des Beschlusses (CFSP) 2022/338 über letale Unterstützung der Ukraine) festgelegt wurde, dass die Lieferung von Boden-Boden-Munition und Artilleriegeschossen sowie Flugkörpern aus bestehenden Lagerbeständen oder aus der Neufestlegung der Prioritäten bei bestehenden Aufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums bis zu 1 Mio. EUR förderfähig ist.

¹⁵ Beschluss (EU) 2023/7632 des Rates.

Track 2

Die EU-Staaten sollen schnellstmöglich gemeinsam 155mm-Munition (und, wenn gefordert, Flugkörper) von der europäischen Verteidigungsindustrie (und Norwegen) bis 30. September 2023 beschaffen. Dies soll im Rahmen bestehender EDA-Kategorie B-Projekte passieren (siehe Folgekapitel „EDA – Collaborative Procurement“) oder durch gemeinsame Beschaffungsprojekte mit einer *Leadnation*. Finanziert soll dies durch eine Assistenzmaßnahme im Rahmen der EPF werden.

Am 5. Mai 2023 wurde vom Rat eine diesbezügliche Unterstützungsmaßnahme beschlossen (CD 2023/927), wonach vorangeführte Beschaffungen in der Höhe von 1 Mio. EUR gefördert werden. Die Lieferketten dieser Unternehmen können auch Unternehmen umfassen, die außerhalb der EU oder Norwegens niedergelassen sind oder produzieren. Die Maßnahme wird sich auch auf Lieferungen von Munition und Flugkörpern erstrecken, die in der EU oder in Norwegen eine wichtige Fertigungsstufe durchlaufen haben, welche die Endmontage umfasst.

Track 3

Die EK wurde ersucht, Vorschläge für den Ausbau der Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie, die Sicherung der Lieferketten, die Erleichterung von effizienten Beschaffungsverfahren, die Behebung von Engpässen bei den Produktionskapazitäten und die Förderung von Investitionen zu machen.

Diese Vorgaben wurden umgesetzt, indem die EK am 3. Mai 2023 einen Entwurf für einen „Act in Support of Ammunition Production“ (ASAP) präsentierte, der am 20. Juli 2023 beschlossen wurde.

EDA – Collaborative Procurement

Aufgrund von Vorschlägen von an der EDA teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten („participating Member States“/pMS) wurden durch Beschluss des Lenkungsausschusses der EDA (*Steering Board*)¹⁶ die Projekte „Collaborative Procurement of Ammunition“ („CPoA“), „Collaborative Procurement of Soldier Equipment“ („CPoSoEq“) und „Collaborative Procurement of CBRN“ („CPoCBRN“) als EDA Ad-Hoc-Kategorie B-Projekte eingerichtet und im März 2023 beschlossen (SB 2023/003). Die Ausarbeitungszeit dieser seinerzeit komplett neuen Materie betrug nur wenige Monate (November 2022 bis März 2023).

Diese drei Projekte wurden durch die meisten EU-MS am 20. März 2023 (CPoA) sowie am 22. Juni 2023 unterschrieben (nunmehr „contributing Member States“/cMS). Mit Stand 27. März 2024 hatten alle 27 EU-Staaten und Norwegen das „Project Arrangement“ (PA) zu CPoA unterzeichnet (vgl. European Defence Agency 2023a).

Das übergeordnete Ziel des Projekts ist es, cMs bei ihren Bemühungen um die Beschaffung von Munition zu unterstützen. Das spezifische Ziel des Projekts ist die Durchführung gemeinsamer Beschaffungen verschiedener Munitionstypen

¹⁶ SB 2023/002 vom 21. Februar 2023.

und -kaliber im Namen der cMs und zur allfälligen Unterstützung der Umsetzung von Ratsbeschlüssen (z. B. EDIRPA). Die EDA fungiert dabei als Auftraggeber, Verwaltungsorgan und Bestellstelle. Die Staaten geben hier „Written orders“ ab, welche von der EDA zusammengefasst und als „Order Form“ an die Wirtschaft weitergegeben werden. Später wird ein Rahmenvertrag/ „Framework agreement“ geschlossen. Nach einer Vorfinanzierung durch die MS, Produktion und Lieferung, sowie der Abgabe eines „Certificate of Acceptance“ durch den Empfängerstaat wird die restliche Zahlung fällig (bis dahin Bankgarantie von EDA).

Beschafft werden können verschiedene Munitionsarten (einschließlich der Munitionskomponenten) wie Panzermunition, Artilleriemunition, Mörsermunition, Maschinenkanonenmunition, Kleinwaffenmunition und Panzerabwehrmunition. Die Kaliber reichen von 5,56mm bis 155mm.

Gewählt werden kann zwischen einem zweijährigen Schnellverfahren („short track“) für 155mm Artilleriegeschosse (*all up-rounds*) und einem siebenjährigen Projekt für alle o. a. Munitionsarten.

Die gemeinsame Beschaffung von Munition kann durch insgesamt größere Bestellmengen zu erheblichen Kosteneinsparungen – insbesondere für kleinere Länder – führen. Darüber hinaus können gemeinsame Nachfrage und Beschaffung die Sicherheit der Lieferketten verbessern, Lieferzeiten optimieren und eine bessere und effizientere Lagerverwaltung ermöglichen.

Unter uneingeschränkter Wahrung souveräner nationaler Entscheidungen und unbeschadet der spezifischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Mitgliedstaaten kann das Projekt zur Aufstockung der nationalen Munitionsbestände der Mitgliedstaaten und/oder zur Unterstützung der Ukraine genutzt werden (die Einhaltung neutralitätsrechtlicher Verpflichtungen ist also gewährleistet).

Bis dato haben viele EU-Staaten in beiden Verfahren bestellt und es wurden zahlreiche Rahmenverträge abgeschlossen. Einzelheiten unterliegen der Vertraulichkeit, die PAs sind nicht öffentlich (vgl. European Defence Agency 2023b).

ASAP

Mit der Verordnung (EU) 2023/1525 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 2023 zur Förderung der Munitionsproduktion – **Regulation on supporting ammunition production** (ASAP) – wird eine Reihe von Maßnahmen eingeführt und eine Mittelausstattung festgelegt, mit denen die Reaktionsfähigkeit der EDTIB rasch gestärkt werden soll, um die rechtzeitige Verfügbarkeit und Lieferung von Boden-Boden- und Artilleriemunition sowie Flugkörpern sicherzustellen (vgl. Europäische Kommission 2025a).

Dies erfolgt durch ein **Instrument** zur finanziellen Unterstützung der Stärkung der Industrie bei der Produktion der maßgeblichen Verteidigungsgüter in der Union, aber auch durch die Lieferung von deren Bestandteilen sowie die Ein-

führung von Mechanismen, Grundsätzen und befristeten Vorschriften zur Sicherstellung der rechtzeitigen und dauerhaften Verfügbarkeit der maßgeblichen Verteidigungsgüter für ihre Erwerber in der Union.

Diese Verstärkung der Industrie besteht insbesondere darin, die Anpassung der Industrie an die durch die Versorgungskrise bei den maßgeblichen Verteidigungsgütern erzwungenen raschen Strukturveränderungen einzuleiten und zu beschleunigen. Dies ist notwendig, um die Munitions- und Flugkörperbestände der Mitgliedstaaten und der Ukraine zügig aufzufüllen. Unter **föderfähige Maßnahmen** fallen hierbei u. a. Optimierung, Ausweitung, Modernisierung, Verbesserung oder Umwidmung vorhandener oder Schaffung neuer Produktionskapazitäten (Fertigungsstraßen, auch Produktionsvorlaufzeiten, Erwerb von Werkzeugmaschinen usw.); Aufbau grenzübergreifender Industriepartnerschaften (auch zur Koordinierung der Produktionskapazitäten und -pläne); Aufbau und Bereitstellung einer Reserve zusätzlicher Produktionskapazitäten für maßgebliche Verteidigungsgüter (inklusive Bestandteile und Rohstoffe); Prüfung und eventuell Zertifizierung von Verteidigungsgütern, um ihrer Veralterung entgegenzuwirken; Schulung, Neu- oder Weiterqualifizierung von Personal; Verbesserung des Zugangs von in der Produktion oder Bereitstellung von Verteidigungsgütern tätigen Wirtschaftsakteuren zu Finanzmitteln usw.

Die **Finanzausstattung** für die Durchführung des Instruments beträgt 500 Mio. EUR (zu jeweiligen Preisen) für den Zeitraum vom 25. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2025.

Die Förderung darf auch für technische und administrative Hilfe bei der Durchführung des Instruments eingesetzt werden (z. B. Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Prüfung und Evaluierung, betriebliche IT-Systeme).

Bis zu 50 Mio. EUR dürfen für eine Mischfinanzierungsmaßnahme im Rahmen eines Aufstockungsfonds („Ramp-up-fund“) verwendet werden (durch Fremdfinanzierungen wird eine Hebelwirkung zur Steigerung der Herstellungskapazitäten notwendiger Investitionen erreicht).

Der **Finanzierungssatz** beträgt bis zu 35 % der föderfähigen Kosten bei Verteidigungsgütern und bis zu 40 % bei Bestandteilen und Rohstoffen. Zusätzlich gibt es Boni von je 10 % für grenzübergreifende Zusammenarbeit, Aufträge durch mindestens drei Mitgliedstaaten oder assoziierte Länder, Aufträge durch mindestens einen Mitgliedstaat zwecks Verbringung in die Ukraine oder wenn der Begünstigte ein KMU oder *MidCap* ist.

Föderfähige Rechtsträger sind solche, die in staatlichem oder privatem Eigentum handeln, in der Union oder in assoziierten Ländern niedergelassen sind und deren Leitungsstrukturen in der Union oder in assoziierten Ländern ansässig sind. Diese Empfänger dürfen – ähnlich wie bei EDIRPA – entweder nicht der Kontrolle durch ein nicht assoziiertes Drittland/Rechtsträger unterliegen, oder sie müssen sich einer speziellen Überprüfung und erforderlichenfalls entsprechenden Maßnahmen zur Risikominderung unterziehen.

Wird ein Unternehmen von einem nicht assoziierten Drittland oder einem Rechtsträger eines nicht assoziierten Drittlandes kontrolliert und keiner Überprüfung im Sinne der Verordnung (EU) 2019/452 und erforderlichenfalls entsprechenden Maßnahmen zur Risikominderung unterzogen, hat der Mitgliedstaat oder das assoziierte Land spezielle Garantien vorzulegen.

Nach festgelegtem Arbeitsprogramm, Durchführung der Ausschreibungen („Calls“) in fünf Kategorien und Bewertung durch die EK hat diese in nachstehenden Kategorien **Zuschläge** („Award Decisions“) für 31 Projekte in der Höhe von insgesamt ca. 512,8 Mio. EUR erteilt¹⁷:

- *Explosives with a project portfolio budget of about €124 million;*
- *Powder with a project portfolio budget of about €248 million;*
- *Shells with a project portfolio budget of about €90 million;*
- *Missiles with a project portfolio budget of about €50 million;*
- *Testing and reconditioning certification of about €2 million.*

Zusätzlich gibt es eine Reserveliste mit 11 Projekten, die gefördert werden können, wenn es weitere Geldmittel geben würde oder vorangeführte Projekte die Förderung verlieren würden.

EDIS

Die **European Defence Industrial Strategy** (EDIS) ist eine gemeinsame Mitteilung (*Joint Communication*) der Europäischen Kommission und des Hohen Repräsentanten vom 5. März 2024 an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich: Erreichen der Verteidigungsbereitschaft der EU durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie“¹⁸.

EDIS wurde in einem umfassenden Konsultationsprozess zwischen der Kommission – gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und in Abstimmung mit der Europäischen Verteidigungsagentur – und den Mitgliedstaaten, der Verteidigungsindustrie, dem Finanzsektor sowie *Think Tanks* und Hochschulen erarbeitet. Diese Konsultationen wurden durch ca. 270 Beiträge von über 90 Interessengruppen und durch Workshops und Treffen ergänzt (es gab sogar ein Treffen mit Vertretern der Ukraine).

Das Strategiepapier sieht grob folgende **sechs Bereiche** und Ideen vor (vgl. Europäische Union 2024b):

- „Erreichung der Verteidigungsbereitschaft durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie“ (Abschnitt 1) sowie „Sicherstellung der Verfügbarkeit: eine reaktionsfähige EDTIB unter allen Umständen und für jeden Zeithorizont“ (Abschnitt 3):

¹⁷ C (2024)3928 vom 07.06.2024.

¹⁸ JOIN (2024) 10.

- Förderung von Investitionen in flexible Produktionskapazitäten
- Unterstützung der Drohnenproduktion
- Finanzierung von KMU und kleinen mittelständischen Unternehmen über den Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Verteidigungslieferkette/*Fund to Accelerate Defence Supply Chain Transformation (FAST)*
- EU-Regime zur Versorgungssicherheit zur Behebung von Spannungen entlang der Lieferketten und zur Identifizierung von Engpässen
- Kontinuierliche Unterstützung der Forschung zu zukunftsfähigen Verteidigungsfähigkeiten
- EU-Büro für Verteidigungsinnovationen in Kiew
- „Steigerung der Bereitschaft durch Investitionen: Mehr, besser, gemeinsam, in Europa“ (Abschnitt 2):
 - Eine neue gemeinsame Programm- und Beschaffungsfunktion durch die Schaffung eines Verteidigungsindustrie-Bereitschaftsrates (*Defence Industrial Readiness Board*) und einer hochrangigen europäischen Verteidigungsindustriegruppe
 - Finanzielle Unterstützung der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bei der Beschaffung durch die EDTIB
 - Struktur für das Europäische Rüstungsprogramm/*Structure for European Armament Programme (SEAP)* zur Erleichterung der Verteidigungs-Kooperation der EU-Mitgliedstaaten
 - Vorbereitung eines europäischen Mechanismus für Militärverkäufe (*European Military Sales Mechanism*) zur Verbesserung der Verfügbarkeit von EU-Ausrüstung
 - Initiierung europäischer Verteidigungsprojekte von gemeinsamem Interesse (*European Defence Projects of common Interest*)
- „Finanzierung der Ambitionen der Union im Hinblick auf die industrielle Bereitschaft im Verteidigungsbereich“ (Abschnitt 4):
 - Vorgeschlagenes Europäisches Verteidigungsindustrieprogramm („European Defence Industry Programme“, EDIP) mit einem Budget von 1,5 Mrd. EUR
 - Gespräche mit den Mitgliedstaaten über den Finanzbedarf der EU im Vorfeld des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFF).
- „Etablierung einer Kultur der Verteidigungsbereitschaft – auch über alle Politikbereiche der EU hinweg“ (Abschnitt 5):
 - Die EIB-Gruppe wird aufgefordert, ihre Kreditvergabepolitik zu überprüfen.
 - Die Verteidigungsindustrie soll im gesamten Finanzsektor gefördert werden.
 - Die Aufnahme bzw. Beibehaltung der Verteidigungsbereitschaft, -sicherheit und -resilienz als explizites Ziel in künftigen relevanten EU-Programmen wird erwogen.
- Erreichung von Bereitschaft und Resilienz durch Partnerschaften (Abschnitt 6):

- Förderung der Beteiligung der Ukraine an den Programmen der Union für die Verteidigungsindustrie
- EU-Ukraine-Forum für die Verteidigungsindustrie 2024
- Intensivierung des strukturierten Dialogs mit NATO-Mitarbeitern

Konkrete **Zielvorgaben** für Mitgliedstaaten in EDIS sind u. a., dass

- der Wert des Handels mit Verteidigungsgütern innerhalb der EU bis 2030 mindestens 35 % des Werts des EU-Verteidigungsmarkts ausmachen soll (wurde bereits 2007 vom EDA-Lenkungsausschuss auf Ministerebene festgelegt; der EU-Verteidigungsmarkt ist zwischen 2017 und 2023 nämlich um 64 % gewachsen, der Handel mit Verteidigungsgütern zwischen den Mitgliedstaaten beträgt aber nur 15 % des Gesamtwerts des EU-Verteidigungsmarkts),
- bis 2030 mindestens 50 % und bis 2035 60 % der Verteidigungsinvestitionen in der EU getätigt werden sollen (seit 2022 wurden fast 80 % der Verteidigungsinvestitionen der Mitgliedstaaten bei Lieferanten aus Drittländern getätigt, gegenüber etwa 60 % vor dem Krieg);
- bis 2030 mindestens 40 % der Verteidigungsgüter gemeinsam beschafft werden sollen.

White Paper for European Defence – Readiness 2030

Die EK und der HR haben am 19. März 2025 ein Weißbuch für die europäische Verteidigungsbereitschaft 2030 vorgelegt (vgl. Europäische Kommission 2025d).

Ausgehend von neuen Bedrohungen und einem sich ändernden Umfeld (Nordafrika, Mittlerer Osten – Gefahr von *Spill-over*-Effekten durch Krieg, Migration, Klimawechsel; Arktis; Unterstützung durch USA; Terrorismus; Extremismus; Hybride Angriffe; Verbrechergruppen; Cyberkriminelle; Russland–Ukraine; China; kritische Rohstoffe usw.) wurden aufgrund von erkannten Lücken **sieben Bereiche von Verteidigungsfähigkeiten** erkannt, welche für eine starke europäische Verteidigung wichtig sind:

1. Luft- und Raketenabwehr: Integrierter Schutzschild gegen alle Bedrohungen aus der Luft (Raketen, Flugzeuge, unbemannte Luftfahrtssysteme) mit NATO-Führungs- und Kontrollintegration
2. Artilleriesysteme: Fortschrittliche Feuersysteme mit moderner Artillerie und Präzisionsraketen mit großer Reichweite
3. Munition und Raketen: Strategische Reserven mit ausreichender Produktionskapazität für eine zeitnahe Nachschubversorgung
4. Drohnen und Drohnenabwehrsysteme: Umfassende Flotte unbemannter Systeme (Luft, Land, Oberfläche, Unterwasser) mit autonomen Fähigkeiten
5. Militärische Mobilität: EU-weites Transportnetz für die schnelle Verlegung von Truppen und Ausrüstung
6. KI, Quanten-, Cyber- und Elektronische Kriegsführung: Fortschrittliche Systeme zur Kontrolle des elektromagnetischen Spektrums und für Cyberoperationen
7. Strategische Unterstützung und Schutz: Strategische Lufttransportkapazitäten, Luftbetankung, maritime Lage erfassung, Kampffähigkeiten und Grenzsicherung.

Die **europäische Verteidigungsindustrie** soll gestärkt werden durch:

- Aggregierte Nachfrage zur Steigerung der Produktionskapazitäten der Verteidigungsindustrie (Förderung einer systematischeren Bündelung der Nachfrage der Mitgliedstaaten, Stärkung des Dialogs mit der Industrie);
- Reduktion der Abhängigkeiten und Gewährleistung der Versorgungssicherheit (Beobachtungsstelle für kritische Technologien zur Identifizierung von Materialien und Entwicklung von *Roadmaps*, Diversifizierung der Bezugsquellen und Entwicklung europäischer Alternativen);
- Aufbau eines echten EU-weiten Verteidigungsmarktes, Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften (Schaffung eines der größten globalen Verteidigungsmärkte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, Ermöglichung grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Förderung von Startups, Fokus auf Beschaffung, Transfers, Zertifizierung und Genehmigungsverfahren; bis Juni 2025: Die Kommission wird einen Vorschlag zur Vereinfachung des Verteidigungs-Omnibusses vorlegen);
- Transformation der Verteidigung durch disruptive Innovationen (Unterstützung fortschrittlicher Fertigungsprozesse und der Integration von KI, Schaffung eines günstigen regulatorischen Umfelds für Investitionen in Verteidigungstechnologien; die EU wird eine europäische Rüstungstechnologie-Roadmap vorlegen);
- Kompetenzen und Talente für Innovationen (Ein großangelegter Ausbau der Verteidigungsindustrie erfordert, dass die Industrie deutlich mehr Talente gewinnt, ausbildet, beschäftigt, weiterbildet und umschult; Aufbau von Expertise in MINT-Fächern und autonomen Systemen, Cybersicherheit und Informatik).

Die **Ukraine** soll durch **3 Aktionen unterstützt** werden:

- Die militärische Unterstützung für die Ukraine und andere Formen der Hilfe werden im Einklang mit den Sicherheitsverpflichtungen der EU und der Initiative des HR für die Ukraine verstärkt, z. B. Verbesserung der Munitions-, Luftverteidigungs- und Drohnenlieferungen sowie die direkte Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie und einen verbesserten Zugang zu Weltraumdiensten.
- Die Ukraine soll in EU-Initiativen zur Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten eingebunden werden. Dies beinhaltet die Einladung an die Ukraine, ihre Verteidigungsprioritäten und operativen Bedürfnisse mitzuteilen, damit diese in die Prioritäten der EU zur Fähigkeitsentwicklung einfließen können, eine mögliche Erweiterung der Verwaltungsvereinbarung der Europäischen Verteidigungsagentur mit der Ukraine sowie die Förderung der Beteiligung der Ukraine an EU-Initiativen, einschließlich der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSC/PESCO) und der Koordinierten Jährlichen Überprüfung der Verteidigung (CARD).

- Die Integration der ukrainischen Verteidigungsindustrie in die EDTIB wird angestrebt, unter anderem durch die Annahme und Umsetzung des Ukraine-Unterstützungsinstruments (USI) im Rahmen von EDIP und den Ausbau des EU-Büros für Verteidigungsinnovationen. Darüber hinaus wird die EU eine EU-UA-Taskforce einrichten, um die bereits von bestehenden Gremien (z. B. der Clearingstelle des EU-Militärstabs, der Ukraine-Verteidigungskontaktgruppe) geleistete Arbeit zu koordinieren und zu verstärken sowie eine engere industrielle Zusammenarbeit zu fördern.

Das Weißbuch möchte die Sicherheit Europas weiters durch **Partnerschaften** stärken:

- Die Partnerschaft zwischen EU und NATO weiter stärken.
- Intensivierter bilateraler Dialog zwischen EU und USA zu Sicherheit und Verteidigung in Bereichen wie Cybersicherheit und maritimer Sicherheit sowie zur Erörterung von Beschaffungsfragen.
- Vertiefung der Zusammenarbeit bei gemeinsamer Beschaffung und in Vorzeigeprojekten mit Norwegen.
- Intensivierung der Sicherheits- und Verteidigungskooperation mit dem Vereinigten Königreich.
- Stärkung der transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation mit Kanada.
- Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungskooperation mit den Partnern im Indopazifik (Indien, Japan, Republik Korea und Australien).

Zusätzlich soll es einen Anstieg bei den **Verteidigungsausgaben** durch bestimmte Aktionen – welche deckungsgleich mit dem „ReArm Europe Plan/Readiness 2030“ sind – geben.

ReArm Europe Plan/Readiness 2030:

Dieser Plan wurde von EK-Präsidentin Ursula von der Leyen am 4. März 2025 (vor dem Europäischen Rat am 6. März) präsentiert und von den Staaten voll unterstützt. Er hieß zuerst nur „ReArm Europe“, wurde nach Einspruch/Befürchtungen von Spanien und Italien aber mit „Readiness 2030“ ergänzt. (vgl. Europäische Union 2025b)

Mit ihm sollen unter Einsatz aller sofort verfügbaren Hebel bis zu 800 Mrd. EUR für Verteidigungsinvestitionen mobilisiert werden können. „ReArm“ beruht auf folgenden **Säulen**:

- **National Escape Clause:** Möglichkeit von Staaten zur Aktivierung der nationalen Ausnahmeregelung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von bis zu 1,5 % des BIP für zusätzliche Verteidigungsausgaben für mindestens vier Jahre ab 2025 (bis 2028), Referenzjahr ist 2021. Dadurch könnten in den EU-Mitgliedstaaten bis zu 650 Mrd. Euro mobilisiert werden. Der Rat der EU hat am 8. Juli 2025 diese Flexibilitätsregelung für 15 EU-Mitgliedstaaten aktiviert (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) und im Oktober für Deutschland genehmigt. Für

die anderen EU-Staaten ist es weiterhin möglich, Anträge zu stellen (vgl. Rat der Europäischen Union 2025a).

Die Nutzung dieser Ausnahmeregelung soll zur Stärkung der Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten der Europäischen Union beitragen und die allgemeine Verteidigungsbereitschaft der EU stärken, strategische Abhängigkeiten verringern, Lücken bei kritischen Fähigkeiten schließen und die EDTIB in der gesamten Union stärken.

- **Security Action for Europe (SAFE):** Am 27.5.2025 nahm der Rat der EU mit Council Regulation (EU) 2025/1106 ein neues Finanzinstrument der EU zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Steigerung ihrer Verteidigungsinvestitionen (gemäß Artikel 122 AEUV: ermöglicht eine außerordentliche Reaktion auf außergewöhnliche Umstände) an. Die EU wird den Mitgliedstaaten bis zu 150 Mrd. Euro an langfristigen Darlehen für die gemeinsame Beschaffung (durch zumindest zwei Staaten oder durch einen Staat mit Erweiterung auf bestimmte andere Staaten wie EFTA, Ukraine usw.) unter bestimmten Voraussetzungen (Kauf von EU-Staaten, UKR oder EFTA-Staaten; Anteil dieser Staaten am Produkt von mind. 65 % usw.) bereitstellen, um eine rasche und deutliche Erhöhung der Investitionen in die europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu ermöglichen. Derzeit haben 19 EU-Staaten Interesse gezeigt und es gibt auch schon eine vorläufige Aufteilung auf diese Staaten (vgl. Europäische Kommission 2025c).
- Erhöhte Beiträge der **Europäischen Investitionsbank** (EIB) zur Unterstützung von Verteidigungs- und Sicherheitsprojekten. Zusätzlich sollen **privates Kapital** von der Verteidigungsindustrie mobilisiert, sowie die **Spar- und Investitionsunion** gestärkt werden. Letztere wird die Mobilisierung privater Ersparnisse vereinfachen und für diejenigen, die in diese Sektoren investieren möchten, Investitionen in kritische Wirtschaftszweige wie die Verteidigung lenken. Die Spar- und Investitionsunion zielt im Übrigen darauf ab, den Bürgern der EU bessere finanzielle Möglichkeiten zu bieten.

Hierzu beschloss der Verwaltungsrat der EIB-Gruppe im März 2025 den Umfang der Tätigkeiten im Bereich Sicherheit und Verteidigung, die für eine Finanzierung in Betracht kommen, auszuweiten. Nun können auch militärische Ausrüstung, Infrastruktur, Dienstleistungen und Technologien finanziert werden, Waffen und Munition weiterhin nicht. Die Sicherheit und die Verteidigung Europas gehören nun auch zu den strategischen Prioritäten der EIB (nunmehr EIB-Querschnittsziel).

Des Weiteren beschloss die EIB im Juni 2025, die Finanzierungen über Finanzintermediäre, die den Lieferanten der europäischen Verteidigungsindustrie zur Verfügung stehen, auf 3 Mrd. Euro zu verdreifachen. Die Aufstockung potenzieller EIB-Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in der Verteidigungsindustrie soll ihnen helfen, die Finanzierungshindernisse zu überwinden, mit denen viele von ihnen konfrontiert sind.

Preserving Peace – Defence Readiness Roadmap 2030:

Im Oktober 2025 stellten die EK und die Hohe Vertreterin (HV) unter dem Titel „**Frieden sichern: Fahrplan für die Verteidigungsbereitschaft 2030**“ den vom Europäischen Rat geforderten umfassenden Plan zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten vor – JOIN (2025) 27, 16.10.2025.

Hierbei werden unter anderem vier „European Defence Flagships“ vorgeschlagen: *Eastern Flank Watch, European Drone Defence Initiative, European Air Shield, European Space Shield*.

Zusätzlich wird vorgeschlagen, dass Mitgliedstaaten Fähigkeiten-Koalitionen bilden und so Fähigkeitslücken schließen.

Man möchte des Weiteren die Resilienz der Lieferketten sichern, das volle Potenzial für Innovationen im Verteidigungsbereich ausschöpfen und Industriekapazitäten nachverfolgen. Insgesamt sollen Verteidigungsinvestments gesteigert werden. (vgl. Europäische Union 2025a)

Mini-Omnibus

Das sogenannte „**Mini-Omnibus-Paket für Verteidigung**“ ist ein Paket mit Änderungen an Rechtsvorschriften, das die EK im April 2025 vorgeschlagen hat, damit bestehende EU-Fonds, die normalerweise zur Unterstützung der regionalen Entwicklung, der Innovation und der Industrie usw. dienen sollen, leichter auch für die Stärkung der Verteidigungsindustrie der EU verwendet werden können (dies auch in Umsetzung von „*ReArm Europe*“).

Geändert wurden hierfür am 5. November 2025 (vorläufige Einigung Rat und Parlament) die Verordnungen: das Programm „*Digitales Europa*“, der Europäische Verteidigungsfonds (Einbeziehung der Ukraine), die Fazilität „*Connecting Europe*“, die Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) und Horizont Europa (vgl. Rat der Europäischen Union 2025c).

Defence Readiness Omnibus

Am 17. Juni 2025 hat die EK das Omnibus-Paket zur Verteidigungsbereitschaft – ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung des Rechts- und Verwaltungsrahmens im Verteidigungssektor – vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird derzeit vom Rat der EU und dem Europäischen Parlament geprüft. Das Paket umfasst eine Reihe legislativer und nichtlegislativer Vorschläge, die sowohl verteidigungsspezifische als auch umfassendere Regelungsbereiche abdecken (vgl. Europäisches Parlament 2025).

EDIP

Das ***European Defence Industry Programme*** (EDIP) wird eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates sein. Nach dem seinerzeitigen Vorschlag der EK (5. März 2024) gibt es derzeit eine vorläufige Einigung von Rat

und Parlament vom 16.10.2025, d. h., das Dokument muss noch von beiden Institutionen einzeln beschlossen und später unterzeichnet werden, damit es in Kraft treten kann (vgl. Rat der Europäischen Union 2025b, 2024).

EDIP legt einen **Haushalt** für den Zeitraum von 2025 bis 31.12.2027 fest und enthält eine Reihe von **Maßnahmen** zur Unterstützung der Verteidigungsindustrie und der industriellen Bereitschaft der Union und ihrer Mitgliedstaaten durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Reaktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der EDTIB, um die rechtzeitige Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern zu gewährleisten und zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen Verteidigungstechnologie- und Industriebasis beizutragen, wobei deren mögliche künftige Integration in die EDTIB berücksichtigt wird (Artikel 1).

Das **Budget** beträgt 1,5 Mrd. EUR, wobei 1,2 Mrd. EUR für das eigentliche „Programm“ und 300 Mio. EUR für das Ukraine Support Instrument (USI) aufgewendet werden. Mitgliedstaaten, Organe, Einrichtungen und Agenturen der Europäischen Union, Drittländer (z.B. derzeit Norwegen), internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen oder andere Dritte können zusätzlich Beiträge zum Programm oder FAST (*Fund Accelerating the defence Supply Chains Transformation*) leisten. Hier wären auch Zuwendungen im Rahmen von SAFE oder der *Recovery and Resilience Facility* (RRF) möglich.

Das USI soll (**Ziele**) zur Erholung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der ukrainischen Verteidigungsindustrie beitragen, um deren verteidigungsindustrielle Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Dabei wird die mögliche zukünftige Integration in die Europäische Verteidigungsindustrie berücksichtigt. Dies geschieht durch die Zusammenarbeit zwischen der Union und der Ukraine und soll zur Stärkung der gegenseitigen Stabilität, Sicherheit, des Friedens, des Wohlstands, der Resilienz und der Nachhaltigkeit beitragen.

Wichtig ist hierbei u.a. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der EDTIB sowie der ukrainischen DTIB, die Stärkung der Verteidigungsindustrie, die Beschaffung von Verteidigungsgütern, die Erweiterung von Produktionskapazitäten gemäß NATO-Standards und anderen relevanten Standards, der Schutz von Vermögenswerten, technische Unterstützung und der Austausch von Personal sowie verstärkte gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern für die Ukraine, einschließlich deren Instandhaltung, und der Lizenzproduktionskooperation durch öffentlich-private Partnerschaften oder andere Formen der Zusammenarbeit, wie beispielsweise Joint Ventures, die schrittweise Angleichung an Regeln, Standards, Richtlinien und Praktiken der Union im Hinblick auf eine künftige Unionsmitgliedschaft usw.

Beschaffungen im Rahmen von EDIP sind nur förderfähig, wenn die Kosten für Komponenten, die ihren Ursprung außerhalb der Union und der Ukraine haben, 35 % der geschätzten Kosten der Komponenten des Endprodukts nicht übersteigen (Rohmaterialien gelten nicht als Komponenten).

Förderfähige Rechtsträger sollen ihren Sitz (Niederlassung, Leitungs- und Verwaltungsstrukturen) und Produktionsstätten (Infrastruktur, Einrichtungen,

Mittel und Ressourcen) in der EU oder einem assoziierten Land haben. Die mit Tätigkeiten unter Nutzung von Infrastruktur, Einrichtungen, Mittel oder Ressourcen einhergehenden Kosten außerhalb der EU sind im Rahmen des Programms nicht förderfähig.

Darüber hinaus sind die Bestimmungen ähnlich wie bei ASAP und EDIRPA geregelt (keine Kontrolle durch ein nichtassoziiertes Drittland, außer es liegen bestimmte Garantien vor usw.) (vgl. Europäische Union 2024a).

Unter EDIP gibt es einige **Besonderheiten**, z. B.:

- **European Defence Projects of Common Interest** (EDPCIs): Sie bestehen aus kooperativen Industrieprojekten, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB in der gesamten Union zu stärken und gleichzeitig zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten und Systeme der Mitgliedstaaten von gemeinsamem Interesse oder gemeinsamer Nutzung beizutragen, einschließlich solcher, die den Zugang zu allen operativen Domänen sichern, nämlich Land, See, Luft, Weltraum und Cyberraum. Sie bestehen aus mindestens vier MS oder assoziierten Staaten (Beitritt der Ukraine möglich).
- **Structure for European Armament Programmes** (SEAP): Die Struktur für europäische Rüstungsprogramme soll die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und – sofern die Ukraine Mitglied der SEAP ist – der ukrainischen DTIB fördern. Dies soll durch die Bündelung der Nachfrage nach und die Sicherstellung der rechtzeitigen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern über deren gesamten Lebenszyklus hinweg sowie durch die Förderung der grenzüberschreitenden industriellen Zusammenarbeit erreicht werden. Hierunter können die gemeinsame Entwicklung inklusive Forschung, Prüfung und Zertifizierung usw., die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern, Ersatzteilen, Logistikservices und vieles mehr fallen. Ein SEAP besteht aus zumindest drei Staaten (davon mindestens zwei EU-Staaten; assoziierte Staaten und die Ukraine sind möglich).
- **Military Sales Mechanism**: Mit Unterstützung des Programms und des USI sollen die MS, assoziierten Länder und die Ukraine in der Lage sein, **Defence Industrial Readiness Pools** (DIRB – Bereitschaftspools) für die Verteidigungsindustrie einzurichten, zu verwalten und zu unterhalten, die aus Verteidigungsgütern bestehen, welche die Mitgliedstaaten, assoziierten Länder und die Ukraine leicht erwerben oder nutzen können, um die Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB und den Wiederaufbau, die Instandsetzung und die Modernisierung der ukrainischen DTIB zu stärken. Solche Pools, die aus Lagerbeständen an Verteidigungsgütern bestehen, die von der EDTIB oder der ukrainischen DTIB beschafft wurden, sollen die Nachfrage ankurbeln und die Planbarkeit im Verteidigungssektor erhöhen.

Die Kommission erstellt und aktualisiert hierbei nach Konsultation der EDA einen **einheitlichen, zentralen Katalog** der von der EDTIB und der ukrainischen DTIB entwickelten Verteidigungsprodukte. Die Kommission konsultiert die EDA und berücksichtigt deren Ansichten bei der Erstellung der technischen Spezifikationen für diesen Katalog und beschafft gegebenenfalls die für dessen Erstellung erforderliche IT-Plattform. Die

Mitgliedstaaten, die Ukraine und Wirtschaftsakteure sollen den Katalog auf freiwilliger Basis befüllen.

- **Security of Supply** (SoS – Versorgungssicherheit): Schaffung eines ersten EU-weiten Versorgungssicherheitsregimes mit einem neuen Verteidigungssicherheitsausschuss (*Defence Security of Supply Board*), der die Reaktionen auf Versorgungsunterbrechungen koordiniert und die Kontinuität in Krisenzeiten gewährleistet. Um dieses Kapitel wurde von den MS und Institutionen sehr lange und am härtesten gerungen.

Dieses Regime kann z. B. **enthalten**: Abänderung von Beschaffungs-Rahmenverträgen bei Krisen, Führen einer Liste nationaler Zertifizierungsbehörden für Verteidigungszwecke durch EK, „Mapping“ der Lieferketten von krisenrelevanten Produkten; Einführung eines „Defence Security of Supply Board“; regelmäßige Überwachung der für die Versorgung mit krisenrelevanten Produkten notwendigen Produktionskapazitäten der Union („Monitoring“); Durchführung von Stress-Tests durch EK; Alarmierung und vorbeugende Maßnahmen beim Risiko einer schwerwiegenden Unterbrechung der Versorgung mit krisenrelevanten Produkten; Aktivierung des Versorgungskrisenzustands durch den Rat auf Vorschlag EK und des Boards sowie Veranlassung bestimmter Maßnahmen für einen bestimmten Zeitraum (Instrumentarien/*toolbox*: Informationsersuchen, Nationale Beschleunigung der Genehmigungsverfahren, Vorrangige Behandlung von Nichtverteidigungsgütern und Verteidigungsgütern, Vorrangige Verbringung von krisenrelevanten Verteidigungsgütern innerhalb der EU, Sanktionen) (vgl. Europäische Kommission 2025b).

Für 2025 sind noch weiters die *EU Defence Industry Transformation Roadmap* sowie die *Joint Communication on Military Mobility with legislative proposals* geplant.

Resümee und Ausblick

Zusammenfassend wurden nach der russischen Aggression durch die EU-Institutionen im Zusammenwirken mit den EU-Mitgliedstaaten eine Vielzahl von Regelwerken, Strategien usw. erlassen sowie Erklärungen abgegeben. Bei einer Gesamtbetrachtung können u. a. folgende Beobachtungen gemacht werden:

Die **Finanzierung** bleibt ein bestimmender Faktor. In mehreren Papieren wurde von den Staaten bis zum Schluss über die Höhe der Förderungen bzw. der Dotierung diskutiert und diese bis zur Beschlussfassung im Rat oder später im Rahmen des Trilogs nach unten korrigiert oder sonst verändert (z. B. EDIRPA, ASAP). Bei EDIP war lange Zeit unklar, woher die Finanzierung für das USI bzw. das Programm überhaupt kommen soll. Bei SAFE und „Rearm Europe/Readiness 2030“ kommt es darauf an, wie viele Staaten wirklich Darlehen bzw. in welcher Höhe aufnehmen werden und inwieweit die „National Escape Clause“ ausgenutzt werden wird, um das anvisierte Ziel von 800 Mrd. Euro zu erreichen. In Texten findet man deswegen meist die Bezeichnung „bis zu“, um einen Spielraum zu haben. Manche Projekte können wieder nicht gefördert und verwirklicht werden, weil keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen, obwohl sie gut und sinnvoll wären. Man versucht deswegen, ständig neue Wege

zu gehen, um Finanzierungen aufzutreiben, z. B. Änderung der Finanzierungspolitik/-grundlagen der EIB, Verwendung von Geldern der *Recovery and Resilience Facility*. Insgesamt bleibt die Aufbringung von Geldern auch deswegen schwierig, weil die Staatsverschuldung von diversen EU-Staaten hoch ist und der Bereich Rüstung, Militär, Landesverteidigung usw. nur ein Teil der staatlichen Aufgaben ist.

Insgesamt sind und waren bei gemeinsamen Beschaffungen, dem Aufbau der Rüstungsproduktion bzw. der verteidigungsindustriellen Basis von mehreren Staaten **Regelungen** komplett neu aus dem Boden zu stampfen (z.B. *Collaborative Procurement* bei der EDA) oder umfassend zu ändern, was viel Zeit und Aufwand in Anspruch nimmt (siehe Omnibus-Pakete betreffend Finanzierung, Ausschreibung/Vergabe, *Military Mobility* usw.).

Die **Dauer der Entscheidungen bzw. Ausarbeitung der Regelwerke** usw. war teilweise überraschend kurz (ASAP und *Collaborative Procurement* nur mehrere Monate), teilweise aber auch recht lang (EDIRPA ca. 15 Monate, EDIP ca. 21 Monate). Dies ist auf der einen Seite auf die Komplexität und Neuheit der Materien zurückzuführen, andererseits aber auch auf die unterschiedlichen Interessen der 27 Staaten und Institutionen. So gibt es natürlich nationale Interessen, aber manchmal auch – je nach Inhalt, zeitlich begrenzt und wechselnd – Blockbildungen von Staaten (baltische Staaten, an Russland/Ukraine grenzende Staaten, neutrale Staaten, NATO-Staaten usw.). Dies in Zusammenhang mit den Abstimmungsvorgaben (Einstimmigkeit, qualifizierte Mehrheit usw.) erschwert eine schnelle Beschlussfassung bzw. es müssen Kompromisse gemacht werden, die möglicherweise das Gesamtergebnis schmälern. Diskussionen um eine Änderung der Abstimmungsregeln in der EU sind deswegen in Gange, wobei angemerkt werden darf, dass kein Staat gerne „überstimmt“ wird.

Die **Wirkung der beschlossenen Maßnahmen** tritt teilweise kurzfristig ein (z.B. Beschaffung im *Short-Track*-Verfahren beim EDA-*Procurement*; manche Projekte unter ASAP/EDIRPA), teilweise baut sich diese erst über die Jahre mittel- bis langfristig auf (Hochfahren der Produktionsgeschwindigkeit, Zusammenarbeit der Staaten, Aufbau der verteidigungsindustriellen Basis). Manchmal ist konkret vorgegeben, bis wann bestimmte Ziele erreicht werden sollen (z. B. EDIS: Höhe der Verteidigungsinvestitionen in Europa sowie Umfang der gemeinsamen Beschaffung bis 2030 und 2035). Alle Programme verfolgen jedoch das Ziel, möglichst schnell und umfangreich die EDTIB zu stärken.

Insgesamt muss sich die europäische Rüstung bzw. die EDTIB angesichts des russisch-ukrainischen Krieges, des Zurückziehens der USA unter Präsident Trump aus bestimmten europäischen und NATO-Bereichen und weiterer Bedrohungen und weltweiter Änderungen, möglichst schnell weiterentwickeln. Dies ist aber nur möglich, wenn man den entsprechenden „politischen Willen“ sowie die erforderlichen Mittel aufbringt, nationale Interessen – soweit wie möglich – hinstellt und in Brüssel und den EU-Staaten schnell entscheidet und handelt.

Quellen

- Europäische Kommission (2024): COMMISSION IMPLEMENTING DECISION of 29.11.2024. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/1037b222-2ad0-470e-a84a-17d499965133_en?filename=EDIRPA%20Award%20Decision_Redacted.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Kommission (2025a): ASAP | Boosting defence production. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/asap-boosting-defence-production_en, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Kommission (2025b): EDIP | A Dedicated Programme for Defence. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/edip-dedicated-programme-defence_en, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Kommission (2025c): SAFE | Security Action for Europe, 2025. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/safe-security-action-europe_en?prefLang=de, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Kommission (2025d): White Paper for European Defence – Readiness 2030. Online verfügbar unter https://commission.europa.eu/document/download/e6d5db69-e0ab-4bec-9dc0-3867b4373019_en?filename=White%20paper%20for%20European%20defence%20%20E2%80%93%20Readiness%202030.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Union (2024a): EDIP - EUROPEAN DEFENCE INDUSTRY PROGRAMME. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/638c4482-0715-4aef-ac86-6529ce2fdf4b_en?filename=DEFIS_EDIP_factsheet.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Union (2024b): EDIS - EUROPEAN DEFENCE INDUSTRIAL STRATEGY. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/333faee1-a851-44a6-965b-713247515d39_en?filename=DEFIS_EDIS_factsheet.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Union (2025a): Preserving Peace Defence Readiness Roadmap 2030. Factsheet. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/b97e2ffb-4008-463d-bae7-e0ef519847af_en?filename=15102025_Readiness2030_FactsheetSPP_0.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäische Union (2025b): ReArm Europe Plan / Readiness 2030. Factsheet. Online verfügbar unter https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/13ec18d2-8366-4fc8-a4ff-2bdfdf8e1f5f_en?filename=REARM%20Europe%20factsheet%20v17_1.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Europäisches Parlament (2025): Legislative Train Schedule. Online verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-a-new-era-for-european-defence-and-security/file-defence-omnibus>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- European Defence Agency (2023a): EDA brings together EU countries and Norway for Joint Procurement of Ammunition, 20.03.2023. Online verfügbar unter <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2023/03/20/eda-brings-together-18-countries-for-common-procurement-of-ammunition>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- European Defence Agency (2023b): <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2023/09/05/eda-signs-framework-contracts-for-joint-procurement-of-155mm-ammunition>, 05.09.2023. Online verfügbar unter <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2023/09/05/eda-signs-framework-contracts-for-joint-procurement-of-155mm-ammunition>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.
- Rat der Europäischen Union (2022): Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs am 10. und 11. März 2022. Erklärung von Versailles. Online verfügbar unter

<https://www.consilium.europa.eu/media/54802/20220311-versailles-declaration-de.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Rat der Europäischen Union (2023): Delivery and joint procurement of ammunition for Ukraine, Council Note 7632/23 von 20.03.2023. Online verfügbar unter <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7632-2023-INIT/en/pdf>, zuletzt geprüft am 25.11.2025.

Rat der Europäischen Union (2024): Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing the European Defence Industry Programme and a framework of measures to ensure the timely availability and supply of defence products (EDIP): Final compromise text. Online verfügbar unter <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14814-2025-INIT/en/pdf>, zuletzt aktualisiert am 07.11.2025, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Rat der Europäischen Union (2025a): Rat aktiviert Flexibilitätsregelung bei den EU-Haushaltssregeln für 15 Mitgliedstaaten, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Pressemitteilung, 08.07.2025. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/07/08/council-activates-flexibility-in-eu-fiscal-rules-for-15-member-states-to-increase-defence-spending/>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Rat der Europäischen Union (2025b): Programm für die europäische Verteidigungsindustrie: Rat und Parlament erzielen vorläufige Einigung. Pressemitteilung, 16.10.2025. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/10/16/european-defence-industry-programme-council-and-parliament-reach-provisional-agreement/>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Rat der Europäischen Union (2025c): EU-Investitionen in Verteidigung: Rat und Parlament vereinbaren Unterstützung für schnellere, flexiblere und besser abgestimmte Investitionen in die europäische Verteidigung. Pressemitteilung, 05.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/11/05/eu-investments-in-defence-council-and-parliament-agree-to-support-faster-more-flexible-and-coordinated-investments-in-european-defence/>, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Rat und Parlament der Europäischen Union (2023): VERORDNUNG (EU) 2023/2418 vom 18. Oktober 2023 über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA). Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202302418, zuletzt geprüft am 22.11.2025.

Die Ukraine

im vierten Kriegsjahr

von Gustav C. Gressel

Die „Friedensbemühungen“ Donald Trumps verliefen, wie vorhersehbar, im Sand. Fast vier Jahre nach Beginn des Krieges hat Putin seine Kriegsziele nicht verändert: erstens die Ukraine komplett zu unterwerfen und in einen russischen Vasallenstaat umzuwandeln sowie zweitens die europäische Sicherheitsordnung umzustoßen. Der erste Aspekt wird unter Euphemismen wie „Entmilitarisierung“ (damit Moskau jede weitere Forderung mit Gewalt durchsetzen kann) sowie „Denazifizierung“ (also weitreichenden Forderungen zur Einflussnahme in die ukrainische Innenpolitik) umschrieben. Die Revision der politischen Ordnung in Europa wird als die „grundlegende Ursache des Konfliktes“ tituliert, die Putin gerne behandelt sähe.

Die Ukraine ist ihrerseits nicht bereit, zu kapitulieren und sich in eine russische Einflusssphäre einzugliedern. Dies wäre für Kyiv nicht nur eine Frage der außenpolitischen Umorientierung. Russlands Ziel ist es, die Idee einer eigenständigen ukrainischen Nation ein für allemal auszulöschen, mitsamt allen Personen, die diese Idee verkörpern oder in sich tragen. Die russische Besetzungspraxis in den von Moskau kontrollierten Gebieten führt Ukrainern die drohenden Konsequenzen einer Niederlage täglich vor Augen. Der eigenen Vernichtung zuzustimmen, kann in Kyiv nicht als „Kompromiss“ gesehen werden, egal wie laut man in Washington „Verhandlungen“ schreit und einen ebensolchen „Kompromiss“ fordert.

Der Krieg wird also vorerst weitergehen. Egal wie sich die rhetorischen Launen Donald Trumps wandeln – mal repliziert er russische Propaganda, mal spricht er von der ukrainischen Befreiung besetzter Gebiete – die USA haben keine realistische und konsistente Strategie zur Beendigung des Krieges, noch hat Trump den Willen, Ressourcen und Kosten für eine solche aufzubringen. Dies liegt nun in der Hand der Europäer. Putin wiederum sieht sich in seinen Kalkulationen bestätigt, den Westen aussitzen zu können. Obwohl seine Armee und Wirtschaft durch Verluste und Sanktionen immer stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, sieht er die USA als Unterstützer ausscheren und die Europäer unentschlossen und mit der finanziellen Last des Krieges gebeutelt. Der Glaube, gewinnen zu können, ist freilich ein subjektiver. Aber man soll seine Persistenz nicht unterschätzen.

Sieg aus russischer Sicht

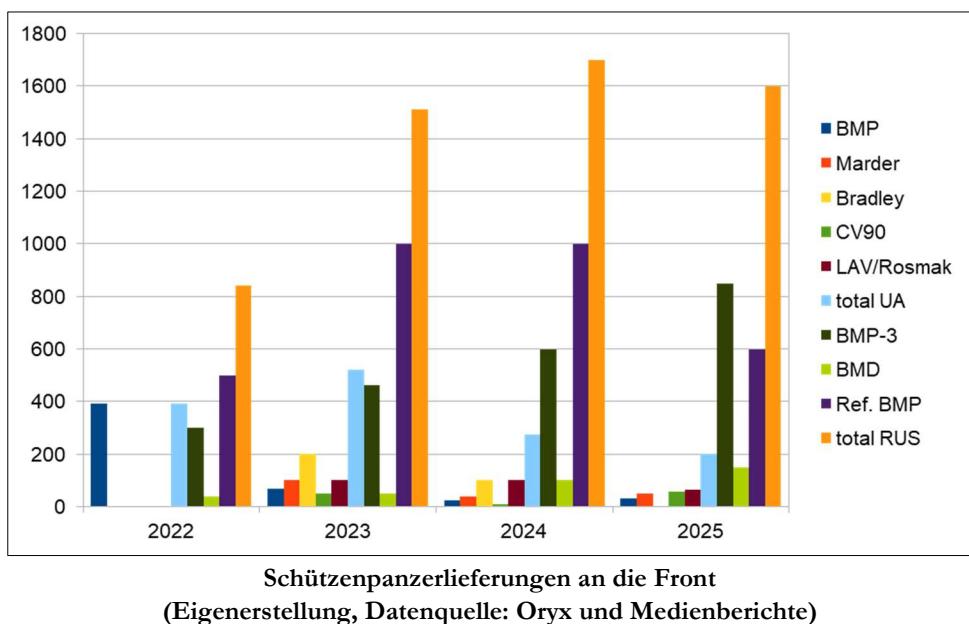
Seit dem Scheitern des direkten Angriffes auf Kyiv im März 2022 setzt Russland auf einen Ermattungssieg durch Erschöpfung und Zermürbung der ukrainischen Verteidiger. Dieser Ermattungssieg soll in erster Linie durch kontinuierlichen offensiven militärischen Druck zu Lande operationalisiert werden, der auf lange Sicht die ukrainischen Verteidiger bis zum Zusammenbruch bringen soll. Komplementiert wird dies durch eine Luftoffensive gegen kritische Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen (Schulen, Krankenversorgung etc.), und Orte ukrainischer Identitätsstiftung (Bibliotheken, Universitäten, Denkmäler, Kirchen), die den Widerstandswillen der ukrainischen Bevölkerung erodieren sollen.

Die Landoffensive wird in mehreren Wellen von Osten hergeführt, gelegentliche Nebenstöße in Kharkiv, Sumy, oder aus dem Süden gegen Zaporidhia haben nur ablenkenden und bindenden Charakter. Der Grund für die Schwergewichtslegung auf den Donbas hat praktische, nicht politische Gründe: die von Schwerindustrie geprägte Region verfügt über ein vergleichsweise dichtes Netz an Eisenbahnlinien und gut tragenden Straßen. Diese sind erforderlich, soll die russische Artillerie kontinuierlich mit Munition versorgt werden. Zudem begann im Donbas die russische Besatzung bereits 2014, ein Großteil des Hinterlandes ist bereits von pro-ukrainischen Kräften gesäubert. Es eignet sich also besser für die kontinuierliche Offensive als andere Gebiete der Ukraine. Man soll diesen Umstand aber nicht politisch überinterpretieren. Nur weil im Donetsker und Luhansker Oblast besser Krieg geführt werden kann, heißt das nicht, dass sich die russischen Kriegsziele per se um diese Region drehen. Ziel der Landoperationen ist es, die ukrainischen Verteidiger so abzunutzen, dass der organisierte militärische Widerstand zusammenbricht. Dazu müssen weder die Gebietsgewinne groß sein, noch das Tempo der Eroberung. Auch können die russischen Verluste hoch sein. So lange sie den Ukrainern höhere Verluste zufügen, als diese ausgleichen können, geht sich ein Sieg aus.

In der ersten Phase gestaltete sich dieser Krieg als konventioneller Abnutzungskrieg, den Moskau kraft seiner aus der Sowjetzeit übrig gebliebenen strategischen Reserven an Munition und schwerem Gerät nach Putins Rechnung gewinnen sollte. Im Jahr 2022 verbrauchten die russischen Streitkräfte etwa 12 Millionen Schuss Artilleriemunition aus alten Lagerbeständen. Zudem wurden etwa 1000 Kampfpanzer und 2000 Schützen- und Mannschaftstransportpanzer pro Jahr aus sowjetischen Lagerbeständen instandgesetzt und den russischen Streitkräften zugeführt. Das Hochfahren der russischen Rüstungsindustrie betraf zunächst den Munitionssektor, dehnte sich nach erheblichen Anfangsschwierigkeiten (Sanktionen gegen den aus dem Westen importierten Maschinenpark, Substitutionsbemühungen für nicht mehr in nötiger Quantität aus dem Westen beziehbarer Teile) auch auf den Fahrzeugsektor aus. Derzeit produziert die russische Rüstungsindustrie etwa 3 Millionen Schuss für Rohrartillerie, etwa 1,5 Millionen Schuss für Raketenartillerie und Granatwerfer, etwa 100 Geschütze auf Selbstfahrlaffetten (durch den Aufbau neuer Rohrschmiedestraßen verzögert sich die Lieferung vieler neuer Artilleriesysteme), 280 Kampfpanzer, 36 Batterien Fliegerabwehrsysteme großer Reichweite, 47 bis 55 Kampfflugzeuge, 60.000

Langstrecken-Angriffsdrohnen, 840 bis 1020 ballistische Raketen und 1240 bis 2040 Marschflugkörper (Radio Svoboda 2025). Die Produktion von BMP-3 Schützenpanzern kann zwischen 600 und 850 pro Jahr schwanken, zur Zahl der wirklich neu produzierten BTR-82A/AM gibt es keine brauchbaren Angaben.

Die Lieferungen für die Ukraine wollte man durch nukleare Drohungen so gering und begrenzt wie möglich halten. Würde das Überleben der Ukraine an westlichen Restbeständen von sowjetischem Gerät und erst 2023 freigegebenem gebrauchten westlichen Gerät hängen, würde sich im Verlauf des Krieges eine überdeutliche materielle Überlegenheit Russlands herausbilden. Denn aus diesen Restbeständen erreichten die Ukraine 2022 immerhin 457 Kampf- und 394 Schützenpanzer, 2023 452 Kampf- und 520 Schützenpanzer. 2024 fiel dies auf 122 Kampf- und 275 Schützenpanzer, und 2025 gingen sie auf etwa 153 Kampf- und 200 Schützenpanzer zurück.



Nachdem sich die Lagerbestände an Ostgerät verbrauchten hatten, leerten sich die Lager an Westgerät. Eine rüstungsindustrielle Anstrengung, die Ukraine dauerhaft aus neuer Produktion zu versorgen, haben weder die USA noch die Europäer unternommen.

Die materielle Überlegenheit Russlands kam zwar vor allem 2024 zustande, konnte aber nicht in operativ oder strategisch verwertbare Ergebnisse umgesetzt werden. Dies lag daran, dass konventionelles militärisches Großgerät durch die Drohnenrevolution eingeholt wurde, und die gestiegene ukrainische Drohnenproduktion und ein immer besser geplanter und synchronisierter Einsatz von Drohnen es der Ukraine erlaubten, die materielle Unterlegenheit zumindest in ihren Auswirkungen zu minimieren. Im Herbst 2023 wurden unbemannte Systeme zur neuen Waffengattung erhoben, Ausbildung systematisiert und vereinheitlicht, taktische Lektionen systematisch gesammelt und ausgewertet und in allen Verbänden Drohneneinheiten aufgestellt. Die taktischen und dann operativen Auswirkungen der ukrainischen Innovationen waren enorm (und Gegenstand eines späteren Artikels) und zwangen Moskau dazu, mechanisierte Angriffe im Jahr 2025 drastisch zurückzufahren. Nicht weil es kein Großgerät mehr

gäbe, sondern weil ein weiterer schonungsloser Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen weitere Folgeaufträge für die russische Armee (ein möglicher Krieg gegen die NATO etwa) auf mehrere Jahre unmöglich machen würde.

Was jedoch die Ukraine nicht vermochte, war, der Logik eines Abnutzungskrieges zu entkommen. Drohnen konnten nicht die Infanterie in ihrer Funktion ersetzen, Gelände zu nehmen und zu halten. Drohnen müssen ihrerseits gelenkt oder im Einsatz überwacht und beaufsichtigt werden. Während sie die Feuerkraft eines Verbandes enorm steigern und auch die Reichweite der Feuerwirkung erhöhen, mindern sie den Personalbedarf ihrer Verbände nicht. Die russischen Streitkräfte versuchten 2025 wiederum einige ukrainische Innovationen zu kopieren und im großen Maßstab gegen die Ukraine anzuwenden. Dies führte zu einer erneuten Abnutzungsspirale, diesmal beim Personal.

Personalverluste und Zugänge sind von außen schwer zu schätzen, und die Zahlen, die im öffentlichen Raum kursieren (z. B. Volyamedia 2025), sind mit großer Vorsicht zu genießen. Dennoch dürfte aus ukrainischer Sicht das Abnützungsverhältnis zwischen 2,1:1 und bestenfalls 3:1 liegen. Da Russland eine viermal größere Bevölkerung hat und über Devisenressourcen verfügt, um in der Dritten Welt Söldner anzuwerben, besteht aus Putins Sicht nach wie vor die Möglichkeit, einen Sieg durch Erschöpfung der generischen Ressourcen zu erringen. Oder salopp formuliert: Nach einer weiteren Million Verluste ist der letzte stehende Soldat ein Russe. Und das reicht.

Daher ist Moskau auch nicht interessiert, den Konflikt einzufrieren oder einem Waffenstillstand auf den gegenwärtigen Linien zuzustimmen. Zuletzt wurde ein Einfrieren der Front durch Außenminister Lawrow erneut explizit abgelehnt (Die Zeit 2025). Diese Weigerung verdeutlicht auch, wie stark Putin von der Sicherheit eines russischen Sieges überzeugt ist. Nach oben genannter Statistik hat Russland bis heute über 550.000 Tote und Vermisste sowie über 1,2 Millionen Verwundete und Kranke an Ausfällen zu beklagen, dennoch zögert die moskauer Führung nicht, weitere Infanterie in Angriffe zu senden. Anscheinend hält man auch Aufwuchsziele (1,5 Millionen Mann Stärke) und Folgeaufträge für die russische Armee nicht durch die gegenwärtigen Personalverluste gefährdet.

Mit zunehmender Dauer des Krieges scheint allerdings eine operative Pause zur Wiederauffüllung und Reorganisation vieler bereits abgekämpfter russischer Einheiten und zur Erholung der mittlerweile gebeutelten russischen Wirtschaft erwogen zu werden. Dass Trump an rein performativen Waffenstillständen interessiert ist, ohne sich Gedanken über Umsetzbarkeit und Nachhaltigkeit zu machen, erleichtert die Aufgabe. Der jüngst vorgelegte 28-Punkte-Plan illustriert einen solchen Versuch: Ohne implementierbare Sicherheitsgarantien wäre die Ukraine einen erneuten russischen Angriff ausgeliefert, da die Konsequenzen eines formellen Endes des Ausnahmezustandes und der Mobilmachung für das ukrainische Militär folgenreicher wären als das russische (siehe unten). In einem Abkommen, in dem keine klare Reihenfolge zur Umsetzung einzelner Punkte festgelegt wird, steht Moskau auch Tür und Tor offen, nur auf die ihm gelegenen Punkte zu bestehen und die ungelegenen zu verschleppen. Und selbst dann ist

es äußerst unwahrscheinlich, dass Moskau einem Waffenstillstandsabkommen zustimmt (Barbashin, 2025).

Auch muss davor gewarnt werden, den weiteren Verlauf des Krieges als reine Extrapolation der gegenwärtigen Trends und Lage zu verstehen. Moskau stehen Adaptionen auf taktischer, operativer, und strategischer Ebene offen. Je nachdem, ob ihm diese gelingen, kann es den Krieg fortsetzen oder nicht.

Taktische Adaptionen hat man bereits 2025 beobachten können: Man setzt Waffensysteme oder Ressourcen, die man nicht mehr im erforderlichen Maße nachbekommt, weniger stark ein und passt die Gefechtsführung so an, dass man weniger Gebrauch von ihnen macht. Russlands Übergang von mechanisierten Angriffen zu infanteristischen Infiltrationstaktiken stellt solch eine taktische Adaption dar.

Auch auf operativer Ebene könnte Moskau sein Vorgehen ändern. Es könnte etwa ein Jahr lang keine größeren Landoffensiven mehr versuchen, seinen Landstreitkräften Zeit zur Erholung und Reorganisation geben und gleichzeitig die Luft- und Fernwaffenangriffe intensivieren, um die ukrainische Rüstungsindustrie weiter zu schädigen.

Auf strategischer Ebene könnte sich Russland neue Verbündete suchen oder alte Verbündete überreden, mehr für Moskau zu tun. Insbesondere China rückt hier in den Fokus, weil es den russischen Angriffskrieg durch die Lieferung von Subkomponenten und Materialschmuggel, nicht aber durch ganze Waffensysteme, unterstützt. Ob sich die chinesische Position ändert oder nicht, hängt davon ab, welches Risiko Peking mit einer Änderung assoziiert. Die Ankündigung exterritorialer US-Sanktionen gegen Rosneft und Lukoil – die auch chinesische Ölimporte in Russland risikoreicher machen – waren ein Schuss vor den Bug. Nun wird Peking testen, wie strikt die Sanktionen auch implementiert werden.

„Sieg“ aus ukrainischer Sicht

Aus ukrainischer Sicht werden die Kriegsziele nicht mehr so klar kommuniziert, wie das 2022 oder im Frühjahr 2023 der Fall war. Das hat in erster Linie damit zu tun, dass eine Erreichung der Grenzen von 1991 oder der administrativen Linien von 2021 als unwahrscheinlich gilt. Wo man bereit wäre, Abstriche zu machen, gibt man dem Gegner nicht vorab bekannt, damit Putin seine diplomatischen Avancen gegenüber Trump und den Republikanern nicht zielgerichteter vortragen kann. Zudem: Da Moskau noch nicht von seinen Maximalforderungen heruntergestiegen ist, warum sollte es die Ukraine zuerst tun?

An der bisherigen Verhandlungsführung kann man allerdings erkennen, dass die Ukraine die Souveränität und Selbstständigkeit – also das Recht der Ukrainer, ihre eigene Regierung zu bilden, ihre eigenen Gesetze zu beschließen und den eigenen außen- und wirtschaftspolitischen Kurs des Landes zu bestimmen – über die Frage der territorialen Integrität stellt. Angesichts zunehmender Kriegsmüdigkeit, der Abnutzung der ukrainischen Armee durch über drei Jahre Krieg und der immer wankelmütigeren Haltung im Westen würde Kyiv einen Waffenstillstand, der eine politisch unabhängige Ukraine garantiert, annehmen. Dies

steht aber den Moskauer Zielen, die Ukraine als solche wieder unter den eigenen Einflussbereich zu bringen, entgegen.

Vom Herbst 2022 bis zum Sommer 2023 hat die Ukraine versucht, den militärischen Druck auf Russland zu erhöhen und durch militärische Offensiven Putin zu zeigen, dass dieser seine Ziele nicht über einen Landkrieg erreichen könne. Allerdings wollte der Westen im rüstungsindustriellen Duell mit Russland nicht mitziehen, und bereits 2023 fehlten die Ressourcen, um an dieser Strategie festzuhalten. Biden und Scholz hatten geglaubt, dass Moskau nach einiger Zeit des ergebnislosen Anrennens gegen die ukrainischen Verteidiger schon einem Waffenstillstand zustimmen werde. Verteidigen sei billiger, als offensiven Druck zu entfalten – daher hatte man die eigene Rüstungsproduktion jenseits des Munitionssektors auch nicht hochgefahren – bei gleichzeitiger Bannung des im Westen stets überschätzten Risikos der nuklearen Eskalation. Dass die ukrainische Armee beim unterfinanzierten Dahinverteidigen stärker ausblutete als angenommen und das Fehlen eines kommunizierten Konzeptes zur Kriegsbeendigung sich negativ auf Rekrutierung und Moral auswirkte, sah man weder in Washington noch in Berlin. Seit dem Amtsantritt Donald Trumps ist selbst dieser Minimalkonsens im Westen dahin. Die Europäer versuchen, so weit wie möglich, das Überleben der Ukraine sicherzustellen.

Daher kämpft die Ukraine heute eher darum, den Krieg nicht zu verlieren, als ihn zu gewinnen. Alle Versuche, Russland zu einem akzeptablen Waffenstillstand zu drängen, sind aus der Not geboren, mangels Alternativen oder aufgrund der zunehmenden Unsicherheiten der langfristigen Unterstützung. Wirklich strategisch planen kann man unter diesen Umständen nicht. Aber man kann eine Reihe von Maßnahmen setzen, welche die Überlebensfähigkeit der ukrainischen Armee sicherstellen sollen.

Zum ersten sollen durch den vermehrten Einsatz von unbemannten Bodenfahrzeugen und neuen technischen Lösungen zur Drohnen- und Gleitbombenabwehr die eigenen Verluste minimiert werden. Dementsprechende Waffensysteme und neuartige Systemverbünde unterschiedlicher Waffen und Störsysteme befinden sich in Entwicklung, auch mit starker europäischer Beteiligung. Eine der erfreulichen Nachrichten aus 2025 war, dass vergangene Restriktionen in der Lieferung oder technischen Zusammenarbeit und auch der Forschungs- und Rüstungsförderung (inklusive der privaten Direktinvestition in den Sektor) zurückgenommen wurden und sich sowohl Tempo als auch Umfang der europäisch-ukrainischen Rüstungskooperation drastisch steigerten. Doch wie bei allen rüstungsindustriellen Prozessen braucht es von der Systementwicklung bis zur Massenfertigung und dann zur Einführung Zeit.

Die zweite Schiene betrifft Angriffe gegen die russische Öl- und Gasinfrastruktur, um die Inflation in Russland anzureiben und die finanziellen Spielräume Russlands einzudrängen. Damit ist die Ukraine zunehmend erfolgreich. Um jedoch nachhaltigen wirtschaftlichen Schaden zu verursachen, muss sie diese Kampagne über Zeit durchhalten.

Soweit schöpft die Ukraine die in ihren Möglichkeiten stehenden Handlungsoptionen aus. Allerdings kann man an dem gegenwärtigen strategischen Ansatz auch Schwachstellen ausmachen:

Erstens: die große Hoffnung auf Technik und Innovation. Zwar hat sich die Ukraine in der Vergangenheit als äußerst innovativ bewiesen – aufgrund der schleppenden und geringen Unterstützung aus dem Westen hätte die Ukraine den Krieg ohne eigene Innovation schon verloren – doch soll man es nicht als gegeben sehen, dass das Tempo der Innovation immer gleichbleibend hoch sein kann. Um einen nachhaltigen militärischen Effekt zu erzielen, müssen ukrainische Innovationen am Schlachtfeld so dramatisch sein, dass sie das militärische Gleichgewicht signifikant verändern, und dann so schwer nachahmbar sein, dass Russland die Talsohle des Nachteils nicht schnell durchschreiten kann. Das ist recht viel verlangt.

Zweitens werden oft die organisatorischen und kulturellen Faktoren unterschätzt: Die immer noch verbreitete sowjetische Führungskultur, die dazu führt, fehlerhafte Lagemeldungen abzuschicken, um Fehler zu kaschieren, Micromanagement, Unterdrückung von Eigeninitiative plagen nach wie vor die Streitkräfte. Mykhailo Drapatyi, einer der fähigsten ukrainischen Generäle, trat als Chef der Landstreitkräfte zurück, weil er dagegen nicht ankämpfen konnte (Business Insider 2025).

Die Auflösung der Operativ-Taktischen Gruppen (OTG) und die Aufstellung von 12 Korpskommanden der Landstreitkräfte und zwei der Nationalgarde haben die Führungsfähigkeit auf operativer Ebene erheblich verbessert. Auch weil er einigen guten, kampferfahrenen Brigadekommandanten, die nun Korpskommandanten wurden, mehr Möglichkeiten gab, das Geschehen positiv zu beeinflussen. Der Erfolg der Reform geht aber in der Technikverliebtheit der allgemeinen Diskussion unter. Reformen des Ausbildungssystems verlaufen hingegen schleppend, auch weil immaterielle Faktoren weit weniger Beachtung finden.

Ein weiteres Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der weit verbreitete Optimismus, der Krieg würde ein schnelles Ende finden. Das Frühjahr verbrachten europäische Staats- und Regierungschefs damit, der Illusion eines Waffenstillstandes nachzulaufen und im Rahmen der „Coalition of the Willing“ für die Zeit danach zu planen – ohne zu hinterfragen, ob das Gerede vom „Danach“ Putin nicht noch mehr Anreize liefert, weiterzumachen (Watling 2025). Auch hält sich in vielen europäischen Hauptstädten der Glaube, Putin würde mit der vollständigen Eroberung des Donetsker und Luhansker Oblastes bereits einen „Sieg“ reklamieren können, und wäre bereit, die Front einzufrieren. Dementsprechend rechnet man mit einem Ende des Krieges in etwa einem Jahr, anstatt mit noch weiteren Jahren des Krieges. Dementsprechend ist man geneigt, nur kurzfristig realisierbare Unterstützungsleistungen anzugehen, da das Ende des Krieges nahe sei. Für Putin wiederum ist dies ein Signal, erst recht durchhalten zu müssen.

Die Versuche des ukrainischen Präsidenten Zelenskyy, die unabhängigen Antikorruptionsinstitutionen zu beschneiden, Verfahren gegen unliebsame Bürger-

meister, die spätere Konkurrenten werden könnten, die ständige politische Einmischung in Entscheidungen der operativen Führungsebene, und nicht zuletzt die Entscheidung, die Ausreisebeschränkungen für unter 25-Jährige männliche Staatsbürger aufzuheben – ein Akt reinen Populismus, der die personelle Ergänzungsfähigkeit der ukrainischen Armee in den nächsten Jahren schwer beeinträchtigen wird – legen die Vermutung nahe, dass auch die Regierung in Kyiv schon mehr Gedanken an die Zeit nach einem Waffenstillstand verliert. Das ist allerdings verfrüht.

Rolle der Europäer

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind der einzige noch standfeste Verbündete der Ukraine. Ob sie es wollen oder nicht, ihr Handeln wird den Krieg maßgeblich beeinflussen. Während sich die politischen Debatten 2025 um die Zeit nach dem Krieg und die Sicherung eines möglichen – aber unwahrscheinlichen – Waffenstillstandes drehten, besteht die eigentliche und dringendste Aufgabe darin, einmal zu einem Waffenstillstand zu kommen. Das kann nur durch Druck auf Moskau erreicht werden, politisch, wirtschaftlich und militärisch. Auch muss die Zuversicht in Moskau, Europa einfach aussitzen zu können, gebrochen werden. Zu letzterem wäre eine Konfiszierung russischer eingefrorener Vermögenswerte hilfreich, da sie die Hoffnung in Moskau, Europa könne die finanzielle Last des Krieges nicht mehr lange tragen, um zwei Jahre nach hinten verlegen würde.

2025 intensivierte sich die verteidigungsindustrielle Zusammenarbeit zwischen Europa und der Ukraine erheblich. Die 2024 beschlossene *NATO-Ukraine Innovation Cooperation Roadmap*, die eine tiefe Forschungs- und Entwicklungskooperation von NATO-Staaten mit der Ukraine zur Überwindung bestehender Probleme vorsieht, hat 2025 zu einigen gemeinsamen Entwicklungen vor allem im Bereich der Drohnen- und Gleitbombenabwehr geführt. Nun ist es die Aufgabe, diese Innovationen zu skalieren und in die Massenproduktion zu überführen.

Die Rüstungskooperation beschränkte sich auch lange auf Bereiche wie Drohnen, elektronische Kampfführung, Aufklärung und robotische Systeme, weil hier in kürzerer Zeit Wirkung erzielt werden kann und weil europäische Armeen in diesen Feldern große Fähigkeitslücken aufweisen, die man nun mit ukrainischer Hilfe schließen will. Die Bereitstellung von teurem „konventionellem“ Rüstungsmaterial wie gepanzerten Fahrzeugen, Pioniergerät, Kampfflugzeugen, aber auch selbstzielsuchender Munition für Schläge in die Tiefe, Streumunition, Sperrmitteln und Fliegerabwehrmunition erfolgte vereinzelt, spärlich und unkordiniert. Erst 2025 wurde unter dem Druck Trumps das Ruder politisch herumgelegt: Die Europäische Kommission verabschiedete neue Verfahrensregeln für die beschleunigte Rüstungsbeschaffung. Mehrere europäische Länder, allen voran Deutschland, sicherten sich Lizenzverträge zur Produktion wichtiger Munitionsklassen (darunter Patriot PAC-3 Fliegerabwehraketten). Das Problem ist, dass die meisten Maßnahmen erst in Jahren greifen: Deutsche Patriot PAC-2 Flugkörper werden erst 2027 vom Band laufen, die gegen ballistische Raketen dringend benötigten PAC-3 erst in den 2030er Jahren. Mit den KF-41 Lynx für

die Ukraine wird frühestens 2027 zu rechnen sein und zusätzliche Unsicherheit besteht, da sie in Ungarn vom Band laufen. Lediglich die Produktion von Rohr-Artilleriemunition in Europa ist so weit hochgefahren, dass der Verlust der amerikanischen Produktion für die Kriegsanstrengung nicht weiter ins Gewicht fällt. Hätte Europa auch in anderen Bereichen die Rüstungsproduktion bereits 2022 angekurbelt, stünde man heute vor einer anderen Situation.

Die neue Rolle als Garantiemacht für die Ukraine hat aber auch eine andere, bis jetzt wenig beachtete Seite. Die USA haben ihr diplomatisches Gewicht auch stets dazu benutzt, Anti-Korruptionsbehörden und investigative Journalisten vor ausuferndem Eifer der Präsidentschaftskanzlei und politisierter Ermittlungsbehörden zu schützen. Die zentrale Bedeutung Washingtons für die Sicherheit der Ukraine und die NATO-Ambitionen Kyivs waren der Hebel, mit dem auch wichtige Reformen durchgesetzt werden konnten. Auch der Einsatz amerikanischer Generäle – besonders des letzten von Biden eingesetzten Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) Christopher G. Cavoli – hat die ukrainische Armee öfters vor allzu ausgreifender politischer Einflussnahme geschützt. Diese Rolle können und wollen die USA unter Donald Trump nicht mehr wahrnehmen. Europa auf der anderen Seite ist schlechter aufgestellt, diese Rolle zu übernehmen, als es auf den ersten Blick scheint. Zwar setzt auch die EU auf strenge Konditionalitäten im Beitrittsprozess. Jedoch ist ihre Struktur zersplitterter und kompartmentalisierte als die der USA: Der Rat kontrolliert die Instrumente der GASP (also auch die militärische Unterstützung), während die Kommission über den Beitrittsprozess wacht. Militärapparate, die über abzugebendes Gerät verfügen und Unterstützungsleistungen wie Training, Beratung oder militärische Aufklärungsergebnisse liefern können, finden sich nur in den Mitgliedstaaten, deren individuelle Ukrainepolitik schwierig zu koordinieren ist. Der sich im Energie-sektor entfaltende Korruptionsskandal, der auch die Moral der ukrainischen Soldaten und ihr Vertrauen in die politische Führung untergräbt, verdeutlicht aber, wie wichtig diese Rolle wäre.

Die Rolle als Garantiemacht nach einem möglichen Waffenstillstand ist wichtig, aber für Europa nicht ohne Probleme. Nach einem möglichen Waffenstillstand und dem Ende des Ausnahmezustandes (Vorbedingungen für Wahlen) würde die ukrainische Armee demobilisiert. Das heißt, sie würde von 14 Korps und etwa 800.000 Mann auf etwa vier Korps und etwa 200.000 schrumpfen. Viele der demobilisierten Soldaten würden sich ihren mittlerweile im Ausland residierenden Familien anschließen und stünden im erneuten Mobilmachungsfall nicht mehr zur Verfügung.

Ob die Ukraine wirtschaftlich, finanziell und demografisch einen Waffenstillstand überlebt, hängt auch von der gefühlten Sicherheit im Lande ab. Schon heute befinden sich zahlreiche ukrainische Städte – Kharkiv, Sumy, Cherson, Zaporidhia, Kramatorsk – um einige zu nennen – in der Reichweite russischer Gleitbomben. Sollte ein Waffenstillstand brüchig sein, werden ihre Einwohner diese verlassen. Investitionen benötigen einige Zeit, um sich zu rentieren. Wenn das Gefühl vorherrscht, der Frieden sei nicht dauerhaft, kommen keine privaten Investoren in das Land. Egal wieviel Geld man dann in öffentliche Infrastrukturen steckt, dies wird nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen. Im

Gegenteil, die erste Sorge vieler Ukrainer wird es sein, sich eine zweite Existenz im Ausland aufzubauen, und möglichst viel Geld dorthin zu verlegen. Eine finanziell und demografisch ausgeblutete Ukraine wäre dann leichtes Ziel russischer Subversions- und Destabilisierungsbemühungen bzw. könnte sich gegen einen erneuten Einmarsch kaum verteidigen.

Daher laufen Planungen im Rahmen der „Koalition der Willigen“, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Entgegen der allgemeinen Auffassung kann es sich dabei nicht um „Friedenstruppen“ handeln, welche die Kontaktlinie überwachen und deren Unverletzlichkeit garantieren können. Dafür wären vor allem Bodentruppen in einer Stärke vonnöten, die Europa schlachtweg nicht hat. Was die europäischen NATO-Staaten leisten können, ist eine Art „Enhanced Forward Presence“ (EFP) in der Ukraine, also die Einbettung einzelner europäischer Verbände in die ukrainischen Streitkräfte. Etwa je eine europäische Brigade pro ukrainischem Korps (eine deutsche, eine französische, eine britische, und eine aus anderen Nationen zusammengestoppelte für jedes der vier in Friedenszeiten vorhandenen Korps), ein bis zwei Geschwader an Luftstreitkräften in und um die Ukraine, sowie maritime Kräfte zur Küstenüberwachung, Minenräumung und U-Bootabwehr. Sollte Russland zu einem erneuten Angriff schreiten, müsste es dann nicht nur auf Ukrainer schießen, sondern auf Soldaten anderer NATO-Staaten. Und damit den Krieg weit über die Ukraine hinaus eskalieren.

Doch das Problem ist, dass es diese vier Brigaden zwar in Europa gibt, diese wenigen Brigaden aber die einzigen rasch einsatzfähigen sind. Die Bereitstellung der *Allied Response Force* sowie weiterer Verstärkungen für die Ostflanke würden an weniger einsatzbereite Verbände und weiter südwestlich gelegene Nationen weitergegeben werden. Dies würde eine rasche Reaktionsfähigkeit der europäischen NATO an der Ostflanke herabsetzen. Dementsprechend sind einige Staaten der Ostflanke wenig begeistert von dieser Diskussion. Russland könnte eine erneute Eskalation gegen die Ukraine auch umgekehrt angehen, indem es zunächst die noch nicht kriegserfahrenen Europäer angreift, um sie zu schwächen und aus Osteuropa politisch zu vertreiben, bevor man die isolierte Ukraine erneut angeht.

Folgerungen

Unter den gegebenen Bedingungen ist es schwer vorstellbar, dass die Ukraine in diesem Krieg Russland eine Niederlage zufügen wird können, die Moskau vor weiteren militaristischen Abenteuern abhalten wird. Zu lange dauert nun das „Hochfahren“ der europäischen Rüstungsproduktion. Zu sehr wurden die ukrainischen Streitkräfte durch Munition und Ausrüstungsmangel – und eigene Planungs- und Organisationsfehler – abgenutzt. Der russische Militarismus und Imperialismus, der mittlerweile das bestimmende Element der russischen Nationalidee unter Putin ist, wird keinen entscheidenden Dämpfer erhalten. Der Ausnahmezustand des Krieges hat zudem zur inneren Stabilisierung des Putin-Regimes beigetragen: ein großer Teil der Dissidenten hat sich ins Ausland abgesetzt, eine selektive Mobilmachung oder Einberufung droht denen, die sich weiterhin gegen das Regime wenden. Er wird den Kriegszustand nur beenden oder

unterbrechen, wenn der Leidensdruck für das Regime – nicht die Bevölkerung – groß genug ist. Und selbst dann wäre ein wackeliger Waffenstillstand, welcher der russischen Tiefe eine gewisse Erholungsphase einräumt, aber den Zustand permanenter militärischer Konfrontation nicht beendet, aus Gründen der Regimestabilität vorzuziehen.

Wie geschwächt die russische Armee aus diesem Krieg hervorgehen wird, ist zwar zu einem gewissen Teil noch offen. Allerdings versucht sie bereits jetzt, knappe Materialressourcen zu schonen, um für Folgeaufträge gerüstet zu sein. Die stark gestiegene Drohnenrüstung macht viel Feuerkraft wett, die die russische Armee durch die Abnutzung ihrer Bestände an Gefechtsfahrzeugen und Artilleriesystemen verloren hat. Problematisch ist nach wie vor die schlechte Qualität der russischen Offiziere und Unteroffiziere, die durch ständige Ausfälle und verkürzte Ausbildungszeiten weiter abgenommen hat. Angesichts der Geringsschätzung menschlichen Lebens in der russischen Armee ist kaum zu erwarten, dass sich hier viel ändert.

Da allerdings Drohnen und neuartige Waffensysteme das Gefecht auf taktischer Ebene entscheidend prägen, ändert und lernt die russische Armee auf dieser Ebene ständig hinzu. Denn erstens ist der Verschleiß an Drohnenteams nicht so hoch wie der bei der Infanterie, zweitens behindert die Sowjetnostalgie, die in Putins Russland auch immer ein Showstopper für Reformen und Adaption war, die neuen Waffengattungen, für die es eben keine etablierten, festgefahrenen Vorschriften gibt, weniger. In diesen Waffengattungen haben meist jüngere, technisch versiertere Offiziere und Spezialisten mehr Handlungsfreiheit zu adaptieren und zu lernen. Selbst in einem starren, sowjetnostalgischen System wie dem russischen.

Für Europa heißt das, dass die Sicherheit der Ukraine ein integraler Bestandteil der europäischen Sicherheit geworden ist. Die Scholz-Doktrin – der Ukraine gerade so wenig Waffen zu liefern, um die interne Presse stillzuhalten, zur Erhaltung der eigenen Sicherheit aber auf die Rückendeckung der USA in der NATO zu vertrauen und daher eine Niederlage der Ukraine in Kauf nehmen zu können – ist mit der Wahl Donald Trumps obsolet geworden. Sollte die Ukraine fallen, steht Europa in den Folgeaufträgen für die russischen Streitkräfte, andererseits kann die Ukraine nur überleben – im Krieg und nach dem Krieg – wenn Europa sie unterstützt. Man ist nun aufeinander angewiesen.

Dieser neuen Rolle als Garantiemacht gerecht zu werden, ist für die Europäer aus verschiedensten Gründen schwierig. Einerseits, weil man sich schwertut, den Fehlern der letzten drei Jahre nachzulaufen und nur kleinteilige rüstungsindustrielle Anstrengungen unternommen zu haben, die Ukraine durchgehend mit Material zu versorgen. Zweitens, weil man sich in der politischen Sprache noch immer an dem orientiert, was zu Hause gerade am opportunisten ist – ungeachtet dessen, was dies in Moskau für Reaktionen auslöst. Indem man alle möglichen Unterstützungsschritte für die Ukraine zwar ankündigt, aber auf den „Tag danach“ verschiebt, gibt man Russland weitere Anreize, den Krieg hinauszuziehen. Indem man sich über Hürden bei der möglichen Stationierung von Truppen in der Ukraine auch nicht ohne explizite Rückfallgarantie der USA zu springen

traut, gibt man Moskau auch zu verstehen, dass die nukleare Drohkulisse funktioniert. Mit all diesen Schritten macht man es sich schwerer, in die Rolle des Sicherheitsgaranten hineinzuwachsen, in die man ohnehin durch die Entwicklungen in Washington gestoßen wird.

Quellen

- Anto Barbashin, Support, tolerate, reject: The Russian response to Trump's Ukraine peace plan, ECFR Commentary, 24.11.2025, <https://ecfr.eu/article/support-tolerate-reject-the-russian-response-to-trumps-ukraine-peace-plan/>
- Business Insider, Ukraine's outgoing ground forces chief says his command was mired in 'managerial stagnation' when he joined, 12.06.2025, <https://www.businessinsider.com/ukraine-ground-forces-chief-drapatyi-command-stuck-managerial-stagnation-2025-6>
- Center for Defence Reforms (CDR), Chinese-Russian Cooperation in the Production of Combat FPV Drones, Kyiv, Oktober 2025
- Die Zeit, Russland will kein Einfrieren der Front in der Ukraine, 21.10.2025, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-10/russland-ukraine-angriffskrieg-lawrow-trump-forderung-front-einfrieren>
- Frontelligence Insight, From Africa to the Donbas Meat Grinder: Russia's Mercenary Surge, 06.10.2025, https://frontelligence.substack.com/p/from-africa-to-the-donbas-meat-grinder?utm_source=%2Finbox&utm_medium=reader2
- Janis Kluge, Russlands Wirtschaft am Wendepunkt, SWP Aktuell, Nr. 59, November 2024, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2024A59_russland_wirtschaft.pdf
- Kyiv Independent, Russia has recruited 280,000 contract soldiers in 2025, military intelligence says, 08.09.2025, <https://kyivindependent.com/russia-has-recruited-280-000-contract-soldiers-in-2025-military-intelligence-says/>
- Radio Svoboda, "Близкая гонка". Обгоняет ли Россия НАТО в темпах производства вооружения, 22.07.2025, <https://www.svoboda.org/a/obgonyaet-li-rossiya-nato-v-tempah-proizvodstva-vooruzheniya/33480953.html>
- Ukrainska Prawda, Zelenskyy hopes to reach demilitarisation of Russia in Crimea through politics, 27.08.2023, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2023/08/27/7417315/>
- Volyamedia, Смена тактики экономит жизни, интенсивность боев увеличивает потери. «Список мясника»: военные потери сторон на 15 июля 2025, 22.07.2025, <https://tele-type.in/@volyamedia/qJsj9-UkfNK>
- Jack Watling, Ukraine's Hardest Winter, With the Donbas in Peril, Europe Must Pressure Russia Now, Foreign Affairs, 11.11.2025, <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/ukraines-hardest-winter>
- <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/monitor-luftkrieg-ukraine-vol-viii.html>
- <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/monitor-luftkrieg-ukraine-vol-ix.html>

NATO

Hohles Militärbündnis im Krisenmodus

von Otto Naderer

Die NATO als solidarische transatlantische Klammer befindet sich in ihrer schwersten Krise seit dem Irakkrieg 2003. Wenn auch ein offener Bruch auf dem Gipfeltreffen in Den Haag vermieden werden konnte, so war dafür doch die europäische Unterwerfung unter die Vorgabe aus Washington, 5 % des BIP für die Verteidigung zu leisten, unumgänglich. Denn für die USA gilt dieser Wert nicht. Es folgten das erpresserische Handelsabkommen USA – EU, die Übernahme der Lasten der Unterstützung für die Ukraine durch die Europäer und letztendlich der zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml geheim ausgehandelte Friedensvorschlag von Ende November 2025. Weder die Ukraine noch die alten Verbündeten, die Europäer, waren eingebunden. Mehr Brüskierung ist nicht möglich.

Hoffentlich schaffen die Europäer noch einen Sinneswandel der US-Führung, denn sonst wäre es nach einem derartigen Frieden in der Ukraine nur mehr eine Frage der Zeit, bis das Land vollkommen unter russische Kontrolle gerät und bis der Kreml versucht, den Rest der NATO zu testen.

Rückschau

Wenn auch die transatlantische Allianz trotz Trump noch existiert, so zeigte das zweite Halbjahr 2025 doch die Bereitschaft der US-Regierung, Europa wegen seiner vergleichbaren Schwäche immer wieder zu brüskieren, ja sogar zu erpressen. So musste die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen im Juli auf dem schottischen Anwesen Donald Trumps in Turnberry einen äußerst ungünstigen Handelsvertrag akzeptieren, der zwar Zölle auf europäische Ausfuhren in die USA beinhaltete, aber keine auf US-Importe in Europa vorsah. Dazu kamen noch milliardenschwere Investitionsversprechen Europas, auch diese ohne US-Gegenleistung. Offenbar drängten osteuropäische EU- und NATO-Mitgliedsstaaten auf diesen Abschluss, der einem „Canossagang“ und mafiösen Schutzgeldzahlungen glich, um die USA sicherheitspolitisch an Bord zu halten. Nur wenige Wochen später verschärfte sich die Lage noch mehr, als sich Putin und Trump auf einem Gipfel in Alaska trafen, um sich über die Köpfe des angegriffenen Landes und der Europäer hinweg über den Krieg in der Ukraine zu unterhalten. Alarmiert rafften sich die maßgeblichen Staats- und Regierungschefs zusammen und reisten nach Washington, um wenigstens auf diese Art die europäischen Vorstellungen für eine Beendigung des Krieges vorzulegen. Die USA nahmen diese zur Kenntnis und rückten dann doch von einem Russland begünstigenden Frieden in der Ukraine ab. Zumindest vorerst. Doch dürfte das Verhalten Putins wesentlich dazu beigetragen haben, weshalb auch Trump verstand, dass Russland zu diesem Zeitpunkt keinen Frieden wollte. Es war aber eindeutig erkennbar, dass die Europäer bestenfalls von der Seitenlinie die Trump-Administration beeinflussen können. Es rächt sich jetzt einmal mehr, dass Europa jahrzehntelang eigene sicherheitspolitische Anstrengungen, wie die Bildung einer starken GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) oder zumindest eines unverzichtbaren europäischen Pfeilers innerhalb der NATO, vernachlässigt hat. Alles zusammen würde Europa jetzt mehr Eigenständigkeit und damit Unabhängigkeit gegenüber einem großen und unangenehmen Partner gewähren. So aber konnte Trump als Nächstes den Europäern diktieren, dass sie die überwiegende Last der Unterstützung für die Ukraine zu tragen hätten, was im Anschluss an den NATO-Gipfel erfolgte. Und der letzte Rest an transatlantischer Verbundenheit dürfte von US-Seite mit dem Friedensvorschlag, der einer Kapitulation Kiews gleichkam, schwerstens beschädigt worden sein. Bestes bilaterales Einvernehmen der politischen Spitze der USA mit dem Kreml unter Ausschluss der Europäer, der eigentlichen Verbündeten. Deutlicher kann ein Affront nicht ausfallen.

Ergebnisse NATO-Gipfel

Dieses wegen der internen Spannungen von einer breiten Öffentlichkeit beobachtete Treffen wurde bereits im Vorfeld vom sprunghaften Wesen des US-Präsidenten und den damit zusammenhängenden Unsicherheiten überschattet, denen NATO-Generalsekretär Rutte mit unterwürfigen Gesten zu begegnen suchte. Um die Teilnahme des US-Präsidenten sicherzustellen, wurde der Gipfel zusätzlich auf einen Tag und ein Thema reduziert. Die schon beim vorangegangenen Verteidigungsministertreffen weitgehend vereinbarte Aufstockung der

nationalen Verteidigungsbudgets auf 5 % des BIP wurde somit beim Gipfeltreffen trotz spanischer Querschüsse feierlich und endgültig beschlossen und soll bis 2035 erreicht werden. Diese finanzielle Leistung wird in 3,5 % für die „Kernverteidigung“ und in 1,5 % für damit zusammenhängende Themen aufgeteilt werden. Für den zweiten Teil gibt es derzeit nur grobe Vorstellungen. Um diese nicht zu sehr der Phantasie nationaler Budgetexperten zu überlassen, sollen sie an klare Inhalte geknüpft werden, die die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses stärken. Dazu zählen beispielsweise die Unterstützung der Ukraine, da diese die für die Stärkung der NATO erforderliche Zeit erkämpft; neue leistungsfähige Straßen bzw. Eisenbahnstrecken für Verlegung und Aufmarsch von Verstärkungskräften; die Steigerung der Krisenresilienz von Bevölkerung und Behörden; der verbesserte Schutz kritischer Infrastruktur als Beitrag zur Krisenfestigkeit des Staates und/oder Maßnahmen zur Verbesserung der Fähigkeiten im Informationskrieg. Die letzten Punkte fallen unter den Begriff der „Resilienz“, diesbezügliche Konkretisierungen sind für den Gipfel 2026 in der Türkei erwartbar und eine erste Überprüfung der 5 % Zielerreichung soll 2029 erfolgen. Trump machte jedoch schon in Den Haag klar, dass diese Vorgaben keine Gültigkeit für die USA hätten, da diese das nordatlantische Bündnis ohnehin schon zu lange unterstützt hätten. Somit bleiben die USA auf einem Verteidigungsbudget stehen, das mit 3,5 % BIP ungefähr dem Kern der neuen Allianzvorgaben entspricht. Wie die vielen, von zu großen Schuldenbergen geplagten europäischen Staaten diese Marke erreichen sollen, wird aber erst zu zeigen sein und ebenso, ob sie überhaupt vor dem Hintergrund der egoistisch agierenden USA dazu bereit sind.

Unterstützung der Ukraine

Und somit wendet sich der Blick jenen Themen zu, die auf dem Gipfel nicht behandelt wurden. Dazu zählt die eigentlich in Washington 2024 beschlossene Erarbeitung einer neuen Russlandstrategie, die aber wegen des Desinteresses oder sogar Widerstandes der USA nicht fertiggestellt werden konnte. So fand die Russische Föderation in der Gipfeldeklaration nur ganz allgemein Eingang, und zwar neben dem Terrorismus als gleichrangige Sicherheitsbedrohung, der die Allianz sich ausgesetzt sieht und die Aufrüstung begründet. Das wird natürlich entwertet, wenn wenige Monate später erkannt werden muss, dass die USA als stärkster NATO-Staat beinahe freundschaftlich mit dieser „Sicherheitsbedrohung“ kooperieren. Irreführend ist es auch, da die Bekämpfung des Terrors in erster Linie eine Aufgabe von Polizei und Justiz und nicht des Militärs ist. Und zu guter Letzt fehlte jeglicher Hinweis auf das mit dem Westen vielfältig rivalisierende China, das noch vor drei Jahren als „Herausforderung“ eingestuft wurde.

Aber auch die Beziehungen zur Ukraine wurden in Den Haag kaum erörtert. Obwohl dem Land seit 2008 versprochen wurde, „irgendwann“ einmal NATO-Mitglied zu sein, sucht man dieses Mal das Versprechen vergeblich, da die Trump-Regierung schon vor Monaten erklärte, dass sie dieses Ziel nicht mehr unterstützt. Das Gipfeldokument wertet das angegriffene Land nun zu einem

Objekt oder Empfänger von Hilfen ab, die die Alliierten in eigener Verantwortung leisten und die diese Leistungen in obige Verteidigungsausgaben einrechnen können. Diese Abwertung wird nur durch den Hinweis, dass die Sicherheit der Ukraine zur Sicherheit der Allianz beiträgt, etwas relativiert. Und auch dieser Beitrag ist seit Ende November 2025 fraglich. Offenbar gilt für Kiew die jahrzehntelange *Open Door Policy* gemäß Artikel 10 NATO-Vertrag, der die Aufnahme beitrittswilliger Länder regelt, nun nicht mehr. Mit der Verweigerung einer zukünftigen Mitgliedschaft würden aber dem seit mehr als drei Jahren kämpfenden Land die für eine stabile Entwicklung nach einem Friedensschluss nötigen Sicherheitsgarantien vorenthalten, zumindest auf Basis der NATO „vor Trump“.

Verschärft wurde die Lage noch durch den weitgehenden Rückzug der USA aus der Unterstützung für die Ukraine, was besonders vor dem Hintergrund des Budapester Memorandums aus 1994 einem schweren Vertrauensverlust gleichkam. Es waren auch die USA, die damals aus Furcht vor einer unkontrollierten Weitergabe der aus Sowjetzeiten stammenden Nuklearwaffen Kiew drängten, diese an Russland abzugeben. Dafür erhielt das Land, neben den USA auch von Russland und Großbritannien, die Zusicherung der Unabhängigkeit in den bestehenden Grenzen, verbunden mit vagen Sicherheitsgarantien. 31 Jahre später hat Washington einfach kein Interesse mehr daran, was die übrigen NATO-Alliierten im Hinblick auf die Verlässlichkeit im Falle der Aktivierung des Artikel 5 NATO-Vertrag mit einer gewissen Besorgnis registrieren sollten.

Von einem möglichen Zukunftsszenario in die Gegenwart. Wie oben eingeleitet wälzte Trump die Unterstützung der Ukraine auf die Europäer ab, zumindest was die Finanzierung betrifft. Dabei melden die Ukrainer ihren Bedarf, mit welchem eine „NATO’s Prioritised Ukraine Requirement List“ (PURL) erstellt und vorrangig mit amerikanischen Waffen gedeckt wird, die die Europäer aus ihren Lagern bereitstellen. Anschließend werden sie bei der US-Rüstungsindustrie wieder geordert, um selbst abwehrbereit zu bleiben. Doch die Resonanz dieses Programms in der NATO ist überschaubar, so haben sich daran vor allem nordeuropäische Staaten, die Benelux-Staaten, Kanada und Deutschland beteiligt. Frankreich blieb bisher zurückhaltend, da Paris nicht die US-Rüstungsgiganten unterstützen möchte. Eine naheliegende Erklärung in Zeiten zerrütteter Staatsfinanzen und einer bröckelnden Allianz.

„Nicht mehr im Frieden und schon im hybriden Krieg“

In Abwandlung einer Einschätzung des deutschen Bundeskanzlers Merz von Ende September kann auch für ganz Europa konstatiert werden, dass zumindest der hybride Kriegszustand gegeben ist. Russische Luftraumverletzungen in den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten, die zu einzelnen Abschüssen im Rahmen der NATO-Operation „Eastern Sentry“ führten, Drohnensichtungen über europäischen Flughäfen und einem NATO-Stützpunkt in Belgien, Cyberangriffe, Sprengstoffanschläge auf das polnische Bahnnetz, in Brand geratene Supermärkte und DHL-Lager zeigen neben dem besonders auf *Social Media* tobenden

Informationskrieg die vielfältigen und ständig wechselnden Fronten dieser Aus-einandersetzung unterhalb der Schwelle zum „heißen Krieg“ an. Ziel Russlands ist es, nationale Regierungen und darüber hinaus ihre Bündnisse/Vereinigungen wie NATO und EU als schwach und kopflos darzustellen, wodurch sie das Ver-trauen ihrer Bürger und Bürgerinnen verlieren sollen. Um dies zu verhindern, müssen in erster Linie die nationalen Regierungen und Parlamente die gesetzli-chen Grundlagen schaffen, um beispielsweise Drohnen abschießen zu können, wobei sie sich mit gleichgesinnten Partnern koordinieren sollten. So verfolgen mehrere NATO-Programme die Verbesserung der Luftabwehr im Tiefflugbe-reich und entwickeln dafür gemeinsam auch passive Sensoren, wie Geräuschde-tektoren, die Radar und Satelliten ergänzen.

Resümee und Ausblick: Sind die USA noch ein verlässlicher Verbündeter?

Die Art, wie die Regierung Trump die europäischen Verbündeten in den letzten sechs Monaten behandelt hat, zeigt, dass Europa gut daran tut, sich von einem Wunschdenken eines sicherheitspolitischen Beistands der USA zu verabschie-den. Sollte der Artikel 5-Fall einmal von einem Alliierten angerufen werden, so dürften von Washington wohl nicht mehr als gut oder schlecht gemeinte Rat-schläge bis maximal logistische Hilfe zu erwarten sein, sofern diese später be-zahlt wird. Auch die von manchem Transatlantiker ins Treffen geführte mehr-malige Verschiebung der *Global Force Posture Review* des Pentagons ist kein Zei-chen fortgesetzter Solidarität mehr. Der wichtigste Verbündete hat ein herzli-ches Verhältnis zur größten europäischen Sicherheitsbedrohung und die alten Partner zählen nur mehr wenig. Die NATO ist hohl geworden, wenn sie nicht überhaupt schon völlig belanglos ist.



Salzburger Nachrichten, 21.11.2025, S. 7.

So bleibt das schon in der letzten Lagebeurteilung erstellte Fazit unverändert gültig, dass die Europäer mehr für ihre eigene Sicherheit tun müssen, um ihre Erpressbarkeit gegenüber Washington zu reduzieren und den eigenen Frieden zu schützen. Das geschieht ja auch schon, doch Rüstungsanstrengungen sollten vermehrt durch verstärkte europäische Kooperation ergänzt werden, wie eine Weiterentwicklung der „Koalition der Willigen“ und/oder des „Weimarer Dreiecks“ unter Einschluss Großbritanniens und Italiens. Wichtig ist auch die Einbindung der Ukraine, wie bei der europäischen geplanten Drohnenabwehr, da diese über die nötigen aktuellen Einsatzerfahrungen verfügt. Schließlich muss die europäische Rüstungsindustrie endlich einmal mit lang wirkenden Aufträgen im großen Stil rechnen können, um auch hier die schädliche Abhängigkeit von den USA zu reduzieren.

Auch sollte der *modus vivendi* mit Washington vom wirkungslosen Anbiedern zu entschiedenem Auftreten geändert werden, da Europa in die transatlantischen Beziehungen auch etwas einbringt. Dafür steht der den USA jeweils national gewährte Zugang zu dreißig militärischen Stützpunkten als Absprungbasis ihrer Streitkräfte und als sichere Gegenküste für Washington. Die NATO bietet allen Mitgliedsstaaten wechselseitig Vorteile, den kleinen wie den Großen.

Und so leben wir nach wie vor in den „gefährlichsten fünf Jahren“, die nach dem amerikanisch-russischen Gleichklang gegenüber der Ukraine noch etwas gefährlicher werden könnten. Dazu kommen die überall in Europa stärker werdenden nationalen Parteien, die oft prorussisch sind und ihre Politik entsprechend ausrichten. Dies ist in der Slowakei, in Ungarn und wahrscheinlich bald auch in Tschechien erkennbar. Ein Wahlsieg Marine Le Pens oder ihres Parteichefs bei den französischen Präsidentschaftswahlen in eineinhalb Jahren könnte aber die wirklich entscheidende Richtungsänderung in Europa einleiten.

Quantencomputer

**Science-Fiction, Hype oder Disruption?
Halten die Vorhersagen oder zerschellt
die Nemesis der Kryptographie an den
harten Klippen des Makrokosmos?**

von Norbert Frischau

Der Quantencomputer, eine aufstrebende Technologie, welche die Rechenleistung erheblich beschleunigt, indem sie Berechnungen parallel statt sequentiell durchführt, könnte bestehende Verschlüsselungssysteme überflüssig machen.

Das Konzept wurde zwar schon 1981 vorgestellt, hat aber erst in den letzten zehn Jahren an Fahrt aufgenommen. Zuletzt war der Quantencomputer wieder in aller Munde, so auch auf dem Weltwirtschaftsforum 2024 in Davos. Auf die Frage, ob „Quantencomputer wirklich ein Armageddon in der Cybersicherheit schaffen würden?“, kam von *Ana Paula Assis*, General Manager von IBM für Europa, den Nahen Osten und Afrika, die knappe Antwort: „Das wird so sein.“ Assis geht davon aus, dass es 2030 soweit sein könnte.

Was ist von diesen Aussagen zu halten? Geben die Naturgesetze, gibt die Quantentheorie das alles her? Wie würde solch ein System aussehen? Welche Sektoren könnten am stärksten betroffen sein und wie bereiten wir uns am besten auf diesen Paradigmenwechsel vor? Warum kommt jemand auf die Idee, einen Quantencomputer ins All zu schießen? Und werden wir in Zukunft gar kein Privatleben mehr haben können?

Diese Fragen und viele andere drängen sich im Zusammenhang mit dem Quantencomputer auf, der das Potential hat, das Spannungsfeld zwischen Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft, Finanz und Gesellschaft gehörig durcheinander zu wirbeln.

Wir schreiben das Jahr 1981 ...

... als die Physiker *Paul Benioff* und *Richard Feynman* bei der „*Conference on the Physics of Computation*“ am MIT das **erste Mal das Konzept des Quantencomputers vorstellen**. Zum selben Zeitpunkt:

- startet mit der *Columbia* das erste Mal ein **Space Shuttle** ins All;
- „rittern“ *N. Piquet*, *C. Reutemann* und *G. Villeneuve* um die **Formel-1-Weltmeisterschaft**; und
- kommt **IBM mit dem ersten PC** auf den Markt.



Abbildung 1: Start von STS-1 „Columbia“ am 12.04.1981 und Renaults Turbo-basierter Formel-1-Rennwagen RE40 der frühen 80er-Jahre (Quelle: NASA [1] und *ignis* [2])



- Lebensspanne: 12.08.1981-1987
- Kosten: 1565 US\$ (5410 US\$, 2024)
- OS: IBM BASIC/PC DOS 1.0 CP/M-86
- CPU: Intel 8088 @ 4.77 MHz
- Speicher: 16 KB – 256 KB (Motherboard) (DRAM)
- Wechseldatenträger: 5.25" Floppy Disk (160 KB oder 320 KB), Cassette
- IBM 5151 Monochrome Display (12") oder IBM 5153 Color Display
- Graphik: MDA, CGA
- Sound: PC-Lautsprecher

Abbildung 2: IBM PC mit XT-Keyboard (Quelle: Wikipedia [3])

Dieser erste PC, der ohne weiteres als Stammvater aller heutigen Rechner bezeichnet werden kann, verwendet so **wie alle modernen Computer elektronische Schaltkreise, die den Gesetzen der klassischen Physik** – wie z. B. dem Ohm'schen Gesetz oder den Kirchhoffschen Regeln¹⁹ – und **der Booleschen Algebra (Bits und Bytes, logische Gatter etc.)**²⁰ gehorchen.

¹⁹ Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Ohmsches_Gesetz und https://de.wikipedia.org/wiki/Kirchhoffsche_Regeln

²⁰ Siehe auch https://de.wikipedia.org/wiki/Boolesche_Algebra

Der Quantencomputer und seine Schlüsselkomponente: das Qubit

Im Gegensatz zum klassischen Computer, bei dem sämtliche Informationen in Bits dargestellt werden, greift der **Quantencomputer (QC)** auf die **Gesetze der Quantenmechanik** zurück und verwendet **Qubits** [4].

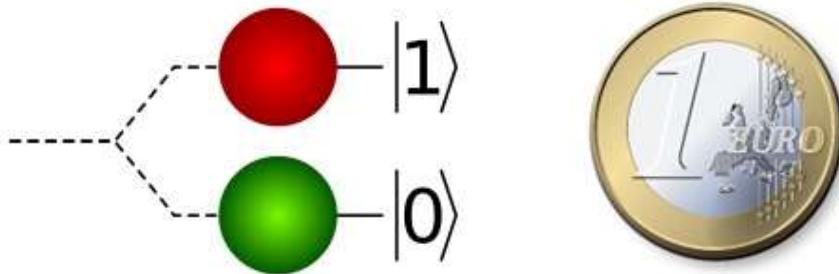


Abbildung 3: Symbolische Darstellung eines *Qubits* in der *Dirac-Notation* und als 1-Euro-Münze (Quelle: Clemens Adolphs [5])

Ein **Qubit**, kurz für **Quantenbit**, ist ein Zweizustands-Quantensystem, also ein System, das nur durch die Quantenmechanik korrekt beschrieben wird und das nur zwei durch Messung sicher unterscheidbare Zustände hat. Das *Qubit* dient als kleinstmögliche Speichereinheit, definiert gleichzeitig ein Maß für die Quanteninformation und hat diesbezüglich **dieselbe Rolle wie das klassische Bit** in herkömmlichen Computern [4].

Wie in Abbildung 3 dargestellt lassen sich die *Qubit*-Zustände durch die beiden Komplementärfarbenzustände rot und grün bzw. durch eine 1-Euro Münze darstellen. Zwischen den beiden orthogonalen Basiszuständen $|0\rangle$ und $|1\rangle$ bzw. Kopf und Zahl, gibt es **eine fast unendliche Zahl an quantenmechanischen Zwischenzuständen, die sich durch Überlagerung der beiden Basiszustände ergeben**. Im Fall der Münze muss man sich die Zwischenzustände zw. Kopf und Zahl dadurch vorstellen, indem man die Münze auf die Kante stellt.

Dieser Symbolismus mit der Münze verdeutlicht zwei wichtige Aspekte des *Qubit*-Zustands:

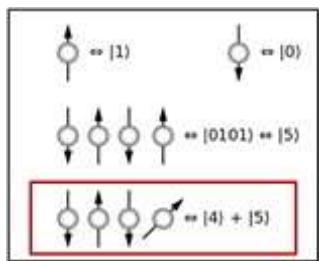
1. Da die Münze auf der Kante fast beliebig viele Positionen einnehmen kann, ist **die Anzahl der Zwischenzustände fast unendlich groß**; und
2. Der **Zustand auf der Kante ist äußerst fragil**, eine kleine Störung wird dafür sorgen, dass die Münze in Richtung Kopf oder Zahl kippt. Quantencomputer sind ebenfalls sehr störungsanfällig.

Der Quantencomputer und seine quantenmechanischen Prinzipien: Die Superposition und die Quantenverschränkung

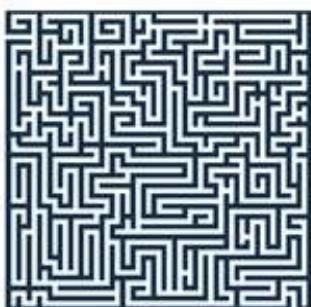
Als Max Planck im Jahre 1900 die **Quantenphysik** aus der Taufe hob, dauerte es viele Jahre, bis die Theorie vollständig anerkannt wurde. Zu „verrückt“ erschienen den Wissenschaftlerkollegen einige der Kernaussagen, wie z. B.:

- **Superpositionszustand:** Hier nimmt das Gesamtsystem einen gemischten Zustand aus allen möglichen Eigenwerten an; **erst bei der Messung wird einer der Werte realisiert;**
- **Quantenverschränkung:** Hier hat das Gesamtsystem einen wohldefinierten Zustand, während man den Teilsystemen, aus denen es sich zusammensetzt, keinen wohldefinierten Zustand zuordnen kann.

Beide Effekte gibt es in der klassischen Physik nicht und beide Effekte machen die Stärke des Quantencomputers aus, denn:



Die **Superposition** ermöglicht es, durch Anwendung einer Quantenrechenoperation auf einen Überlagerungszustand diese Operation simultan an allen überlagerten Teilzuständen durchzuführen. Damit ergibt sich wiederum ein **größerer Adressraum** (bei n *Qubits* sind 2^n Zustände gleichzeitig möglich); und ...



Durch **Verschränkung** eines Satzes von n *Qubits* kann ein beliebiger Satz von Sequenzen n klassischer Bits **gleichzeitig dargestellt** werden. Führt man nun mit Hilfe quantenmechanischer Operationen Berechnungen zu diesem Gesamtzustand aus, so werden diese Berechnungen **effektiv auf allen diesen Bitfolgen gleichzeitig ausgeführt**. Dies wird auch als **Quantenparallelismus** bezeichnet.²¹

Zusammengefasst lassen sich die Vorteile des QC's wie folgt beschreiben:

1. *Qubits* können viele verschiedene Zustände annehmen und sind nicht nur an zwei Zustände gebunden wie die Bits im klassischen Computer. Daraus ergibt sich der erste große Vorteil des Quantencomputers: **Eine geringere Qubit-Anzahl reicht aus, um die gleiche Information wie mit klassischen Bits zu verarbeiten.**
2. Beim Quantencomputer interagieren alle *Qubits* beim Berechnen miteinander gleichzeitig. Während das Hinzufügen eines weiteren Bit **die Rechenleistung eines klass. Computers linear erhöht, steigt sie beim QC exponentiell an, wenn ein Qubit hinzugefügt wird.**

Bei etwa 50 Qubits übersteigt die darstellbare algorithmische Komplexität bereits die Fähigkeiten moderner Supercomputer!

²¹ Der Quantenparallelismus zeigt sich beim Labyrinth-Beispiel, das nur ein oder zwei Ausgänge und Millionen von Wegen, die in einer Sackgasse enden, besitzt. Wenn klassische Computer das Labyrinth nach den Ausgängen durchsuchen, dann gehen sie jeden Weg und jede Abzweigung separat ab. Ein QC hingegen verwendet *Qubits* und kann alle Wege gleichzeitig nach dem Ausgang durchsuchen. Damit zeigt sich auch, dass ein Qubit die Leistung exponentiell erhöht, während das Hinzufügen eines weiteren Bits den klass. Computer nur ein kleines bisschen schneller macht.

Quantencomputer sind extrem störanfällig

Wie allerdings zu erwarten ist, gibt es keinen Vorteil ohne einen Nachteil – und Quantencomputer sind keine Ausnahme! Ihr **größter Nachteil ist, dass sie enorm störungsanfällig sind**. Dies ist keine technische Unzulänglichkeit, sondern folgt aus der Quantennatur der zugrundeliegenden Prozesse.

Um ein zugrunde liegendes Teilchen so lange wie möglich im Quantenzustand zu halten, muss es **sehr leicht** UND in einer **sehr kalten Umgebung** sein UND darf **keinen Vibrationen** UND **keiner starken Strahlung** ausgesetzt sein!

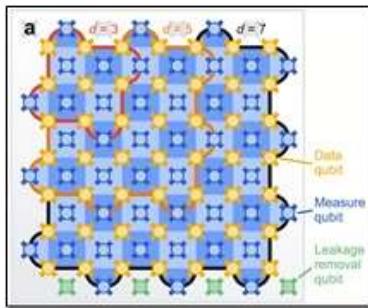


Abbildung 4: IBM Forschungszentrum mit Quantencomputern²² (Quelle: IBM [6])

Daraus folgt wiederum:

- Um einen QC zu realisieren, braucht man **massearme Teilchen** und greift daher oft auf Ionen, Mini-Kondensatoren oder Photonen zurück.
- Da man Vibrationen verringern muss, sieht ein QC oft wie ein **Kronleuchter aus, der von oben herabhängt** und dann auch noch mit flüssigem Helium **auf 1-2 Kelvin abgekühlt** wird.
- Und um die Lebensdauer der *Qubits* zu verlängern, kann man **mehrere physische Qubits zu einem logischen Qubit zusammenfassen** – solch ein logisches *Qubit* lebt dann zwar auch nur 291 μ s, aber das ist in der Quantencomputer-IT fast schon unendlich lang!

²² Im Vordergrund sieht man den QC-Kern im geöffneten Zustand, während im Hintergrund drei weitere, geschlossene Einheiten zu erkennen sind.



Da die Quantencomputer sehr fehleranfällig sind, müssen Quantenfehlerkorrekturverfahren angewendet werden, um die Verlässlichkeit der QCs zu erhöhen. Dies wiederum verlangt nach noch höheren *Qubit*-Zahlen. Googles Quantenchip „Willow“ z. B. beinhaltet eine 101-*Qubit*-Einheit, die aus 49 Daten-, 48 Mess- und 4 Kontroll-*Qubits* besteht.

Aus diesem Aufwand speist sich ein gewisser Pessimismus/Realismus: Ein kommerziell nutzbarer Quantencomputer liegt laut Google bei rund einer Million *Qubits* [5]²³.

Der Quantencomputer als Paradigmenwechsel ...

Wenn ein kommerzieller QC dereinst verfügbar ist, dann eröffnet er ein weites **Feld der Anwendungen**, wie z. B. im Finanzsektor, für Logistik- und Transportprozesse bis hin zur Materialentwicklung und der Berechnung komplexer Simulationen.

Neben Komplexitätsvorteilen kann die Verwendung von Quantencomputern auch Vorteile in der Abhör- und Manipulationssicherheit von Rechnungen bieten, die mit klassischen Computern auch theoretisch nicht erreichbar sind. Hierzu gehören die **Generierung von echten Zufallszahlen oder kryptographische Anwendungen** wie *blind quantum computation*, die es erlauben, Rechnungen auf einem entfernten Quantencomputer (Server) so durchzuführen zu lassen, dass der Serverbetreiber nichts über die Rechnung und ihr Ergebnis erfahren kann und sich auch verifizieren lässt, dass die gewünschte Rechnung durchgeführt wurde.

Durch ihre zumindest **theoretisch erheblich höhere Effizienz** können Quantencomputer auch wesentlich zu einer **nachhaltigeren IT** beitragen

... und als „ultimativer Code-Knacker“

Weswegen der QC aber vor allem in aller Munde ist und zum Teil auch mit Argwohn betrachtet wird, ist der Umstand, dass es bestimmte Berechnungen gibt, die sich besonders gut auf Quantencomputern durchführen lassen. Hierzu zählt etwa die **Zerlegung in Primzahlen, die für die Datenverschlüsselung relevant ist**.

Zurzeit sind vor allem zwei kryptographische Verfahren im Einsatz: **asymmetrische (wie RSA) und symmetrische Verschlüsselungssysteme (wie AES)**.

²³ Der gegenwärtige QC-Rekordhalter in puncto *Qubits* ist ein Quantencomputer aus 6100 atomaren *Qubits*, der am Caltech realisiert wurde [7].

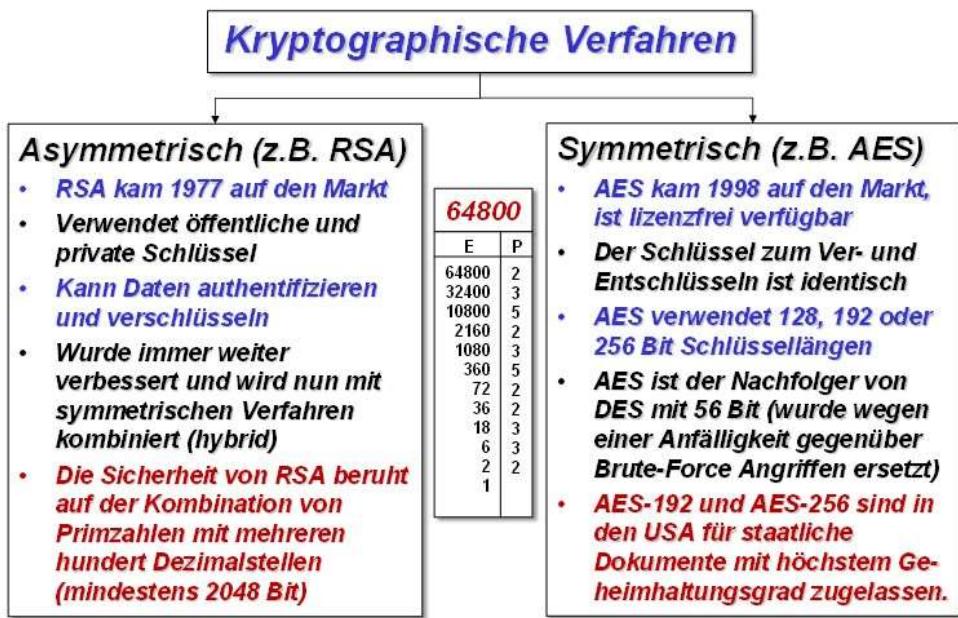


Abbildung 5: Ein Vergleich der beiden wichtigsten kryptographischen Verfahren, die beide mit Komponenten der Primzahlenfaktorisierung (siehe Tabelle in der Mitte) funktionieren (Quelle: Frischau, N.)

Beide Verfahren sind durch spezielle Algorithmen, die auf einem Quantencomputer durchgeführt werden können, gefährdet, wobei v. a. die asymmetrischen Verfahren im Fokus stehen.

Mögliche Quantencomputer-basierte Angriffe auf:	
Asymmetrische Verfahren	Symmetrische Verfahren
Quantencomputer gefährden durch den Shor Algorithmus alle asymmetrischen Verfahren, da u. a. die Faktorisierung großer Zahlen und das diskrete Logarithmusproblem mit einem Quantencomputer effizient berechnet werden können!	Quantencomputer gefährden durch den Grover Algorithmus symmetrische Verfahren, die keine ausreichende Schlüssellänge besitzen, da der Schlüssel auf die Quadratwurzel reduziert werden kann (128 \Rightarrow 64 Bit \Rightarrow Brute-Force Angriff)!

Abbildung 6: Mögliche Angriffsvektoren mittels Quantencomputer auf Datenverschlüsselungssysteme

Werden wir also in Zukunft kein Privatleben mehr haben können?

Nein, denn **symmetrische und damit auch hybride²⁴** Verfahren mit einer ausreichenden Schlüssellänge (zumindest 256 Bit) erfordern große Mengen an parallel arbeitender Spezialhardware (Quanten-, optische und/oder Supercomputer).

Daraus folgt, dass Verschlüsselungsverfahren mit 256 Bit und Hash-Verfahren mit 512 Bit selbst bei massiven Fortschritten bei der Entwicklung von Quantencomputern vermutlich weiterhin sicher sind.

²⁴ Ein hybrides Verfahren ist eine Kombination aus asymmetrischer und symmetrischer Verschlüsselung.

Resümee und Ausblick

1981 beginnt gleichermaßen das Computerzeitalter mit dem Roll-out des IBM PCs und der erstmaligen Diskussion des Quantencomputerkonzepts durch R. Benioff und R. Feynman. Heute, fast 45 Jahre später, **sind PCs allgegenwärtig und Quantencomputer noch immer ein Forschungsthema** – auch wenn in den letzten Jahren viel erreicht worden ist. Unzweifelhaft ist, dass das **hohe intrinsische Potential des QCs** für den Finanzsektor, für Logistik- und Transportprozesse bis hin zur Materialentwicklung und der Berechnung komplexer Simulationen, aber auch im Hinblick auf die Datenverschlüsselung die intensive internationale Forschungstätigkeit rechtfertigt.

Ob der QC allerdings jemals einen massenmarktähnlichen Roll-out wie der IBM PC-XT erreichen wird, muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt ernsthaft bezweifelt werden. Aufgrund der schieren Größe und Komplexität der Systeme (Supraleitung, He-Kühlung, vibrations- und strahlungsfreie Umgebung ...) werden sich nur wenige Akteure (staatl. Organisationen und MNOs wie IBM, Google, Lockheed Martin etc.) einen QC leisten können/wollen. **Ein PQC (Personal Quanten-Computer) – so innovativ er auch wäre – ist daher eher als ein Science-Fiction Konzept anzusehen.**

Gleichermaßen muss auch die vielzitierte Gefahr eingeschätzt werden, dass der QC als „**ultimativer Code-Knacker**“ unsere Gesellschaft ins Chaos stürzen wird. Es stimmt, dass asymmetrische kryptographische Verfahren durch den *Shor Algorithmus* gefährdet sind. Solange allerdings kein besseres Verfahren als der *Grover Algorithmus* für symmetrische Verfahren aufgeboten werden kann, **sind symmetrische und hybride Verfahren mit ausreichender Schlüssellänge weiterhin sicher.**

Aber Achtung: Wenn es um die Zukunft der IT geht, dann haben sich auch schon ganz große Geister geirrt!



“Ich glaube, dass es auf der Welt einen Bedarf von vielleicht fünf Computern geben wird.”

Thomas J. Watson, IBM Chef, 1943 (1874-1956)

Wir sind also gut beraten, den Quantencomputer im Auge zu behalten!

Quellen

- [1] Wikipedia, “STS-1,” Wikipedia. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: <https://en.wikipedia.org/wiki/STS-1>
- [2] Wikipedia, “Alpine F1 Team,” Wikipedia. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: https://de.wikipedia.org/wiki/Alpine_F1_Team
- [3] Wikipedia, “IBM Personal Computer,” Wikipedia. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: https://en.wikipedia.org/wiki/IBM_Personal_Computer
- [4] Wikipedia, “Qubit,” Wikipedia. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: <https://de.wikipedia.org/wiki/Qubit>
- [5] Wikipedia, “Quantencomputer,” Wikipedia. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: <https://de.wikipedia.org/wiki/Quantencomputer>
- [6] IBM, “IBM Quantum System One Opening - Ehningen, Germany,” IBM Newsroom. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: <https://de.newsroom.ibm.com/ibm-dach-special-coverage-Fraunhofer-IBM>
- [7] M. Endres, “Erstes Quantensystem aus 6.100 Qubits,” scinexx.de. Accessed: Oct. 20, 2025. [Online]. Available: <https://www.scinexx.de/news/physik/erstes-quantensystem-aus-6-100-qubits/>

Hybride Bedrohungen

von Daniel Hikes-Wurm & Milena Sagawa-Krasny

Hybride Bedrohungen zählen zu den bedeutendsten und vielschichtigsten sicherheitspolitischen Phänomenen unserer Zeit, die sich auf globaler Ebene abspielen.

Der Begriff „Hybride Bedrohungen“ umfasst dabei ein breites Spektrum an Handlungen, darunter öffentlichkeitswirksame Militärmanöver an Staatsgrenzen, Luftraumverletzungen, Cyberattacken und mediale Desinformationskampagnen oder politisch motivierte wirtschaftliche Investitionen.

Der vorliegende Artikel illustriert dies anhand dreier aktueller Fallstudien hybrider Bedrohungen aus den Bereichen Informationsoperationen, Wirtschaftsspionage und Infrastruktursabotage.

In einem weiteren Schritt wird der aktuelle Stand der Gegenmaßnahmen auf europäischer Ebene skizziert.

Die Beispiele zeigen die Vielfalt dieser sicherheitspolitischen Problemstellung, welche sich in der Komplexität der Bandbreite ergriffener und erforderlicher Gegenmaßnahmen widerspiegelt.

Hybride Bedrohungen im Informationsraum

Vorfall: Informationsoperationen in sozialen Netzwerken vor deutscher Bundestagswahl 2025

CeMAS, ein Berliner Thinktank zur Analyse von Verschwörungs-ideologien, Antisemitismus und Rechtsextremismus, stellte rund um die deutsche Bundestagswahl 2025 Beeinflussungsversuche auf die Stimmung vor der Wahl in sozialen Netzwerken von mindestens vier russischen Kampagnen und Akteuren fest. Die Informationsoperationen setzten KI-manipulierte Videos, gefälschte Nachrichtenseiten und koordinierte „nicht-authentische“ Konten ein, um eine millionenfache Reichweite auf Social-Media-Plattformen zu erreichen. Der CeMAS-Bericht hierzu enthält Empfehlungen zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung und zur Bekämpfung von Desinformation und rechtsextremer Agitation. Darunter fallen die Umsetzung des Digital Service Acts (DSA), die Förderung von Medienkompetenz und die Einrichtung einer zentralen Agentur zur Überwachung und Bekämpfung hybrider Bedrohungen. Der Bericht sieht darüber hinaus die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft als entscheidend an und betont hybride Bedrohungen als langfristiges Risiko für die Demokratie (CeMAS 2025).

Auswirkungen

Hybride Akteure können den Informationsraum ausnutzen, um Entscheidungsprozesse und Gesellschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu diversen Zwecken zu adressieren. Propaganda ist ein altes Werkzeug in der politischen Geschichte, jedoch bietet die moderne Welt durch digitale Kommunikationsmittel neue technische Möglichkeiten. Da Menschen aufgrund der Informationen, die ihnen durch persönliche Interaktionen und verschiedene Medien zur Verfügung stehen, Entscheidungen treffen, kann Information bewusst verwendet werden, um bestimmte kognitive, affektive und verhaltensbezogene Effekte zu bewirken (Arcos und Smith 2021). Strategische Informationsoperationen können als Bemühungen von Individuen und Gruppen, darunter staatliche und nichtstaatliche Akteure, verstanden werden, durch bewusste Veränderungen der Informationsumgebung die öffentliche Meinung und Wahrnehmung von Geschehnissen zu ändern. Diese Operationen sind ein globales Phänomen mit politischen, sozialen, psychologischen, pädagogischen und cybersicherheitstechnischen Dimensionen. Sie umfassen sowohl „orchestrierte“ Handlungen von bezahlten Akteuren als auch „natürliche“ Aspekte, die durch die unbewusste und implizite Koordination vielfältiger Akteure entstehen. Soziale Medien bieten hierbei eine robuste und geeignete Infrastruktur. Werkzeuge und Techniken aus der Werbung wie Zielgruppenadressierung können auch von politischen Akteuren eingesetzt werden, um bestimmte Narrative zu verbreiten. Die algorithmusgesteuerten Informationsflüsse und die einfache Bedienung, um Inhalte mit einem großen Publikum zu teilen, können Informationsoperationen weiter behilflich sein (Starbird, Arif und Wilson 2019).

Gegenmaßnahmen

Diesen November setzte die Kommission einen neuen Schritt mit dem Europäischen Schutzschild für die Demokratie (*European Democracy Shield*), der konkrete

Maßnahmen für die Stärkung robuster und resilenter Demokratien umfasst. Deren Schwerpunkte decken die Wahrung und Integrität des Informationsraums, die Stärkung freier Wahlen und Medien sowie gesellschaftliche Resilienz ab. Geplant ist die Einrichtung eines neuen Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz für Informationsaustausch und Kapazitätenaufbau zwischen Mitgliedsstaaten, insbesondere um Informationsmanipulation und Einflussnahme entgegenzuwirken. Innerhalb des Zentrums wird eine Stakeholder-Plattform für Interessensträger aus der Zivilgesellschaft, Forschung und den Medien etabliert werden. Zusätzlich hat die Kommission eine EU-Strategie für die Zivilgesellschaft vorgelegt, die zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen soll. Bis 2026 wird eine neue Plattform der Zivilgesellschaft eingerichtet. Auch plant die Kommission Maßnahmen, um die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu erleichtern.

Hybride Bedrohungen in der Wirtschaft

Vorfall: Wirtschaftsspionageversuch bei TSMC

TSMC, ein weltweit führender Halbleiterproduzent, hat 2025 einen Spionageversuch rund um seine 2-nm-Technologie erkannt und gestoppt. Ein ehemaliger Mitarbeiter eines Zulieferers versuchte, hochsensible Fertigungsdaten ins Ausland zu transferieren, mutmaßlich mit dem Ziel, sie einem Konkurrenzunternehmen mit Sitz in China zugänglich zu machen. TSMC erkannte den Datenabfluss dank interner Kontrollsysteme, Zugangsbeschränkungen und IT-forensischer Überwachung und leitete umgehend rechtliche Schritte ein (Large 2025).

Auswirkungen

Angesichts der heutigen Globalisierung sind ökonomische Beziehungen grundlegend anfällig für Manipulationen und werden regelmäßig zu strategischen Zielen instrumentalisiert. Ebenso wie in anderen Domänen zielen hybride Aktivitäten in der Wirtschaftsdomäne darauf ab, einen Akteur zu schwächen (Hybrid CoE 2021). Zu diesen Aktivitäten zählen Industrie- und Wirtschaftsspionage. Industrie- und Wirtschaftsspionage bezeichnet das Ausspähen von Betriebsinformationen durch andere Unternehmen oder durch Nachrichtendienste. Auf diese Weise hoffen die Handelnden, sich technologisch einen Vorsprung zu verschaffen, Entwicklungszeiten zu verkürzen und die Konkurrenz strategisch zu schwächen (Large 2025). Schon im Altertum und Mittelalter lassen sich Industrie- und Wirtschaftsspionage periodisch nachweisen. Heutzutage geht man davon aus, dass diese Phänomene in vielen Industrie- und Schwellenländern weit verbreitet sind und dass wir derzeit eine Intensivierung dieser Aktivitäten erleben. Sowohl auf betrieblicher als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene können die Schäden erheblich sein. Insbesondere China und Russland gelten laut dem österreichischen Innenministerium als relevante Risikoakteure (ORF 2025). Von hohem Interesse im Bereich der Wirtschaftsspionage durch ausländische Nachrichtendienste sind traditionell die Militär- und Verteidigungstechnologien. Häufige Ziele sind allerdings auch technologie- und innovationsintensive Sektoren wie die Luft- und Raumfahrt, Hochtechnologieelektronik, Telekommunikation, Nanotechnologie, Biotechnologie oder Finanzdienstleistungen. Exportierende, forschende Betriebe in kompetitiven Märkten sind besonders betroffen. Laut

einer aktuellen Studie des Innenministeriums, der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung vermutet fast jede zehnte österreichische IT-Firma Spionage (ORF 2025). Trotz der großen Bedeutung ist es schwierig, sich ein genaues Bild der Lage zu machen, da kaum verlässliche Daten vorliegen. Viele Angriffe bleiben unbemerkt oder werden aufgrund befürchteter wirtschaftlicher Nachteile nicht öffentlich gemacht. In Zukunft dürften die Anreize für wirtschaftliche Spionage aufgrund geopolitischer Spannungen und rasanter technologischer Fortschritte – beispielsweise in KI, Bioengineering, Robotik und Nanotechnologie – weiter steigen (Glitz, Kohaut und Möller 2025).

Gegenmaßnahmen

Der Rechtsrahmen der EU schützt technologische Innovationen und industrielle Technologien durch Patentrecht und Markenrecht sowie eine Richtlinie zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (2016/943). Zudem geht die EU im Zuge ihrer Cybersicherheitspolitik aktiv gegen Cyberkriminalität vor. Der Schutz von IT-Systemen nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein, was bei der Abwehr von Industriespionage wesentlich ist. Strengere Sicherheitsmaßnahmen folgten auch durch die NIS-2-Richtlinie und die DSGVO. Die EU hat schon 2024 mit der Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit (*Economic Security Strategy*) einen Rahmen geschaffen, der Initiativen im Bereich der Direktinvestitionen, Exportkontrollen, Lieferkettensicherheit, aber auch der Forschungssicherheit und Cyber-Sicherheit kritischer Infrastrukturen umfasst. Problematisch bleibt jedoch, dass sich die Angriffsmethoden schneller als Gegenmaßnahmen entwickeln.

Hybride Bedrohungen in der Infrastruktur

Vorfall: Sabotage in Europa

Die europäische kritische Infrastruktur ist nach Jahrzehnten unzureichender staatlicher und privatwirtschaftlicher Investitionen besonders anfällig für Sabotage. Im Lauf der letzten zehn Jahre hat der Kreml europäische Energie-, Transport-, Finanz-, Gesundheits-, Wasser- und Digitalinfrastruktur sowie Regierungseinrichtungen attackiert. Die Fülle an Aktivitäten erstreckt sich von der Sabotage von Unterseekabeln bis zur Blockade von GPS. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres deuten öffentlich verfügbare Informationen auf 25 Vorfälle von Sabotage, Spionage und Vandalismus gegen NATO-Militärinfrastruktur hin. Im Mai vereiterte Deutschland einen mit Russland in Verbindung stehenden Paketbombenanschlag auf Logistiknetzwerke. Schweden hat monatelang mutmaßliche Sabotageakte an über 30 Telekommunikationsmasten entlang der Autobahn E22 untersucht (Edwards und Seidenstein 2025).

Auswirkungen

Infrastruktur kann ein attraktives Angriffsziel für hybride Akteure darstellen. Kritische Infrastruktur, darunter Energie, Wasser, Landwirtschaft, Transport, Telekommunikation, Gesundheitsversorgung und Finanzdienstleistungen, ist unerlässlich für alle grundlegenden Aktivitäten unserer Gesellschaften und bildet die Basis wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit. Die steigende Abhängigkeit von vernetzten digitalen Systemen hat neue Schwachstellen eröffnet, die Akteure

ausnutzen können, um Schäden zu verursachen. Die vielfältigen Angriffsmöglichkeiten reichen von Cyberattacken bis zu physischer Sabotage. Infrastruktursabotage zielt darauf ab, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen, und löst nicht nur wirtschaftliche Schäden aus, sondern auch psychologische, indem sie Ängste schürt, Vertrauen schwächt und Polarisierung befeuert (Edwards und Seidenstein 2025).

Gegenmaßnahmen

Die EU hat im September 2025 Leitlinien zur Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen in elf Schlüsselsektoren, darunter Energie, Verkehr und Banken, vorgelegt. Diese sehen vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Strategien entwickeln, regelmäßige Risikobewertungen durchführen und kritische Einrichtungen ermitteln, welche dann technische, sicherheitsbezogene und organisatorische Maßnahmen durchsetzen müssen, um ihre Widerstandsfähigkeit zu gewährleisten. Im Rahmen des EU-Fonds für die innere Sicherheit, der mit 1,93 Mrd. EUR dotiert ist (2021–2027), können die Mitgliedsstaaten Mittel für den Schutz kritischer Infrastrukturen erhalten.

Resümee und Ausblick

Grundsätzlich hat der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 eine verteidigungs- und sicherheitspolitische Zeitenwende in Europa eingeleitet und die Frage der Wehrhaftigkeit ganz oben auf die sicherheitspolitische Agenda gerückt. 2024 erreichten die Militärausgaben in der EU das zweite Jahr in Folge einen neuen Höchststand von 343 Mrd. EUR. Beim NATO-Gipfel in Den Haag im Juni 2024 hat sich die EU verpflichtet, bis 2032 mindestens 3,5 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung für Verteidigungsausgaben und weitere 1,5 Prozent für verteidigungsrelevante Infrastruktur aufzuwenden. Ein weiteres Zeichen der veränderten Sicherheitswahrnehmung wurde im März 2025 sichtbar, als sich Estland, Lettland, Litauen und Polen auf eine „grundlegend verschlechterte Sicherheitslage“ in der baltischen Region beriefen und aus der Ottawa-Konvention austraten, welche den Einsatz von Antipersonenminen verbietet (Edwards und Seidenstein 2025). Ebenfalls im März hatte die EU beschlossen, einen Aufrüstungsfonds in Höhe von 150 Mrd. EUR einzurichten, um Mitgliedstaaten günstigere Kredite für Verteidigungsausgaben zu ermöglichen. Laut Angaben der EU-Kommission haben bisher 19 von 27 Mitgliedstaaten diesbezügliche Anträge gestellt (Die Zeit 2025). Auch über den unmittelbaren militärischen Bereich hinaus hat die EU neue strategische Grundlagen gelegt, beispielsweise 2023 mit dem *Critical Raw Materials Act* (CRMA) für eine krisenfeste Versorgung mit kritischen und strategischen Rohstoffen.

Im ersten Halbjahr 2025 hat die EU darüber hinaus auch neben der *Preparedness Union Strategy* zur Steigerung der Resilienz in einem umfassenden Ansatz (*integrated all-hazards, whole of government, whole of society*) sowie der Stärkung zivil-militärischer Zusammenarbeit auch die *ProtectEU*-Strategie zur Steigerung der inneren Sicherheit vorgestellt. Darin werden sechs Prioritätsbereiche identifiziert, wie etwa der Ausbau der Resilienz gegenüber „Hybriden Bedrohungen“, aber

auch eine Erhöhung der Bedrohungswahrnehmung durch strategische Vorausschau (EU-Kommission 2025). All diese Maßnahmen verhalten sich komplementär zueinander und sollen den Schutz und die Bewältigungsfähigkeit, mithin die Strategiefähigkeit der EU insgesamt stärken. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich diese Initiativen letztlich in konkreten Umsetzungsschritten in den Mitgliedstaaten realisieren werden. Trotz dieser zahlreichen Schritte dauern die Probleme weiter an. Hybride Kriegsführung verwischt bewusst die Trennlinien zwischen Krieg und Frieden, was die Erkennung und Antwort auf solche Aggression für europäische Regierungen erschwert und Verwirrung über Mandate und Verantwortungen begünstigt (Edwards und Seidenstein 2025).

Die strategische Autonomie ist noch nicht erreicht: Ob bei kritischen Rohstoffen oder der Verteidigungsfähigkeit, es bestehen nach wie vor anhaltende Abhängigkeiten von Drittstaaten. Um hybriden Bedrohungen langfristig etwas entgegenzusetzen, ist ein gesamtgesellschaftlicher und gesamtstaatlicher Ansatz auf nationaler und supranationaler Ebene notwendig.

Quellen

- CeMAS. (2025). Autoritäre Strategien im Netz. [online] Verfügbar unter: <https://cemas.io/publikationen/btw2025/> [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Die Zeit (2025). EU-Rüstungsausgaben steigen auf Rekordwert von 343 Milliarden Euro. [online] Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-09/eu-verteidigungsausgaben-erreichen-rekordwert-343-milliarden-euro> [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Edwards, C. und Seidenstein, N. (2019). The Scale of Russian Sabotage Operations Against Europe's Critical Infrastructure. [online] Verfügbar unter: <https://www.iiss.org/research-paper/2025/08/the-scale-of-russian-sabotage-operations--against-europe-s-critical-infrastructure/>. [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- EU-Kommission (2025). Commission presents ProtectEU Internal Security Strategy. [online] Verfügbar unter: https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-presents-protecteu-internal-security-strategy-2025-04-01_en. [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Glitz, A., Kohaut, S. und Möller, I. (2025). Befragung zu Industrie- und Wirtschaftsspionage in Deutschland: Neun Prozent der Betriebe werden ausgespäht. Econstor (Econstor). [online] Verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/handle/10419/315972> [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Hybrid CoE - The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats. (n.d.). The landscape of Hybrid Threats: A conceptual model. [online] Verfügbar unter: <https://www.hybridcoe.fi/publications/the-landscape-of-hybrid-threats-a-conceptual-model/>. [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Large, D.M. (2025). Industriespionage in der Elektronik: TSMC ist nicht allein. [online] All-electronics.de. Verfügbar unter: <https://www.all-electronics.de/marke/industriespionage-in-der-elektronik-tsmc-ist-nicht-allein/739845> [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- ORF.at (2025). Fast jede zehnte heimische IT-Firma vermutet Spionage. [online] news.ORF.at. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3387296/> [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].
- Starbird, K., Arif, A. and Wilson, T. (2019). Disinformation as Collaborative Work. Proceedings of the ACM on Human-Computer Interaction, 3(CSCW), pp.1–26. doi: <https://doi.org/10.1145/3359229>. [Letzter Zugriff am 26 Nov. 2025].

Autorinnen und Autoren

Mag. Dr. Rastislav BÁCHORA

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; derzeit dienstzugeteilt zum Staatssekretariat im Bundesministerium für Inneres; Fachbereich: Strategie.

Prof. Alexander BRANDL, MSc., PhD, CHP

Professor am Environmental and Radiological Health Sciences Department der Colorado State University, Direktor des Irradiation Services Laboratory der Colorado State University, Milizoffizier (Mjr) am Kdo 3. JgBrig und Absolvent des Strategischen Führungslehrgangs der Landesverteidigungsakademie des Österreichischen Bundesheers.

Mag. Barbara FARKAS, Bakk. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien (LVAk); lehrt an der LVAk und der Theresianischen Militärakademie Wr. Neustadt; Sinologin und Asien-Analystin. Forschungsgebiete: Strategien, geopolitische Positionierungen und Sicherheitspolitiken Chinas sowie aller anderen Akteure im indopazifischen Raum.

OltExp DI Dr. Norbert FRISCHAUF, BSc, EUR ING

ist ein Hochenergiephysiker, Weltraumsystemingenieur, Wissenschaftskommunikator und Entrepreneur im Hi-Tech Bereich. Er arbeitet unter anderem als Cheftechnologe bei Novaspace (eh. SpaceTec Partners), einer Beratungsfirma in Brüssel und München, und unterstützt in dieser Rolle die Europäische Weltraumorganisation ESA, die Europäische Kommission, die NATO und viele andere internationale Unternehmen und Industrien. Als Luft- und Weltraumexperte des österreichischen Bundesheers bringt er sein Fachwissen in verschiedenen Projekten und Programmen, wie Galileo, Copernicus oder IRIS2 ein.

Mag. Gustav Carl GRESSEL, PhD

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; davor Senior Policy Fellow im Osteuropaprogramm des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin. Forschungsgebiete: Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien.

HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, Ehrenprofessor

Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien und Lehrbeauftragter der Donau-Universität Krems. Forschungsgebiete: EU-Sicherheit und transatlantische Beziehungen EU-NATO, Energie- und Ressourcenpolitik, China und USA als globale Akteure sowie Völkerrecht.

Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MAS MA

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Verteidigungspolitischer Berater in der SI – Generaldirektion Verteidigungspolitik mit den Verantwortungsbereichen „Hybride Bedrohungen“ und „Neue Technologien“.

Dipl.-Ing. Kilian HITZL, BSc.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsgebiete: Klimasicherheitspolitische Entwicklungen in Europa und Österreich, Arktis, erneuerbare Energien und neue Technologien.

HR Mag. Franz HOLZER

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der LVAk, davor rechtskundiger Referent bei der Militärvertretung Brüssel; Fachbereich/Forschungsbereich: Internationale Sicherheitspolitik, internationales Recht.

Mag. Dr. Otto NADERER

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes (i.R.)

Nach der Ausmusterung 1981 Dienst als Truppenoffizier in der Fliegerabwehr und der Luftraumüberwachung; 1991 Grenzsicherungseinsatz, 2004 Auslandseinsatz KFOR/10. Danach mehrere BMLV-Verwendungen, in der Militärvertretung Brüssel und an der Landesverteidigungsakademie, Ruhestandversetzung 2021; nebenberufliches Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften.

OR Mag. Alexander PANZHOF

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien. Fachgebiete: Sicherheitspolitische Entwicklungen in Lateinamerika, Künstliche Intelligenz als strategisches Handlungswerkzeug.

Milena SAGAWA-KRASNY, BSc

Mitarbeiterin der Sektion I – Generaldirektion Verteidigungspolitik mit Schwerpunkt Hybride Bedrohungen, International Relations (London School of Economics and Political Science).

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Daniel WATZENIG

Professor an der Fakultät für Informatik und biomedizinische Technik der Technischen Universität Graz, CTO am Forschungszentrum Virtual Vehicle Research, Gastvortragender an der Stanford University (USA) und der Tongji University (China), Milizoffizier (Obstlt) sowie Experte für Militärrobotik am Amt für Rüstung und Wehrtechnik.

Mag. Andreas WENZEL

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Hauptlehrfizier & Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; Organisation „Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik“; Redaktion „ISS Lagebild“; Fachbereiche: Internationale Sicherheit, globale Akteure, Strategie, Rüstungskontrolle.











Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegsführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

<https://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/iss/publikationen.php>

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903548-22-0

